Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Protokoll

der 1. - 5 Sitzung, Amtsjahr 2021 / 2022

Mittwoch, den 3. Februar 2021, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr
Mittwoch, den 10. Februar 2021, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00 Uhr

Vorsitz:	*Dr. David Jenny, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Alex Hagen und Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	
3. Februar 2021, 09:00 Uhr 1. Sitzung	*Mark Eichner*
3. Februar 2021, 15:00 Uhr 2. Sitzung	*Mark Eichner*
10. Februar 2021, 09:00 Uhr 3. Sitzung	*Mehmet Sigirci (SP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP).*
10. Februar 2021, 15:00 Uhr 4. Sitzung	*Mehmet Sigirci (SP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP).*
10. Februar 2021, 20:00 Uhr 5. Sitzung	*Mehmet Sigirci (SP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP), Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Eröffnung der Sitzung durch das jüngste und das älteste Ratsmitglied 5
2. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates 6
3. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates 9
4. Wahl von fünf Beisitzerinnen / Beisitzern des Ratsbüros 10
5. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 11
6. Entgegennahme der neuen Geschäfte 14
7. Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 14
8. Wahl der Geschäftsprüfungskommission und gleichzeitig PUK Biozentrum (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 16
9. Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 17
10. Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 18
11. Wahl der Bildungs- und Kulturkommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 19
12. Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 21
13. Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 22
14. Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 23
15. Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 24
16. Wahl der Petitionskommission (9 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 26
17. Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 27
18. Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 28
19. Wahl der Wahlvorbereitungskommission (7 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten 29

20. Wahl der Kommission für Denkmalsubventionen (9 Mitglieder)Wahl der Präsidentin / des Präsidenten (Amtsperiode 1. April 2021 - 31. März 2025) 30
21. Wahl von acht Mitgliedern des Erziehungsrates (Amtsperiode 1. April 2021 - 31. März 2025) 31
22. Neue Interpellationen. 32
Interpellation Nr. 1 Jérôme Thiriet betreffend Schneeräumung auf Velowegen und Trottoirs 32
Interpellation Nr. 2 Sasha Mazzotti betreffend temporäre Existenzsicherung für Kulturschaffende 32
Interpellation Nr. 3 Nicole Amacher betreffend Widerruf, Nichtverlängerung und Rückstufung von ausländerrechtlichen Bewilligungen in Folge der COVID-19-Pandemie 33
Interpellation Nr. 4 Oliver Bolliger betreffend dem Abbau von Sitzbänken vor dem Bahnhof SBB 33
Interpellation Nr. 5 Johannes Sieber betreffend Fokus der kantonalen Gleichstellungs-Arbeit 34
Interpellation Nr. 6 René Brigger betreffend Zurückstellung der Immobilienprojekte der SBB und Auswirkungen auf Basel-Stadt 34
Interpellation Nr.7 Joël Thüring betreffend Hotel-Zimmer wegen und Sozialhilfe für osteuropäische Bettlerbanden? 35
Interpellation Nr. 8 Beda Baumgartner betreffend sozialökonomische Faktoren als Treiber für Covid-19 35
Interpellation Nr. 9 Beat Leuthardt betreffend rechtlich mangelhafte, weil eine Grossratsmotion verletzende «Absichtserklärung» 35
Interpellation Nr. 10 Daniela Stumpf betreffend Corona-Impfungen im Kanton Basel-Stadt 36
Interpellation Nr. 11 Eric Weber betreffend der kommenden Gerichtswahlen vom 8. März 2021 37
Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Einstufung der Angebote der OKJA als soziale Einrichtungen 37
Interpellation Nr. 13 Christian von Wartburg betreffend die Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen 39
Interpellation Nr. 14 Beatrice Messerli betreffend Priorisierung der Verstärkten Massnahmen 41
Interpellation Nr. 15 Harald Friedl betreffend Nichtbeantwortung von Fragen von 400 Quartierbewohnern aus einer “Informationsveranstaltung” zum geplanten Parking unter der Tschudimatte 42
Interpellation Nr. 16 Tim Cuénod betreffend der Umsetzung des Harmos-Konkordates in Bezug auf die Bildungsziele 43
83. Ratschlag betreffend Dringlicher Grossratsbeschluss zur Ausrichtung von weiteren Beträgen an Vermieterinnen und Vermieter von Geschäftsräumen zur Unterstützung für baselstädtische Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie (COVID-19-GRB-Mietzinsunterstützung II) sowie zu einer Motion 45
23. Vorgezogenes Budgetpostulat für das Budget 2022 Jürg Stöcklin und Jérôme Thiriet betreffend Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Transferaufwand (Kulturbudget) 53
24. Motionen 1 bis 5 56
1. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend würdige Unterbringung von Nothilfebeziehenden alleinstehenden Asylsuchenden 56
24. Motionen 2 bis 5 61
2. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Sistierung der Einführung von Lohngleichheitskontrollen im Beschaffungswesen 61
3. Motion Beat K. Schaller und Konsorten betreffend eine weitere Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs 64
5. Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht 72
25. Anzüge 1 bis 5 72
1. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend politische Plakatierung durch die APG 72
2. Anzug Sarah Wyss und Toya Krummenacher betreffend Unterbesetzung kantonaler Arbeitsinspektor*innen und Ausschöpfung Covid-19-Finanzierung 72
3. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend eine kantonale Flachdach-Strategie 76
4. Anzug Jessica Brandenburger betreffend Schaffung eines ambulanten gerontopsychiatrischen Dienstes für Basel-Stadt 78
5. Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Basler Preis für Zivilcourage 78
26. Schreiben des Ratsbüros zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Einsparung von Papier sowie Druck- und Versandkosten im Ratsbetrieb 79
27. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 157 Kerstin Wenk betreffend Überschreitung der maximalen Klassengrössen 79
28. Bericht des Regierungsrates zur Motion Nora Bertschi und Konsorten betreffend Teilzeitarbeit für Eltern 80

29. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Aufhebung des steuerlichen Selbstbehalts bei der Geltendmachung von Abzügen für Krankheitskosten 80
30. Zwischenbericht des Regierungsrates zu den Motionen Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts Berücksichtigung energetische Sanierung sowie Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts 84
31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Fälligkeitstermin der kantonalen Steuern 89
32. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend Schaffung von Wohnraum für Studierende und junge Leute in Ausbildung 89
33. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Vereinfachung der Wohnungssuche durch faire Praxis der Steuerverwaltung bezüglich Betreibungen 89
34. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Veloparking am Bahnhof SBB90
35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Aufbereitungsplätze für Bauabfälle 91
36. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Gesundheits- und Sozialkommission auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Beteiligung des Bundes an den Ertragsausfällen der Spitäler und Kliniken 91
38. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 148 David Wüest-Rudin betreffend die kommende Impfung gegen SARS-CoV-2 / Covid-19 92
39. Schriftliche Beantwortung der Interepllation Nr. 150 Alexander Gröflin betreffend verschärfte Covid-19-Verordnung 93
40. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 154 Beat K. Schaller betreffend zielgruppengerechte Ansprache und Orientierung von speziell dem Corona-Ansteckungsrisiko ausgesetzten Teilen der Bevölkerung 93
41. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Weiterbildung für religiöse Leitungspersonen 94
42. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Alexander Gröflin und Danielle Kaufmann betreffend Förderung von Open Government Data im Kanton Basel-Stadt 95
43. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Schaffung einer zentralen Datenbank für Studien, Expertisen und Berichte der kantonalen Verwaltung 95
44. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend mehrsprachige Website mit Alltagsinformationen 97
45. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Förderung der politischen Partizipation von Migrant/innen auf Quartierebene 98
46. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Alexander Gröflin betreffend Einführung der Volksmotion 100
47. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend bikantonale PUK für bikantonale Geschäfte und Institutionen 101
48. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag Tonja Zürcher auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Öffnung der Grenzen 102
49. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Aufnahme von Smart City als strategisches Ziel im nächsten Legislaturplan sowie betreffend Smart City Pilotquartier.....104
50. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend erste Tiny House Siedlung in Basel 106
51. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 128 Joël Thüring betreffend finanzielle Not der binationalen Beratungsstelle infolge Corona-Krise - was kann der Kanton unternehmen, um die Schliessung zu verhindern? 107
52. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 140 Michael Hug betreffend Teilnahme von Basel-Stadt am digitalen Portal für kulturelle Schätze 108
53. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 144 Heiner Vischer betreffend Weltrekord-Tiramisù in Basel? ..108
54. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 147 Thomas Widmer-Huber betreffend Verantwortung des Basler Regierungsrats als Gremium zur Freistellung von Marc Fehlmann sowie zum Verfahren an sich 108
55. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 149 Pascal Messerli betreffend Nichtiger Freistellungsentscheid des Präsidialdepartements in der Causa Fehlmann/Ackermann.....109
56. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 160 Pascal Pfister betreffend Nachanalyse Abstimmung Wohnraumfördergesetz.....109
57. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 161 Alexandra Dill betreffend neue Zollrichtlinie gefährdet unsere Versorgung mit regionalen und nachhaltigen Lebensmitteln.....109

58. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Basel als Stadt der Zuflucht und Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend Aufnahme von Jesidinnen durch den Kanton Basel-Stadt 110
59. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Massnahmenplan zur Klimaanpassung....113
60. Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend die Vermeidung von nichtamortisierbaren Investitionen und einen geordneten Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung durch die IWB bis 2050 (Dekarbonisierung)....113
61. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jeremy Stephenson und Konsorten betreffend Planung von Wirtschaftsflächen gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft....113
62. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend “Null Plastik” Politik für öffentliche Einrichtungen....114
63. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Erich Bucher und Konsorten betreffend Bekämpfung der Armut mit Steuergutschriften....116
64. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Anpassung von § 7 Energiegesetz....116
65. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Konjunkturprogramm Basel-Stadt 200 Millionen mit Massnahmen zur Bekämpfung der Rezession durch Investition in eine nachhaltige Klimapolitik....118
66. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag Beatrice Messerli und Barbara Heer auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Wahrnehmung des Parlamentsmandates während des Mutterschaftsurlaubs ...120
67. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag Beda Baumgartner und Oliver Bolliger auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Aufnahme von Menschen aus Griechenland und Auslastung der Asylzentren ...120
68. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 143 Thomas Gander betreffend Folgen und Massnahmen der Corona-Krise für sozioökonomisch schwache Menschen und Familien....123
69. Bericht des Regierungsrates zur Motion der Bau- und Raumplanungs-kommission betreffend Stadtbildkommission 124

Anhang A: Abstimmungsergebnisse 128
Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen) 199
Anhang C: Neue Vorstösse....201

Beginn der 1. Sitzung
Mittwoch, 3. Februar 2021, 09:00 Uhr

1. Eröffnung der Sitzung durch das jüngste und das älteste Ratsmitglied

[03.02.21 09:00:27, MGT]

Laurin Hoppler (jüngstes Mitglied des Grossen Rates): Meine Damen und Herren. Ich habe als jüngstes Mitglied dieses Rates die Ehre, zusammen mit dem ältesten Ratskollegen Thomas Müry die konstituierende Sitzung des Grossen Rates eröffnen zu dürfen.

Ich erkläre die 44. Legislatur des Grossen Rates als eröffnet.

Als jüngstes Mitglied dieses Rates habe ich heute die Ehre zusammen mit dem ältesten Ratskollegen Thomas Müry die konstituierende Sitzung des Grossen Rates eröffnen zu dürfen. Ich will also keine Zeit verlieren: Ich erkläre die 44. Legislatur des Grossen Rates für eröffnet.

Keine Zeit verlieren: Vor zwei Jahren habe ich mit vielen anderen jungen Menschen zum ersten Mal in der Schule gestreikt. Dafür, dass wir keine Zeit mehr verlieren und die Klimakrise endlich ernst nehmen.

Ich weiss: der eine oder die andere im Saal denkt jetzt vielleicht: «Uii, dä chunt no uf d Wält! Politik isch öbis langsams - das wird är au no merke!» Ok, mag sein - aber verlieren wir doch damit keine Zeit!

Vor fünf Jahren hat die Schweiz das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet. Ich möchte in diesem Saal daran erinnern, dass die Schweiz sich verpflichtet hat, bis spätesten 2050 klimaneutral zu sein.

Im Abkommen steht auch, dass Länder wie die Schweiz, welche mehr als andere zur Klimakrise beitragen, dazu verpflichtet sind, auch mehr dagegen zu tun, damit wir noch früher aus dem Fossilzeitalter aussteigen können.

Wir haben schon viel Zeit verloren: die Wissenschaft sagt uns heute, dass wir ehrgeizigere Ziele brauchen, um die Klimakrise noch rechtzeitig und menschenwürdig zu überwinden.

In den nächsten vier Jahren stellen wir hier die Weichen für eine solche ehrgeizige Klimapolitik. Wir sollten diese Zeit gut nutzen.

Im schönen Basel gibt es fünf Brücken, die das Gross- und das Kleinbasel verbinden. Ich hoffe, dass wir rechtzeitig eine Brücke in eine klimafreundliche Zukunft bauen; aber auch: dass wir in diesem Saal neue Brücken für Basel bauen. Brücken zwischen Jung und Alt (zu Müry: so wie wir beide es tun), zwischen Arm und Reich, zwischen unterschiedlichen Menschen und ihren Lebensarten und zwischen den 163 verschiedenen Nationalitäten, welche in Basel leben. Auch dafür ist es Zeit.

Für viele junge Menschen bedeutet die Corona Krise verlorene Zeit: keine grossen Reisen nach der abgeschlossenen Schule, keine kulturellen Anlässe, viel weniger soziale Kontakte. Nicht nur wir, aber wir auch bringen viele Opfer. Etwas Zeit muss sein, um es hier mal zu sagen (denn ich höre dieses Lob von den Medien und den Politikerinnen und Politikern viel zu selten): wir machen es gut! Wir bringen diese Zeit gut vorbei!

Es ist für mich eine grosse Ehre, die Politik in meiner Stadt und meinem Kanton in dieser Zeit mitzugestalten. Ich habe Respekt: vor der Aufgabe, vor ihnen als erfahrene Politiker und Politikerinnen. Und ich freue mich über Respekt. Für Respekt muss immer Zeit sein: er ist die Grundlage für ein funktionierendes Parlament und eine funktionierende Demokratie.

Und ich werde mein Bestes, geben diese Aufgabe gewissenhaft und aufrichtig auszuführen und keine Zeit mit Unnötigem zu verschwenden.

Also: es ist Zeit – ich danke Ihnen!

Thomas Müry (ältestes Mitglied des Grossen Rates): Sehr geehrtes jüngstes Mitglied des Grossen Rates

Sehr geehrte Mitglieder des Grossen Rates

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident

Sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte

Sehr geehrter Vorsitzender des Gerichtsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beide, Laurin und ich, bilden quasi die Klammer um euch alle, der Jüngste und der Älteste, wir schliessen den Kreis. Wir sitzen hier oben – im Grossratssaal pflegt man zu sagen: „auf dem Bock“, für etliche wohl ein mögliches Ziel der politischen Karriere, das Parlamentspräsidium. Das Parlament, welch ein bunter Strauss von Menschen, mit den verschiedensten Hoffnungen, Befürchtungen, Anliegen und Interessen. Aber etwas eint uns jenseits aller Unterschiede: wir sind gewählt vom Volk, vertreten das Volk und nicht uns selbst, im Zentrum unseres Handelns steht das Wohl unseres Kantons und seiner Bevölkerung!

Ich verdeutliche, was das für den Umgang mit einander für Konsequenzen hat, anhand von drei Begriffen: Barmherzigkeit, Überraschung, Respekt.

Die Anfangsbuchstaben dieser drei Worte sind B Ü R. Ergänzt durch das O als Zeichen des Kreises, Symbol der Einheit ergibt das „Büro“. Habt ihr das Büro erreicht, ist das Ziel Präsidium in Sichtweite. So könnt ihr es euch besser merken!

Jetzt zu den drei Begriffen.

Barmherzigkeit

Diesen Begriff entnehme ich dem Jahresmotto meiner Kirche. Aber, was meint das? Das meint Offenheit für das Herz des Mitmenschen, Mitgefühl. Ich versuche, mein Gegenüber zu verstehen, versetze mich in seine Lage, betrachte ein Geschäft mit den Augen der andern, oder setze – wie manchmal gesagt wird – dessen Brille auf. Erst wenn ich das tue bin ich bereit für einen echten Dialog und eine Lösung, die allen Menschen dient.

Überraschung

Ich lade euch ein, offen zu werden für Überraschungen. Das hat mir in den letzten Jahren gefehlt. Die existierende Blockbildung im Rat, die auch regelmässig von den Medien befeuert wird, führt dazu, dass schon zu Beginn einer Debatte, sei es in Kommissionen oder im Plenum, klar ist, in welche Richtung es gehen wird. Die Positionen sind bezogen, es ist klar, wer wie abstimmen wird. Das ist das Ende der Diskussionskultur. Es führt dazu, dass die Argumente der anderen Seite gar nicht gehört werden, dass sich bei den einzelnen Voten der Saal leert. Da ich schon weiss, was der oder die Andere an Argumenten vorbringen wird, höre ich nicht zu und widme mich meinem Laptop, der Zeitung, oder dem Sudoku. Damit verpasse ich die Gelegenheit, plötzlich einen neuen Ansatz zu hören, einen neuen Gedanken, der zu meiner Überraschung sogar einen Fortschritt bedeuten könnte.

Respekt

Damit meine ich auch, aber nicht nur, den Umgang miteinander im Rat. Respekt in der Sprache, respektvollen Umgang mit der Zeit, Respekt vor unserer Aufgabe. Voten sollen kurz und präzise sein, was schon von anderen gesagt wurde, muss von mir nicht wiederholt werden. Mein Grossvater pflegte zu sagen: Wenn Du etwas sagst, vergiss nie, dass während der Zeit, da Du redest, jemand anderes am Reden gehindert wird!

In diesem Sinn lasst uns an die Arbeit gehen, das BÜRO wartet auf euch.

Vergesst nie, schon in der Bibel steht: „Suchet der Stadt Bestes!“

2. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates

[03.02.21 09:13:30, WAG]

Thomas Müry (ältestes Mitglied des Grossen Rates): Wir kommen damit zum Geschäft Nr. 2, der Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Grossen Rates.

Ich bezeichne folgende Damen und Herren als Stimmenzählende für alle Wahlen in der heutigen Sitzung:

Beda Baumgartner (SP) als Leiter des Wahlbüros

Oliver Thommen (GAB), Sektor I

François Bocherens (LDP), Sektor II

Beatrice Isler (die Mitte/EVP), Sektor III

Sandra Bothe (GLP), Sektor IV

Lorenz Amiet (SVP), Sektor V

Sekretärin des Wahlbüros: Sabine Canton

Wir schreiten zur Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2021 / 2022.

Vorgeschlagen wurde: David Jenny (FDP) sowie Eric Weber (fraktionslos)

Werden weitere Vorschläge gemacht?

Das ist nicht der Fall. Ich bitte die Stimmenzähler, die Wahlzettel in ihrem Sektor auszuteilen.

Die Wahlzettel wurden ausgeteilt. Ich bitte die Stimmenzähler, alle Wahlzettel einzusammeln und ausserhalb das Ratssaals auszuzählen.
Die Mitglieder des Grossen Rates bitte ich auf Ihren Sitzplätzen zu bleiben.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt

ausgeteilte Wahlzettel 99
eingegangene Wahlzettel 99
ungültige Wahlzettel 1
gültige Wahlzettel 98
absolutes Mehr 50
Gewählt ist: David Jenny mit 92 Stimmen
Stimmen haben erhalten: Eric Weber 1 Stimme
Vereinzelte 3 Stimmen
Leere Wahlzettel: 2

Thomas Müry (ältestes Mitglied des Grossen Rates): Ich gratuliere David Jenny ganz herzlich zur Wahl als Grossratspräsident und bitte Ihn meinen Platz einzunehmen.
[Applaus]

Antrittsrede des Grossratspräsidenten

David Jenny, Grossratspräsident: Sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen
Sehr geehrter Herr Regierungspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte
Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates
Sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes
Sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter
Sehr geehrte Gäste an den Bildschirmen

Die Schwierigkeiten, diese Rede zu halten, beginnen mit der Anrede. Ich habe in den Materialien, sprich in den Antrittsreden meiner acht Vorgängerinnen und Vorgänger im Amte, die ich miterleben durfte, nachgeforscht. Als erster Präsident einer Legislatur kann ich noch keinen Statthalter oder keine Statthalterin begrüssen. Conradin Cramer hat “sec” seine Rede mit “Herr Regierungspräsident” begonnen. Christian Egeler hat den Mitgliedern der Regierung seine Wertschätzung bekundet, die Ratskolleginnen und Ratskollegen hat er sehr geehrt. Elisabeth Ackermann hat sich dazu entschieden, zuerst die Mitglieder des Grossen Rates anzusprechen, der Regierungsrat wurde auf den zweiten Platz verbannt. Heiner Vischer richtete sich als Erster spezifisch auch an Mitarbeitende, die Medien und die Gäste an den Bildschirmen. Als Novum darf ich heute den Vorsitzenden des Gerichtsrates begrüssen. Dass keine Gäste im Saal respektive auf der Tribüne willkommen zu heissen sind, ist hoffentlich ein einmaliges Vorkommnis.

Wir sind gemäss § 80 unserer Verfassung “die gesetzgebende und oberste aufsichtsführende Behörde des Kantons”. Wer diese Verfassungsbestimmung liest, mag den Eindruck bekommen, wir im Grossen Rat würden die Gesetzgebungsarbeit autonom von A bis Z erledigen, und dies erst noch “munter” und oft in der Absicht, “Zeichen zu setzen” . Dass Autonomie ein Trugbild ist, wissen wir. Zur Art und Weise, wie wir tatsächlich unsere gesetzgebende Funktion wahrnehmen, will ich mit Ihnen einige Überlegungen anstellen.

Gesetzgebung ohne wesentliche Beteiligung der Exekutive ist eine rare Ausnahme. Es ist möglich, mittels Überweisung eines Anzuges an eine Kommission ein Rechtsetzungsprojekt zu lancieren, dieses ohne Beteiligung der Regierung auszuarbeiten und im Plenum zu verabschieden. Ausserhalb der Änderungen am Parlamentsrecht selbst ist ein solches Vorgehen aussergewöhnlich.

Gesetzgebung wird initiiert durch das Volk mittels Initiativen, durch den Grossen Rat durch Überweisung von Vorstössen und durch Regierung und Verwaltung aus eigenem Antriebe oder als Reaktion auf bundesrechtliche Vorgaben. Mischformen sind häufig. Bis ein Ratschlag mit einem Gesetzesentwurf Einzug in unser Geschäftsverzeichnis hält, haben Regierung und Verwaltung viel Zeit und Ressourcen in das Vorverfahren investiert, haben Expertinnen und Experten beigezogen und Vernehmlassungen durchgeführt und sind zum Schluss gelangt, was sie natürlich nie zugestehen, ihr Vorschlag stelle nun das Ei des Kolumbus dar und könne vom Grossen Rat nur noch verschlimmbessert werden.

Wenn jede und jeder von uns nach erfolgter Schlussabstimmung das Ergebnis eines Gesetzgebungsverfahrens im Stillen oder öffentlich bewertet, so ist der Massstab primär die Übereinstimmung des Gesetzes mit den eigenen politischen Überzeugungen. Dies ist legitim. Das Parlament trägt aber auch Verantwortung dafür, dass ein Gesetz in sich möglichst widerspruchsfrei ist, mit höherrangigem Recht nicht kollidiert, mit gleichrangigem Recht harmoniert und so gut und verständlich formuliert ist, wie es ein Gesetz nur kann. Kurz: Wir sollen das, was uns der Regierungsrat vorlegt, auch unter diesen Aspekten prüfen. So können wir ein klein wenig dazu beitragen, dass unsere Entscheidungen Legitimation auch durch Rationalität gewinnen . Dass wir gelegentlich den Mut haben sollten, nicht zu regulieren, will ich heute nicht thematisieren.

In neun Thesen will ich Ihnen, durchaus subjektiv und durchwegs apodiktisch, darlegen, wie wir qualitativen Aspekten im Gesetzgebungsverfahren gerecht werden können:

Parlamentarische Gesetzgebungsarbeit ist Kommissionsarbeit:

Ein Beispiel: Die JSSK hat das totalrevidierte Gerichtsorganisationsgesetz in 22 Sitzungen beraten, die Debatte im Plenum dauerte etwa zwei Stunden, also so lange wie eine Kommissionssitzung.

Das zuständige Regierungsmitglied darf und soll in der Kommissionsberatung mitwirken:

Ich bin Verfechter der Ansicht, dass Regierung und Verwaltung im Kommissionszimmer Platz haben sollen. Die Kommission kann nur mit Einbezug der Exekutive gut arbeiten. Ihre Sachkunde ist unverzichtbar. Sie ist davon zu überzeugen, Anträge der Kommission zu unterstützen. Ich erlaube mir nun einen Verstoss gegen die Gewaltenteilung, indem ich das zuständige Regierungsmitglied auffordere, wenn immer möglich selbst aktiv in den Kommissionsberatungen präsent zu sein. Zu Beginn der Kommissionsarbeit kurz ein Statement abzugeben und sich dann in den weiteren Sitzungen durch die Verwaltung vertreten zu lassen, ist aus meiner Sicht nicht förderlich für eine gute Beratung. Gegenstück zur regierungsrätlichen Präsenzpflicht ist aber ein (fast vollständiger) Verzicht auf Kommissionsberatungen ohne Einladung des Regierungsrates.

Eine Kommission kann das Rad nicht neu erfinden:

Kommissionen sollen intensiv am regierungsrätlichen Vorschlag arbeiten, sie sollen diesen präzisieren, wo nötig korrigieren und in einzelnen Punkten neue Lösungen vorschlagen. Ein Gesetz völlig neu zu konzipieren, überfordert aber eine Kommission. Soll beispielsweise aus einer Partialrevision eines Gesetzes materiell eine Totalrevision werden, ist dem Plenum die Rückweisung an den Regierungsrat zu beantragen.

Die regierungsrätliche Verordnung ist stets mitzudenken:

Eine wichtige Frage im Gesetzgebungsverfahren ist diejenige nach dem Spielraum des Verordnungsgebers, sprich der Regierung, die den Gesetzesentwurf selbst ausgearbeitet hat. Dass diese in der Regel für einen grossen Spielraum plädiert, ist ihr nicht zu verübeln. In der Kommissionsberatung ist daher abzuwägen, in welchen Punkten ein Gesetz bestimmt formuliert sein soll und in welchen es der Exekutive Freiheit einräumen will. Wenn die Regierung bereit ist, einen schon bestehenden Verordnungsentwurf mit der Kommission zu teilen, ist dies hilfreich.

Die fehlende Transparenz der Kommissionsarbeit ist eine gute Sache:

Jedes Mitglied fühlt sich frei, Ideen vorzubringen und diese wieder zurückzuziehen, wenn sie sich sofort oder später als, überspitzt gesagt, “Schnapsideen” erweisen. “Der Königsweg eines ethischen Findungsprozesses”, die Suche nach dem Kompromiss , kann beschritten werden. Im Kommissionszimmer kann auch diskret “die eine oder andere Kröte” geschluckt werden .

Rückkoppelung mit den Fraktionen ist richtig und wichtig:

Wenn im Plenum eine Fraktion unerwartet Anträge stellt, die nicht mit der Auffassung ihrer Kommissionsvertreter kompatibel sind, setzt oft Stirnrunzeln ein. Bei wichtigen Weichenstellungen in der Kommissionsarbeit dürfen und sollen Kommissionsmitglieder die Meinungen ihrer Fraktion abholen, sie dürfen die Fraktion von der Kommissionsweisheit überzeugen zu versuchen, sie dürfen, müssen aber nicht ihre Meinung in der Kommissionsarbeit aufgrund der Fraktionsauffassung ändern.

Auch Minderheitsberichte sind sorgfältig zu redigieren:

Bei knappen Mehrheitsverhältnissen im Plenum kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine starke Kommissionsminderheit sich mit ihren Anträgen ganz oder teilweise im Plenum durchsetzt. Der Bericht der Minderheit wird sodann zu einem wichtigen Teil der Gesetzesmaterialien. Die Ausarbeitung dieses Berichts ist oft Fronarbeit, das Kommissionssekretariat ist mit der Redaktion des Berichtes der Mehrheit beschäftigt. Dies kann zu Minderheitsberichten führen, deren Qualität deutlich unter derjenigen von Mehrheitsberichten liegt.

Zu viele Köche verderben den Brei:

Wenn mehr als eine Kommission einen Gesetzesentwurf vorberät und dies zu zwei bis vier Berichten mit divergierenden Anträgen führt und gleichzeitig der Regierungsrat Anträge aufrechterhält, dann steigt das Verschlimmbesserungsrisiko exponentiell. Mit Mitberichten zu geizen, ist eine Tugend.

Mut zur zweiten Lesung:

Wir scheuen uns vor zweiten Lesungen. Ein Grund dafür sind die knappen Mehrheitsverhältnisse: wer an einem Tage Abstimmungen dank schlechter Präsenz der anderen Seite gewonnen hat, fürchtet, in einer zweiten Lesung wieder an Terrain zu verlieren. Wenn ein gemeinsames Verständnis dafür bestünde, dass zweite Lesungen nur der besseren Gesetzesredaktion dienen sollen, würden solche öfters angesetzt werden. Gerade wenn das Plenum sich mit Vorlagen, bei denen sehr viele mitgekocht haben, auseinanderzusetzen hat, könnte eine zweite Lesung zu kohärenteren Gesetzen

führen. Dass mein Plädoyer für zweite Lesungen wenig Erfolg haben wird, ist mir bewusst.

Wenn Sie sich der Verantwortung für qualitativ gute Gesetze in dem Sinne, wie ich es eingangs umschrieben habe, bewusst sind und entsprechend handeln, so werden Sie keine Lorbeeren ernten, die Ihnen bei Wiederwahl oder politischem Aufstieg förderlich sein werden. Die einzige Belohnung ist, dass Ihnen vielleicht bei einem Antrag in einer Kommissionsberatung Kolleginnen und Kollegen aus dem anderen Lager folgen und dass Sie leise flüstern dürfen: Hüt han y öppis gschafft für Basel .

Dem trockenen Teil meiner Ansprache will ich zwei autobiographisch motivierte Zitate anfügen:

Mein Doktorvater Kurt Eichenberger hat 1954 das parlamentarische Verfahren wie folgt beschrieben: Ihm “ist eine grosse Ruhe eigen, ein breit ausladendes, fast gemächliches Hinfliessen im Strom der Zeit und der umfassenden Überlegung. Es ist jeder Eile abhold und setzt in reichem Mass Sicherungen ein, um Hast, Abkürzungen, Augenblicksentscheidungen auszuschalten. Das Gesetz als Frucht geistiger Zucht soll reifen können in einer Atmosphäre der Sorgfalt, der Umsicht, der Musse im guten Sinne” . Wer von uns eine weitere Kommissionssitzung oder eine zweite Lesung beantragt, kann sich somit auf Kurt Eichenberger berufen.

In seiner Abschiedsvorlesung mit dem Titel “Als Jurist in der Politik” führte mein Vater, ein engagierter Kämpfer für einen Kanton Basel und nicht ein “unnachgiebiger Kämpfer für das selbständige Baselbiet” , was folgt aus: “Nicht zu bestreiten ist jedoch, dass Rechtsgelehrte, die sich vor versammeltem Parlament juristische Wortgefechte liefern, einen erheblichen Unterhaltungswert geniessen und dazu beitragen, jede Klarheit zu beseitigen. Dass Redeschlachten zwischen Anhängerinnen und Anhängern divergierender pädagogischer Richtungen eine ähnliche Wirkung erzielen, ist kein Trost.” Daraus folgt, dass diese Ansprache nicht zur Unterhaltung beiträgt, da ihr stante pede kein Jurist und keine Juristin widersprechen kann. Zu Redeschlachten unter Pädagoginnen und Pädagogen äussere ich mich nicht, ich kann ja auch das Misstrauen gegen diesen Berufsstand nicht mit dem Bekenntnis, “Naja, ich unterrichte Gitarre”, abbauen .

Der neueren parlamentarischen Tradition folgend werde ich meine ausführlichen Worte des Dankes in meiner Schlussansprache aussprechen, dies mit einer Ausnahme: Meiner Vorgängerin Salome Hofer danke ich herzlich dafür, wie zielsicher sie unsere Wandergruppe von unserer wohlvertrauten SAC-Hütte am Marktplatz in die uns langsam nolens volens vertraut werdende temporäre Hütte am Messeplatz (neudeutsch “CCB Lodge”) geführt hat. Salome Hofers Amtsjahr war geprägt von der Pflicht, Corona hat ihr das Kürprogramm gestohlen, ihren Humor hat sie aber nie verloren. Und dass ihr Gemeinsamkeiten und gemeinsame Werte enorm wichtig sind, hat sie angekündigt und umgesetzt .

Vielleicht haben Sie es bemerkt, ich habe in meine Ausführungen markante Worte aus den Antrittsreden der Präsidentinnen und Präsidenten der 42. und 43. Legislatur in diese Rede eingebaut . Genaueres können Sie den Fussnoten im publizierten Text entnehmen. Die Zitierten bitte ich zu entschuldigen, dass ich ihre Worte in einen neuen Kontext einfügte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und eröffne hiermit, soweit dies das älteste und das jüngste Ratsmitglied nicht schon getan haben, die erste Sitzung des ersten Legislatur-jahres der 44. Legislatur des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt.

3. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates

[03.02.21 09:54:03, WAG]

David Jenny, Grossratspräsident: Die Fraktion GAB beantragt die Wahl von Jo Vergeat

als Statthalterin.

Zusätzlich stellt sich Eric Weber zur Wahl.

Werden weitere Vorschläge gemacht ? — Das ist nicht der Fall.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben.

[Wahlzettel werden ausgeteilt]

Die Wahlzettel wurden ausgeteilt. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel wieder einzusammeln und danach ausserhalb des Saals auszuzählen.

Bitte bleiben Sie an Ihrem Sitzplatz bis die Stimmen ausgezählt sind.

David Jenny, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis des Wahlgangs bekannt.

ausgeteilte Wahlzettel 99
eingegangene Wahlzettel 99
ungültige Wahlzettel 0
gültige Wahlzettel 99
absolutes Mehr 50
Gewählt ist: Jo Vergeat mit 81 Stimmen
Stimmen haben erhalten: Eric Weber 2 Stimmen
Vereinzelte 1 Stimmen
Leere Wahlzettel: 15

Ich gratuliere Jo Vergeat zur Wahl und wünsche ihr viel Erfolg, Freude und Befriedigung im neuen Amt und bitte Sie Ihren Platz hier vorne einzunehmen.

4. Wahl von fünf Beisitzerinnen / Beisitzern des Ratsbüros

[03.02.21 10:11:13, WAG]

David Jenny, Grossratspräsident: Die Fraktionen beantragen die Wahl von Johannes Sieber (GLP), Balz Herter (Die Mitte/EVP), Claudio Miozzari (SP), Joël Thüring (SVP) und Catherine Alioth (LDP)
als weitere Mitglieder des Ratsbüros.

Zusätzlich stellt sich Eric Weber zur Wahl.

Auf dem Wahlzettel stehen somit 6 Namen, bitte streichen Sie einen Namen von der Liste. Es dürfen nur fünf Personen gewählt werden.

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben.

Die Wahlzettel wurden ausgeteilt. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel wieder einzusammeln und danach ausserhalb des Saals auszuzählen.

Bitte bleiben Sie an Ihrem Sitzplatz bis die Stimmen ausgezählt sind.

David Jenny, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis des Wahlgangs bekannt.

ausgeteilte Wahlzettel 99
eingegangene Wahlzettel 99
ungültige Wahlzettel 0
gültige Wahlzettel 99
gültige Stimmen 495
absolutes Mehr 50
Gewählt ist:
Catherine Alioth 98 Stimmen
Claudio Miozzari 98 Stimmen
Johannes Sieber 97 Stimmen

Balz Herter 96 Stimmen
Joël Thüring 87 Stimmen
Stimmen haben erhalten: Eric Weber 3 Stimmen
Vereinzelte 0
Leere Linien: 16

Ich gratuliere den Gewählten zur Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg, Freude und Befriedigung im neuen Amt und bitte Sie, Ihren Platz hier vorne einzunehmen.

5. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[03.02.21 10:47:22, MGT]

David Jenny, Grossratspräsident: Ich habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Neue Ratsmitglieder

Ich freue mich, 27 neue Mitglieder im Grossen Rat begrüssen zu dürfen. Ich bitte die Neuen, jeweils kurz aufzustehen. Applaudieren können Sie am Schluss. Es sind dies:
Melanie Nussbaumer (SP)
Annina von Falkenstein (LDP)
Patricia Bernasconi (GAB)
David Trachsel (SVP)
Claudia Baumgartner (GLP)
Tobias Christ (GLP)
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)
Laurin Hoppler (GAB)
Lea Wirz (GAB)
Lukas Faesch (LDP)
Brigitte Kühne (GLP)
Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)
Andrea Strahm (die Mitte/EVP)
Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)
Mahir Kabakci (SP)
Heidi Mück (GAB)
Fleur Weibel (GAB)
Beat von Wartburg (LDP)
Stefan Suter (SVP)
Bülent Pekermann (GLP)
Johannes Sieber (GLP)
Eric Weber (fraktionslos)
Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)
Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)
Daniel Albietz (die Mitte/EVP)
Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)
Ich heisse die neuen Mitglieder herzlich willkommen wünsche Ihnen einen guten Einstieg in die Ratsarbeit und viel Freude und Erfolg als Mitglied dieses Parlamentes.
[Applaus]

Neue Interpellationen

Es sind 16 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 2, 6, 10, 12, 13, 14 und 16 werden mündlich beantwortet.

Bildaufnahmen im Grossratssaal

Heute Morgen wird der Fotograf Michael Fritschi im Auftrag des Parlamentsdienstes diverse Fotos vom Ratsgeschehen machen, damit die Webseite des Grossen Rates und auch die Grossratsbroschüre mit aktuellem Bildmaterial nachgeführt werden können. Ebenso anwesend sind weitere Fotografen von unterschiedlichen Medien.

Portrait-Aufnahmen

Sie wurden bereits informiert, dass für die neue Legislatur von allen Grossratsmitgliedern eine neue Portraitaufnahme für unseren Internetauftritt benötigt wird. Das Fotostudio Basilisk macht diese Aufnahmen ab heute Mittag im Raum Mexiko. Falls Sie sich noch nicht online angemeldet haben, haben sie nun die Gelegenheit sich an Tisch 5 im Foyer noch einzuschreiben. Dort können Sie auch einsehen, wann ihr Termin gebucht wurde.

Der Zeitrahmen ist sehr knapp berechnet, weshalb wir auf Ihre Mitwirkung für einen möglichst reibungs- und lückenlosen Ablauf angewiesen sind. Alternativ können Sie auch direkt im Fotostudio einen Termin an einem Tag Ihrer Wahl vereinbaren.

Badges zum Rathaus

Der Badge und die Abstimmungskarte sind neu getrennt. Mitglieder der Fraktionen erhalten beim Weibel Roland Schaad einen neuen Zutrittsbadge zum Rathaus, damit der Zutritt zu den Kommissionssitzungen gewährleistet ist. Fraktionslose Mitglieder erhalten ebenfalls einen Zutrittsbadge der jedoch nur an Grossratstagen funktioniert.

Die Zutrittsbadges werden Ihnen gegen eine Quittung ausgehändigt.

Die Abstimmungskarten werden Ihnen erst zur Verfügung gestellt, wenn wir wieder in das Rathaus zurückkehren.

Bisherige Mitglieder des Grossen Rates müssen Ihre Zutrittsbadges nicht retournieren. Die Zutrittsberechtigung wird jedoch heute Abend angepasst.

Meldung als Redner

Um uns einfach zu zeigen, wer sich als Redner melden möchte, haben wir Karten in drei Farben erstellt. Sie finden diese im Umschlag auf Ihrem Platz.

Halten Sie die grüne Karte hoch, wenn Sie ein Fraktionsvotum stellen möchten, halten Sie die blaue Karte hoch für ein Einzelvotum und die rote Karte für eine Zwischenfrage.

Maskenpflicht

Bitte beachten Sie, dass im gesamten Congress Center Maskenpflicht gilt. Diese gilt auch, wenn Sie an Ihrem Sitzplatz sitzen. Beim Sprechen ist es Ihnen erlaubt, die Maske abzulegen, zudem kurz um Flüssigkeit zu sich zu nehmen.

Ebenfalls möchte ich Sie bitten, während der Sitzung an Ihrem Sitzplatz zu bleiben. Falls Sie den Sitzplatz verlassen, müssen Sie die Abstandsregeln immer einhalten.

Test Abstimmungssystem

Da wir 26 neue Mitglieder unter uns haben, möchte ich erneut das Abstimmungssystem mit Ihnen testen. Dieses System ermöglicht es in einer Live-View zu sehen, wer wie gestimmt hat. Zusätzlich werden die Resultate zeitnah ins Internet exportiert und sind unter grosserrat.bs.ch abrufbar.

Wichtig ist, dass Sie die Abstimmungsgeräte nicht vom Platz entfernen. Diese müssen zu jeder Zeit an ihrem Sitzplatz bleiben.

Um Sie mit dem Abstimmungssystem vertraut zu machen, werden wir nun einige Testabstimmungen durchführen.

Neu ist dass 1 = JA bedeutet, 2 = NEIN, 3 = ENTHALTUNG

Wenn Sie gestimmt haben, erscheint auf dem Display «Gesendet». Sobald die Stimme registriert wurde erscheint «ERH» für erhalten. Gleichzeitig können sie Ihre Stimme in der Live-View überprüfen. Grün bedeutet JA, rot NEIN und weiss ENTAHLTUNG.

Testabstimmung 1

Sie dürfen stimmen was sie möchten und können Sich mit dem Gerät vertraut machen.

Testabstimmung 2

Alle stimmen JA

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

David Jenny, Grossratspräsident: Antrag dringliche Traktandierung

Beat Leuthardt beantragt Ihnen, den Ratschlag betreffend dringlicher Grossratsbeschluss zur Ausrichtung von weiteren Beiträgen an Vermieterinnen und Vermieter von Geschäftsräumen zur Unterstützung für baselstädtische Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie (COVID-19-GRB-Mietzinsunterstützung II), als Traktandum 83 für heute nach den Interpellationen zu traktandieren. Dafür ist ein (2/3 Mehr notwendig)

Möchte Beat Leuthardt kurz begründen?

Beat Leuthardt (GAB): Wir hatten schon im vergangenen April und im Mai dieses Vorgehen der dringlichen Motion und dann des Ratschlags der Regierung und auch jetzt wieder im Januar die Motion dringlich überwiesen für ein Rettungspaket II. Die Hintergründe sind, glaube ich, klar, die Geschäftsmietenden benötigen diese Hilfe, sie sind zum Teil verzweifelt. Ich glaube, es herrscht Einstimmigkeit hier.

Ein Wort noch zum Ratschlag selber, der wurde Ihnen ohne den hintersten Teil zugesandt, das Ratsbüro ist daran vollkommen unschuldig. Wir haben das gestern erkannt und korrigieren können. Ich denke, da besteht kein Zweifel, dass wir trotzdem die Vorlage dringlich erklären und heute im Anschluss an die Interpellation beraten und hoffentlich einstimmig durchbringen.

Abstimmung

JA Zustimmung dringliche Traktandierung, NEIN Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

97 JA

1 Nein

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung des Ratschlages betreffend dringlicher Grossratsbeschluss zur Ausrichtung von weiteren Beiträgen an Vermieterinnen und Vermieter von Geschäftsräumen zur Unterstützung für baselstädtische Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie (COVID-19-GRB-Mietzinsunterstützung II).

David Jenny, Grossratspräsident: Es wurden zwei Resolutionsentwürfe eingereicht. Die Entwürfe wurden Ihnen aufgelegt.

Wir diskutieren jetzt nur, ob die Resolutionsentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen sind.

Die Redezeit beträgt dabei 5 Minuten. Am Schluss stimmen wir für jeden einzelnen Resolutionsentwurf über die Traktandierung ab.

Resolutionsentwürfe, welche auf die Tagesordnung gesetzt werden, kommen heute nach den neuen Interpellationen zur Diskussion und zur Abstimmung.

Abstimmung

Resolution Migranten in Bosnien drängen nach Westeuropa – Wir können nicht alle Wirtschafts-Asylanten aufnehmen

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

1 JA

97 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

keine Traktandierung der Resolution.

Abstimmung

Resolution Briefwahl erleichtert Betrug – daher Briefwahl bitte abschaffen

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung
1 JA
96 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst
keine Traktandierung der Resolution.

Der Grosse Rat beschliesst
die Tagesordnung zu genehmigen.

6. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[03.02.21 11:03:52, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst
stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis
von den im Geschäftsverzeichnis zur Kenntnisnahme beantragten Geschäften gemäss Anhang B zu diesem Protokoll.

7. Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:04:19, WA1]

David Jenny, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 7 bis 21 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Selbstverständlich werden die Abstimmungen dann aber einzeln durchgeführt.
Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele JA-Stimmen wie NEIN-Stimmen.

Abstimmung
Durchführung offener Wahlen bei den Traktanden 7 bis 21 (Zweidrittelmehr)
JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung
96 Ja
1 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst
die Wahlen bei den Traktanden 7 - 21 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Für die Wahl als Mitglieder der Finanzkommission
von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Olivier Battaglia, LDP

Patrizia Bernasconi, GAB
François Bocherens, LDP
Tim Cuénod, SP
Mark Eichner, FDP
Thomas Gander, SP
Balz Herter, Die Mitte/EVP
Georg Mattmüller, SP
Michela Seggiani, SP
Jürg Stöcklin, GAB
Stefan Suter, SVP
Jo Vergeat, GAB
David Wüest-Rudin, GLP

Eric Weber schlägt Beat Leuthardt vor. Beat Leuthardt hat vorgängig mitgeteilt, dass er sich für die Wahl nicht zur Verfügung stellt.

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Finanzkommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
97 JA
1 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat wählt
Olivier Battaglia, LDP
Patrizia Bernasconi, GAB
François Bocherens, LDP
Tim Cuénod, SP
Mark Eichner, FDP
Thomas Gander, SP
Balz Herter, Die Mitte/EVP
Georg Mattmüller, SP
Michela Seggiani, SP
Jürg Stöcklin, GAB
Stefan Suter, SVP
Jo Vergeat, GAB
David Wüest-Rudin, GLP
als Mitglieder der Finanzkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Finanzkommission von der Fraktion SVP vorgeschlagen wurde Stefan Suter.

Abstimmung
Wer Stefan Suter als Präsident der Finanzkommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
91 JA
0 NEIN
5 ENT

Der Grosse Rat wählt
Stefan Suter als Präsidenten der Finanzkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Wahl der Geschäftsprüfungskommission und gleichzeitig PUK Biozentrum (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:13:15, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und gleichzeitig PUK Biozentrum von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
André Auderset, LDP
Erich Bucher, FDP
Lukas Faesch, LDP
Laurin Hoppler, GAB
Beatrice Isler, Die Mitte/EVP
Toya Krummenacher, AP
Johannes Sieber, GLP
Andrea Strahm, Die Mitte/EVP
Daniela Stumpf, SVP
Oliver Thommen, GAB
Joël Thüring, SVP
Christian von Wartburg, SP
Kerstin Wenk, SP

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und gleichzeitig PUK Biozentrum wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Der Grosse Rat wählt
André Auderset, LDP
Erich Bucher, FDP
Lukas Faesch, LDP
Laurin Hoppler, GAB
Beatrice Isler, Die Mitte/EVP
Toya Krummenacher, AP
Johannes Sieber, GLP
Andrea Strahm, Die Mitte/EVP
Daniela Stumpf, SVP
Oliver Thommen, GAB
Joël Thüring, SVP
Christian von Wartburg, SP
Kerstin Wenk, SP
als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und gleichzeitig PUK Biozentrum für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Geschäftsprüfungskommission und gleichzeitig der PUK Biozentrum von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde
Christian von Wartburg.

Abstimmung

Wer Christian von Wartburg als Präsident der Geschäftsprüfungskommission und gleichzeitig der PUK Biozentrum wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 JA

1 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat wählt

Christian von Wartburg als Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission und gleichzeitig PUK Biozentrum für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:14:33, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden:

Daniel Albietz, Die Mitte/EVP

Claudia Baumgartner, GLP

Alex Ebi, LDP

Thomas Gander, SP

Edibe Gölgeli, SP

David Jenny, FDP

Mahir Kabakci, SP

Danielle Kaufmann, SP

Michelle Lachenmeier, GAB

Jeremy Stephenson, LDP

Felix Wehrli, SVP

Thomas Widmer-Huber, Die Mitte/EVP

Lea Wirz, GAB

Eric Weber schlägt Jo Vergeat vor. Jo Vergeat hat mir vorgängig mitgeteilt, dass Sie für die Wahl nicht zur Verfügung steht.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

96 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat wählt

Daniel Albietz, Die Mitte/EVP

Claudia Baumgartner, GLP

Alex Ebi, LDP

Thomas Gander, SP
Edibe Gölgeli, SP
David Jenny, FDP
Mahir Kabakci, SP
Danielle Kaufmann, SP
Michelle Lachenmeier, GAB
Jeremy Stephenson, LDP
Felix Wehrli, SVP
Thomas Widmer-Huber, Die Mitte/EVP
Lea Wirz, GAB
als Mitglieder der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde
Danielle Kaufmann.

Abstimmung
Wer Danielle Kaufmann als Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
88 JA
1 NEIN
7 ENT

Der Grosse Rat wählt
Danielle Kaufmann als Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:18:04, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Gesundheits- und Sozialkommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Oliver Bolliger, GAB
Jessica Brandenburger, SP
Tobias Christ, GLP
Raoul I. Furlano, LDP
Pasqualine Gallacchi, Die Mitte/EVP
Lydia Isler-Christ, LDP
Sebastian Kölliker, SP
Georg Mattmüller, SP
Melanie Nussbaumer, SP
Karin Sartorius, FDP
Daniela Stumpf, SVP
David Trachsel, SVP
Fleur Weibel, GAB

Eric Weber schlägt Joël Thüring vor. Joël Thüring hat mir vorgängig mitgeteilt, dass er für die Wahl nicht zur Verfügung

steht.

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Gesundheits- und Sozialkommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Der Grosse Rat wählt
Oliver Bolliger, GAB
Jessica Brandenburger, SP
Tobias Christ, GLP
Raoul I. Furlano, LDP
Pasqualine Gallacchi, Die Mitte/EVP
Lydia Isler-Christ, LDP
Sebastian Kölliker, SP
Georg Mattmüller, SP
Melanie Nussbaumer, SP
Karin Sartorius, FDP
Daniela Stumpf, SVP
David Trachsel, SVP
Fleur Weibel, GAB
als Mitglieder der Gesundheits- und Sozialkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission von der Fraktion GAB vorgeschlagen wurde
Oliver Bolliger.

Abstimmung

Wer Oliver Bolliger als Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
95 JA
1 NEIN
1 ENT

Der Grosse Rat wählt
Oliver Bolliger als Präsidenten der Gesundheit- und Sozialkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Wahl der Bildungs- und Kulturkommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:21:22, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Catherine Alioth, LDP
Sandra Bothe-Wenk, GLP
Brigitte Gysin, Die Mitte/EVP
Marianne Hazenkamp, GAB
Barbara Heer, SP

David Jenny, FDP
Sasha Mazzotti, SP
Beatrice Messerli, GAB
Claudio Miozzari, SP
Franziska Roth, SP
Jenny Schweizer-Hoffmann, SVP
Joël Thüring, SVP
Beat von Wartburg, LDP

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
97 JA
1 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat wählt
Catherine Alioth, LDP
Sandra Bothe-Wenk, GLP
Brigitte Gysin, Die Mitte/EVP
Marianne Hazenkamp, GAB
Barbara Heer, SP
David Jenny, FDP
Sasha Mazzotti, SP
Beatrice Messerli, GAB
Claudio Miozzari, SP
Franziska Roth, SP
Jenny Schweizer-Hoffmann, SVP
Joël Thüring, SVP
Beat von Wartburg, LDP
als Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde
Franziska Roth.

Abstimmung
Wer Franziska Roth als Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
96 JA
1 NEIN
1 ENTZ

Der Grosse Rat wählt
Franziska Roth als Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:24:35, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Beat Braun, FDP
Tobias Christ, GLP
Raphael Fuhrer, GAB
Raffaela Hanauer, GAB
Brigitte Kühne, GLP
Franz-Xaver Leonhardt, Die Mitte/EVP
Lisa Mathys, SP
Thomas Müry, LDP
Jean-Luc Perret, SP
Daniel Sägesser, SP
Beat K. Schaller, SVP
Nicole Strahm, LDP
Semseddin Yilmaz, SP

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
96 JA
1 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat wählt
Beat Braun, FDP
Tobias Christ, GLP
Raphael Fuhrer, GAB
Raffaela Hanauer, GAB
Brigitte Kühne, GLP
Franz-Xaver Leonhardt, Die Mitte/EVP
Lisa Mathys, SP
Thomas Müry, LDP
Jean-Luc Perret, SP
Daniel Sägesser, SP
Beat K. Schaller, SVP
Nicole Strahm, LDP
Semseddin Yilmaz, SP
als Mitglieder der Umwelt- Verkehr und Energiekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission von der Fraktion GAB vorgeschlagen wurde
Raphael Fuhrer.

Abstimmung

Wer Raphael Fuhrer als Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
94 JA
3 NEIN
1 ENT

13. Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:27:31, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
René Brigger, SP
Alexandra Dill, SP
Christoph Hochuli, Die Mitte/EVP
Michael Hug, LDP
Andrea Elisabeth Knellwolf, Die Mitte/EVP
Sebastian Kölliker, SP
Beat Leuthardt, GAB
Pascal Messerli, SVP
Bülent Pekerman, GLP
Jeremy Stephenson, LDP
Stefan Wittlin, SP
Andreas Zappalà, FDP
Tonja Zürcher, GAB

Eric Weber (fraktionslos): schlägt Stefan Suter vor.

Stefan Suter (SVP): stellt sich nicht für die Wahl zur Verfügung.

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
92 JA
1 NEIN
2 ENT

Der Grosse Rat wählt
René Brigger, SP
Alexandra Dill, SP
Christoph Hochuli, Die Mitte/EVP
Michael Hug, LDP
Andrea Elisabeth Knellwolf, Die Mitte/EVP
Sebastian Kölliker, SP
Beat Leuthardt, GAB
Pascal Messerli, SVP
Bülent Pekerman, GLP

Jeremy Stephenson, LDP
Stefan Wittlin, SP
Andreas Zappalà, FDP
Tonja Zürcher, GAB
als Mitglieder der Bau und Raumplanungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Bau- und Raumplanungskommission von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde
Jeremy Stephenson.

Abstimmung
Wer Jeremy Stephenson als Präsident der Bau- und Raumplanungskommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
95 JA
1 NEIN
1 ENT

Der Grosse Rat wählt
Jeremy Stephenson als Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

14. Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:31:09, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Wirtschafts- und Abgabekommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Nicole Amacher, SP
Lorenz Amiet, SVP
Beda Baumgartner, SP
Olivier Battaglia, LDP
François Bocherens, LDP
Harald Friedl, GAB
Salome Hofer, SP
Andrea Elisabeth Knellwolf, Die Mitte/EVP
Heidi Mück, GAB
Pascal Pfister, SP
Niggi Rechsteiner, GLP
Jérôme Thiriet, GAB
Luca Urgese, FDP

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Wirtschafts- und Abgabekommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
94 JA
1 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat wählt
Nicole Amacher, SP
Lorenz Amiet, SVP
Beda Baumgartner, SP
Olivier Battaglia, LDP
François Bocherens, LDP
Harald Friedl, GAB
Salome Hofer, SP
Andrea Elisabeth Knellwolf, Die Mitte/EVP
Heidi Mück, GAB
Pascal Pfister, SP
Niggi Rechsteiner, GLP
Jérôme Thiriet, GAB
Luca Urgese, FDP
als Mitglieder der Wirtschaft- und Abgabekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Wirtschafts- und Abgabekommission von der Fraktion Die Mitte/EVP vorgeschlagen wurde
Andrea Elisabeth Knellwolf.

Abstimmung
Wer Andrea Elisabeth Knellwolf als Präsidentin der Wirtschafts- und Abgabekommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
94 JA
1 NEIN
1 ENT

Der Grosse Rat wählt
Andrea Elisabeth Knellwolf als Präsidentin der Wirtschaft- und Abgabekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

15. Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:34:14, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Regiokommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Erich Bucher, FDP (von Fraktion GAB vorgeschlagen)
Tim Cuénod, SP
Gianna Hablützel-Bürki, SVP
Mahir Kabakci, SP
Andrea Elisabeth Knellwolf, Die Mitte/EVP
Thomas Müry, LDP
Niggi Rechsteiner, GLP
Michela Seggiani, SP
Jürg Stöcklin, GAB

Nicole Strahm, LDP
Oliver Thommen, GAB
Christian von Wartburg, SP
Felix Wehrli, SVP

Eric Weber schlägt Beat Leuthardt vor. Beat Leuthardt hat vorgängig mitgeteilt, dass er sich für die Wahl nicht zur Verfügung stellt.

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Regiokommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
95 JA
1 NEIN
1 ENT

Der Grosse Rat wählt
Erich Bucher, FDP (von Fraktion GAB vorgeschlagen)
Tim Cuénod, SP
Gianna Hablützel-Bürki, SVP
Mahir Kabakci, SP
Andrea Elisabeth Knellwolf, Die Mitte/EVP
Thomas Müry, LDP
Niggi Rechsteiner, GLP
Michela Seggiani, SP
Jürg Stöcklin, GAB
Nicole Strahm, LDP
Oliver Thommen, GAB
Christian von Wartburg, SP
Felix Wehrli, SVP
als Mitglieder der Regiokommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Regiokommission von der Fraktion GLP vorgeschlagen wurde Niggi Rechsteiner.

Abstimmung
Wer Niggi Rechsteiner als Präsident der Regiokommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
91 JA
1 NEIN
3 ENT

Der Grosse Rat wählt
Niggi Rechsteiner als Präsidenten der Regiokommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

16. Wahl der Petitionskommission (9 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:37:13, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Petitionskommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Seyit Erdogan, SP
Laurin Hoppler, GAB
Pascal Messerli, SVP
Bülent Pekerman, GLP
Karin Sartorius, FDP
Mehmet Sigirci, SP
Andrea Strahm, Die Mitte/EVP
Annina von Falkenstein, LDP
Tonja Zürcher, GAB

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Petitionskommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
95 JA
1 NEIN
1 ENT

Der Grosse Rat wählt
Seyit Erdogan, SP
Laurin Hoppler, GAB
Pascal Messerli, SVP
Bülent Pekerman, GLP
Karin Sartorius, FDP
Mehmet Sigirci, SP
Andrea Strahm, Die Mitte/EVP
Annina von Falkenstein, LDP
Tonja Zürcher, GAB
Mitglied der Petitionskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Petitionskommission von der Fraktion FDP vorgeschlagen wurde Karin Sartorius.

Abstimmung
Wer Karin Sartorius als Präsidentin der Petitionskommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
96 JA
1 NEIN
1 ENT

Der Grosse Rat wählt
Karin Sartorius, FDP als Präsidentin der Petitionskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

17. Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:39:37, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Begnadigungskommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Daniel Albietz, Die Mitte/EVP
Sandra Bothe-Wenk, GLP
Beat Braun, FDP
Alexandra Dill, SP
Edibe Gölgeli, SP
Beatrice Messerli, GAB
Thomas Müry, LDP
Melanie Nussbaumer, SP
Roger Stalder, SVP

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Begnadigungskommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
95 JA
1 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat wählt
Daniel Albietz, Die Mitte/EVP
Sandra Bothe-Wenk, GLP
Beat Braun, FDP
Alexandra Dill, SP
Edibe Gölgeli, SP
Beatrice Messerli, GAB
Thomas Müry, LDP
Melanie Nussbaumer, SP
Roger Stalder, SVP
als Mitglieder der Begnadigungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Begnadigungskommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde
Edibe Gölgeli

Abstimmung
Wer Edibe Gölgeli als Präsidentin der Begnadigungskommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
94 JA
1 NEIN
1 ENT

Der Grosse Rat wählt
Edibe Gölgeli als Präsidentin der Begnadigungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

18. Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:42:23, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Disziplinarkommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Mark Eichner, FDP
Edibe Gölgeli, SP
Gianna Hablützel-Bürki, SVP
Michelle Lachenmeier, GAB
Beatrice Messerli, GAB
Pascal Pfister, SP
Franziska Roth, SP
Andrea Strahm, Die Mitte/EVP
Annina von Falkenstein, LDP

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Disziplinarkommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
92 JA
1 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat wählt
Mark Eichner, FDP
Edibe Gölgeli, SP
Gianna Hablützel-Bürki, SVP
Michelle Lachenmeier, GAB
Beatrice Messerli, GAB
Pascal Pfister, SP
Franziska Roth, SP
Andrea Strahm, Die Mitte/EVP
Annina von Falkenstein, LDP
als Mitglieder der Disziplinarkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Disziplinarkommission von der Fraktion SVP vorgeschlagen wurde
Gianna Hablützel-Bürki.

Abstimmung
Wer Gianna Hablützel-Bürki als Präsidentin der Disziplinarkommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
84 JA
1 NEIN
2 ENT

Der Grosse Rat wählt
Gianna Hablützel-Bürki. als Präsidentin der Disziplinarkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

19. Wahl der Wahlvorbereitungskommission (7 Mitglieder) Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

[03.02.21 11:45:11, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
André Auderset, LDP
Claudia Baumgartner, GLP
Harald Friedl, GAB
Beatrice Isler, Die Mitte/EVP
Roger Stalder, SVP
Kerstin Wenk, SP
Andreas Zappalà, FDP

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
94 JA
1 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat wählt
André Auderset, LDP
Claudia Baumgartner, GLP
Harald Friedl, GAB
Beatrice Isler, Die Mitte/EVP
Roger Stalder, SVP
Kerstin Wenk, SP
Andreas Zappalà, FDP
als Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Wahlvorbereitungskommission von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde
André Auderset.

Abstimmung
Wer André Auderset als Präsident der Wahlvorbereitungskommission wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung
94 JA
1 NEIN
1 ENT

Der Grosse Rat wählt
André Auderset als Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

20. Wahl der Kommission für Denkmalsubventionen (9 Mitglieder)Wahl der Präsidentin / des Präsidenten (Amtsperiode 1. April 2021 - 31. März 2025)

[03.02.21 11:47:47, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der Kommission für Denkmalsubventionen von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Diana Blome, LDP
Peter Bochsler, FDP
Jakob Brem, GAB
Stefan Bringolf, SP
Lukas Gruntz, SP
Jürgen Johner, GLP
Franz-Xaver Leonhardt, Die Mitte/EVP
Martina Löw, SP
Heinrich Ueberwasser, SVP

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Kommission für Denkmalsubventionen wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
96 JA
1 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat wählt
Diana Blome, LDP
Peter Bochsler, FDP
Jakob Brem, GAB
Stefan Bringolf, SP
Lukas Gruntz, SP
Jürgen Johner, GLP
Franz-Xaver Leonhardt, Die Mitte/EVP
Martina Löw, SP
Heinrich Ueberwasser, SVP
als Mitglieder der Kommission für Denkmalsubvention für die Amtsdauer 1. April 2021 bis 31. März 2025.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Kommission für Denkmalsubventionen von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Stefan Bringolf.

Abstimmung
Wer Stefan Bringolf als Präsident der Kommission für Denkmalsubventionen wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

98 JA
1 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat wählt
Stefan Bringold als Präsidenten der Kommission für Denkmalsubventionen für die Amtsdauer 1. April 2021 bis 31. März 2025.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

21. Wahl von acht Mitgliedern des Erziehungsrates (Amtsperiode 1. April 2021 - 31. März 2025)

[03.02.21 11:50:57, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder des Erziehungsrates von den Fraktionen vorgeschlagen wurden
Roland Engeler, SP
Beatrice Haller, FDP
Nicole Kuster, LDP
Beatrice Messerli, GAB
Silvia Rietschi, Die Mitte/EVP
Michela Seggiani, SP
Christine Staehelin, GLP
Luzia Zuber, SVP

Abstimmung
Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder des Erziehungsrates wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung
98 JA
1 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat wählt
Roland Engeler, SP
Beatrice Haller, FDP
Nicole Kuster, LDP
Beatrice Messerli, GAB
Silvia Rietschi, Die Mitte/EVP
Michela Seggiani, SP
Christine Staehelin, GLP
Luzia Zuber, SVP
als Mitglieder des Erziehungsrates für die Amtsdauer 1. April 2021 bis 31. März 2025.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

David Jenny, Grossratspräsident: Das Präsidium des Erziehungsrates liegt ex officio beim Vorsteher des Erziehungsdepartements, Herr RR Dr. Conradin Cramer.

Damit sind die Wahlen in die Organe des Grossen Rates und die beiden ratsexternen Gremien abgeschlossen.

Die Wahlen in die Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie in die Trinationalen Gremien werden voraussichtlich auf die Sitzung vom 10. / 17. März 2021 traktandiert, da die nun gewählten Sach- und Oberaufsichtskommissionen sich zuerst konstituieren müssen und Wahlvorschläge für die Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie die Trinationalen Gremien vorlegen werden.

Ich gratuliere allen Gewählten und wünsche ihnen Freude und Erfolg im neuen Amt.

Schluss der 1. Sitzung
12:00 Uhr

Beginn der 2. Sitzung
Mittwoch, 3. Februar 2021, 15:00 Uhr

22. Neue Interpellationen.

[03.02.21 15:00:45]

Interpellation Nr. 1 Jérôme Thiriet betreffend Schneeräumung auf Velowegen und Trottoirs

[03.02.21 15:00:53, BVD, 21.5020, NIS]

Jérôme Thiriet (GAB): Ich begründe kurz, wieso ich diese Interpellation eingereicht habe. Es ist ein bisschen schade, dass sie nicht mündlich beantwortet wird, denn es ist ja ein topaktuelles Thema, vielleicht kommt es ja wieder mal schneien in den nächsten Wochen und dann wäre ich beruhigt gewesen, wenn ich schon Antworten gehabt hätte, dann muss ich mich nicht mehr so aufregen. Ich habe diese Interpellation damals auch ein bisschen im Affekt geschrieben. Es fiel dort viel Schnee und ich musste mit dem Velo durch die Stadt und meine Velokuriere auch. Es war wirklich ein bisschen stossend, dass die Autohauptrouten geräumt waren und für die Velofahrenden wurde überhaupt nichts gemacht. Wenn Basel sich als Velostadt versteht, würde man erwarten, dass auch die Velofahrenden sicher und schnell vorwärtskommen, die Autofahrenden von mir aus auch, und insofern bin ich sehr gespannt auf die Antwort der Interpellation, um herauszufinden, ob man für die Velofahrenden beim nächsten Schneefall auch räumen kann.

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 2 Sasha Mazzotti betreffend temporäre Existenzsicherung für Kulturschaffende

[03.02.21 15:02:22, PD, 21.5026, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Beat Jans, Regierungspräsident: Auch wenn das protokollarisch nicht explizit vorgesehen ist, möchte ich doch kurz die Gelegenheit ergreifen und Ihnen meine Ehrerbietung erweisen, Sie begrüssen und Ihnen mitteilen, dass ich mich riesig freue, mich mit Ihnen zusammen den grossen Herausforderungen dieses Kantons zuwenden zu dürfen. Ich bin überzeugt, dass wir die gemeinsam meistern werden, wenn wir aufeinander zukommen mit Respekt, Effizienz und konstruktive Zusammenarbeit. Ich freue mich und begrüsse Sie in diesem Sinne ganz herzlich.

Zur Interpellation. Dem Regierungsrat ist die schwierige Situation der Kulturschaffenden bewusst. Er hat sich in der Vernehmlassung zur Bundesverordnung betreffend COVID-Kulturmassnahmen dazu positiv geäussert, dass selbstständig erwerbende Kulturschaffende wieder Anträge einreichen können. Eine Vereinfachung des Verfahrens, das den existenziellen Sorgen der Kulturschaffenden Rechnung trägt, hält der Regierungsrat für erstrebenswert und möchte es prüfen. Der Regierungsrat wird deshalb in den nächsten Wochen berichten, wie er die selbstständig erwerbenden Kulturschaffenden unterstützen wird.

Sasha Mazzotti (SP): Regierungsrat Beat Jans, willkommen, ich freue mich auch auf eine konstruktive Zusammenarbeit. Sie haben mir ja schon angekündigt, dass es eine kurze Antwort wird, darum freue ich mich umso mehr, dass ich jetzt die Gelegenheit ergreife. Ich habe vorher auf das Votum verzichtet, wo ich erklären konnte, warum ich sie eingereicht habe, ich möchte das ein bisschen zusammenfassend mitteilen, um Zeit zu sparen.

Vor über zwei Wochen stand in der Presse, der Kanton Zürich hat eine Möglichkeit geschaffen, Kulturschaffenden eine temporäre Existenzsicherung zu gewähren. Der Bund hat den Kanton dann zurückgepfiffen, weil es zu wenig administrativ und zu sehr auf Vertrauen basiert trotz angekündigter Stichproben. Ich möchte doch etwas ausführlicher werden. Ich habe dann die Kommentarspalten der Tageszeitung zum Zürcher Modell gelesen. Sie sollen doch den Beruf wechseln, statt dem Staat auf der Pelle zu hocken. Ein anderer war ein Affront gegen alle Working Poor, Sozialhilfebezüger und EL-Bezüger, die über jeden Rappen Rechenschaft ablegen müssen: Dies ist vermutlich mehr als die Kulturschaffenden sonst verdienen, usw. Da ist viel Missgunst, Neid und Arroganz.

Es wird hier niemandem etwas weggenommen, auch nicht beim hoffentlich bald erscheinenden Basler Modell. Es wird lediglich den Kulturschaffenden, die nachweislich nichts verdienen können wegen dem faktischen Berufsverbot, eine unbürokratische temporäre Existenzsicherung angeboten und es geht um freiberufliche professionelle Kulturschaffende. Wer meint, kulturschaffend zu sein, ich benutze hier bewusst den Sammelbegriff, ich weiss, jede Sparte hat sein Studium oder seine Ausbildung, das sei kein richtiger Beruf und der meint, man soll was Anständiges lernen, die Frage ich, ob sie denn selber keine Kultur konsumieren. Musik hören, Musik runterladen, einen Film streamen, die künstlerisch hochwertigen Laternen an der Fasnacht geniessen, usw., das alles und viel mehr wird erschaffen von Leuten, die es sich zum Beruf gemacht haben, uns kulturelle Erlebnisse, Auseinandersetzungen und Genuss zu verschaffen. Es ist eine Vielfalt.

Einige werden diese Pandemie beruflich nicht überleben. Mit so einem Modell, wie Basel das hoffentlich entwickeln wird, können wir aber versuchen sicherzustellen, dass uns nach der Pandemie noch einige erhalten geblieben sind. Ich wünsche mir auch für andere Betriebe, für KMUs und Gastro effiziente und unkomplizierte Lösungen. Wie gesagt, ihnen wird nichts weggenommen, wenn es für die Kulturschaffenden eine Lösung gibt. Ich bin zuversichtlich, dass unsere Abteilung Kultur an einer guten Lösung arbeitet, auch wenn heute nichts Pfannenfertiges vorliegt. Zu meinen drei Fragen erkläre ich mich in dem Sinne ausnahmsweise für befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 21.5026 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 3 Nicole Amacher betreffend Widerruf, Nichtverlängerung und Rückstufung von ausländerrechtlichen Bewilligungen in Folge der COVID-19-Pandemie

[03.02.21 15:07:52, JSD, 21.5030, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Nicole Amacher (SP): Mit dem 2019 revidierten Ausländer- und Integrationsgesetz können Niederlassungs- sowie auch Aufenthaltsbewilligungen in Folge von Sozialhilfebezug entzogen werden resp. kann eine Rückstufung erfolgen. In Folge der Coronavirus-Pandemie steigt einerseits das Risiko eines Sozialhilfebezugs und andererseits ist es aufgrund des Umfelds zunehmend schwierig, bei bestehendem Sozialhilfebezug von diesem unabhängig zu werden. Dabei ist es im Einzelfall oft nicht möglich, den Sozialhilfebezug direkt auf die Pandemie zurückzuführen, auch wenn diese ursächlich dafür verantwortlich ist. Ebenso wird es in wenigen Fällen möglich sein, einen längeren Verbleib in der Sozialhilfe auf die Pandemie zurückzuführen. Deshalb ist es mir wichtig, von der Regierung ihre Handhabung in Bezug auf Widerruf, Nichtverlängerung und Rückstufungen von ausländerrechtlichen Bewilligungen in Folge der COVID-Pandemie zu erhalten und danke im Voraus dafür.

Interpellation Nr. 4 Oliver Bolliger betreffend dem Abbau von Sitzbänken vor dem Bahnhof SBB

[03.02.21 15:09:30, PD, 21.5031, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Oliver Bolliger (GAB): Aufgrund der Tatsache, dass der Regierungsrat meine Interpellation schriftlich beantwortet, werde ich nur kurz begründen. Wir müssen sehr aufpassen, dass wir in der aktuellen COVID-Pandemie Menschen, denen es nicht so geht, die einsam und vielleicht ohne Obdach sind, nicht vergessen. Der Abbau der Sitzbänke vor dem Bahnhof SBB habe ich persönlich mitverfolgen können und es hat mich wirklich sehr an vergangene Zeiten erinnert. Vertreibungsmassnahmen ohne Ersatzlösungen haben noch nie wirklich funktioniert, die Probleme und Schwierigkeiten lösen sich nicht einfach auf, sondern verschieben sich einfach woanders hin. Ich möchte mit meiner Interpellation die aus meiner Sicht wichtigen Fragen stellen und gleichzeitig auf die sozialpolitischen Auswirkungen dieser Massnahmen sensibilisieren. Das dies bitternötig ist, zeigt die Nachricht, dass anscheinend bereits Personen, die sich nun stehend vor

dem Bahnhof SBB treffen, wegen Nichteinhaltung der Schutzmassnahmen mit COVID-Ordnungsbussen gebüsst wurden. So schaffen wir uns das Problem nicht wirklich vom Hals, sondern wir schaffen uns weiterhin Probleme und haben kein einziges gelöst. Ich bin gespannt auf die Antwort der Regierung und auf die Nachricht, ab wann die Sitzbänke wieder montiert werden, denn bis dann werden sich diese Menschen weiterhin treffen, halt einfach woanders, zum Beispiel bei den Sitzbänken der Tramhaltestellen des Bahnhofs SBB.

Interpellation Nr. 5 Johannes Sieber betreffend Fokus der kantonalen Gleichstellungs-Arbeit

[03.02.21 15:11:15, PD, 21.5032, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Johannes SIeber (GLP): Ich möchte begründen, insofern dass es mir ein persönliches Anliegen ist und ich aus persönlicher Betroffenheit diese Interpellation eingereicht habe.

Interpellation Nr. 6 René Brigger betreffend Zurückstellung der Immobilienprojekte der SBB und Auswirkungen auf Basel-Stadt

[03.02.21 15:11:41, BVD, 21.5033, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Gerne beantworten wir die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1.

Ja, die SBB hat meinen Vorgänger im Bau- und Verkehrsdepartement Hans-Peter Wessels bereits vor einiger Zeit informiert.

Zu Frage 2.

Gemäss der SBB sind die Arealentwicklungen Volta Nord, am Walkeweg und das Projekt Nauentor nicht betroffen. Die Überbauung Güterbahnhof Wolf ist in der aktuell laufenden Phase nicht betroffen, konkret bis der Bebauungsplan rechtskräftig wird. Vor der nächsten Projektphase bzw. vor Beginn des Architekturwettbewerbs wird die SBB über das weitere Vorgehen entscheiden.

Zu Frage 3.

Gemäss der SBB bleibt deren Immobilienstrategie unverändert. Die SBB hat keine Absicht Grundstücke oder Projekte zu verkaufen oder Partnerschaften mit Drittinvestoren einzugehen.

René Brigger (SP): Ich bin erstens befriedigt, zweitens, und das ist entscheidend, bin ich sehr froh um diese Info. Ich hätte auch direkt mit der SBB oder über die Presse das in Erfahrung bringen können, das war aber schwierig. Die SBB sistiert mindestens 30 Projekte in der ganzen Schweiz, in der Westschweiz, in Zürich, Winterthur und Bern. Basel war nicht aufgeführt und wir in Basel haben ja mindestens vier Projekte, wo wir mit der SBB verknüpft sind. Die SBB sind ja eine der grössten Grundeigentümer in der Schweiz und es ist schön, dass wir einige Projekte zusammen mit der SBB aufgegleist haben, zum Beispiel Volta Nord. Das ist der ganze hintere Teil, wo das Volk vor drei Jahren deutlich zugestimmt hat, vorne fängt der Kanton jetzt an, das Schulhaus ist erstellt worden, die ersten Bauten werden projektiert und es wäre dramatisch, wenn es nicht weitergehen würde, das geht weiter. Am Walkeweg geht es offenbar auch weiter, da habe ich zwar andere Informationen, ein kleines Haus, Baufeld E, da sind die Informationen nicht unbedingt gleich, aber ich nehme das sehr gerne zur Kenntnis. Dann das Projekt Nauentor, wo wir in der Bau- und Raumplanungskommission, das kann ich sagen, weil der Bericht verbschiedet worden ist, zu einer Einigung gekommen sind, das kommt dann nächsten Monat in den Grossen Rat. Da ist die SBB auch Partner mit der Post. Und dann haben wir das grosse Projekt Überbauung Güterbahnhof Wolf. Es ist super, dass alle vier Projekte offenbar nicht sistiert werden. Bahnhof Wolf schauen sie dann weiter, wenn der Bebauungsplan da ist.

Ich stelle einfach fest, dass die COVID-Krise uns leider sehr stark beschäftigen wird. Da sind Bremsspuren, inwieweit die SBB wirklich ihre Investitionen einstellt. Wir sind offenbar nicht betroffen oder nicht sehr betroffen, das finde ich gut und positiv für unseren Kanton, aber die COVID-Sache wird uns wahrscheinlich auch in anderen Bereichen einholen und wie gesagt, ich bin froh, dass wir da weiter daran arbeiten können, vor allem auch die Vergrösserung des Wohnangebotes, auch des preisgünstigen und gemeinnützigen Wohnangebotes. Zur Frage 3, das ist provokativ. Ich habe gefragt, wenn die SBB das nicht weiter machen will, dass wir das dann machen könnten, also der Kanton oder ein anderer Wohnbauträger. Aber wenn die SBB das machen will, dann ist das gut.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.
Die Interpellation 21.5033 ist **erledigt**.

Interpellation Nr.7 Joël Thüring betreffend Hotel-Zimmer wegen und Sozialhilfe für osteuropäische Bettlerbanden?

[03.02.21 15:16:05, WSU, 21.5053, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Joël Thüring (SVP): Diese Interpellation hat letztlich ein bisschen den gleichen Zusammenhang wie das, was Grossratskollege Oliver Bolliger vorher auch mit einer Interpellation angefragt hat, wir erleben jetzt in diesen Wochen die negativen Folgen der Aufhebung des Bettelverbots. Am Bahnhof werden Bänke deinstalliert und man muss Hotelzimmer anmieten, weil Obdachlose in den Hotels untergebracht werden sollten, damit Bettelnde in der Notschlafstelle untergerbacht werden können. Sie haben vielleicht auch heute die Basler Zeitung gelesen, auch die Randständigen sprechen sich für ein Bettelverbot aus und damit ist, glaube ich, auch schon gesagt, was die Erwartungshaltung an diese neue Regierung ist, kommen Sie bitte möglichst bald mit einem Gesetzesvorschlag. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Europäische Gerichtshof in Strassburg ein bisschen anders entschieden hat, wie es uns vielleicht passen würde, aber wir sind überzeugt, dass wir möglichst rasch hier etwas haben sollten, damit auch diese Massnahmen wie beispielsweise diese Hotelzimmer nicht länger angemietet werden müssen.

Ich bin deshalb sehr gespannt, was der Regierungsrat uns für eine Antwort gibt und vielleicht auch schon als kleine Vorwarnung an den Regierungsrat, wenn er dann die Frage betreffend welche Hotels es sind nicht beantwortet, das hat er ja gegenüber den Medien nicht getan, dann verweise ich hier gerne auf das Öffentlichkeitsprinzip und ich glaube, es steht selbstverständlich dem Parlament zu, dass man dem Parlament mitteilt, welche Hotels hier dafür angemietet worden sind. Immerhin hat der Regierungsrat eigenmächtig Fr. 250’000 über sein Kompetenzkonto gesprochen für diese Massnahme, auch das ist aus meiner Sicht zumindest etwas infrage zu stellen. Ich bin also sehr gespannt auf die Ausführungen des Regierungsrates und werde mich dann im März befriedigt oder nicht befriedigt erklären können.

Interpellation Nr. 8 Beda Baumgartner betreffend sozialökonomische Faktoren als Treiber für Covid-19

[03.02.21 15:18:19, PD, 21.5054, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Beda Baumgartner (SP): Aufgrund der schriftlichen Beantwortung möchte ich trotzdem noch kurz begründen. Und zwar haben wir in den letzten Wochen diametral zu dem, was jetzt Joël Thüring ausgeführt hat, gesehen, dass der Regierungsrat sehr pragmatisch Hand für Unterstützungsleistungen auch zugunsten von Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus oder in Obdachlosigkeit bietet. Trotzdem haben wir die Tatsache, dass wir in der Schweiz und auch in unserem Kanton sehr wenig systematisch Faktoren sammeln und Daten dazu, wie sozialökonomische Tatsachen Treiber für COVID-19 sind. Wir haben aber diverse Studien schon gehabt in Genf und in Basel-Stadt, die zeigen, dass ärmere Quartiere und Personen stärker betroffen sind von der Pandemie und dass es sich darum wahrscheinlich auch lohnen würde hinzuschauen, was man konkret an niederschwelligen Möglichkeiten nutzen kann, um die Situation während der Pandemie sozial gerechter zu gestalten. Ich bin darum sehr gespannt auf die Antwort und hoffe auch, dass wir mit einer verbesserten Datengrundlage diese Pandemie auch sozial gerechter angehen können.

Interpellation Nr. 9 Beat Leuthardt betreffend rechtlich mangelhafte, weil eine Grossratsmotion verletzende «Absichtserklärung»

[03.02.21 15:19:46, BVD, 21.5055, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 10 Daniela Stumpf betreffend Corona-Impfungen im Kanton Basel-Stadt

[03.02.21 15:20:06, GD, 21.5056, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt beantworten:

Die COVID-19 Schutzimpfung leistet einen zentralen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie und stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zurück zu mehr Normalität dar. Der Regierungsrat ist sich sehr bewusst, dass deshalb im Kanton Basel-Stadt viele Menschen, insbesondere Angehörige der Risikogruppen und deren Angehörige grosse Hoffnungen in die Impfung setzen und angespannt auf einen Impftermin warten. Gleichzeitig ist der Corona-Impfstoff noch immer knapp, neue Lieferungen in die Schweiz verzögern sich. Aktuell übersteigt deshalb die Impfnachfrage das Angebot um Längen.

Der Regierungsrat setzt in dieser Situation den verfügbaren Impfstoff so ein, dass einerseits besonders gefährdete Personen geschützt werden und andererseits möglichst rasch möglichst viele ältere Personen von einer Immunisierung profitieren können. Dies mit dem Ziel, schwere oder tödliche Krankheitsverläufe möglichst zu vermeiden und die Belastungen des Gesundheitssystems insgesamt zu vermindern. Er setzt dabei auf ein grosses Impfzentrum für die breite Bevölkerung gleich nebenan und mobile Einheiten für besonders gefährdete Personengruppen in sozialmedizinischen Einrichtungen. Dies vorweg.

Zu Frage 1.

Der Anmeldeprozess zu Impfterminen im Kanton Basel-Stadt ist klar und transparent geregelt. Buchungen sind über eine Buchungsplattform online oder telefonisch möglich, können persönlich oder durch Dritte getätigt werden. Alle im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Personen im Alter ab 75 Jahren wurden vom Kanton schriftlich über den Anmeldeprozess informiert. Von einem Buchungschaos kann in diesem Zusammenhang nicht die Rede sein. Unbestritten ist aber, dass aufgrund der sehr beschränkt verfügbaren Impfstoffmenge viele Impfberechtigte noch keinen Termin erhalten können.

Eine Warteliste für die breite Bevölkerung im vorgeschlagenen Sinn würde dieses Grundproblem, nämlich den weltweiten Impfstoffmangel, nicht lösen können. Registrierte Impffällige müssten trotzdem auf unbestimmte Zeit auf einen Termin warten. Umgekehrt käme mit einer solchen breiten Warteliste ein erheblicher zusätzlicher administrativer Aufwand auf die Impfanbieter zu, zumal die aktuell eingesetzte Buchungssoftware keine Wartelistefunktion kennt und die Liefertermine laufend verschoben werden. Diesen zusätzlichen Patientenadministrationsaufwand hätte der Kanton zu finanzieren, aus diesen Gründen erachtet der Regierungsrat das Führen einer solchen Warteliste zum jetzigen Zeitpunkt nicht für zielführend.

Zu Frage 2.

Der Bund hat zum Start der nationalen Impfkampagne per. 4. Januar 2021 ein eigenes Buchungs- und Monitoring-Tool entwickeln lassen. OneDoc heisst diese Plattform und sie hat als junge Anwendung derzeit noch mit einigen technischen Schwierigkeiten zu kämpfen, die aktuell behoben werden. Sobald das System stabil läuft, plant der Kanton Basel-Stadt auf dieses System OneDoc umzustellen. Dank dessen Wartelistefunktion und seiner Schnittstelle zum Bundessystem wird das Führen von Wartelisten dann ohne einen allzu grossen Bewirtschaftungsaufwand möglich sein.

Zu Frage 3.

Aktuell ist eine langfristige Planung und Aufschaltung von freien Impfterminen aufgrund der seitens Bund sehr kurzfristigen Bekanntgabe von Lieferengpässen und Lieferverzögerungen leider nicht möglich, ohne gleichzeitig das Ziel einer möglichst raschen Verimpfung aller verfügbaren Dosen dabei zu gefährden. Es handelt sich aber um ein vorübergehendes Problem oder hoffentlich mindestens, welches sich mit dem künftig zu erwartenden grösseren Impfstofflieferfermengen sowie Verbesserungen bei der Impfanmeldung mit OneDoc hoffentlich entschärfen wird.

Zu Frage 4.

Aufgrund der aktuellen Daten gibt es keinen Hinweis darauf, dass die Impfung nach bereits unbemerkt durchgemachter SARS-CoV-2 Infektion eine Gefährdung darstellen würde. Auch die Wirksamkeit der Impfung wird nach bisherigen Erkenntnissen durch eine vorangegangene Infektion nicht herabgesetzt. Es besteht daher keine Notwendigkeit vor Verabreichung einer Corona-Impfung das Vorliegen einer akuten asymptomatischen oder unerkannt durchgemachten Corona-Infektion labordiagnostisch auszuschliessen.

Zu Frage 5.

Akut an einer Infektionskrankheit erkrankte Patientinnen und Patienten werden in der Regel nicht geimpft. Es gibt aufgrund bisher vorliegender Daten aber keine Hinweise auf einen ungünstigen Verlauf. So sind in den Zulassungsstudien der beiden mRNA-Impfstoffe auch Teilnehmende eingeschlossen gewesen, die bereits im Vorfeld eine Coronavirus-Infektion durchgemacht hatten. Die Impfung wurde von diesen Personen auch nicht schlechter vertragen.

Daniela Stumpf (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Ü75-Jährigen haben nun die Möglichkeit sich via einer speziellen Telefonnummer anzumelden, was ich als sehr positiv empfinde. Was aber ist mit den Risikopatienten? Bluthochdruck, Diabetes und sonstige Herzkrankheiten, für diese gibt es keine Spezialnummer,

noch nicht. Diese Menschen sitzen täglich vergeblich vor dem Computer und Telefon, nur um jeweils fünf Minuten nach Aufschaltung zu erfahren, dass wieder keine Plätze verfügbar sind. Ich habe dies selbst erfahren fünf Tage hintereinander, die Telefone wurden gar nicht erst abgenommen. Es ist mir unverständlich, dass so ein Chaos entstehen konnte, auch wenn Sie sagen vorübergehend, obwohl eine lange Vorlaufzeit bestand.

Was das schlimme Beispiel vom Altersheim Wendelin betrifft, bin ich der Meinung, dass man sicherlich vor der Impfung einen COVID-Test machen sollte, damit nicht COVID akut Erkrankte gefährdet werden, was ja eigentlich wirklich nur mit einem Test ersichtlich ist, und der Impfstoff nicht verschwendet wird. Ich hoffe, dass die von Ihnen angesprochene Software OneDoc bald fertig gestellt ist und somit auch eine Wartelistefunktion erstellt werden kann. Ich denke, das würde viele Bewohnerinnen und Bewohner sehr beruhigen und etwas Ruhe in die Situation schaffen. Ebenso ist es zwingend nötig, auf der Webseite klar zu kommunizieren, ob Impfstoff vorhanden ist oder nicht, damit auch berufstätige Risikopatienten nicht jeden Morgen warten müssen. Ich bin mit der Situation nicht befriedigt und mit der Antwort nur teilweise befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 21.5056 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 11 Eric Weber betreffend der kommenden Gerichtswahlen vom 8. März 2021

[03.02.21 15:27:26, PD, 21.5057, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Eric Weber (fraktionslos): Ich möchte meine Begründung mit ein paar Zitaten begründen. In der Interpellation geht es um das Thema Gerichtswahlen. Wir hatten letzten September Gerichtswahlen, wir haben wieder Gerichtwahlen im März, für beide Gerichtswahlen habe ich Unterschriften gesammelt. Es gibt ein politisches Sprichwort, darum beginne ich mit Zitaten, das sagt; nach der Wahl ist vor der Wahl. Totgesagte leben länger, ein anderes Sprichwort und ich wollte einfach sagen, ich verspreche Ihnen, ich werde Sie nicht nerven, dafür darf ich meine Interpellation einmal pro Monat begründen, ruhig und sachlich. An der letzten Grossratssitzung haben sich viele Grossräte verabschiedet während ihres Votums, darum sage ich nun, ich freue mich, dass ich in dieser grossen Familie Parlament als Grossrat zurück bin.

Bei dieser Interpellation geht es um Erfahrung. Wenn Sie den Text lesen, den ich jetzt nicht vorlesen möchte, es geht um Wahlen seit 1968. Seit ich fünf Jahre alt bin sitze ich regelmässig auf der Parlamentstribüne im Grossratssaal, seit 1984 bin ich selbst Grossrat. Ich habe viel Erfahrung gesammelt und diese Erfahrung möchte ich hier mit dieser Interpellation weitergeben. Es geht um das Thema Wahlen. Und darum sage ich, und da bin ich auch stolz darauf, kein anderer Grossrat kann sagen, er war angestellter Mitarbeiter im Nationalrat, im Deutschen Bundestag im Landtag Sachsen-Anhalt und im Europäischen Parlament. Ich komme zur Sache.

Zur Interpellation. Es gibt immer mehr Bürger in unserem Kanton, die wollen sich nicht schikanieren lassen. Juristen, ich betone, Juristen, Grossräte, SVP-Leute. SVP-Grossrat Bernhard Madörin und SVP-Regierungsratskandidat Bernhard Madörin will nun ans Gericht, darum diese Interpellation. Selbst ich als Journalist habe gestaunt, dass bei der Richterwahl 2019 im September, genau einen Monat vor unserer Grossratswahl, der Kandidat Bernhard Madörin, ich korrigiere mich, Altgrossrat SVP Jurist Bernhard Madörin reingelegt wurde, da der Wahlzettel des Gegenkandidaten, ebenfalls SVP, falsch gestaltet war. Darum auch diese Interpellation. Ich darf Ihnen sagen, es gibt mehrere Beschwerden, ich bin kein Jurist, aber wir haben gute Juristen hier im Parlament, es gibt mehrere Beschwerden beim Bundesgericht in Lausanne wegen der Richterwahl vom letzten Jahr, die nicht richtig war, weil der Wahlzettel falsch gedruckt war. Der Wahlzettel war falsch gedruckt, weil beim Kandidaten der SVP noch Kandidaten von anderen Parteien draufstanden und die hatten sechs Linien, wo dann stand FDP, CVP. Ich möchte einfach darauf aufmerksam machen, bitte lassen Sie freie Richterwahlen zu, bitte keine Behinderungen der politischen Rechte, ich bitte Sie um freie Richterwahlen im kommenden März.

Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Einstufung der Angebote der OKJA als soziale Einrichtungen

[03.02.21 15:32:40, ED, 21.5059, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich namens des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat ist sich sehr bewusst, dass Massnahmen des Bundes und des Kantons, die darauf abzielen die Verbreitung des Coronavirus zu verhindern und die Übertragungsketten zu unterbrechen, die Bevölkerung stark einschränken. Es liegt in der Natur solcher Massnahmen, dass sie nur wirksam sind, wenn sie viele Menschen erreichen.

Die aktuell geltenden Massnahmen sollen Kontakte der Bevölkerung während der Freizeit möglichst bei allen Altersgruppen reduzieren. Darum sind namentlich Freizeiteinrichtungen, Sportstätten oder Kultureinrichtungen und alle Restaurants geschlossen. Neben den persönlichen Kontakten wird so auch die Mobilität reduziert.

Zu Frage 1.

Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit zeichnen sich besonders dadurch aus, dass sie ohne Mitgliedschaft, ohne Anmeldung und ohne verbindliche regelmässige Teilnahme niederschwellig und spontan in der Freizeit genutzt werden können. Sie sind ein klassischer Bestandteil der Freizeitkultur. Freizeiteinrichtungen hat der Regierungsrat aber bewusst im Rahmen der zusätzlichen Massnahmen des Kantons Basel-Stadt geschlossen. Beratungs- und Anlaufstellen für Jugendliche dagegen sind nach wie vor geöffnet und stehen Kindern und Jugendlichen bei Problemen und für Beratungen zur Verfügung. Die Angebote der Jugendberatung von JuAr, die Schulsozialarbeit der Kinder- und Jugenddienste, der Schulpsychologische Dienst oder auch die Beratungsstelle für gewaltbetroffene Kinder und Jugendliche Triangel sind alle offen und bieten ihre Dienstleistungen uneingeschränkt an.

Zu Frage 2.

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass es Jugendlichen mit der Schliessung von Freizeitangeboten aktuell nicht möglich ist, gewohnte und normalerweise sinnvolle Freizeitmöglichkeiten zu nutzen. Zusätzliche einschränkende Massnahmen haben nur dann eine Wirkung, wenn sie zu einer Reduktion von Kontakten und der Mobilität führen. Die vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen im Freizeitbereich tragen durch die Vermeidung von Durchmischungssituationen auch dazu bei, dass der Präsenzunterricht an den Schulen aufrecht erhalten werden kann. Die Schliessung der Bildungseinrichtungen hätten noch weitergehende Einschränkungen und Folgen als die Schliessung von Jugendtreffpunkten.

Zu Frage 3.

Die Stadt Basel verfügt über ein sehr gutes Angebot im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Regierungsrat und Grosser Rat haben die Angebote für die Leistungsperiode 2020 bis 2023 bereits ausgebaut. Der Regierungsrat sichert diese Angebote auch für die Zukunft. Er garantiert den Empfängern von Staatsbeiträgen die vollen Beiträge, auch wenn sie die vertraglich festgelegten Leistungen in der aktuellen Situation nicht erbringen können. Freizeitaktivitäten lassen sich bekanntermassen nicht nachholen. Selbstverständlich begrüsst es der Regierungsrat, dass die Angebote sofort wieder aufgenommen werden, wenn es die Situation der Pandemie erlaubt. Im ausserschulischen und schulischen Kontext gibt es bereits heute verschiedene Angebote, die helfen, Kinder und Jugendliche in belastenden Situationen zu unterstützen und aufzufangen. Dies hat der Regierungsrat bereits in der Beantwortung der Interpellation Nr. 146 von Sarah Wyss betreffend psychosoziale Auswirkungen ausführlich dargelegt. Der Regierungsrat dankt auch den Anbietern der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die beispielsweise im Frühling letzten Jahres Flexibilität zeigten und Mitarbeitende für die Betreuung von Kindern in Kinder- und Jugendheimen zur Verfügung gestellt haben.

Zu Frage 4.

Wie dargelegt sind die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Freizeitbereich anzusiedeln. Eine andere Zuordnung zur Öffnung der Einrichtung ist nicht angebracht. Der Regierungsrat überprüft die getroffenen Massnahmen regelmässig, so hat er kürzlich epidemiologisch vertretbare Anpassungen im Sportbereich vorgenommen, damit Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren in festen Gruppen trainieren können. Unter den aktuellen Voraussetzungen ist eine spezielle Öffnung der Jugendzentren oder Jugendtreffpunkten im Innenbereich aber leider noch nicht angezeigt. Die Ansteckungszahlen weisen zwar im Kanton Basel-Stadt in die richtige Richtung, aktuell sind sie aber immer noch zu hoch, um weitere Erleichterungen vornehmen zu können.

Heidi Mück (GAB): Ich möchte mich zuerst bei Regierungsrat Conradin Cramer bedanken für die rasche Beantwortung dieser Interpellation. Auch als alte oder sagen wir erfahrene Häsin habe ich nicht gewusst, ob das ein gutes Zeichen ist oder eher ein schlechtes Zeichen, es ist leider ein schlechtes Zeichen. Ich sehe aus der Antwort, dass der Regierungsrat sein Spielraum nicht nutzen möchte, um so wichtige Angebote für Jugendliche gerade in dieser Zeit zu ermöglichen. Und ich muss sagen, als ich ihm zugehört habe, ist bei mir der Verdacht aufgekommen, dass das irgendwie nicht ganz verstanden worden ist, was die Jugendtreffpunkte tatsächlich leisten. Sie leisten nämlich viel mehr als die Freizeitangebote, sie können nicht verglichen werden mit Schwimmbädern oder Fitnesszentren. Das sind wirklich niederschwellige Beratungsangebote, wo die Jugendlichen nicht speziell in ein Beratungssetting gehen müssen, sondern sie gehen dorthin, sie haben eine Vertrauensperson und vielleicht entsteht aus dem Gespräch eine Beratungssituation und das ist gerade in diesem Moment so wichtig.

Ich denke auch, die Schutzkonzepte der Jugendtreffpunkte, die sind vorhanden, die Hygienemassnahmen, die werden durchgesetzt, das kann ich Ihnen garantieren, und das Contact Tracing, das funktioniert. Wenn es irgendwo funktioniert, dann bei den Jugendlichen, die die ganze Zeit sowieso am Handy hängen. Ich verstehe auch dieses Argument nicht und ich möchte einfach nochmals auf die schwierige Situation vieler Jugendlichen hinweisen. Insbesondere die weniger Privilegierten, das wissen Sie, die liegen mir am Herzen, die kein eigenes Zimmer haben, die nicht in einer privilegierten Wohnsituation sind und die einfach einmal einen Ort haben. Die sind in Not, sie brauchen einen Ort, wo sie hingehen können, wo sie sich treffen können, in einem begrenzten Rahmen natürlich, aber sie brauchen einen niederschwelligen Ort. Es braucht auch Rückzugsorte für Beratungen. Ich kann Ihnen sagen, die Jugendarbeiter und Jugendarbeiterinnen, die verstehen es nicht, warum sie ihr Angebot nicht anbieten dürfen, und ich verstehe es auch nicht. Ich bedauere es sehr, dass Sie hier kein Einsehen zeigen. Ich erkläre mich als nicht befriedigt.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Ich habe in der Geschäftsordnung nachgeschaut, es steht ja nicht, wie lange sie sein

soll, aber kurz, wir schauen jetzt mal, wie Sie das interpretieren. Heidi Mück, es tut mir leid, wenn der Respekt gegenüber den Jugendeinrichtungen in meiner Antwort zu wenig klar vermittelt wurde, dann möchte ich das nochmals nachholen. Der Regierungsrat respektiert und schätzt die Arbeit ungemein, die im OKJA-Bereich geleistet wird. Ich bedaure es auch, dass ich mich offenbar zu wenig klar ausdrucken konnte, dass eben die so wichtigen Beratungsangebote weiterhin offen sind. Und der wichtigste Sensor dort, um eben sensible Jugendliche, die Ihnen genauso wie mir besonders am Herzen liegen, zu erkennen, Stresssituationen, schwierige familiäre Situationen zu erkennen, dieser Ort ist die Schule mit den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Und das ist der Grund, warum wir alles daran setzen, den Präsenzunterricht aufrecht zu erhalten, solange das epidemiologisch vertretbar ist und auch schmerzhafte Einschnitte in Kauf nehmen müssen in anderen Bereichen wie beispielsweise bei der OKJA-Arbeit. Niemand schliesst die Jugendtreffpunkte gerne, wir sind die ersten, die sie sofort wieder öffnen möchten, wenn wir es epidemiologisch für angezeigt halten, aber im Moment ist es leider nach Einschätzung des Gesundheitsdepartements und der Fachleute nicht möglich.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 21.5059 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 13 Christian von Wartburg betreffend die Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen

[03.02.21 15:42:30, GD, 21.5060, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Christian von Wartburg (SP): Ich möchte ganz kurz begründen, weil ich glaube, zur mündlichen Antwort gehört dann auch kurz eine Einführung ins Thema. Die Schnupperlehre, wir haben es schon ansatzweise gehört, findet nicht statt, die Schulreise findet nicht statt, die Ferien ohne Eltern sind nicht möglich, Ausgang mit Freundinnen und Freunden gestrichen, Skilager abgesagt, Fussballclub und Jugendtreffs geschlossen, Dampf ablassen während den langen Schultagen mit Masken, mit offenen Fenstern beim Turnen, Fehlanzeige. Sie werden verstehen, dass gerade für unsere Jugendlichen und für die Kinder diese Pandemie indirekt massive Auswirkungen hat. Eine Umfrage der Universität Basel, erst Ende Jahr publiziert, mit mehr als 11'000 hat festgestellt, dass bei den 14- bis 24-Jährigen fast ein Drittel der Befragten angab, schwere depressive Symptome aufzuweisen. Wenn wir in solche ausserordentlichen Situationen geraten wie mit dieser Pandemie, ist es klar, dass solche Sekundärphänomene eintreten. Eine Sorge, die in meinem Umfeld immer grösser geworden ist, ist diejenige, ob die medizinische Grundversorgung im psychischen Bereich bei Kindern und Jugendlichen noch gegeben ist. Ich habe darum diese Interpellation eingereicht, letztlich wirklich mit der dringenden Frage, wo wir hier stehen, wie die Situation ist und ich bin deshalb sehr gespannt auf die Antworten von Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich beantworte Ihnen die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1.

Je nach Alter der Kinder oder Jugendlichen steht ihnen und ihren Eltern eine Vielzahl von verschiedenen stationären, teilstationären oder ambulanten Angeboten zur Verfügung. Zu den Leistungserbringern gehören die Universitäten Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK), dort heisst die Kinder- und Jugendpsychiatrie UPKKJ, die psychosomatische Aufnahmestation im Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB), es tut mir leid, es sind viele Abkürzungen, dann aber auch frei praktizierende Psychiaterinnen und Psychiater, Psychologinnen und Psychologen, der Schulpsychologische Dienst, Familien-, Paar- und Erziehungsberatungen sowie niederschwellige Beratungsstellen. Die Versorgung von schwerkranken Kindern und Jugendlichen an den UPK ist ohne Unterbruch gewährleistet und alle stationären Behandlungen sind möglich. Die ambulanten Therapien können auf Wunsch fernmündlich, also über Telefon oder Video durchgeführt werden und auf allen UPK Ambulanzen ist der Walk-In-Betrieb möglich. Darüber hinaus ist auch die Versorgung natürlich in Notfall- und Krisensituationen sichergestellt.

Zu Frage 2.

Schwere und dringende Fälle werden sofort und ohne Einschränkung behandelt. Für nicht dringende gesundheitliche Probleme bestehen in der UPKKJ zurzeit Corona bedingt Wartefristen von bis zu sechs Monaten. Normalerweise beträgt diese Wartezeit sechs bis acht Wochen. Um eine Entlastung herbeizuführen, werden die Kapazitäten ab März mit einer zusätzlichen 50-Prozentstelle erhöht, es ist derzeit aufgrund der angespannten Lage schwierig, weitere personelle Ressourcen zu finden. Das Gesundheitsdepartement ist mit den UPK im Gespräch, um rasch allenfalls zusätzliche Entlastungsmöglichkeiten zu diskutieren, bei den frei praktizierenden Psychiaterinnen und Psychiater und Psychologinnen und Psychologen, beim Schulpsychologischen Dienst sowie bei der Familien-, Paar- und Erziehungsberatung und auch ähnlichen Einrichtungen verhält es sich ähnlich mit den Wartezeiten.

Zu Frage 3.

Die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen während der Pandemie muss weiter genau beobachtet und untersucht

werden. Der Regierungsrat steht im regelmässigen Austausch mit den betroffenen Institutionen und begleitet deren Massnahmen auch engmaschig. Er verfügt über etablierte Austausch- und Zusammenarbeitsstrukturen mit anderen Kantonen und mit dem Bund, um einen schweizweiten Überblick über die Auswirkungen der Coronakrise auf Kinder und Jugendliche zu erhalten, unter anderem auf der Fachkonferenz Kinder- und Jugendpolitik der Sozialdirektorenkonferenz. Des Weiteren hat der Bund während der Coronakrise zur Deckung des akut erhöhten Bedarfs an Beratungsleistungen für Kinder und Jugendliche zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, von welchen auch der Kanton Basel-Stadt profitiert, wie beispielsweise für Die Dargebotene Hand (143), dem Kinder- und Jugendnotruf der Pro Juventute (147), das Beratungstelefon der Pro Mente Sana und die Webseite dureschnufe.ch.

Darüber hinaus stellt die Regierung sicher, dass auch die aufsuchende Jugendarbeit ihre Arbeit weiterführen kann. Alle von der Regierung unterstützten Organisationen tragen mit ihren Aktivitäten dazu bei, die negativen Folgen der Coronakrise auf Kinder und Jugendliche und Familien zu bewältigen und ich möchte mich für den Beitrag unserer Partnerorganisationen hierfür auch herzlich bedanken.

Zu Frage 4.

Digitale sogenannte fernmündliche Behandlungsformen werden in der ambulanten Versorgung bereits angewendet. Deren Finanzierung unterliegt aber für Psychologinnen und Psychologen in stark zeitlichen Limitationen. Die UPKKJ hält trotz der Pandemie alle ihre Angebote aufrecht, sofern dies unter Einhaltung der Schutzmassnahmen möglich ist. In der Poliklinik der UPK wurde eine zusätzliche 50-Prozent Psychologiestelle während sechs Monaten ab Mitte März 2021 bewilligt. Es erfolgt eine sorgfältige fachliche Triage, die gewährleisten soll, dass schwerkranke Patientinnen und Patienten, stark belastete Familien und Notfälle rechtzeitige und angemessene Hilfe erhalten.

Was die Information über und damit den Zugang zu diesen weiteren Hilfsangeboten angeht, so wäre hier durchaus noch Verbesserung möglich. Ein Flyer der Abteilung Prävention des Gesundheitsdepartements mit Hinweisen zu den bestehenden Hilfsangebote für Jugendliche existiert aber bereits. Wie mit anderen Präventionsmassnahmen bereits geschehen, kann dieser an die aktuelle Situation angepasst und beispielsweise grossflächig über Schulen und soziale Medien verbreitet werden. Das Aufschalten einer digitalen Angebotsplattform ist ebenfalls in Prüfung.

Zu Frage 5.

Mit dem Schulpsychologischen Dienst und der Schulsozialarbeit gibt es bereits zwei etablierte und niederschwellige Dienste, welche sich der Probleme der Jugendlichen vor Ort annehmen. Weiter ist der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsdepartements Ansprechpartner für alle diesbezüglichen Gesundheitsfragen. Die bestehenden Hilfsangebote sind jedoch aufgrund der aktuellen epidemiologischen Lage momentan ebenfalls stark ausgelastet. Wir prüfen daher auch hier die Möglichkeit einer bedarfsgerechten temporären Aufstockung der genannten Dienste.

Zu Frage 6.

Für die Generation der Jugendlichen bedeutet die Pandemie einen massiven Einschnitt in die Entwicklung. Ein Jahr Lebenszeit während der Kindheit oder der Adoleszenz ist mit vielmehr Entwicklungsschritten und Herausforderungen verbunden als ein Erwachsenenjahr, das ist uns sehr wohl bewusst. Lernen, Freundschaften, Intimität, Sexualität, Selbstständigkeit, Übergang von der Schule ins Berufsleben, alle diese Bereiche und viele andere mehr sind unter den aktuellen Bedingungen bei Jugendlichen sehr eingeschränkt. Viele junge Menschen werden diese Herausforderungen bewältigen und die Erfahrung für ihre weitere Entwicklung allenfalls auch nutzen können. Aber es ist und bleibt eine grosse Herausforderung für alle und ein Teil der Jugendlichen, besonders die vorbelasteten, werden kürzere oder längere Belastungsreaktionen oder gar schwerwiegende Entwicklungsstörungen entwickeln. Es ist wichtig, diese Tatsache anzuerkennen und mit den Betroffenen auch offen darüber zu sprechen.

Die junge Generation leistet mit ihrer Solidarität einen enormen auch altruistischen Beitrag für die COVID-gefährdeten Menschen. Der Regierungsrat ist tief beeindruckt von diesem Beitrag und spricht dafür im Namen vieler seinen grossen Dank aus. Eine echte Würdigung dieser Solidarität kann aber nicht mit Worten allein geschehen. Wir vollziehen sie dann, wenn wir die spezifischen Bedürfnisse der Jugendlichen während und nach der Pandemie hier in Basel-Stadt weiterhin ernst nehmen und bei der Gestaltung unserer Gesellschaft berücksichtigen und dafür setzt sich der Regierungsrat gerne ein.

Christian von Wartburg (SP): Aus meiner Sicht möchte ich Lukas Engelberger sehr herzlich danken für die rasche Reaktion und die rasche Beantwortung dieser Interpellation. Ich meine aber, dass ein wirkliches Dankeschön an die Jugendlichen, das ich auch gehört habe und das auch sehr ernst gemeint ist, auch bedeutet, dass wir die medizinische Grundversorgung von psychisch kranken Jugendlichen unbedingt sicherstellen müssen und dass wir hier besser sein müssen als sechs Monate. Sechs Monate Wartefrist für Eltern von psychisch kranken Kindern ist dramatisch. Wenn Ihr Kind depressiv wird, nicht mehr zur Schule geht, nur noch am Gamen ist und keine Möglichkeit hat therapeutische Unterstützung zu bekommen, dann wird das sehr schnell sehr dramatisch. Wir können nicht alle Eltern auffordern, ihr Kind zum Notfall auszurufen, das wäre ja dann auch wieder nicht im Sinne des Erfinders. Aber denken Sie daran, Angststörungen, Zwangsstörungen, alles Sachen, die jetzt entstehen, weil es eine schwierige Zeit ist, können auch chronifiziert werden und hier müssen wir nachlegen.

Mir hat sehr gefallen, dass die Regierung geschrieben hat, sie würde prüfen, die Dienste aufzustocken. Ich denke, man muss nicht mehr lange überlegen, man muss diese Dienste aufstocken, und zwar schnell. Wir haben viel Geld ausgegeben für alle möglichen Angelegenheiten in dieser Pandemie, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der jungen Menschen, gerade denjenigen, die solidarisch mit uns Älteren sind, ist ein Gebot der Stunde. Ich kann deshalb zwar mich befriedigt äussern über die rasche Antwort dieser Interpellation, ich würde aber der medizinischen

Grundversorgungssituation gegenüber den Kindern nicht gerecht, wenn ich mich mit der Situation dieser Grundversorgung befriedigt erklären würde. Ich bin teilweise befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.
Die Interpellation 21.5060 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 14 Beatrice Messerli betreffend Priorisierung der Verstärkten Massnahmen

[03.02.21 15:55:28, ED, 21.5061, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich namens des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1.

Generell setzt der Schulpsychologische Dienst jeweils von Mitte November bis Mitte Februar die gesamten Zeitressourcen für die standardisierten Abklärungsverfahren ein. Im Vergleich zu 2019 gingen im Jahr 2020 im Zeitraum Herbstferien bis Dezember 35 Prozent mehr Anträge für Abklärungsverfahren ein. Soll der notwendige Qualitätsstandard beibehalten werden, lässt sich die gestiegene Anzahl nicht in der gleichen Zeit bearbeiten. Eine zusätzliche Schwierigkeit stellte die Corona-Situation dar, die Durchführungen von Abklärungen und Gesprächen war durch Quarantänesituationen, die sowohl Klientinnen und Klienten als auch Mitarbeitende betraf, erschwert. Zudem mussten parallel zu den Abklärungsverfahren viele dringende Fälle bearbeitet werden, die sich aufgrund der grossen Pandemie bedingten Belastung ergaben.

Zu Frage 2.

Die beteiligten Dienste überprüfen und optimieren ihre Arbeitsabläufe. Der Schulpsychologische Dienst stoppte vorübergehend Projekte und Weiterbildungen und setzte die dadurch gewonnene Zeit für Abklärungsverfahren ein. Trotz des enormen Mehraufwands wird der Schulpsychologische Dienst über 90 Prozent der Anträge bis zum 15. Februar dieses Jahres bearbeiten können. Somit ist nur ein sehr kleiner Anteil der Anträge von zeitlichen Verzögerungen betroffen.

Zu Frage 3.

Die Zahlen präsentieren sich wie folgt: Im Jahr 2015 wurden 461 Anträge eingereicht, 2016 570 Anträge, 2017 610 Anträge, 2018 707 Anträge und 2019 schliesslich 716 Anträge. Diese Zahlen umfassen jeweils das gesamte Schuljahr. Bereits im ersten Semester des jetzt laufenden Schuljahrs sind 638 Anträge eingegangen. Würden weitere ausserterminliche Anträge gestellt, wäre bis zum Ende des Schuljahrs 2020/2021 wohl erneut mit einer bedeutenden Steigerung zu rechnen.

35 Prozent mehr Abklärungsverfahren lassen sich nur in der gebotenen Qualität bearbeiten, wenn andere Arbeiten zurückgestellt werden oder mehr Ressourcen zur Verfügung stehen. Das Erziehungsdepartement schätzt, dass zusätzlich 80 bis 100 Stelleprozente im Schulpsychologische Dienst über das gesamte Jahr den Mehraufwand abdecken wird.

Zu Frage 4.

Die Zahlen präsentieren sich wie folgt: Im Schuljahr 2015/2016 wurden 59 ausserterminliche Anträge eingereicht, 2016/2017 waren es 79, 2017/2018 115, 2018/2019 156 und schliesslich 2019/2020 154 ausserterminliche Anträge.

Die starke Zunahme der ausserterminlichen Anträge sowie die generelle Zunahme der Anträge erforderten die von der Volksschulleitung getroffenen Massnahmen. Ausserterminliche Anträge sollten nur in absoluten Ausnahmefällen gestellt werden. Sie führen zu massgeblichen Veränderungen für die Klassenzusammensetzungen und das Personal, was pädagogisch und schulorganisatorisch zu grossen Herausforderungen führt.

Zu Frage 5.

Die Schülerzahlen sind in den Schulstufen der obligatorischen Schule im letzten Jahr von 16’335 auf 16’752 gestiegen. Das entspricht einem Anstieg von 2,55 Prozent. Die Anträge für verstärkte Massnahmen haben um 35 Prozent zugenommen.

Zu Frage 6.

Der Schulpsychologische Dienst verzeichnet über die letzten Jahre eine Zunahme bei Verhaltensauffälligkeiten, Autismus-Spektrum-Störungen, Stresssymptomen und Zukunftsängsten sowie Suchtverhalten, insbesondere beim Medienkonsum. Ebenfalls nimmt die Anzahl derjenigen Schülerinnen und Schüler zu, die in massiv instabilen und belasteten Familiensituationen leben. Die Schulen wünschen angesichts dieser grossen pädagogischen Herausforderung zunehmend spezialisiertes Fachpersonal und stellen mehr Anträge auf verstärkte Massnahmen. Wie Sie in der gestern vom Regierungsrat verabschiedeten Stellungnahme zur Motion Franziska Roth betreffend ergänzende Massnahmen zur Umsetzung des Auftrages der integrativen Schule lesen werden, erachtet es der Regierungsrat deshalb als zentral, dass sich die Klassen- und Lehrpersonen verstärkt weiterbilden können, damit sich ihre herausfordernde Aufgabe noch besser bewältigen lässt.

Zu Frage 7.

Es handelt sich weder um eine künstliche Beschränkung noch um einen unhaltbaren Zustand, zumal die Anträge mit bedeutendem oder vordringlichem Bedarf prioritär bearbeitet werden.

Zu Frage 8.

Dass einem Kind der Zugang zu dringend benötigter Förderung verweigert würde, wie die Interpellantin es formuliert, ist schlicht falsch. Wer eine Förderung dringend benötigt, bekommt diese auch.

Zu Frage 9.

Kurzfristige Lösungen sind auf anderen Wegen zu schaffen. Auch hier verweist der Regierungsrat auf seine Beantwortung der Motion Franziska Roth, die er gestern beschlossen hat.

Zu Frage 10.

In vielen Fällen sind verstärkte Massnahmen nicht die richtige Antwort auf schwierige Schulsituationen. Oft ergibt sich nach Analyse der Situation und im Rahmen der engen Zusammenarbeit aller Beteiligter ein anderer Bildungsbedarf.

Zu Frage 11.

Jedes Kind erhält die Förderung, die es benötigt. Die Anträge betreffend diejenigen Schülerinnen und Schüler, die den dringlichsten Bedarf ausweisen, werden auch prioritär behandelt. Wie ausgeführt, kann der Schulpsychologische Dienst den grössten Teil der Anträge innerhalb der gesetzten Frist behandeln.

Zu Frage 12.

Alle Anträge auf verstärkte Massnahmen werden behandelt. Im Weiteren stehen den Schulen kollektive Ressourcen aus der Förderstufe 2 zur Verfügung, um die Schülerinnen und Schüler angemessen fördern zu können.

Beatrice Messerli (GAB): Ich bedanke mich sehr für die schnelle und ausführliche Antwort der Regierung. Ich möchte betonen, dass die integrative Schule alle Beteiligten extrem herausfordert. Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen. Die integrative Schule ist nicht so einfach umzusetzen, wie man sich das vorgestellt hat, gewünscht hat oder es geplant war. Trotzdem, Lehrpersonen haben sich immer wieder für die integrative Schule ausgesprochen und sind bereit, auch entsprechende Mehrarbeit zu leisten. Aber, ich habe schon in meinem Votum zur Motion von Martina Bernasconi darauf hingewiesen, wie schwierig die Situationen in den einzelnen Schulklassen sein können. Es gibt Schülerinnen oder vermehrt eigentlich Schüler, die sich derart schräg in der Klasse bewegen oder aufführen, dass es für alle beteiligten Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen schwierig ist, mit diesen Verhältnissen klarzukommen.

Das Problem mit dieser Entscheidung, die jetzt gefällt wurde, nämliche eine Priorisierung der verstärkten Massnahmen, dadurch fühlen sich Lehrpersonen nicht wahrgenommen oder nicht ernst genommen und das ist ein Problem, was sich natürlich immer wieder in gewissen Frustrationen und Resignationen zeigen. Wenn Kinder keine Unterstützung bekommen, weil sie nicht zu den drei schwierigsten Fällen im Schulhaus gehören, dann ist es so, dass die nicht ein halbes Jahr später einfach dann übernommen werden, sondern da ist es möglicherweise so, dass noch weitere Schülerinnen oder Schüler dazukommen, für die auch wieder ein Antrag gestellt werden muss.

Ich finde oder begreife oder verstehe das durchaus, dass der SPD im Moment, wir haben das von den vorherigen zwei Interpellationsantworten gehört, sehr stark gefordert ist und das verstehen auch die Lehrpersonen. Was aber nicht verstanden wird, dass man quasi sagt, es gibt nur noch die drei Fälle pro Schulstandort, die empfohlen werden, dass sie verstärkte Massnahmen bekommen und diese Antwort ist mir nicht klar. Das ist anscheinend eine Empfehlung, die rausgegeben wurde und das ist meines Erachtens eine falsche Priorisierung. Die Schule wird für vieles verantwortlich gemacht bzw. ist für vieles verantwortlich. Sie nimmt diese Verantwortung auch wahr und ich meine, wenn es Schülerinnen und Schüler gibt, die verstärkte Massnahmen brauchen und dies durch dieses Verfahren abgeklärt wurde und dieses Verfahren auch Gültigkeit hat, dann ist es schwierig zu verstehen, dass diese Kinder diese verstärkten Massnahmen nicht bekommen sollen. Denn über eines müssen wir uns im Klaren sein, die schuleigenen Ressourcen sind aufgebraucht, wenn Anträge zu verstärkten Massnahmen gestellt werden. Diese Schülerinnen und Schüler sind bereits gefördert worden in der Schule, sie brauchen aber deutlich mehr.

Sie werden verstehen, dass ich mich zu den Zahlen im Moment nicht äussern kann, Sie haben diese sehr schnell vorgelesen, ich hoffe darauf, dass ich das noch schriftlich bekomme und bedanke mich für die Beantwortung, bin aber nur teilweise befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 21.5061 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 15 Harald Friedl betreffend Nichtbeantwortung von Fragen von 400 Quartierbewohnern aus einer "Informationsveranstaltung" zum geplanten Parking unter der Tschudimatte

[03.02.21 16:05:50, BVD, 21.5062, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 16 Tim Cuénod betreffend der Umsetzung des Harmos-Konkordates in Bezug auf die Bildungsziele

[03.02.21 16:06:15, ED, 21.5063, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Tim Cuénod (SP): Ich möchte ein paar Worte zum Kontext dieser Interpellation sagen und zu ihrem Zeitpunkt. Der Kontext war, dass im Mai 2019, also schon vor über eineinhalb Jahren, die Ergebnisse im Rahmen von Harmos der Überprüfung der Grundkompetenzen publiziert worden sind. Bei dieser Überprüfung der Grundkompetenzen, mit Harmos hat man sich ja schweizweit auf gewisse Bildungsziele geeinigt, hat man verschiedene Bereiche überprüft, der Sprachen und der Mathematik, inwiefern diese Grundkompetenzen in den verschiedenen Kantonen erreicht werden. Die Idee dahinter, jede Schülerin, jeder Schüler in der Schweiz soll gewisse Kompetenzen erwerben in gewissen Bereichen. Es soll nationale Mindeststandards geben, es ist dann aber an den Kantonen dafür zu sorgen, dass diese Grundkompetenzen effektiv erreicht werden.

In Mathematik waren die Ergebnisse für Basel-Stadt wenig erfreulich. Das heisst, 56,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler haben die Grundkompetenzen nicht erreicht in Mathematik, das ist so viel wie in keinem anderen Kanton. Kontrast dazu, im Sprachbereich waren es rund 80 Prozent, die sie erreicht haben. Deswegen war meine erste Beobachtung zu sagen, naja. Die Begründung, die Sie damals, Regierungsrat Conradin Cramer, vorgebracht haben und andere, es liegt vor allem am hohen Anteil der Fremdsprachigen, dass die Grundkompetenzen in Basel von so vielen nicht erreicht wird, schien mir dann nicht so plausibel. Weil ich mir gedacht habe, wieso schneiden wir dann in Deutsch, lesen, verstehen, schreiben, deutlich besser ab, da sind wir auch nicht auf dem letzten Platz, wenn auch im hinteren Mittelfeld, und in Mathematik so schlecht.

Interessant war auch, dass im Rahmen dieser Überprüfung der Grundkompetenzen festgestellt wurde, dass der Gendergap in Mathematik nirgends so gross ist wie in Basel. Das heisst, die Mädchen und jungen Frauen haben die Grundkompetenzen noch viel seltener erreicht als die Knaben und Jungen und dieser Gendergap war viel grösser als in anderen Kantonen. Auch der Einfluss der sozialen Herkunft auf den schulischen Erfolg bei den Grundkompetenzen war grösser. Das ist der Kontext, weswegen ich mir einige Fragen gestellt habe.

Sie haben damals angekündigt, das systematisch analysieren zu wollen, das braucht Zeit. Im letzten Frühling war der Lockdown, das wäre es verfehlt gewesen Ihnen die Fragen zu stellen, im Sommer und im Frühherbst hätte eine solche Interpellation das Odium des Wahlkampfes gehabt und es geht mir hier eben nicht irgendwie um Wahlkampf und personelle Ränkespiele, sondern es geht ganz zentral um die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen.

Nun hat im letzten Dezember die Bildungsdirektion des Kantons Baselland, deren Schülerinnen und Schüler in dieser Überprüfung der Grundkompetenzen auch nicht gut abgeschnitten haben, aber doch deutlich besser als diejenigen in Basel-Stadt, ein umfangreiches Massnahmenpaket mit Investitionen von knapp Fr. 9’000’000 per annum erstellt. Basierend auf einer systematischen Analyse, die der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat man gesagt, das sind die gezielten Massnahmen, die wir treffen wollen. Ich habe Ihnen diese Interpellation geschickt, weil ich wissen wollte, wo wir in Basel stehen, was für Massnahmen getroffen wurden, ob ich diese Zahlen aus Ihrer Sicht vollkommen falsch interpretiere und was weiter noch geplant ist. Ich bin gespannt auf Ihre Ausführung.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Ich nehme gerne im Namen des Regierungsrats Stellung. Ich danke auch für die Hinweise zu Ihrem persönlichen Zeitplan bei der Einreichung der Interpellation. Ich kann Ihnen unsererseits versichern, wir sind im Erziehungsdepartement immer noch sehr stark mit Corona beschäftigt, das hat sich nicht entspannt seit dem letzten Lockdown, insofern ist es durchaus auch denkbar, dass gewisse andere Dinge da hinten anstehen.

Zu Ihrer Interpellation. Die Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK) sind in erster Linie ein Instrument der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), um den Grad der Harmonisierung der Bildungsziele zu überprüfen. Kantonale Vergleiche der Ergebnisse sind nur eingeschränkt aussagekräftig, da zum Zeitpunkt der Erhebung noch kein Kanton den Lehrplan 21 im 11. Schuljahr eingeführt hat. Vergleiche mit Westschweizer Kantone und insbesondere mit dem Kanton Genf sind auch deshalb nur begrenzt möglich, da die Bevölkerungszusammensetzung dort eine andere ist. Weil mehr Zuziehende bereits eine romanische Sprache sprechen, ist dort die Nähe zur Alltagsprache Französisch stärker gegeben als bei uns zur Alltagssprache Deutsch.

Aus den Ergebnissen im Fach Deutsch lässt sich nicht ableiten, dass die Sprache nicht als Faktor für das schlechte Abschneiden in Mathematik herangezogen werden kann. In Mathematik wurden Schülerinnen und Schüler des 11. Schuljahres getestet, in Deutsch hingegen Schülerinnen und Schüler des 8. Schuljahres. Forschungsergebnisse zeigen, dass sich Ungleichheiten im Verlaufe der Schulzeit verstärken. Das heisst, die Schere zwischen den leistungsstarken und den leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler vergrössert sich weiter. Das ist dramatisch, aber es ist leider universell wahr. In Deutsch treffen die Schülerinnen und Schüler bei Prüfungen auf Vertrautes, das sie aus dem Unterricht kennen wie zum Beispiel Rechtschreibung oder Wortschatz, in anderen Fächern wird von Deutschkenntnissen ausgegangen, die teilweise nicht der Alltagssprache entsprechen, was zu Verständnisschwierigkeiten bei fremdsprachigen Schülerinnen und

Schüler führen kann.

Zu Frage 1.

Die ÜGK-Ergebnisse wurden in diversen Gremien besprochen und analysiert. In der Volksschulleitungskonferenz zusammen mit der kantonalen Schulkonferenz und Wirtschaftsverbänden in den Schulleitungskonferenzen und in den Gremien des Bildungsraums Nordwestschweiz zusammen mit der Vertretung der EDK sowie dem Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich.

Zu Frage 2.

Zusatzanalysen sind mit den erhobenen Daten nur begrenzt möglich, da diese für kantonale resp. für spezifische Fragestellungen nicht ausreichen. Es gibt eine Analyse im Bereich Motivation, die der Kanton Basel-Landschaft in Auftrag gegeben hat und der sich die Kantone des Bildungsraums Nordwestschweiz angeschlossen haben. Die Analyse wurde vom Kanton Basel-Landschaft noch nicht veröffentlicht.

Zu Frage 3.

Die bei der ÜGK erhobenen Daten liefern keine Erklärung dafür und das Erziehungsdepartement verfügt nicht über zusätzliche Daten.

Zu Frage 4.

Die soziale Herkunft beeinflusst in allen Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz den Schulerfolg stärker als in anderen Regionen. Dieser Faktor fällt in Basel-Stadt am meisten ins Gewicht, das Erziehungsdepartement verfügt über keine zusätzlichen Daten. Die soziale Herkunft als Faktor des Schulerfolgs ist ein Thema, das vierkantonal aufgegriffen werden muss, unter anderem bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen und Schulleitungen. Chancengerechtigkeit ist ein weiteres zentrales Thema, das bereits verstärkt bearbeitet wird.

Zu Frage 5.

Eine Massnahme, die bereits umgesetzt wird, ist der sprachbewusste Unterricht. Weitere Massnahmen werden diskutiert. Auch das Schulleitungssymposium des Bildungsraums Nordwestschweiz endet 2021 mit Fokus auf lern- und leistungsschwache Schülerinnen und Schüler und soll Praxistipps und Anregungen liefern, wie sie konkret am Standort gefördert werden können.

Zu Frage 6.

Die Massnahmen des Kantons Basel-Landschaft betreffen hauptsächlich die strukturelle Ebene und die Sekundarstufe 1. Um die Bildungsqualität allgemein und den Bildungserfolg einzelner Schülerinnen und Schüler zu steigern, sind zusätzliche Massnahmen auf der Unterrichtsebene und im Frühbereich erforderlich, wie zum Beispiel der sprachbewusste Unterricht und die frühe Deutschförderung.

Zu Frage 7.

Aufgrund der Corona-Pandemie hat die EDK die für 2020 geplante ÜGK auf 2023 verschoben. Getestet werden die Schulsprache sowie die erste und zweite Fremdsprache am Ende der Sekundarschule. 2024 wird im 4. Schuljahr, also in den 2. Klassen der Primarschule, eine Erhebung in Mathematik und Schulsprache durchgeführt. Mit der Harmonisierung des Lehrplans 21 wird angestrebt, dass die Unterschiede zwischen den Kantonen geringer werden. Ob sich dies auch in künftigen Erhebungen niederschlägt, ist derzeit nicht abschätzbar.

Tim Cuénod (SP): Ich anerkenne, dass sich diese Unterschiede vielleicht etwas relativieren, die man da hat zwischen den sehr schlechten Mathe-Ergebnissen und sagen wir den nicht so schlechten Ergebnissen in Deutschfächern. Die höhere Zahl an Schülerinnen und Schüler, die jetzt aus einem ganz anderen Sprachraum stammen, macht den Vergleich mit Genf schwierig, wo es zum Beispiel viele Menschen aus Portugal oder Spanien gibt. Ich anerkenne auch, dass der unterschiedliche Zeitpunkt der Bewertung es etwas schwierig macht zu beurteilen, dies wird ja jetzt mit der ÜGK 2020 anders sein und da können wir auch gespannt sein auf die Ergebnisse. Natürlich sind die Fragen, die sich heute stellen im Rahmen dieser Krise, für die Schule immer noch vehement und die Belastung erheblich. Ich höre auch von Schulleitungen, die jeden Tag konfrontiert sind mit unterschiedlichsten Meinungen von Schülern, Lehrern, Eltern und auch mit einem grossen Mass an psychischer Belastung, dies ist überhaupt keine Frage. Ich dachte einfach, dass wir jetzt in einer Situation sind, wo doch vieles vorbereitet werden konnte und man nicht in einer dermassen stressbeladenen Situation ist wie letzten Frühling, wo man wirklich von Tag zu Tag improvisieren musste und das beste herausholen musste.

Ich fand positiv, dass Sie gesagt haben, dass es dieser grosse Gendergap in Mathematik gibt, Sie anerkennen, dass es ihn gibt. Die Frage ist, ich denke, das wäre eine Frage, die man wirklich untersuchen müsste, ob die soziale Herkunft den Bildungserfolg so stark beeinflusst. Es kann sein, dass die Ergebnisse teilweise schon systematisch analysiert wurden, ich kann das aufgrund dessen, was Sie jetzt gesagt haben, noch nicht wirklich beurteilen, wie systematisch diese Untersuchung ist und wie systematisch da Massnahen getroffen wurden. Da gibt es schon ein bisschen einen Kontrast zu Baselland, die zumindest diesen Eindruck erwecken, dass sie das sehr stark getan hätten.

Aufgrund dessen kann ich mich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht befriedigt erklären. Ich wäre aber durchaus interessiert daran, diesbezüglich weitere Informationen zu erhalten. Ich denke, es ist wirklich ein entscheidendes Thema für die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen und ich denke, dass diese Ergebnisse zum jetzigen Zeitpunkt noch zum Teil ungenügend besprochen worden sind, auch in einer breiten Öffentlichkeit.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 21.5063 ist **erledigt**.

83. Ratschlag betreffend Dringlicher Grossratsbeschluss zur Ausrichtung von weiteren Beträgen an Vermieterinnen und Vermieter von Geschäftsräumen zur Unterstützung für baselstädtische Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie (COVID-19-GRB-Mietzinsunterstützung II) sowie zu einer Motion

[03.02.21 16:19:25]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Geschäft einzutreten, den Beschlussvorlagen zuzustimmen und einen Nachtragskredit in der Höhe von insgesamt Fr. 21’000’000 zu bewilligen.

Da es sich um einen dringlichen Beschluss handelt, dessen Inkrafttreten keinen Aufschub erträgt, braucht es für die sofortige Inkraftsetzung bei der Schlussabstimmung beim dringlichen Grossratsbeschluss ein 2/3 Mehr zu diesem Geschäft das heisst die Zustimmung von 2/3 der Anwesenden (§84 Abs. 1 KV). Falls eine Mehrheit aber keine 2/3 Mehrheit für den Beschluss stimmt, ist dieser beschlossen, jedoch ohne dringliche Inkraftsetzung. In der Detailberatung beraten wir zuerst den Nachtragskredit und im Anschluss den dringlichen Grossratsbeschluss.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Situation ist jetzt vielleicht etwas ungewöhnlich, weil die Finanzkommission kurzzeitig ohne Präsident war. Daher war es für uns auch schwierig, Kontakt aufzunehmen und Sie haben ja auch erst heute beschlossen, dass das Geschäft dringlich auf die Traktandenliste kommt. Daher entschuldigen Sie bitte, dass wir uns vorher nicht absprechen konnten. Wir haben gemäss Ihrem Wunsch in der Motion, welche Sie am 13. Januar überwiesen haben, das Mietzinspaket nochmals aufgelegt. Es ist nicht ganz gleich, wie es damals war, ich werde Ihnen ganz kurz sagen, was wir geändert haben. Wir hätten es vielleicht auch nicht von uns aus gebracht, weil wir eine Härtefallunterstützung aufgelegt haben mit etwa Fr. 75’000’000 im Moment, die die einzelnen Branchen unterstützt. Das ist beim WSU angesiedelt und das Paket, das Sie jetzt vor sich liegen haben, zum Teil überschneidet sich das. Bei der Härtefallverordnung sind die Fixkosten teilweise auch drin, das heisst, es ist eine gewisse Überschneidung. Wir haben das angeschaut und waren der Meinung, wenn wir das jetzt abgrenzen müssen, wird es sehr kompliziert. Das ist vor allem etwas, was wir im letzten Jahr gemerkt haben, dass wenn die Lösungen zu kompliziert sind, dann brauchen wir sehr viele Ressourcen, dann geht es auch lange, bis Geld ausbezahlt wird, also haben wir alles etwas vereinfacht. Daher hier keine Verrechnung.

Was auch anders ist, der Betrag Fr. 21’000’000. Man könnte vielleicht sagen, warum jetzt für die zehn Monate nur so wenig mehr als das letzte Mal. Das letzte Mal wollten wir Fr. 18’000’000. Wir haben gemerkt, dass wir uns da wohl etwas verrechnet haben, das heisst, die Geschäftsmieten sind im Kanton nicht so hoch, wie wir dachten. Die meisten, die kamen, hatten eher tiefere Mieten, daher waren es tiefere Beträge. Wir haben jetzt versucht das zu rechnen, aber ich muss eingestehen, es ist schlussendlich eine Schätzung. Wir wissen es nicht, wir haben es hochgerechnet. Falls man sehen würde, das reicht nicht, dann muss man nochmal eine Ausgabenbewilligung holen.

Dann haben wir nicht noch einmal ein Härtefallpaket gemacht. Das heisst, das letzte Mal konnten die Mietenden, die sich nicht einigen konnten, einen Fixbetrag abholen und das war kaum nachgefragt. Das war erstaunlich, wie wenige das überhaupt wollten. Wir waren etwas überrascht, vielleicht waren die rund Fr. 4’000 zu wenig, vielleicht war es dort auch noch nicht notwendig, aber wir haben das nicht gemacht, da wir ja diese andere Härtefallverordnung haben, die für alle Betroffenen oder auch Indirektbetroffenen gilt.

Dann haben wir die Anspruchsberechtigung ein wenig angepasst. Es ist schwierig, an was man es bindet, wir haben vorher etwas an dem Umsatzverlust gebunden, das ist fast nicht händelbar das zu überprüfen, die Stichproben, das ist sehr aufwendig. Daher haben wir dieses Mal gesagt, alle, die direkt betroffen sind von den Massnahmen, Ganzschliessungen, Teilschliessungen. Das ist dafür über zehn Monate, wir fanden das eine sinnvolle Lösung. Was wir dafür rausgenommen haben, ist, dass sie ihre Arbeitnehmenden nicht kündigen und nicht schlechterstellen dürfen. Das ist auch schwierig zu überprüfen, wir haben einfach gesagt, wir bitten sie, das zu vermeiden.

Dann ist es über eine längere Zeit bis maximal August. Wir hoffen natürlich, dass es nicht so lange ist, aber wir haben gedacht, besser einmal jetzt eine längere Zeit, da muss man nicht nochmal kommen. Den Maximalbetrag haben wir gleich gelassen von diesen Fr. 6’700 pro Monat, das ist das gleiche wie vorher.

Dann das heikle Thema, wie ich an Ihren Anträgen sehe, wir haben vorgeschlagen, dass die Einwohnergemeinden und die Bürgergemeinden da ausgeschlossen sind. Das heisst, dass natürlich alle Geschäfte auf Riehener und Bettinger Boden trotzdem zu uns kommen können, aber dass die Gemeinden selbst mit ihren Liegenschaften ihre zwei Drittel selber tragen würden. Wir haben als Kanton bisher die Kosten alle selber getragen, wir sind jetzt über der 300 Millionen-Grenze und haben im Gegensatz zu anderen Kantonen keine Unterscheidung gemacht zwischen den Gemeinden. Wir haben das immer über das Kantonsbudget getragen. Daher fanden wir es jetzt sinnvoll, wenn wir die Lasten ein klein wenig verteilen. Das letzte Mal war es auch so, die Gemeinde Bettingen und Riehen sind nicht gekommen beim letzten Mietzinspaket. Wir gingen davon aus, dass sie das selber machen.

Bei der Bürgergemeinde, wir werden sicher noch darüber diskutieren, ging ich persönlich von einer politischen Gemeinde

aus und habe mir daher gedacht, das ist vielleicht auch für sie ein Anteil, den da zu tragen. Das war so die Grundidee, dass die Lasten ein ganz klein wenig verteilt sind. Wir reden hier von Grössenordnungen, das verschwindet vielleicht im Paket, das ist nicht so viel, aber das ist das, was wir uns gedacht haben. Wir haben bisher noch nichts den Gemeinden übertragen und fanden, das ist jetzt eine Möglichkeit, wo man sich beteiligen könnte. Die Pensionskasse macht das zum Beispiel auch, sie hat das auch beschlossen, dass sie die zwei Drittel selber trägt, das sie hier diesen Anteil selber übernimmt. Aber wir kommen sicher noch darauf zurück, da Sie da verschiedene Anträge haben.

Ansonsten bitte ich Sie, dem zuzustimmen, dass ist das, was Sie gewünscht haben mit der Motion.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Regierungsrätin Tanja Soland für die Ausführungen. Die SVP-Fraktion wird selbstverständlich diesem Ratschlag zustimmen. Es ist auch sehr erfreulich, dass wenn man auf den “Chrüzlistich” schaut, alle Fraktionen diesem Geschäft zustimmen werden, auch dieser dringlichen Behandlung schon zugestimmt haben und das zeigt, das hier weiterhin auch ein Jahr fast nach Beginn der Pandemie immer noch eine grosse Einigkeit herrscht, dass man den betroffenen Unternehmungen, den betroffenen Mietern/Vermietern helfen möchte. Ich glaube, das ist schon auch ein sehr gutes Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament im Kanton Basel-Stadt und ich glaube, unabhängig davon, ob man nun in der Regierung vertreten ist oder nicht, muss man das auch einmal loben. Ich glaube, hier sind wir tatsächlich ein sehr fortschrittliches Beispiel, wie man in der Corona-Pandemie den Betrieben helfen kann. Es ist für uns auch sehr wichtig, das haben wir immer unterstrichen, auch schon bei der ersten Behandlung dieses Geschäfts im Frühjahr, dass wir hier auch von der Freiwilligkeit ausgehen wollen, dass dieses Dreidrittel-Paket wirklich auch dieses gemeinsame Kommitment benötigt. Das ist zum Beispiel auch ein grosser Unterschied zu dem, was auf Bundesebene diskutiert wurde. Mir hat man dann immer wieder vorgeworfen, dass insbesondere auch meine Partei sich gegen Lösungen sträubt, das war keinesfalls so, nur sind auch wir der Meinung, es muss freiwillig geschehen und hier ist das baselstädtische Modell ausgesprochen ideal.

Regierungsrätin Tanja Soland hat ausgeführt, weshalb die Summe jetzt so ist, wie sie beantragt ist Das ist tatsächlich eine sehr interessante Ausführung, die sie da gemacht hat. Das hat mich auch ein bisschen erstaunt, wenn wir den ersten Zeitraum angeschaut haben und jetzt von diesem neuen Ratschlag ausgehen, aber das hat mir sehr eingeleuchtet und ist sehr schlüssig und das zeigt auch, dass offenbar wir da vielleicht sogar am Schluss ein wenig etwas sparen können, wobei in dieser Pandemie wir nicht wirklich sparen weder beim Bund noch beim Kanton, aber das soll auch so sein, solange diese sehr starke Einschränkungsmassnahmen weiter gelten.

Es ist auch sehr schön, dass der Regierungsrat diese Motion Beat Leuthardt, die auch von allen Fraktionen unterschrieben wurde, so abhandeln kann. Ich glaube, das ist wirklich ein sehr gutes Zeichen auch für die Unternehmungen. Hier habe ich einfach noch einen kleinen Apell, der richtet sich vielleicht weniger an Regierungsrätin Tanja Soland, sondern an den neuen Regierungsrat, der zuständig ist für das WSU, Regierungsrat Kaspar Sutter. Es ist keine Kritik am WSU, aber ich höre immer wieder von Unternehmern, hauptsächlich aus der Gastrobranche, dass sie das Geld nicht bekommen. Ich verweise dann immer auf die Homepage, die auch aufgeschaltet ist vom WSU, wo man alle Informationen bekommt, ob man anspruchsberechtigt ist oder nicht. Ich habe nicht das Gefühl, dass das WSU das Geld nicht ausbezahlt, aber ich habe das Gefühl, das allenfalls dort die Kommunikation mit den Unternehmern, die einen Antrag stellen, vielleicht noch etwas verbessert werden kann. Ich bekomme wirklich in letzter Zeit viele Rückmeldungen, die sagen, sie warten schon seit Monaten auf Geld. Ich habe das nicht nachgeprüft, das ist mehr ein Input. Kaspar Sutter ist ja neu im Amt, dass er da vielleicht allenfalls noch schauen kann, dass man hier in der Kommunikation zwischen Amt und Betroffenen vielleicht noch etwas verbessern kann, gerade auch, weil diese Betroffenen doch in einer prekären Situation sind und teilweise auch ein bisschen hilflos sind, insbesondere wenn sie sich im Bürokratie- und Behördendschungel weniger gut auskennen wie die, die Tag für Tag damit zu tun haben.

Wir haben es gehört von Tanja Soland, ihre Begründung betreffend diesen Anträgen, die auf dem Tisch liegen. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag der LDP-Fraktion zustimmen, nämlich dass man auf diese Streichung der Bürgergemeinde verzichtet. Wir werden aber auch dem Antrag Daniel Albietz von der Fraktion die Mitte/EVP zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass dieser Anspruch auch auf die Gemeinden Riehen und Bettingen ausgedehnt werden sollte. Nun wird dann sicher von den Gegnern dieses Antrags zu hören sein, dass diese Gemeinden auch eigene Steuereinnahmen haben, das ist sicher richtig. Andererseits muss man auch sagen, dass gerade die Gemeinde Riehen über dieses sogenannte Fila 50 Prozent der Einnahmen nach Basel wieder transferiert und es doch auch viele Betriebe gibt in der Gemeinde Riehen, die sehr stark auch von dieser Pandemie betroffen sind. Es ist für uns nicht mehr als fair, dass die Papeterie in Riehen genau gleich hier eine Unterstützungsmöglichkeit bekommt wie beispielsweise eine Papeterie, die in Basel ist.

Wir werden diesen beiden Anträgen zustimmen, möchten aber wirklich noch einmal dem Regierungsrat danken, dass er in dieser kurzen Zeit seit Einreichung der Motion Beat Leuthardt mit diesem Geschäft weiter vorwärts gemacht hat und werden diesem Ratschlag zustimmen.

André Auderset (LDP): Zunächst sei vorauszuschicken, dass die LDP selbstverständlich hinter diesem Ratschlag und hinter diesem Projekt steht. Es ist sehr wichtig, dass das getan wird, schliesslich sind hier Leute wirklich unverschuldet in Problematiken geraten, unverschuldet und zum Teil auch durch staatliches Handeln verursacht. Ob berechtigt oder nicht, ist hier nicht die Debatte, sondern die Debatte ist die Tatsache, dass das so ist und das jede Hilfe hier sehr dringlich und sehr angebracht ist.

Es wurde bereits erwähnt, dass die LDP einen Änderungsantrag stellt. Dieser Änderungsantrag, das sei auch vorausgeschickt, ist kein Casus Belli, das heisst, wenn er nicht durchkommt, sind wir trotzdem sehr für dieses Paket, aber wir meinen, dass es systemrichtig ist, wenn man das so tut. Und zwar möchten wir eben nicht die Einwohnergemeinden

aus dieser Berechtigung rausnehmen, sondern einzig und allein die Bürgergemeinden. Ich möchte Kollege Joël Thüring nicht enttäuschen, es ist tatsächlich der Hauptgrund, dass eben die Einwohnergemeinden Steuereinnahmen generieren, die Bürgergemeinden, und zwar alle, die von Basel, Riehen und Bettingen, die Bürgergemeinden, die eben keine Steuereinnahmen haben, sondern sich praktisch ausschliesslich durch solche Einnahmen wie die Mieteinnahmen finanzieren und mit diesem Geld sehr viel Gutes und sehr viel Soziales tun. Wenn wir hier nun einen Teil wegnehmen, indem wir ihnen die Möglichkeit nicht geben von dieser staatlichen Segnung zu profitieren, dann fehlt das Geld dann dort, wo es auch wichtig ist und wo es gut angewandt ist. Insofern ist hier wirklich ein Unterschied gegeben.

Wir stemmen uns nicht gegen den Antrag EVP/die Mitte, sondern finden einfach, da kann man es sich überlegen. Anscheinend wurde, da die Zusatzauskunft von Finanzministerin Tanja Soland, in der ersten Phase von Riehen und Bettingen gar nichts beantragt. Es scheint also dort das Bedürfnis zumindest im Moment nicht wahnsinnig dringend zu sein, sodass man das hier vielleicht noch durchgehen lassen kann. Hingegen bei den Bürgergemeinden sollte man es wirklich lassen. Ich möchte noch darauf hinweisen, speziell für die Bürgergemeinde Basel, bei den anderen weiss ich es nicht, gehe aber davon aus, dass es auch so ist, dass diese sehr soziale Vermieter sind, die auch in der bisherigen Pandemiekrise immer nach Lösungen mit ihren Mietern gesucht haben und nicht sofort mit der Kündigungskeule dastanden. Dass sehr hohe sechsstellige Beträge insgesamt besprochen wurden oder darauf verzichtet wurde, um zum Beispiel Studenten in der Wohnung zu lassen, um auch Geschäfte drinnen zu lassen, also da ist bereits einiges gegangen.

Es sei auch darauf hingewiesen, dass selbstverständlich die Bürgergemeinde Basel nicht sofort Konkurs geht, wenn sie ausgeschlossen wird von dieser Regelung. Es handelt sich um einen mittleren fünfstelligen Betrag, das ist an sich durchaus verkraftbar, das Geld fehlt dann woanders und es ist auch ein bisschen ein Zeichen der Wertschätzung für die wertvolle Arbeit der Bürgergemeinden, speziell nenne ich jetzt hier die Bürgergemeinde Basel, dass man sie jetzt hier nicht zusätzlich belastet. Sie wurden es ja beim ersten Paket auch nicht.

Insofern empfiehlt Ihnen die LDP-Fraktion, diesen Ratschlag anzunehmen, ihn auch dringlich zu erklären, aber diese Änderung vorzunehmen, die wir wollen. Ich werde sie noch kurz nennen, es geht um die Ziffer 3 und dort um den Absatz 3 und dort würden einfach die Wörter “die Bürger- und” gestrichen. Das heisst, der Satz würde dann lauten: Kein Anspruch auf Beiträge haben die Einwohnergemeinden Basel, Riehen und Bettingen. Das nenne ich deshalb so ausdrücklich, weil mehrere Varianten im Raum sind. Wir wurden immer wieder belehrt, dass der Antrag so nicht gehe und so nicht gehe, so haben wir einigermassen die Gewissheit, dass er geht. Ich wiederhole nochmal, nach unserem Antrag heisst der Absatz 3 in Ziffer 3: Kein Anspruch auf Beiträge haben die Einwohnergemeinden Basel, Riehen und Bettingen. Die Bürgergemeinden sind damit wieder anspruchsberechtigt und wir meinen von der liberalen Fraktion, dies ist zu rechtfertigen.

Beat Leuthardt (GAB): Das Grün-Alternative Bündnis ist selbstverständlich dafür und bedankt sich auch dafür, dass das am Schluss dann gut durchkommt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass in unserer Fraktion treibende Kräfte für diese wiederholten dringlichen Vorgehensweisen zu finden sind, es wäre aber falsch, das jetzt nur auf uns zurückzuführen. Im Grunde genommen ist es ein Vorstoss oder ein Erfolg der Sozialpartner und da möchte ich nebst dem HEV und dem SVIT ausdrücklich auch die Gastro Suisse, den zuständigen früheren Präsidenten, miteinbeziehen. Nur aufgrund unserer Power sind wir überhaupt so weit gekommen und können jetzt auch den Ratschlag der Regierung mitnehmen. Soviel in Klammern, nur zur Bemerkung des geschätzten Ratspräsident von heute Morgen zur Blockbildung. Es muss also nicht immer und überall sein, wenn es Sinn macht arbeiten wir auch sehr gerne zusammen. Letztlich ist es nicht nur ein Erfolg der Sozialpartner allein, sondern es ist eigentlich eine Allparteien-Motion, die wir jetzt hier aufgegleist haben und deswegen sind wir froh und dankbar.

Die Inhalte der Motion waren ja eigentlich einfach wiederholt das vom vergangenen Frühjahr und Frühsommer. Das konnte die Verwaltung, da bin ich immer überrascht, nicht ganz 1:1 durchziehen, da gibt es sicher auch gute Gründe dafür. Wir gehen dann auch nicht auf die Einzelheiten ein, weil uns ist wichtig, dass das jetzt rasch kommt und dass es so grosszügig wie möglich kommt und dass die Gelder so schnell wie möglich ausbezahlt werden und dass die Bürokratie sprich die Formulare so gering gehalten werden, wie dies von einer Behörde nur möglich ist. Wir erwähnen da insbesondere auch noch mit Freuden, dass die Take Aways, wo die Frage ein wenig Unruhe gestiftet hat, ob die jetzt auch mit dabei sind, wenn die Restaurants zu machen müssen und die nur zur Not Take Away machen, dass die auch mit dabei sind, das ist zwingend. Dass andere rausfallen ist zu bedauern und wir schliessen es nicht aus, dass wir nochmals damit kommen und wir bitten jetzt schon prophylaktisch da nicht zu sagen, ja, jetzt reicht es aber oder wir haben schon genug, wir sind weiterhin nicht in einer Situation, wo wir sagen sollten, es reicht jetzt, sondern wir sind in einer Situation, wo wir sagen sollen, wir tun, was immer nur wir können.

Das Grüne Bündnis äussert sich auch nicht zur Hektik, die jetzt ein Stück weit aufgekommen ist mit diesen Änderungsanträgen, sondern zu den Anträgen selber. Soweit wir uns überhaupt absprechen konnten, das ist ja hier in diesem sterilen Parlamentsbetrieb nicht ganz einfach, sind wir tendenziell für den Änderungsantrag der Liberalen Partei und gegen den Antrag der CVP. Andere haben das schon ausgeführt, vielleicht mögen auch andere von uns das noch präzisieren. Mir als Motionär und als jemand, dem das Anliegen besonders wichtig ist, ist es eben wichtig, Ihnen zu sagen als persönliche Erklärung, für mich ist am wichtigsten, dass das wirklich rasch durchkommt, es soll nicht an Kleinigkeiten scheitern. Wenn halt die Bürgergemeinden, wir haben jetzt vorhin ein Werbespot gehört für die Bürgergemeinde Basel, ich kann das nicht ganz teilen, aber ich respektiere diese Worte, wenn die Bürgergemeinde und vielleicht auch Riehen und Bettingen darauf verzichten oder das für richtig erachten in der Ziffer 3 Absatz 3 mit dabei zu sein, dann soll es so sein. Aber wichtig ist, dass wir nun nicht mehr allzu lange über die Details diskutieren und dass die Schlussabstimmung dann so wuchtig ist und so klar, wie schon die früheren dringlichen Abstimmungen im Mai und Juni 2020 und im Januar und vorhin heute Morgen zu diesem Rettungspaket II.

Andreas Zappalà (FDP): Zunächst möchte ich mein Dank aussprechen an Regierungsrätin Tanja Soland, dass sie mit ihrem Departement so rasch gehandelt hat und hier diese Vorlage uns schon heute unterbreiten kann. Ich möchte vielleicht kurz zur Härtefallverordnung etwas sagen und da muss ich Joël Thüring recht geben. Ich hatte erst gestern ein Gespräch mit einer betroffenen Betreiberin eines Cafés und sie sagt mir, sie hätte seit November die Lokalität geschlossen und sie hätte bis heute noch kein Geld erhalten, obwohl sie bereits im November die Anträge gestellt hat. Es gibt dort sicher auch diese Härtefälle. Hier liegt der Unterschied zu diesem Dreidrittel-Paket. Dort geht es ja darum, dass sich der Vermieter und die Mieterschaft einigen auf eine Mietzinsreduktion und es ist am Vermieter, der dort den Antrag stellen muss. Der Mieter, der Gewerbetreibende, der seine Lokalität geschlossen halten muss, wird direkt entlastet von seinen Fixkosten und das ist eben der wesentliche Effekt dieser Dreidrittels-Lösung und aus diesem Grunde stehen wir sehr dahinter. Die Erfahrungen aus dem letzten Frühling/Sommer haben gezeigt, dass es funktioniert und dass die Vermieter durchaus bereit sind, hier mitzuwirken.

Zu den Änderungsanträgen kann ich nur kurz Stellung nehmen. Es leuchtet uns ein, dass die Bürgergemeinde hier sagt, sie möchte eigentlich durchaus mit von der Partie sein. Die Anträge, die es damals zu beurteilen gab, zeigten, dass es doch zum Teil namhafte Mietzinseingänge sind und wenn ein Hauseigentümer, auch wenn es jetzt ein Verein oder eine Bürgergemeinde ist, dann ausschliesslich von diesen Einnahmen leben muss, dann soll sie durchaus hier auch zum Zug kommen. Weniger Verständnis haben wir jetzt von der FDP-Fraktion zum Anliegen, das heute eingetragen wurde, vonseiten Riehen. Es geht ja dort darum, die Riehener Gemeinde müsste ja Vermieter sein, damit sie hier Gelder abholen kann und dort sind auch wir der Meinung, dass Riehen zumutbar ist, das sie hier das selber finanziert oder allenfalls auf zwei Drittel der Miete verzichten kann. Aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen die Dringlicherklärung und dem Kreditantrag wie auch dann der Gesetzesvorlage zuzustimmen und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Michela Seggiani (SP): Auch die Fraktion der SP begrüsst selbstverständlich eine Weiterführung des Dreidrittel-Rettungspaketes. Für Direktbetroffene ist es wichtig und existenziell, so rasch wie möglich eine monetäre Unterstützung für die Mietzahlungen beantragen zu können sowohl seitens Vermietung wie Mietung. Der vorliegende Ratschlag wurde effizient auf der Vorlage des bereits vorhandenen Dreidrittel-Rettungspaketes ausgearbeitet und auch wir möchten uns für diese schnelle Bearbeitung herzlich bedanken. Aufgrund der Erfahrungen sind die Unterstützungsleistungen nun angepasst worden. Als anspruchsberechtigte Geschäfte gelten nun die, welche ihren Betrieb ganz oder teilweise schliessen mussten, also Direktbetroffene. Das hat uns Tanja Soland eingangs auch ausgeführt. Indirektbetroffene sind nicht mehr berechtigt, einen Antrag auf Unterstützung zu stellen. Grund dafür ist, dass bis letzten September nur etwa ein Fünftel der Indirektbetroffenen um Mietunterstützung gebeten hat. Dazu möchte ich sagen, dass sich die Lage nun doch geändert hat. Letztes Jahr dachten vielleicht viele indirekt betroffene Firmen, dass sie die Kosten noch stemmen können und ein Ende der Durststrecke für sie absehbar wäre. Das könnte sich jetzt stark geändert haben und vielleicht würden sich heute mehr melden. Aber das ist im Moment noch eine reine Hypothese. Darüber müssen wir dann aber vielleicht schon noch zu einem späteren Zeitpunkt sprechen und deshalb möchte ich dies hier an dieser Stelle schon erwähnt haben.

Die Fraktion der SP ist klar für die Annahme des Ratschlages, wie er uns jetzt vorliegt, und unterstützt deshalb auch den Änderungsantrag der LDP nicht und auch weitere spontan eingereichte Anträge nicht. Es ist sehr löblich, dass auch die Bürgergemeinde im Rahmen ihrer Möglichkeiten während der Pandemie unterstützt und sich auch im Sinne ihrer Satzung sozial engagiert. Wir gehen aber davon aus, dass die damit verbundenen finanziellen Ausgaben für die Bürgergemeinden tragbar sind. Der Schaden, den sie durch die Pandemie und den damit verbundenen Massnahmen hat, muss sicher anerkannt werden, aber nicht über das Dreidrittel-Rettungspaket II. Die SP-Fraktion richtet sich deshalb hier weiterhin nach der Empfehlung der Regierung und lehnt alle eingereichten Anträge ab. Ich hoffe auch, dass die Annahme dieses Beschlusses dennoch gut vonstattengehen kann und die Änderungsanträge das nicht verhindern.

Eric Weber (fraktionslos): Es wäre schön, wenn wir das alles einstimmig durchbekommen würden. Corona betrifft uns alle, ist eigentlich eine verrückte Sache. Wenn man vorausschaut, kommt Corona 3, Corona 4 bis Corona 16, ich hoffe, dass es endlich einmal beendet wird. Die Schäden, welche Stadt und Gesellschaf durch die Corona-Massnahmen nehmen, steigen mit jedem Tag weiter dramatisch, dabei sind die langfristigen Auswirkungen noch gar nicht zu ermessen. Nachhaltige Wohlstandsverluste einer Gesellschaft führen jedoch grundsätzlich immer auch zu einem Absinken der Lebenserwartung. Wir müssen deshalb schleunigst die Einschränkungen zurücknehmen und alles daransetzen, Hilfe zu leisten und zu schauen, zu normalen Verhältnissen zurückzukehren. Nicht das Virus, sondern der restriktive Shutdown der Regierungen ist aus wirtschaftlicher Sicht eine Katastrophe. Es verstärkt die Wirkung einer jahrzehntelangen falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Ich fände es toll, wenn wir hier alle einstimmig das so beschliessen, weil mich das Thema wirklich sehr beschäftigt und ich lese jeden Tag zwei, drei Stunden über dieses Thema.

Ich möchte nur das zum Schluss sagen; als die ersten Corona-Verordnungen erlassen wurden, erhob sich nicht nur aus den Reihen der Wirtschaft eine Vielzahl kritischer Stimmen, die die ergriffenen Massnahmen als nicht zielführend, wahllos, unzureichend begründet oder unverhältnismässig zurückwiesen. Auch zahllose Bürger äusserten sich skeptisch zu den weitreichenden Massnahmen. Endsprechende Protestveranstaltungen fanden statt wie zum Beispiel im vergangenen November bei der Mustermesse. Als Schlusssatz möchte ich einfach sagen, dass man ein bisschen nachdenkt. Von Beginn an wurde durch Politik und Medien versucht, die Kritiker der Corona-Massnahmen als Corona-Leugner, Verschwörungstheoretiker und auch als Rechte zu diffamieren. Die dabei verfolgte Strategie liegt auf der Hand, kritische Meldungen sollen nicht zugelassen werden.

Daniel Albietz (die Mitte/EVP): Mir ist und war als Neuling nicht ganz klar, wann zu einer Frage in der Eintretensdebatte geredet wird und wann zu den einzelnen Anträgen, weil aber auf den Antrag, den ich eher kurzfristig gestellt habe, argumentativ schon eingegangen wurde, erlaube ich mir, mich im Rahmen dieser Eintretensdebatte kurz zum Antrag zu äussern. Zunächst entschuldige ich mich für die Kurfristigkeit dieses Antrags und die dadurch entstandene Aufregung, die ich wahrgenommen habe. Zu einem guten Teil ist dies der Dringlichkeit und der Priorisierung dieses Geschäfts geschuldet, das von Nummer 83 jetzt vorgezogen wurde und auch sehr kurzfristig eingebracht und ergänzt wurde mit dem Beschlussentwurf. Der Geschäftsordnung habe ich auch entnommen, dass Anträge sogar noch während der Behandlung eines Geschäfts gestellt werden können, soweit dies schriftlich geschieht, darum bitte ich um Nachsicht für diese möglicherweise nicht ganz ordnungsgemässes Vorgehen.

Ziffer 3 Absatz 3, der kritisiert wird mit meinem Antrag, wurde neu in den Beschlussentwurf aufgenommen. Das heisst, im letzten Durchlauf im Mai und Juni 2020 war dieser Passus nicht enthalten. Ich weiss nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist, der ist ergänzt worden und insofern haben wir einen Widerspruch zur Vorlage vom letzten Jahr. Dort wurden nämlich die Einwohnergemeinden und die Bürgergemeinden noch als anspruchsberechtigt bezeichnet oder eben nicht bezeichnet, sondern durch Schweigen nicht ausgeschlossen, und zwar für die Rückerstattung eines Drittels der Miete. Als Vermieter bezahlen diese Gemeinden auch schon einen Drittel. Die LDP-Fraktion hat bereits einen Antrag gestellt auf Streichung der Bürgergemeinden aus Absatz 3, was ich sehr unterstützungswürdig finde. Aus meiner Sicht ist es jedoch nicht richtig, die Einwohnergemeinden neu von der Anspruchsberechtigung auszuschliessen. Wie erwähnt fehlt in der ersten Vorlage vom Mai 2020 dieser Absatz und mir ist als Neuen nicht klar, weshalb dieser Passus aus der Neuauflage nun gestrichen wurde. Ich habe in sachlicher Hinsicht bis jetzt einfach noch keinen Grund gehört, von der damals beschlossenen Anspruchsberechtigung der baselstädtischen Einwohner- und Bürgergemeinden abzuweichen und die Gemeinden neu für die Berechtigung für das eine Drittel, das sie als Vermieter vom Kanton beanspruchen können, auszuschliessen. Falls es einen Grund gäbe, weshalb die Gemeinden im vergangenen Mai anspruchsberechtigt waren und jetzt nicht mehr, wäre ich dankbar für eine Erläuterung vonseiten der zuständigen Regierungsrätin.

Hauptgrund für den Antrag ist, dass Mietzinsbeiträge kantonale Beiträge sind im Rahmen der COVID-Massnahmen. Ca. 50 Prozent des Steuersubstrats von Riehen und Bettingen sind Kantonssteuern. Damit tragen die Landgemeinden bereits zum Entlastungspaket bei. Wenn die Landgemeinden ihr Drittel als Vermieter zusätzlich selber tragen müssen, werden sie nebst den Kantonssteuern ein zweites Mal zur Kasse gebeten und offenbar wird das breit gebilligt. Einmal mehr haben wir es hier mit der Anomalie zu tun, dass es zwischen Kanton und Einwohnergemeinde Basel keine getrennten Verwaltungen und Kassen gibt, so werden den Landgemeinden Lasten auferlegt, die systematisch nicht gerechtfertigt sind oder es geschieht auf eine Weise, die als situativ oder willkürlich empfunden werden könnte. Leider ist auf dem Gebiet der Stadt Basel oft nicht klar, was Kantons- und was Gemeindeaufgaben sind, weil beides aus derselben Kasse finanziert wird resp. sich dann in derselben Rechnung niederschlägt.

Grundsätzlich rege ich an und werde dies bei Geschäften dieses Kantonsparlaments generell auch vermehrt tun, nämlich konsequent anzuregen, zwischen Gemeinde- und Kantonsaufgaben zu unterscheiden, wo dies möglich ist, auch buchhalterisch, und den Gemeinden nicht über Einzelbeschlüsse neue Lasten aufzuerlegen, sondern im Rahmen einer klaren und vielleicht zunehmend systematischen Unterscheidung zwischen Gemeinden- und Kantonsaufgaben. Wenn die Gemeinden am Ende darauf verzichten, die Rückerstattung zu verlangen, was tatsächlich geschehen ist, so ist das ein freiwilliger Beitrag zur Bewältigung der Pandemie, was aus meiner Sicht wesentlich sympathischer ist als die hoheitliche Verweigerung einer Entschädigung. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Wohlwollen gegenüber meinem Antrag.

Zwischenfrage

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Daniel Albietz, ist das die Meinung der Exekutive in Riehen? Der Gesamtexekutive?

Daniel Albietz (die Mitte/EVP): Nein, das ist es nicht, sondern ich sehe mich als Vertreter der Gemeinde Riehen im Grossrat.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Zuerst möchte ich noch auf ein paar Fragen oder Kritikpunkte reagieren. Wegen den Restaurants/Cafés, die ihr Geld nicht gleich kriegen. Wir arbeiten sehr eng mit dem WSU zusammen und das ist auch der Grund, warum wir jetzt das Mietzinspaket machen, weil es wahnsinnig aufwendig ist. Es braucht dafür Ressourcen und da haben wir uns etwas aufgeteilt. Sie müssen sehen, als die ihre Gesuche eingereicht haben, hat bis im Januar der Bundesrat seine Verordnung immer wieder etwas angepasst, es gab immer wieder Änderungen. Das heisst, dass ein Teil dieser Unternehmen vorher gar noch nicht berechtigt waren, dann hat man extra die Gesuche zum Teil liegen lassen, weil man wusste, evtl. passt der Bundesrat das an. Das hat dazu geführt, das sah ich jedenfalls im Mailverkehr, dass einige dann lange warten mussten, weil wir gesagt haben, wir warten bis die Vernehmlassung durch ist und der Bundesrat entschieden hat. Das hängt etwas damit zusammen, aber natürlich tut es mir leid, wenn die dann lange nicht wissen, ob sie nun Geld bekommen, dann sollen sie eine E-Mail schreiben. Wir sind noch nicht so gut dran, dass wir jetzt aktiv von uns alle gleich informieren können. Das gebe ich zu, wir sind manchmal auch etwas am Limit hier.

Dann möchte ich nochmal erwähnen wegen der Bürgergemeinde. Ich wurde im Vorfeld auch angefragt von der LDP, warum wir das machen. Ich gebe zu, ich habe die Bürgergemeinde eher als politische Gemeinde eingestuft und weniger als sozialer Verein, als NPO, wie es im Antrag steht. Wir haben auch über die CMS diskutiert und die CMS ist eine rein gemeinnützige Organisation, daher kam diese Unterscheidung, aber sie sind natürlich selbstverständlich frei, das anders zu machen.

Jetzt zu Riehen. Einfach damit das klar ist, ich glaube, es haben es nicht alle verstanden. Wir bezahlen für Geschäfte auf Boden Basel, Riehen und Bettingen. Wir bezahlen einfach nicht, das wäre unser Vorschlag gewesen, an die Gemeinde Riehen und an die Gemeinde Bettingen. Das heisst, für ihre Liegenschaften, die in ihrem Besitz sind, die sie haben. Der Vorschlag kam, weil wir der Meinung sind, wir können die Lasten etwas teilen. Wir haben das bisher noch nie gemacht, dass wir das hier vorschlagen würden. Wir hatten auch Gespräche im Vorfeld im letzten Jahr, wir haben versucht zu schauen, was übernimmt, Riehen, Bettingen muss ich sagen, habe ich immer nur gehört, die machen das alles selbst, das ist für sie auch in Ordnung. Da kam eigentlich niemand beim letzten Paket auf uns zu. Sie kritisieren jetzt, dass wir das einfach so rausnehmen. Riehen kam nie, Riehen hat nichts verlangt, also ging ich davon aus, sie machen das wie Bettingen, sie machen das selbst. Da ging ich jetzt davon aus, dass sie selber diese zwei Drittel übernehmen für ihre Liegenschaften.

Wir bezahlen ja auch schon alles im ganzen Kantonsgebiet. Ich glaube, wir reden hier wahrscheinlich nicht von grossen Beträgen, daher, Sie müssen auch die Fr. 21’000’000 nicht aufrunden, wenn Sie diesen Antrag durchgehen lassen. Es ist vielleicht auch eher eine symbolische Sache, dass wir sagen, gewisse Gemeinden machen jetzt hier mit und tragen die Kosten selbst. Vielleicht noch zu Joël Thüring, es sind 50 Prozent der Kantonssteuern. Fila ist nur ein kleiner Teil. Von dem her, es wird hier nicht um einen grossen Betrag gehen, es ist mehr eine Frage, sollen sich die Gemeinden auch beteiligen, das entscheiden Sie. Wir haben das jetzt so vorgeschlagen, wir fanden es eine gute Idee, beide Gemeinden haben bisher bei uns ihren Drittel auch nicht abgeholt, also hatte ich das Gefühl, seien sie damit einverstanden.

Stefan Suter (SVP): Ich bin erst seit heute 11 Uhr im Amt. Wir haben naturgemäss keine Sitzung durchführen können, deswegen bitte ich um Verständnis, dass ich nicht Stellung nehmen kann für die Kommission.

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Detailberatung

Grossratsbeschluss I Nachtragskredit

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

Ja heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

95 JA

0 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Ausrichtung von Beiträgen an Vermieterinnen und Vermieter von Geschäftsräumlichkeiten zur Unterstützung für baselstädtische Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie wird für das Jahr 2021 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 21‘000‘000 bewilligt (Finanzdepartement).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Detailberatung

dringlicher Grossratsbeschluss

Titel und Ingress

I.

Ziff. 1 Zweck

Ziff. 2 Finanzierung

Ziff. 3 Kreis der Berechtigten

Abs. 1

Abs. 2

Abs. 3

David Jenny, Grossratspräsident: Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion LDP gemäss Tischvorlage vor.

Abstimmung

Änderungsantrag LDP

Wer dem Änderungsantrag der LDP zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

62 JA

33 NEIN

2 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag.

David Jenny, Grossratspräsident: Hier liegt ein weiterer Änderungsantrag vor. Daniel Albietz beantragt Abs. 3 zu streichen.

Franziska Roth-Bräm (SP): Ich kann es ganz kurz machen. Daniel Albietz hat als Vertreter aus Riehen gesprochen, ich spreche als Vertreterin, Sozialdemokratin aus Riehen. Riehen ist eine politische Gemeinde, die Steuereinnahmen hat. Ich meine, dass Riehen auch den Beitrag zu dieser Krise leisten muss, leisten kann. Ich finde es doch mehr als merkwürdig, dass Riehen Steuern senken kann, die Steuerlast für die Steuerzahlenden immer kleiner ist als im Kanton und sich dann aber vom Kanton noch unterstützen lassen möchte. Das geht für mich nicht. Dass Daniel Albietz, der für die Finanzen im Gemeinderat zuständig ist, hier diesen Antrag stellt, das finde ich jetzt recht merkwürdig und auch fraglich und geht meiner Meinung nach wirklich nicht. Wir finden, Riehen soll seine Verantwortung tragen und ich bitte Sie, diesen Antrag nicht anzunehmen.

Abstimmung

Wer dem Änderungsantrag von Daniel Albietz zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

14 JA

75 NEIN

8 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Detailberatung

Ziff. 4 Voraussetzungen für Ausrichtung der Beiträge

Abs. 1-4

Ziff. 5 Berechnung und Umfang des Anspruchs

Ziff. 6 Einreichen des Gesuchs

Abs. 1-4

Ziff. 7 Prüfung der Gesuche

Ziff. 8 Abwicklung der Gesuche

Ziff. 9 Unrechtmässig bezogene Beiträge

Ziff. 10 Dauer des Anspruchs auf Beiträge

II. Publikation und Inkrafttreten

Schlussabstimmung

dringlicher Grossratsbeschluss (2/3 Mehr)

Wer dem dringlichen Grossratsbeschluss unter Verzicht auf eine zweite Lesung zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

97 JA

0 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I.

Ziff. 1 Zweck

1 Vermieterinnen und Vermieter von ungekündigten Geschäftsräumen, die sich mir ihrer Mieterschaft aufgrund der Covid-19-Pandemie auf eine Mietzinssenkung geeinigt haben, erhalten vom Kanton Basel-Stadt einen anteiligen Beitrag an ihre reduzierten Mietzinseinnahmen.

Ziff. 2 Finanzierung

1 Zu diesem Zweck wird ein Betrag von Fr. 21 Mio. bereitgestellt.

Ziff. 3 Kreis der Berechtigten

1 Beitragsberechtigt sind Vermieterinnen und Vermieter, die Geschäftsräume im Kanton Basel-Stadt an Mieterinnen und Mieter vermieten.

2 Die Parteien des Mietverhältnisses dürfen nicht dieselben wirtschaftlich Berechtigten oder sich nahestehende Personen sein.

3 Keinen Anspruch auf Beiträge haben die Einwohnergemeinden Riehen und Bettingen.

Ziff. 4 Voraussetzungen für Ausrichtung der Beiträge

1 Beitragsberechtigt sind Vermieterinnen und Vermieter von Geschäftsräumen im Kanton Basel-Stadt, die sich mit ihrer Mieterschaft auf eine Mietzinsreduktion von mindestens zwei Dritteln der Netto- Miete geeinigt haben und deren Mieterschaft direkt von behördlichen Covid-19- Pandemiemassnahmen betroffen ist.

2 Beiträge werden für jene Zeit ausgerichtet, in welcher aufgrund von behördlichen Covid-19- Pandemiemassnahmen das Geschäft oder Teile davon geschlossen wurden. Sind nur Teile eines Monats von behördlichen Covid-19-Pandemiemassnahmen betroffen, werden Beiträge für den ganzen Monat ausgerichtet, sofern Vermieterschaft und Mieterschaft die Mietzinsreduktion von mindestens zwei Dritteln für den ganzen Monat vereinbart haben. Beitragsleistungen innerhalb eines Monats erfolgen immer anteilig auf 30 Tage.

3 Der Anspruch auf Ausrichtung eines Beitrags besteht dann, wenn die Mieterin oder der Mieter die fälligen Mieten bis November 2020 bezahlt hat und sich das Geschäft nicht in Liquidation oder einem Konkursverfahren befindet.

4 Kein Anspruch auf Ausrichtung eines Beitrags besteht dann, wenn die geschäftliche Tätigkeit der Mieterin oder des Mieters ausschliesslich darin besteht, Räumlichkeiten weiter zu vermieten.

Ziff. 5 Berechnung und Umfang des Anspruchs

1 Sind die Voraussetzungen gemäss Ziff. 3 und 4 erfüllt, entschädigt der Kanton der Vermieterin oder dem Vermieter maximal einen Drittel des Netto-Mietzinses für die Monate November 2020 bis August 2021. Pro Monatsmiete ist der Beitrag auf höchstens Fr. 6‘700 beschränkt.

Ziff. 6 Einreichen des Gesuchs

1 Das Finanzdepartement ist für die Abwicklung der Gesuche zuständig.

2 Die Vermieterinnen und Vermieter reichen das Gesuch zusammen mit der von beiden Mietparteien unterzeichneten Einigung und dem geltenden Mietvertrag beim Finanzdepartement ein. Mit dem Gesuchsformular ermächtigen sie das Finanzdepartement, sämtliche im Gesuch enthaltenen Daten mit anderen Behörden (Bund, Kanton) auszutauschen. Zu diesem Zweck entbinden sie diese von ihrem Amts-, Bank- und Steuergeheimnis im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Daten.

3 Die Mieterin oder der Mieter hat ausserdem zu bestätigen, dass sie oder er alles unternimmt, um Kündigungen oder Schlechterstellungen von Arbeitnehmenden zu verhindern.

4 Das Gesuch ist bis zum 31. Oktober 2021 einzureichen.

Ziff. 7 Prüfung der Gesuche

1 Über ordnungsgemäss und vollständig eingereichte Gesuche entscheidet ein vom Regierungsrat eingesetztes Gremium

von drei bis fünf Personen abschliessend. Mindestens drei Vertreterinnen oder Vertreter in diesem Gremium gehören der öffentlichen Verwaltung des Kantons Basel-Stadt an. Der Vorsitz wird von einer dieser drei Personen übernommen.

Ziff. 8 Abwicklung der Gesuche

1 Das Finanzdepartement richtet für die Abwicklung der Gesuche ein Sekretariat ein und erstellt die nötigen Formulare. Der entsprechende Geschäftsverkehr soll dabei soweit als möglich digital abgewickelt werden.

Ziff. 9 Unrechtmässig bezogene Beiträge

1 Beiträge, die auf der Grundlage falscher Angaben zugesprochen wurden, können zurückgefordert werden.

Ziff. 10 Dauer des Anspruchs auf Beiträge

1 Der Anspruch auf Beiträge erfolgt rückwirkend auf 1. November 2020.

II. Publikation und Inkrafttreten

Dieser dringliche Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem Referendum und tritt nach Massgabe von § 84 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt sofort in Kraft. Er gilt bis zum 31. Dezember 2021.

Mit dem Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend „Dreidrittel-Rettungspaket II“ gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

23. Vorgezogenes Budgetpostulat für das Budget 2022 Jürg Stöcklin und Jérôme Thiriet betreffend Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Transferaufwand (Kulturbudget)

[03.02.21 17:12:53, 20.5489.01, NBE]

Der Regierungsrat ist bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat entgegenzunehmen.

Joël Thüring (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Ich musste ein wenig schmunzeln, als ich dieses Budgetpostulat gelesen habe. Es ist natürlich schon ein bisschen ein “Buebetrickli”, was jetzt hier passiert. Wenn Sie sich daran erinnern mögen, diejenigen, die schon im Parlament waren in der letzten Legislatur, der Regierungsrat wollte die Trinkgeldinitiative zur Berichterstattung überwiesen bekommen, es hat dann eine Allianz gegeben aus Linken und Kulturstadt Jetzt, Bürgerlichen, die das verhindert haben. Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann hat damals sehr dafür gekämpft, dass diese Trinkgeldinitiative zur Berichterstattung dem Regierungsrat überwiesen wird, weil damit vorgängig zur Abstimmung geklärt werden kann, was das für den “Kulturtopf” bedeutet. Die Befürworter der Initiative haben dann mit ihrem Entscheid in diesem hohen Hause, es direkt dem Volk vorzulegen, der Regierung diese Möglichkeit genommen. Das kann man, das ist legitim, aber sie haben im Abstimmungskampf dann gesagt, wir sprechen jetzt nicht davon, dass das Kulturbudget erhöht werden soll, sondern dass zuerst einmal darüber entschieden wird, dass man 5 Prozent für die Jugendkultur ausgeben will und wie das dann umgesetzt wird, das sei dann letztlich Aufgabe des Regierungsrates und dann auch wieder des Parlaments.

Nun lese ich in diesem Antrag von Jürg Stöcklin, der neuerdings offenbar auch Kulturpolitiker ist: Eine Kürzung anderer Bereiche wäre kulturpolitisch fragwürdig und kurzfristig schwierig umsetzbar. Ich muss schon sagen, dann haben Sie einfach ein bisschen die Bevölkerung im Abstimmungskampf angelogen, weil genau um das ging es im Abstimmungskampf. Wir wollten, man kann für oder gegen diese Initiative sein, ich war dagegen, aber ich habe kein Herzblut, ich habe kein Problem damit, wenn man sagt, man gibt der Jugendkultur 5 Prozent, nur möchte ich einfach zuerst vom Regierungsrat eine Auslegeordnung bekommen, wie damit umgegangen werden soll und gerade auch jetzt in der neuen Zusammensetzung des Regierungsrates hätte ich das sehr begrüsst, wenn man zuerst einmal “in medias res” geht und schaut, wie man diese Initiative umsetzen kann. Ich glaube, zum jetzigen Zeitpunkt, wo wir ganz viele Betriebe haben, die kurz vor dem Konkurs stehen, jetzt einfach 2,5 Prozent mehr für die Jugendkultur zu sprechen, ja, Sie können dieses Signal schon nach aussen senden, ich finde es aber ehrlich gesagt ein bisschen fragwürdig, es gerade jetzt so zu fordern. Ich glaube, sauberer wäre es tatsächlich, wenn der Regierungsrat die Gelegenheit gehabt hätte, jetzt dieses Volksverdikt entgegenzunehmen und dann dem neuen Departementsvorsteher, Regierungspräsident Beat Jans, die Gelegenheit zu geben, uns eine Auslegeordnung zu präsentieren, vor allem wahrscheinlich auch der Bildungs- und Kulturkommission, die sich dann ja auch um solche Dinge kümmern wird, wie die Kulturgelder im Kanton Basel-Stadt verteilt werden sollen.

Ich bin ein bisschen erstaunt deshalb, dass der Regierungsrat bereit ist, dieses Budgetpostulat entgegenzunehmen. Wenn der Regierungsrat damit nur möchte, uns diese Auslegeordnung zu präsentieren, dann verstehe ich das Ja des Regierungsrates zur Entgegennahme, ich habe aber trotzdem Mühe damit, dass man jetzt mit einem solchen Budgetpostulat kommt. Ich halte es schlicht für unnötig, die Initiative ist angenommen und nun geht es darum, das so

umzusetzen, wie es dann allenfalls auch mehrheitsfähig wird. Aber ich glaube nicht, dass man jetzt bereits zum heutigen Zeitpunkt sagen kann, dass wir einfach das Kulturbudget um rund Fr. 3'400'000 aufstocken. Ich möchte auch daran erinnern, wir haben erst im letzten Monat, ich glaube, es war im Januar, dem Historischen Museum über Fr. 6'000'000 für eine Generalinventur zusätzlich gesprochen. Wir haben in den letzten Jahren dem Kunstmuseum mehr Geld gegeben, wir haben teilweise auch hier in diesem hohen Hause Beträge für Institution erhöht entgegen dem Willen des Regierungsrates, nun wollen Sie einfach einmal mehr weitere Gelder für die Kultur sprechen und ich glaube, die unheilige Allianz zwischen Kulturstadt Jetzt und den linken Parteien wird auch dieses Mal hier drinnen wahrscheinlich dann für eine Mehrheit sorgen. Ich finde das wirklich falsch und ich bin wirklich auch ein bisschen empört, dass man jetzt so vorgeht.

Wir bestreiten diese Initiative nicht, sie wurde angenommen und wir gehören ja nicht zu denjenigen Vertretern, die Volksentscheidungen nicht umsetzen wollen, aber trotzdem glauben wir, wäre jetzt der Zeitpunkt, dass der Regierungsrat uns diese Auslegeordnung unterbreiten kann mit vielleicht ein bisschen mehr zeitlichem Spielraum wie jetzt diese beiden Budgetpostulate fordern. Wir bitten Sie deshalb, diesem Budgetpostulat nicht zuzustimmen und es nicht dem Regierungsrat zu überweisen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Dass ich als Finanzdirektorin zu diesem Budgetpostulat rede, hängt mit dem Wechsel der Regierung zusammen. Da wir gestern noch unter der alten Regierung unsere Sitzung hatten, haben wir das so abgesprochen, dass ich das hier vertrete. Ja, Sie haben recht, wir nehmen das entgegen, vor allem weil wir es sowieso anschauen müssen, das ist so. Die Regierung ist seit heute neu zusammengesetzt und wir werden so oder so diese Initiative anschauen, wie wir das umsetzen und Ihnen einen Vorschlag oder Vorschläge machen. Von dem her könnte man sogar sagen, es spielt nicht so eine Rolle, ob Sie das überweisen oder nicht, wir müssen Ihnen eh berichten und wir sind noch nicht soweit, das ist so. Wir haben noch nichts in der Schublade, wir beginnen heute neu im neuen Kollegium und ich finde es auch wichtig, dass wir das zusammen mit den Neuen anschauen. Es ist also kein Votum für den Inhalt. Wir haben das inhaltlich noch nicht diskutiert, wie wir das umsetzen wollen, wir haben einfach gesagt, eigentlich kann man es entgegennehmen, weil wir das sowieso im Budget beantworten müssen. Daher gebe ich auch ein wenig zu, es spielt nicht eine Rolle, was Sie entscheiden, das ist vielleicht etwas frech, aber wir sind es Ihnen und der Bevölkerung schuldig, dass wir eine Umsetzung vorschlagen und das machen wir so schnell, wie wir das können.

Zwischenfrage

Joël Thüring (SVP): Ich danke für diese Präzisierung. Demnach stimmen Sie mir zu, und das vielleicht auch fürs Protokoll vor allem, dass Sie auch dem Satz nicht zustimmen; Eine Kürzung anderer Bereiche wäre kulturpolitisch fragwürdig und kurzfristig schwierig umsetzbar, trotz der Entgegennahme?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Regierung nimmt keine Stellung zum Inhalt.

Marianne Hazenkamp (GAB): Das Budgetpostulat ist klar, kurz und nüchtern. Es ist nüchtern gestellt und braucht eigentlich keine weitere Begründung. Das klare Ja zur Trinkgeldinitiative der Basler Bevölkerung inklusiv der vorgängigen Diskussionen, die in der Öffentlichkeit stattgefunden haben, geben den Takt an. Unsere Fraktion Grün-Alternatives Bündnis hatte mit grosser Freude das Ergebnis der Initiative zur Kenntnis genommen. Seit je her hat die Kultur in Basel einen hohen Stellenwert und die Abstimmung zeigt, dass wir in Basel eine lebendige Kultur wollen, und zwar eine, die auch die Jungen miteinbezieht und sich so weiterentwickelt. Das Zeichen, das dabei gesetzt wurde, war aber nicht ein Zeichen gegen die etablierten Institutionen oder gegen die schon seit vielen Jahrzehnten geförderte Kultur. Deshalb ist für das Grün-Alternatives Bündnis der Auftrag klar. Die Regierung braucht diese zusätzlichen Fr. 3'400'000, um die Initiative umzusetzen und dabei den Kulturbereich in seiner Gesamtheit zu unterstützen.

Was würde eine Ablehnung bedeuten. Eine Ablehnung des Budgetpostulates würde sogar eine Kürzung in den nächsten Jahren im Kulturbereich bedeuten, und zwar im etablierten Bereich der Kultur. Wir sind aber überzeugt, dass eine solche Kürzung von der Bevölkerung gar nicht gewollt wäre. Zudem würde so der Kanton zu einem unzuverlässigen Partner im Bereich Kultur. Er müsste kurzfristig und einseitig Kürzungen bei schon geplanten Geldern vornehmen. Einseitig, da der Kanton bei vielen Institutionen im Moment durch mehrjährige Subventionsverträge gebunden ist.

Noch eine Bemerkung zum Zeitpunkt. Gerade in der jetzigen Zeit, wo wir merken, wie stark uns die kulturellen und sozialen Anlässe fehlen, gerade jetzt, wo wir sehen, dass viele der Kulturschaffenden und Institutionen finanzielle Unterstützung brauchen, um überhaupt zu überleben, gerade jetzt bedeutet ein Ja zu den zusätzlichen Fr. 3'400'000 auch ein Ja für die Zukunft eines kulturellen Basels, das eben Zukunft hat und dieses Zeichen Richtung Zukunft braucht unsere Bevölkerung. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis, dieses Zeichen gemeinsam zu setzten und dem Vorgezogenen Budgetpostulat zuzustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bin auf die weitere Debatte gespannt.

Zwischenfrage

Joël Thüring (SVP): Marianne Hazenkamp, Sie haben gesagt, das Ja zur Initiative sei vom Volk kein Verdikt gegen die etablierte Kultur gewesen. Darf ich fragen, woher Sie diese Nachwahlbefragungsanalyse haben, wer hat die in Auftrag gegeben?

Marianne Hazenkamp (GAB): Ich habe ausgeführt, dass die Diskussionen, die waren öffentlich und in der ganzen

öffentlichen Debatte war viel mehr drin, als vielleicht der Regierungsrat sich selber schon überlegt hätte. Insofern war es auch richtig, dass die Initiative direkt vor das Volk gekommen ist.

Claudio Miozzari (SP): Ich kann es doch nicht lassen, ich habe zwei Hüte an, darauf einzugehen. Dass ich diese zwei Hüte habe, ich bin einerseits Teil des Initiativkomitees und ich spreche auch für die SP als Einzelsprecher. Mit dem Hut des Initiativkomitees an, muss ich Ihnen ein Stück weit recht geben, Joël Thüring, ich glaube, es wäre nicht nötig gewesen, dieses Budgetpostulat zu machen. Darum geht es jetzt aber nicht, es geht darum, was unsere Haltung dazu ist und als SP können wir klar festhalten, dass wir der Überzeugung sind, dass die Umsetzung mit einer Erhöhung des Budgets bewerkstelligt werden sollte, weil das der richtige Weg ist und dem Anliegen, aber auch der Kultur in Basel am meisten gerecht wird.

Sandra Bothe (GLP): Wir Grünliberalen haben die Trinkgeldinitiative unterstützt und uns ebenso über die deutliche Annahme durch die Bevölkerung gefreut. Es ist ein klares Zeichen der Wertschätzung für die Alternativ-, Club-, Jugend-, Pop- und Subkultur. Basel-Stadt wünscht sich eine Stärkung der kulturellen Vielfalt. Die Grünliberalen vertreten aber geschlossen die Ansicht, dass mit diesem Budgetpostulat das Pferd von der falschen Seite aufgezäumt wird. Eine sinnvolle Kulturförderung beginnt für uns nicht beim Budget, sondern beim Bedarf. Dieses gilt es jetzt zuerst genau zu analysieren. Es braucht eine Auslegeordnung der baselstädtischen Kulturförderung. Ob es denn Jugendkultur, Alternativkultur, Popkultur oder professionellen Kulturschaffenden sein soll und zu welchen Anteilen steht für uns offen. Es ist darum unabdingbar, dass die junge und freie Kulturszene von Basel nun in den Prozess der Auslegeordnung für die rasche Umsetzung der Initiative einbezogen werden muss. Hinsichtlich der Finanzflüsse wünschen wir uns zuerst eine eingehende Analyse der aktuell gesprochenen Mittel. Wir können uns vorstellen, dass auch Optimierungen und Budgetbereinigungen möglich sind. Aus diesen Gründen lehnt die Grünliberale Fraktion das Vorgezogene Budgetpostulat ab. Wir halten aber gleichzeitig und deutlich fest, dass wir keine Angebotsabstriche wünschen, eine Umverteilung des Kulturbudgets auf Kosten anderer Sparten der Kunst und Kultur in der Kulturstadt Basel ist für uns nicht opportun.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion plädiert auch für Nichtüberweisung dieses Vorgezogenen Budgetpostulats. Die Trinkgeldinitiative ist angenommen worden, das ist auch gut so. Die Jugendkultur und die etablierte Kultur, die befruchten sich gegenseitig, die brauchen sich gegenseitig, aber es gibt noch kein Umsetzungskonzept. Welche Bereiche werden gefördert, welche weniger, welche Kriterien werden angewendet und wer bestimmt dies. Es braucht also Klarheit, wie diese Staatsgelder eingesetzt werden. Es ist auch so im Gesetz vorgeschrieben. Ohne diese klare Zuordnung dieser Staatsgelder können wir nicht hinter diesem Budgetpostulat stehen und beantragen Ihnen die Nichtüberweisung.

Jürg Stöcklin (GAB): Zuerst möchte ich mich bedanken, dass die Regierung bereit ist, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Es ist richtig, was gesagt wurde, sie muss sich ohnehin mit dem Thema beschäftigen und ich finde es eigentlich sehr gut, dass wir als Grosser Rat jetzt die Gelegenheit haben uns dazu zu äussern und ich bin ganz sicher, dass die Regierung genau zuhören wird, was hier im Grossen Rat diskutiert wurde. Diese Initiative wurde mit dem beeindruckenden Resultat von 62 Prozent von der Bevölkerung angenommen. Fast noch beeindruckender ist die breite Unterstützung, auf welche diese Initiative zählen konnte. Nicht nur Jugendorganisationen, sondern unzählige Einzelpersonen und ein Grossteil der Parteien in diesem Grossen Rat haben die Initiative ins Ziel getragen. Die Initiative ist inhaltlich klar, 5 Prozent des Kulturbudgets soll für die Pop-, Club, Sub-, Jugend- und Alternativkultur fliessen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, braucht es ungefähr Fr. 3’400’000 mehr im Kulturbudget des Kantons für die Jugend- und Alternativkultur. Dafür, und das ist meine Überzeugung und das ist der Inhalt des Budgetpostulats, braucht es zusätzliches Geld, welches mit diesem Vorgezogenen Budgetpostulat eingefordert wird.

Die Alternative dazu wäre, dass man dieses Geld den heute bereits finanziell vom Kanton unterstützten Kulturorganisationen wegnimmt. Den Museen, den Theatern, den Orchestern und vielen anderen mehr, allen Kulturschaffenden, die heute bereits vom Kanton Geld bekommen. Das Ergebnis der vom Volk angenommen Initiative wäre in diesem Fall ein eigentliches Spar- und Streichkonzert bei den, nennen wir sie einmal etwas vereinfacht, etablierten Kulturorganisationen. Ein solches Vorgehen wäre schon allein deshalb ein schwieriges Unterfangen, weil sich ein solches Kürzungs- bzw. Sparpaket nur schwer oder kurzfristig eigentlich gar nicht umsetzen liesse. Die Subventionsverträge mit den Kulturinstitutionen werden jeweils für vier Jahre abgeschlossen. Die vom Volk gewünschte Erhöhung des Kulturbudgets für die Jugend- und Alternativkultur würde auf diesem Weg auf die lange Bank geschoben, begleitet von einem ewig dauernden Streit um Subventions- und Finanzierungsfragen. Eine derartige Umsetzung der Trinkgeldinitiative begleitet durch ein eigentliches Sparpaket bei der sogenannt etablierten Kultur wäre kulturpolitisch verheerend. Eine solche Umsetzung stünde im Gegensatz zum Anliegen der Initianten, einen eigentlichen Generationsvertrag im Kulturbereich zu realisieren.

Der Übergang zwischen Jugend-, Alternativ- oder Subkultur und professioneller Hochkultur ist fliessend. Neues befruchtet das Etablierte, fordert es heraus, wird innovativ, während die etablierten Institutionen gleichzeitig die Zukunft der Jugend- und Alternativkultur sind. Jetzt ein Verteilungskampf zwischen diesen beiden Seiten der Kulturorganisationen zu provozieren, halten wir für kontraproduktiv, es würde das Basler Kulturleben vergiften. Hinzu kommt, wie die Kulturdiskussion der letzten Jahre immer wieder deutlich macht, dass viele unserer Kulturinstitutionen chronisch unterfinanziert sind. Wenn schon müssen die Subventionen der etablierten Kulturinstitutionen in den letzten Jahren erhöht werden, nicht gekürzt. Wir stehen dafür ein, dass diese auch in Zukunft in einem Umfang subventioniert werden, der eine hohe künstlerische Qualität und modernen Anforderungen gerecht wird.

Kultur und öffentliche Gelder für Kultur haben in einer Stadt wie Basel zurecht einen hohen Stellenwert. Das liegt am städtischen Charakter unserer weltoffenen Stadt, aber auch am hier über die Jahrhunderte geschaffenen Reichtum kultureller und materieller Art, dem wir Sorge tragen müssen. Wir sind der Meinung, dass die Trinkgeldinitiative über die Frage des Geldes hinaus eine Chance werden könnte, die Innovationskraft, die Lebendigkeit und die gegenseitige Befruchtung der Kulturinstitutionen zu fördern. Deshalb bitte kein Kulturkampf, sondern unterstützen Sie dieses Budgetpostulat und überweisen Sie es. Ich bin überzeugt, dass die Regierung eine weise Antwort im Budget 2022 bereithalten wird.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

48 JA

47 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf das vorgezogene Budgetpostulat einzutreten und dem Regierungsrat zu überweisen.

24. Motionen 1 bis 5

[03.02.21 17:35:09]

1. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend würdige Unterbringung von Nothilfebeziehenden alleinstehenden Asylsuchenden

[03.02.21 17:35:23, 20.5473.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 20.5473 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichtüberweisung.

Wir sind eine klassische Ein-Thema-Partei. Ich hatte vorhin Mühe beim Budget, dem zu folgen, obwohl ich auf dem Gymnasium war, obwohl ich Mitarbeiter Bundestag bin, Europäisches Parlament, aber trotzdem haben wir ein Thema und wir sind die klassische Ein-Thema-Partei. Bitte seien Sie mir nicht böse, aber ich habe als Journalist, als Grossrat und als politischer Berater gelernt, anständig zu sein, das möchte ich auch sein, darum war ich heute Morgen auch sehr traurig, als Beat Leuthardt zu mir gesagt hat, man hat es gehört, Maul halten. So etwas kennt man in einem Parlament nicht, das ist unelegant. Für mich ist es erledigt, ich bin nicht nachtragend.

Aber liebe Grossräte, sind Sie mir bitte nicht böse, wenn ich Ihnen sage, Sie schreiben in dieser Motion, es solle Gastfamilien geben, die Asylanten aufnehmen. Ich möchte Sie bitten, und das sind nicht meine Worte, das haben mehrere Parlamentarier in Europa gesagt, dann gehen Sie bitte mit gutem Beispiel voraus und sagen mir, Herr Grossrat Eric Weber, ich habe ein Flüchtling oder ein Wirtschaftsasylant bei mir zu Hause aufgenommen. Ich könnte fast heulen, wenn Sie hier solche Sätze machen wie Gastfamilien für Flüchtlinge. Ich möchte Sie jetzt nicht aufzählen, der erste ist Oliver Bolliger und es endet bei Semseddin Yilmaz. Überlegen Sie sich, und ich möchte wirklich anständig sein, auch elegant, aber überlegen Sie sich, was Sie schreiben und ich wäre Ihnen dankbar, ich lese es Ihnen nicht vor, die, die das unterzeichnet haben, wenn Sie bitte sagen würden, Eric Weber, wir können Sie beruhigen, ich wohne auf dem Bruderholz und ich wohne im Gellert oder im Gundeli oder im Kleinhüningen, im Bäumlihof oder egal wo, und ich darf Ihnen sagen, Eric Weber, ich habe gute Erfahrungen gemacht mit einem Asylanten, den ich aufgenommen habe und zu dieser Meinung stehe ich. Man kann nicht nur leere Worte machen, man muss diesen Worten Taten folgen lassen.

Ich komme zum Abschluss. Hätten wir nicht die Italiener gehabt, die in die Schweiz gekommen sind, die jetzt die besten Schweizer sind, muss ich auch sagen, von meinem Chef Altnationalrat Dr. James Schwarzenbach, sind wir damals entstanden wegen den Italienern. Aber heute muss ich mich auch entschuldigen und sagen, als ich damals Kind war, die Italiener sind gebürtige Schweizer, sie unterschreiben patriotisch und sie haben sich eingebürgert und haben politisch mitgemacht und sind jetzt wirklich die besten Schweizer und sind auch bei mir auf der Wahlliste massenweise drauf, Italiener, die jetzt Schweizer sind. Damals hat das uns Angst gemacht und jetzt gerade in diesen Tagen nimmt die illegale Zuwanderung nach Europa, insbesondere nach Österreich und Deutschland wieder Fahrt auf. Wegen Corona ist das ein bisschen in Vergessenheit geraten. Das können Sie überall nachlesen. In Griechenland brennen die Flüchtlingslager, von

Libyen aus stechen die Schlepperschlauchboote wieder in See und die linksgepolten Gutmenschen quer durch Europa auch hierzulande, stimmen ihre scheinhumanitären Jammergesänge an, wonach man doch menschlich sein und ein paar dutzend Kinder aufnehmen müsse. Dass diese unbegleitenden Jugendlichen zumeist ausgewachsene Männer sind und dass es reine Symbolpolitik ist, das wird verschwiegen.

Das Thema beschäftigt uns in Basel, im Nationalrat Bern, überall. Ich möchte Sie bitten, einmal in sich hineinzugehen, zu fragen, wo ist unsere Heimat. Es kommen viele Schweizer zu mir und sagen, Eric, wo sind wir, dann sage ich, ich kann es auch nicht mehr ändern, ich verstehe es auch nicht mehr. Man ist dann einfach traurig und darum schliesse ich mit dem Satz, sind Sie so lieb und nehmen Sie das Wort dieser zehn Leute, die hier unterzeichnet haben, und gehen Sie mit gutem Beispiel voraus und nehmen Sie einen Flüchtling auf.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Es geht uns nicht darum, dass wir diesen Menschen schlechte Zustände wünschen, das weise ich ganz klar von der Hand, aber wir müssen hier schon auch etwas den Rechtsstaat hochhalten. Wir sprechen hier von Menschen, die sich in der Schweiz aufhalten, obwohl sie einen negativen Asylentscheid haben. Diese Gerichtsentscheide sind in sehr vielen Fällen klar, sie sind auch durch mehrere Instanzen bestätigt, sie sind auch von der höchsten Instanz teilweise bestätigt und die Fälle sind, wie gesagt, relativ klar, dass die einzelnen Personen im einzelnen Fall kein Aufenthaltsrecht und kein Asylrecht haben.

Der Motionär schreibt richtig, dass man diese Menschen dann vor ein paar Jahren von der Sozialhilfe auf Nothilfe abgestuft hat und er kommt dann mehr oder weniger zum Entschluss, dass das nichts gebracht hat, weil die Leute immer noch hier sind. Aber im Umkehrschluss muss man halt schon auch sagen, ich denke, wenn wir jetzt die Anreize verbessern, die Situation besser machen, dann gehen ja weniger Leute aus der Schweiz und das Ziel aus Sicht der SVP-Fraktion sollte schon sein, dass wenn ein Gerichtsentscheid vorliegt, der negativ ist, dass dann diese Leute, so viele Leute wie möglich auch die Schweiz wieder verlassen. Diese Haltung klingt zwar auf den ersten Blick hart, das mag sein, aber es ist schlussendlich der einzige Weg, der eine Rechtsstaatlichkeit und eine Gleichbehandlung garantiert, weil es ja auch unfair ist, wenn gewisse Leute dann doch hier bleiben und dann schlussendlich bessere Bedingungen auffinden, vielleicht schlussendlich dann doch in der Sozialhilfe landen, gegenüber den Menschen, welche freiwillig wieder gegangen sind.

Aus diesem Grund lehnt die SVP diese Stossrichtung ab. Wenn es vielleicht irgendwelche Möglichkeiten gibt, wie man in der Notschlafstelle die Situation verbessern kann, dann wehren wir uns nicht dagegen. Es ist aber auch, das muss man klar sagen, ein Thema auf operativer Ebene. Es ist nicht etwas, was das Parlament entscheiden kann, das müssen die Ausführenden entscheiden und da sind wir nicht dagegen. Aber grundsätzlich, diese Stossrichtung ist falsch. Man kann auch darüber diskutieren, wie hoch die Nothilfe sein soll, das ist ja auch eine kantonale Angelegenheit und kantonale Kompetenz, ich meinte aber, dass mit Fr. 12 Nothilfe der Kanton besser dasteht wie andere Kantone. Dementsprechend sehen wir hier in diesem Bereich und bei dieser Stossrichtung kein Handlungsbedarf und bitten Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Lydia Isler-Christ (LDP): In der vorliegenden Motion geht es um das Thema würdige Unterbringung von Asylsuchenden. Es ist klar, auch die LDP ist selbstverständlich für eine würdige Unterbringung, ist aber der Ansicht, dass die bestehenden Angebote eine würdige Unterbringung ermöglichen. Die Motion handelt von abgewiesenen Asylsuchenden und wie Pascal Messerli schon gesagt hat, es kann nicht das Ziel sein, Strukturen anzubieten, welche Anreize schaffen, länger zu bleiben. Es sollen auch keine Anreize geschafft werden in die Illegalität abzurutschen, wie in der Motion erwähnt, die Sans-Papiers. Das Ziel muss vielmehr sein, eine möglichst zeitnahe Rückführung der betroffenen Menschen herbeizuführen. Hier sind andere Stellen gefordert. Aus unserer Sicht erhalten diese Menschen jetzt schon ein genügend gutes Angebot, welches ein würdiges Leben ermöglicht. Wie im Vorstoss erwähnt, erhalten die Asylsuchenden Nothilfe, dazu gehört eine medizinische Grundversorgung, eine Unterkunft und eine minimale Existenzsicherung. Die Asylsuchenden erhalten somit alles Lebensnotwendige plus eine Unterbringung.

Entgegen den Motionär*innen erachten wir eine Unterbringung in der Notschlafstelle als würdig. Die Notschlafstelle wird ja auch von anderen Menschen genutzt, das würde im Umkehrsinn auch heissen, dass alle diese Menschen ein unwürdiges Leben führen. Der Titel des Vorstosses suggeriert das ein bisschen. Es gibt zudem neben der Notschlafstelle auch diverse Angebote an Tagesstrukturen, welche tagsüber genutzt werden können. In der Motion ist noch erwähnt, die Prüfung des GGG-Angebots zur Unterbringung in Privathaushalten. Wir erachten das in diesem Zusammenhang nicht als sinnvoll, es wäre eine Verbesserung dieses Projektes, ein sehr gutes Projekt, bei welchem es aber bewusst um die verbesserte Integration geht. Das finde ich den abgewiesenen Asylsuchenden gegenüber nicht ganz fair, dass man sie dann quasi “gluschtig” macht und dann doch wieder wegschickt. Diese raren Stellen sollen für die entsprechenden Menschen genutzt werden. Die Fraktion der LDP ist somit der Meinung, dass das vorhandene Angebot eine würdige Unterbringung von alleinstehenden abgewiesenen Asylsuchenden ermöglicht und ist deshalb gegen die Überweisung dieser Motion.

Fleur Weibel (GAB): Die Fraktion Grün-Alternatives Bündnis stimmt der Überweisung der Motion betreffend würdige Unterbringung von Nothilfebeziehenden alleinstehenden Asylsuchenden zu, weil wir davon überzeugt sind, dass die gegenwärtige Situation nicht als eine würdige Unterbringung bezeichnet werden kann. In den Notschlafstellen Basel-Stadt waren Ende Januar 16 abgewiesene alleinstehende Asylsuchende untergebracht, 15 Männer und eine Frau. Diese Menschen müssen die Notschlafstelle jeden Morgen wieder verlassen und haben tagsüber keinen sicheren und warmen Aufenthaltsort zum Leben. Sechs von ihnen leben gemäss den aktuellen Zahlen seit über einem Jahr in dieser Nothilfesituation und damit in grosser Armut. Diese aus unserer Sicht unwürdige Art der Unterbringung von alleinstehenden Nothilfebeziehenden Asylsuchenden ist der Tatsache geschuldet, und zwar alleine dieser Tatsache, dass deren Asylgesuche abgewiesen wurden und sie gemäss dem Ausländer- und Integrationsgesetz deshalb schlechter

gestellt werden müssen als Personen mit Flüchtlingsstatus oder vorläufig Aufgenommene.

Diese Gesetzeslage begründet aus unserer Sicht aber keineswegs das Dauerwohnen in einer Notschlafstelle, die, wie es der Name schon sagt, eben für Notsituationen gedacht ist und nicht zu einer Dauerlösung werden sollte. 16 Personen, das klingt vielleicht nicht nach viel, aber das sind aus unserer Sicht 16 Personen zu viel, die in unserer Stadt in einer äusserst prekären und unzumutbaren Situation leben müssen. In einer Situation, die sich gerade jetzt in den kalten Wintermonaten und durch die Pandemie bedingten Schliessung von öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden verschärft und die damit ein hohes Risiko für die physische und psychische Gesundheit dieser Personen darstellt. Was als Abschreckung für alleinstehende Asylsuchende gedacht war, erweist sich im Alltag aus unserer Sicht nicht als zielführend. Vielmehr verursacht diese Art der Unterbringung gesundheitliche Probleme für die Betroffenen und Konflikte im öffentlichen Raum, die wir wahrscheinlich alle nicht möchten. Diesen Missständen kann mit geringem Aufwand und überschaubaren Kosten begegnet werden, indem, wie in der Motion steht, alternative Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden, die einen Aufenthalt auch tagsüber ermöglichen. Wir bitten Sie deshalb, der Überweisung dieser Motion zuzustimmen.

Sebastian Kölliker (SP): In Ergänzung zum Motionstext und dem Inhalt, der die SP-Fraktion und ich natürlich auch persönlich höchst unterstützungswert finden, und der Vorsprecherin vom Grün-Alternativen Bündnis, kann ich nur sagen, wir müssen daran denken, diese Leute müssen jeden Tag ihr wenig Hab und Gut zusammenpacken und wieder auf die Strasse und dann wieder zurück. Und dann wieder auf die Strasse und dann wieder zurück und das ist doch einfach kein Zustand. Das ist doch einfach nicht der Realität entsprechend und ich glaube, dass hier der Regierungsrat in den drei Monaten, die er zum Prüfen hat, sehr gute Vorschläge machen kann, wie man diese Situation, die auf einem absoluten Minimum ist vom Erträglichen, ein bisschen besser machen kann. Da geht es nicht um Luxus, da geht es nicht um überbordende Massnahmen, da geht es um ganz kleine, aber schöne Sachen, die funktionieren können, auch für das Sozialgefüge in dieser Stadt gut sein können und vor allem auch für diese wenige betroffenen Menschen in unserem Kanton. Darum bitte ich Sie von Herzen, dass Sie dieser Motion zustimmen.

Brigytte Gysin (die Mitte/EVP): Die vorliegende Motion will, so wie ich sie verstehe, nicht geltendes Recht hinterfragen, auch nicht endgültig beschlossene Asylentscheide. Diese sind nicht bestritten. Sie befasst sich mit der Situation von Menschen, die einen gültigen negativen Asylentscheid haben, aber aus ganz unterschiedlichen Gründen aktuell nicht in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden können. Die Motion nennt drei Alternativen zur Notschlafstelle für die Unterbringung alleinstehender Asylbewerber mit negativem Asylentscheid. Vor allem wegen einer dieser drei Varianten plädiere ich für die Überweisung dieser Motion, die Unterbringung in privaten Haushalten. Diese Möglichkeit würde aus meiner Sicht einen dreifachen Gewinn versprechen. Finanzielle Einsparungen, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum und weniger untergetauchte Asylbewerber, die abgewiesen worden sind.

Im Kanton Bern ist es seit gut einem Jahr möglich, dass Privathaushalte Asylbewerbende mit einem negativen Asylentscheid bei sich unterbringen. Ich vermeide es hier von einem Berner Modell zu sprechen, da der Begriff aus einer anderen Thematik etwas vorbelastet ist. Ich will aber kurz skizzieren, wie der Kanton Bern dies regelt. Es wird dabei eine Vereinbarung aller Beteiligten geschlossen, in der Rechte und Pflichten aller klar geregelt sind. Unter anderem ist auch klar formuliert, dass der negative Asylentscheid nicht umstossen werden kann, dass er endgültig gilt, dass somit jederzeit auch diese Wohnsituation sogar kurzfristig beendet werden kann. Es wird also hier nicht “gluschtig” gemacht, es wird von Anfang an geklärt, dass das gilt, was hier schon beschlossen worden ist. Diese Unterbringung in privaten Haushalten wird nicht durch den Kanton finanziell abgegolten, sie wird durch die Haushalte selbst finanziert. Das bedeutet also, dass der Staat damit Geld sparen kann.

Die Menschen werden, wie gesagt, zurückgeführt werden müssen. Damit dies möglich ist, ist es notwendig, dass sie nicht untertauchen. Es ist offensichtlich, dass die Gefahr, dass abgewiesene Asylbewerber untertauchen, minimiert wird, wenn sie in Privathaushalten untergebracht sind. Sie verschwinden nicht am Morgen aus einer relativ anonymen Unterbringung im öffentlichen Raum und werden evtl. irgendwann wieder auftauchen, sie haben eine Adresse und sie sind minimal sozial eingebunden.

Zu guter Letzt ist es keine Frage, dass man Asylsuchende, die abgewiesen worden sind, hier jetzt nicht den Aufenthalt vergolden möchte. Aber wenn Menschen von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang ohne eine Perspektive für ihre Zukunft oder ohne die Möglichkeit sich sinnvoll zu beschäftigen im öffentlichen Raum unterwegs sind, dann steigt die Gefahr, dass sie delinquieren. Mit einer alternativen Möglichkeit der Unterbringung wird also auch die Sicherheit im öffentlichen Raum gefördert. Wenn wir die Möglichkeit haben, finanzielle Einsparungen zu erzielen, die Sicherheit im öffentlichen Raum zu verbessern und auch die Gefahr des Untertauchens zu verringern, dann sollten wir diese Möglichkeit nutzen und darum plädiere ich für eine Überweisung der Motion.

David Wüest-Rudin (GLP): Es ist zwar ein Einzelvotum, ich spreche dennoch für die Fraktion der Grünliberalen, weil wir in der Kreuztabelle ein Offen eingetragen haben, das wir gerne begründen wollen. Ein Teil der Mitglieder unserer Fraktion kann sehr gut nachvollziehen, dass die Situation für die Betroffenen, wie schon ausgeführt wurde, schwierig ist und sieht eine Verbesserung als notwendig an. Sie argumentieren, dass es in Basel nur wenige, das haben wir auch gehört, abgewiesene Asylbewerber gibt, es handelt sich also um eine überschaubare Massnahme. Viele dieser Menschen können gar nicht ausreisen, auch wenn sie wollten, weil sie in keinem Land einreisen können. Diese Menschen fallen quasi zwischen Stuhl und Bank des Systems und sitzen unfreiwillig mehrere Jahre in Basel fest. Für sie ist die Notschlafstelle der falsche Ort. Es ist zudem eine vergleichsweise finanziell günstige Massnahme, wenn man hier eine Lösung schafft, um eine Verbesserung der Situation von Menschen in einer schwierigen Situation zu erreichen. Einige Mitglieder unserer Fraktion finden den Vorstoss zumindest bedenkenswert, wohl auch im Sinne meiner Vorrednerin, und unterstützen darum

sicher eine Erstüberweisung. Der Regierungsrat soll mal Antworten dazu geben, eine Stellung dazu nehmen, was er allenfalls vorsehen könnte, und dann würde man nochmal entscheiden. Es ist also noch offen, ob wir bei einer Zweitüberweisung die Motion dann überweisen würden.

Der andere Teil der Fraktion ist der Ansicht, dass Massnahmen in dem Bereich im Gesamtkontext beurteilt werden müssen. Sie argumentieren, dass durch die in der Motion vorgeschlagenen Massnahmen eine Besserstellung von abgewiesenen Asylbewerbern gegenüber anderen Nutzenden der Notschlafstelle stattfindet. Menschen ohne festen Wohnsitz müssen auch jeden Morgen ihre Sachen packen und die Notschlafstelle verlassen. Abgewiesene Asylbewerbende, die eigentlich gar nicht mehr anwesend sein sollten, würden hingegen gemäss der Motion in eine Wohnsituation wechseln. Und das sieht man nicht im Gesamtkontext als Konkurrent und würde Ungleichheiten schaffen. Zumal, und das haben wir auch schon gehört, und das ist für die Gegner der Motion auch eine grundsätzliche Frage, es sich um Personen handelt, die nach einem Verfahren einen rechtstaatlich legitimierten Entscheid einer Behörde bzw. von Gerichten erhalten haben und dies mit ihrer Ausreise umzusetzen haben. Es ist den Gegnern der Motion bewusst, dass ein Teil der abgewiesenen Asylbewerber nicht ausreisen kann, ein Teil will das jedoch nicht, obwohl sie könnten oder verweigern die Kooperation, um die Ausreise zu ermöglichen. Die Gegner der Motion empfinden diese entsprechend als falsches Signal für solche Menschen.

Ein Thema ist auch die Ungleichbehandlung von Familien mit alleinstehenden Erwachsenen, die heute ja besteht, weil Familien anderweitig untergebracht werden. Für die Gegner der Motion scheint dies als akzeptabel. Für unsere Fraktion war es immer klar, dass wir uns für den Schutz von Kindern und Jugendlichen einsetzen, auch bei Sans-Papiers, und es ist auch in anderen Bereichen üblich, dass Minderjährige bzw. ihre Familien anders behandelt werden als Erwachsene. Mit diesen beiden Seiten der Begründungen gibt Ihnen die Fraktion der Grünliberalen keine Empfehlung zur Abstimmung ab, wir werden individuell entscheiden.

Karin Sartorius (FDP): Die Nothilfe ist nicht als dauerhafte Lösung gedacht, wir haben schon viel darüber gehört, ich halte mich kurz. Ein Überleben in der Nothilfe ist sicher sehr hart. Es geht hier aber um die Unterbringung von alleinstehenden Asylsuchenden in Notschlafstellen als befristete Massnahme nach einem negativem Asylentscheid bis zur Ausreise. Sie verleiht der Tatsache Ausdruck, dass nur asylberechtigt ist, wer im Verfahren die Flüchtlingseigenschaften nachweisen oder glaubhaft machen kann. Bei Langzeitbezug ist die Sachlage anders. Nothilfebeziehenden sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihre Situation aktiv verbessern zu können, um ihnen eine Perspektive zu geben. Trotz Rechtskraft des negativen Entscheids wäre es in Fällen von absehbarem Langzeitnothilfebezug sinnvoll, anderweitig Lösungen zu suchen, zum Beispiel Arbeitsbewilligungen auszustellen. Diese Lösung hat es auch in unseren Nachbarländern. Abgewiesene und zur Ausreise verpflichtete Asylsuchende, die in Deutschland geduldet werden, erhalten unter sehr streng geregelten Bedingungen Zugang zum legalen Arbeitsmarkt. Eine alternative Unterbringung einzuführen, zum Beispiel auch in Privathaushalten, ist aus unserer Sicht der falsche Ansatz. Wir bitten Sie daher, die Motion abzulehnen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich möchte in meinem zweiten Votum auf die Redner nach mir noch Stellung nehmen. Fleur Weibel, bitte nicht falsch verstehen, Sie sitzen vor mir, ich habe Sie bis jetzt noch nicht gekannt. Fleur Weibel, nehmen Sie solche Leute bei Ihnen zu Hause auf? Es kommen vor allem junge Männer. Ich glaube, Sebastian Kölliker, die leben dann auf der Strasse, aber Sebastian Kölliker, ich sage Ihnen, diese Menschen kommen freiwillig. Sie werden ein Leben lang nie arbeiten. Mein Wähler sagt, Eric Weber hat recht, wenn er sagt, die werden ein Leben lang nicht arbeiten. Das ist Luxus für die in der Schweiz und Sebastian Kölliker, es kommen 99 Prozent junge Männer, die ihre Heimat aufbauen könnten und das möchte ich in aller Ruhe und Sachlichkeit darstellen. Ich spreche jetzt nochmal, weil das mein Thema ist.

An Grossrat David Wüest-Rudin von der GLP, er hat richtig gesagt, dass man Nein sagen sollte zu dieser Motion, da danke ich auch und ich danke vor allem der GLP, dass sie nicht nach links rutscht, weil das enorm wichtig ist für unseren Kanton, dass die GLP nicht nach links rutscht, dass die GLP wirklich das Zünglein an der Waage ist. Ich möchte Sie auch bitten, alle Grossräte der GLP, wie ihr Chef, der vorhin gesprochen hat, dass Sie diese Motion ablehnen und versenken.

Wenn Sie sich jetzt fragen, warum spreche ich hier, warum bin ich hier, möchte ich einfach noch zum Abschluss von meinem Votum, weil es mein Thema ist als Ein-Thema-Partei, Ausländer/Asyl, Ihnen sagen, was auf meinem Wahlprogramm steht und da sagen wir zu diesem Thema Asyl, man sollte diesen Staaten Geld geben, die diese Leute abschieben. Wir sollten lieber diese Länder dort unten unterstützen, wo man diese Leute abschiebt. Unsere Regierung in Bern sollte Verträge machen mit diesen aufnahmewilligen Staaten.

Oliver Bolliger (GAB): Zuallererst bedanke ich mich bei der Regierung, dass sie bereit ist, meine Motion entgegenzunehmen und ich danke auch der Ernsthaftigkeit in dieser Diskussion zumindest meistens. Es geht mir wirklich rein um die Unterbringung von Personen mit einem negativen Asylentscheid. Es geht mir nicht um die Fragestellung, ob dieser Asylentscheid berechtigt ist oder nicht, es geht mir auch nicht um eine Aufhebung der Nothilfe, es geht mir darum, wo ist eine angemessene Unterbringung angesagt. Die Notschlafstelle, ja, ich kenne die sehr gut, ist eine sehr sinnvolle Einrichtung, aber sie ist eben für eine kurzfristige Überbrückung in einer Notsituation angedacht und sollte nicht über mehrere Monate dauern. Dies sollte auch in dem Fall nicht so sein, in dem es andere Personen betrifft, die aufgrund der Obdachlosigkeit sehr lange in einer Notschlafstelle schlafen müssen. Ich bedanke mich auch bei all den Kollegen und Kolleginnen, insbesondere bei Fleur Weibel, Sebastian Kölliker und Brigitte Gysin für das gute Schildern der Realität in einer Notschlafstelle und auch für das Verständnis für das Anliegen.

Wir können und sollten diese Tatsache nicht einfach ignorieren. Für die betroffenen Menschen ist dies alles andere als eine kurzfristige Notsituation. Ihre prekäre Lebensrealität zieht sich teilweise über mehrere Jahre hinweg, ist zermürbend,

perspektivlos und aus meiner Sicht zumindest nicht gerade sehr würdig. Gerade während einer Pandemie ist aus gesundheitspolitischer Perspektive verantwortungslos, diesen Menschen nicht eine stabilere und gesündere Umgebung zu ermöglichen, denn nur so sind sie in der Lage, die notwendigen Schutzmassnahmen einzuhalten und sich selber auch besser zu schützen. Was wollen wir denn mit der aktuellen Praxis eigentlich bezwecken? Haben wir das Gefühl, dass wir mit der Unterbringung in der Notschlafstelle verhindern, dass Menschen ohne Perspektive ihr Heimatland verlassen? Wohl kaum.

Die Forderung meiner Motion ist klar, der Regierungsrat soll beauftragt werden, eine andere Unterbringungspraxis zu suchen, wo ein Aufenthalt durch den Tag ermöglicht wäre. Wie schon erwähnt wurde, betrifft dies Ende Januar genau 16 Personen. Für 66 Personen wurde aufgrund ihrer Verletzlichkeit nämlich bereits eine andere Lösung gefunden. Und noch abschliessend zum Angebot der GGG Gastfamilien für Flüchtlinge. Es ist mir wichtig, hier dies zu erwähnen, es ist mir klar, es ist nicht so einfach, eine Gastfamilie zu finden, die in einer solchen Situation jemand aufnimmt, das ist ganz klar. Trotzdem finde ich es angebracht, es im Einzelfall zu prüfen und darum ist dieser Punkt auch noch in meiner Motion aufgenommen worden als prüfenswerter Punkt für die Regierung. Ich bedanke mich für die Erstüberweisung dieser Motion und bin gespannt auf die Antwort der Regierung, was für Möglichketen es gäbe.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 JA

39 NEIN

3 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 20.5473 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

Schluss der 2. Sitzung

18:00 Uhr

Beginn der 3. Sitzung

Mittwoch, 10. Februar 2021, 09:00 Uhr

David Jenny, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Spezialkommission Klimaschutz

Die Fraktionen haben die Mitglieder und das Präsidium der Spezialkommission Klimaschutz dem Ratsbüro mitgeteilt und das Ratsbüro hat an seiner Sitzung vom 5. Februar die formelle Einsetzung vorgenommen. Die Spezialkommission setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

Jo Vergeat (GAB), Präsidentin

Und in alphabetischer Reihenfolge die folgenden 12 Mitglieder:

Beda Baumgartner (SP)

Alexandra Dill (SP)

Raoul I. Furlano (LDP)

Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte /EVP)

Lisa Mathys (SP)

Thomas Müry (LDP)

Jean-Luc Perret (SP)

Beat K. Schaller (SVP)

David Trachsel (SVP)

Luca Urgese (FDP)

David Wüest-Rudin (GLP)

Tonja Zürcher (GAB)

Die Zusammensetzung wird im Kantonsblatt vom 13. Februar 2021 publiziert und die Kommission kann nun mit der Arbeit beginnen.

Badges zum Rathaus

Ratsweibel Roland Schaad hat noch 13 Badges welche an der letzten Sitzung noch nicht abgeholt wurden. Sie haben noch heute die Möglichkeit diese bei Roland Schaad zu beziehen. Danach müssen die Badges im Rathaus abgeholt werden.

Fastenwähen der «Obfrau» der Schwätzer*innen

Unsere Statthalterin Jo Vergeat ist Obfrau der Schwätzer*innen. Sie hat dieses Amt vor zwei Jahren von Christophe Haller übernommen. Leider gab es seither keine Fasnacht mehr. Quasi als Fasnachtsgruss in einer harten fasnachtsfreien Zeit und als kleiner Werbeblock für die Schwätzer*innen dem Zyschtigsziigli der Mitglieder des Grossen Rates offeriert uns die Obfrau Fastenwähen.

Im Namen des Grossen Rates möchte ich mich bei Jo Vergeat ganz herzlich für diese grosszügige Geste bedanken.

24. Motionen 2 bis 5

[10.02.21 09:00:11]

2. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Sistierung der Einführung von Lohngleichheitskontrollen im Beschaffungswesen

[10.02.21 09:04:24, 20.5481.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 20.5481 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Nicole Amacher (SP): Gleichstellung ist ein zentraler Verfassungsauftrag und seit 1981 festgeschrieben. Darunter fällt auch die Lohngleichheit. Die aktuelle Lohnstrukturerhebung des Bundes zeigt, dass die durchschnittliche unerklärte Lohndifferenz in der Schweiz im privaten Sektor immer noch 7,7% beträgt. Dieser Teil ist diskriminierend und entspricht monatlich Fr. 642 weniger im Portemonnaie. Die hohe Differenz macht sich nicht nur im Monatslohn bemerkbar, sondern wirkt sich auch auf den Finanzierungsteil der Sozialsysteme und die Renten aus.

Lohngleichheit kommt nicht nur Frauen und ihren Familien zugute, sondern nützt der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist falsch, jetzt diesen absolut notwendigen und richtigen Umsetzungsbeschluss der Regierung wegen der Pandemie mit den aktuell für gewisse Branchen unbestritten schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen zu sistieren. Bis wann sistieren? Wann sind die Auswirkungen von Corona ausgestanden und lassen aus Motionärssicht die Einführung dann zu? Das konnte schon in der Januardebatte in anderem Zusammenhang nicht definiert werden.

Auch in Pandemiezeiten müssen Verfassungsaufträge eingehalten und umgesetzt werden, insbesondere die Lohngleichheit. Frauen sind die mit am stärksten von den wirtschaftlich negativen Auswirkungen der Pandemie betroffen. Um die Lohngleichheit im Beschaffungswesen künftig zu gewährleisten, sollen die Bemühungen dazu also aktiv umgesetzt werden. Dies verlangt das Beschaffungsgesetz Basel-Stadt bereits seit 1999. Der Auftrag ist alles andere als neu. Neu ist lediglich, dass Basel-Stadt dies nun ab 1. Mai 2021 umsetzt. Konkret müssen ab dann kantonale Unternehmen, ausserkantonale Unternehmen und allenfalls auch Unternehmen aus dem Ausland mit mehr als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bei einem Einladungsverfahren, das heisst erst ab einem Auftragsvolumen von mindestens Fr. 100’000, Lohngleichheit gewähren. Es betrifft also keine Kleinstaufträge. Sie müssen ihrer Offerte eine Selbstdeklaration beilegen mit Bestätigung, dass sie den Gleichstellungsauftrag im Sinne des Beschaffungsgesetzes Basel-Stadt einhalten und die Auswertung des Selbsttests der von ihnen dazu vorgenommenen Logib-Analyse muss ebenso beigelegt werden.

Logib wird gerne kritisiert. Viele Studien haben aber bestätigt, dass Logib wissenschaftlich und rechtskonform ist. Der vielbesagte unzumutbare Aufwand für die Analyse beträgt für Unternehmen ab 50 bis 249 Mitarbeitenden durchschnittlich von 0,5 bis 2 Tage ab der ersten Durchführung. Ab der zweiten Durchführung reduziert sich der Aufwand um die Hälfte. Dies bestätigt auch eine sehr repräsentative Studie des Bundesamts für Justiz im Rahmen der Regulierungsfolgenabschätzung zum Bundesgesetz der Lohngleichheitsanalysen.

Der Aufwand ist also angesichts der hohen Auftragsvolumen und vor allem wegen des nach wie vor unerfüllten Verfassungsauftrags zur Lohngleichheit aus unserer Sicht verhältnismässig. Zudem ist der Nachweis im Beschaffungswesen des Kantons Basel-Stadt drei Jahre gültig und kann somit allenfalls mehrfach verwendet werden. Wir sind nicht die ersten und nicht die einzigen. Der Kanton Bern kontrolliert heute schon bei Vergabeverfahren und hat damit positive Erfahrungen gemacht. Bern teilt mit, dass Unternehmen, die der Kontrolle nicht standhielten, innert der gesetzten Frist Korrekturmassnahmen ergriffen haben. Sanktionen haben sich damit bisher erübrigt. Die bisherigen Erfahrungen aus Bern zeigen also, dass die Kontrollen die erhoffte Wirkung zeigen. Das wird auch in Basel so sein. Auch weitere Kantone

und Städte machen diesbezüglich vorwärts, wie die Waadt und die Stadt Zürich. Der Bund kontrolliert auch bereits.

Die SP-Fraktion ist für die rasche und tatsächliche Erreichung der Lohngleichheit, wie es in der Verfassung steht. Diese Motion behindert dies erneut. Deshalb lehnen wir diese entschieden hab.

Heidi Mück (GAB): Meine Vorrednerin hat sämtliche Argumente in aller Deutlichkeit gebracht, ich danke ihr für das ausgezeichnete Votum. Ich möchte die Diskussion nicht verlängern und schliesse mich im Namen der Fraktion Grünalternatives Bündnis an.

Sandra Bothe (fraktionslos): Den Grünliberalen ist aus direkten Erfahrungen sehr bewusst, wie schwierig die Situation für Klein- und mittlere Unternehmen während dieser Pandemie ist. Deshalb sind wir auch bereit, Massnahmen und notwendige Mittel zur Unterstützung der Unternehmen zu sprechen. Hingegen halten wir am Grundsatz der 100%-Gleichstellung der Geschlechter fest. Dazu gehört selbstverständlich auch die Lohngleichheit von Frau und Mann, somit die Erfüllung des Verfassungsauftrags: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Gerade in der Krise sollen nicht diejenigen zu kurz kommen, die bereits weniger haben. Die Lohngleichstellungsanalyse ist ein Mittel, damit das verfassungsmässige Recht auf Gleichbehandlung der Geschlechter garantiert wird. Es ist für die Mehrheit der grünliberalen Fraktion darum nicht angemessen, coronabedingt ausgerechnet in der Krise die Gleichstellung und in diesem Fall damit verbunden die Kontrolle zur Einhaltung der Lohngleichheit von Frauen und Männern im Beschaffungswesen zu sistieren. Wir lehnen die Motion aus genannten Gründen ab.

Luca Urgese (FDP): Das Parlament hat die Lohngleichheitskontrollen beschlossen, und das ist selbstverständlich zu respektieren. Auch wenn es eigentlich ein typisches Beispiel eines Basel Finish ist, wo wir als Kanton meinen, wir müssten bezüglich Administration noch weiter gehen, als es der Bund bereits tut.

Diese Motion fordert keine Aufhebung dieser Kontrollen, sondern eine Sistierung. Der Grund dafür ist offensichtlich. Man könnte es nicht verstehen, wenn wir auf der einen Seite Millionen von Franken aufwenden, um pandemiegeplagten Unternehmen zu helfen, die täglich um das Überleben ihres Betriebs kämpfen. Denn ohne dramatisieren zu wollen, genau darum geht es für Viele im Moment. Nun sollen wir auf der anderen Seite denselben Unternehmen in dieser angespannten Situation zusätzliche administrative Aufgaben auferlegen.

Es gibt kaum einen falscheren Zeitpunkt für die Einführung einer solchen Massnahme als jetzt. Lohngleichheit ist wichtig, aber mit einer Massnahme zur falschen Zeit haben wir nicht Lohngleichheit, sondern im schlimmsten Fall gar keinen Lohn mehr. Wir bitten Sie deshalb, die Sistierung zu unterstützen.

Fleur Weibel (GAB): Heute ist mein zweiter Tag in diesem Parlament, und ich möchte auf das Votum von Luca Urgese eingehen. Ich bin aufgeregt darüber, dass ich diesen Tag mit einer Diskussion darüber verbringen muss, ob die Frauen vielleicht nicht einmal mehr noch etwas warten könnten, bis deren faktische Gleichstellung im Erwerbsleben endlich konsequent durchgesetzt wird. Die Verfassung und das Schweizer Gleichstellungsgesetz verlangen diese Gleichstellung seit rund 30 Jahren. Aber offenbar werden gewisse Politiker nicht müde, den langwierigen Kampf der Schweizer Frauen um Gerechtigkeit immer wieder in Frage zu stellen und zu verzögern. So beim Frauenstimmrecht, ohne das die Frauen heute nicht hier sitzen würden. Beim neuen Eherecht, ohne das die Ehefrau ihrem Mann immer noch untergeordnet wäre. Und heute bei der Einführung griffiger Lohngleichheitskontrollen, wie Nicole Amacher ausgeführt hat, ohne die die Frauen weiterhin systematisch diskriminiert werden im Arbeitsleben.

Ich frage mich, wie lange die Motionäre wohl bereit wären zu warten, wenn die Lohndiskriminierung sie selbst, also Männer, betreffen würde. Ich würde sagen, es ist genau jetzt an der Zeit, dass auch die bürgerlichen Männer die Gleichstellung der erwerbstätigen Frauen und Männer in diesem Kanton einfach selbstverständlich unterstützen. Die Einführung von Lohngleichheitskontrollen ist nämlich keine Frage des Aufwands oder des richtigen Zeitpunkts, sondern eine Frage der Gerechtigkeit, die in der Schweiz lange genug hinausgezögert worden ist. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Beat Jans, Regierungspräsident: Der Regierungsrat bittet Sie, die Motion nicht zu überweisen. Wir wollen den Verfassungsauftrag für Lohngleichheit nicht weiter auf die lange Bank schieben, dort sitzt er schon seit Generationen. Das Grundrecht auf Lohngleichheit steht seit vierzig Jahren vergebens in unserer Verfassung, und die hier debattierten Kontrollen im Beschaffungswesen gehen auf den Anzug Hollinger zurück, der dem Regierungsrat 2008 überwiesen wurde. Da war ich selber noch im Grossen Rat, und jetzt, 12 Jahre später nach einer halbwegs akzeptablen Nationalratskarriere, muss ich feststellen, dass er immer noch nicht umgesetzt ist.

Noch immer verdienen Frauen Fr. 600 weniger als Männer, und das ohne erklärbaren Grund, für gleichwertige Arbeit. Diese Lohndiskriminierung wirkt sich auch auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familien negativ aus, sie ist aus gesellschaftlicher Sicht sehr abzulehnen. Am 14 Juni 2019 gab es die vermutlich grösste Demonstration der Schweizer Geschichte. Allein in Basel gingen über 40’000 Menschen für die Gleichstellung auf die Strasse, ein eindrückliches Zeichen gegen das Aussitzen. Lohndiskriminierung aufgrund des Geschlechts kann schlicht und einfach nicht mehr toleriert werden, die Zeit, in der Frauen benachteiligt werden und sich aufgeklärte Männer dafür schämen müssen, diese Zeit müssen wir endlich hinter uns lassen. Das Instrument der Lohngleichheitsanalysen hilft uns dabei.

Die Lohngleichheit ist schon lange eine Voraussetzung im Beschaffungswesen, und die rechtlichen Grundlagen für Lohngleichheitskontrollen sind schon lange vorhanden, konnten aber faktisch nicht angewendet werden, weil das

Instrumentarium fehlte. Das wird sich nun ändern. Ab 1. Mai verfügen wir über die nötigen Instrumente, um die Kontrolle auch durchzuführen.

Der Aufwand für Unternehmen ist vorhanden, es handelt sich um eine Investition, wir halten sie aber für verhältnismässig vor dem Hintergrund des Verfassungsauftrags. Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden benötigen für eine Lohngleichheitsanalyse mit Logib einen halben bis zwei Tage. Es ist aber nicht vorgesehen, dass sie dafür extra Kosten haben, also auswärtige Aufträge vergeben müssen. Das können sie selber machen. Ein Nachweis wird erst ab einer Auftragssumme von Fr. 100'000 nötig. Dafür gibt es ja dann einen Auftrag. Das Unternehmen wird also nicht etwa bestraft vom Kanton, er macht das ja nur bei Vergaben.

Lohngleichheitsanalysen sind nützlich, weil die Diskriminierung meist unbewusst geschieht und die meisten Unternehmen überzeugt sind, dass sie die Lohngleichheit längst umgesetzt haben. Studien des Bundes zeigen, dass genau solche Lohngleichheitsanalysen Klärung gebracht und zu Lohnanpassungen geführt haben. Zugleich können die Unternehmen damit nachweisen, dass sie gegen Diskriminierung vorgehen und ihre Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt somit steigern. Diese einmalige Investition zahlt sich also aus für mindestens drei Jahre, auch wenn sie beispielsweise beim Bund Aufträge akquirieren wollen.

In diesem Sinn sind wir überzeugt, dass es falsch wäre, diese Motion zu überweisen.

Toya Krummenacher (SP): Ich habe mir lange überlegt, ob ich noch etwas sagen soll, weil meine Vorrednerinnen und Regierungspräsident Beat Jans die wichtigsten Argumente für die Gleichstellung bereits vorgebracht haben. Diese kann ich nur unterstützen. Mich wurmt aber ein Punkt, den Luca Urgese vorgebracht hat, nämlich das Argument, dass wir jetzt Unternehmen unterstützen aufgrund der Krise und diesen dann noch diese administrativen Aufwände aufdrücken wollen. Ich hätte ja Verständnis, wenn das ein faktisch haltbares Argument wäre. Aber es sind, wenn man die Ausschreibungen das Kantons Basel-Stadt anschaut, nicht unbedingt die Branchen, die jetzt unter Härtefallunterstützung leiden, die jetzt offerieren werden. Es ist also ein fadenscheiniges Argument. Es geht hier wirklich nur darum, dass Joël Thüring offensichtlich mit Unterstützung von einigen bürgerlichen Parteien das Fortschreiten der Lohngleichheit sistieren will. Ich finde es problematisch, dies auf der Basis eines Krisenarguments zu tun. Wir alle sind von dieser Krise betroffen, wir müssen sie gemeinsam tragen, aber es kann nicht sein, dass wir vorschieben, die Unternehmen, die an diesen Ausschreibungen teilnehmen und dann die Lohngleichheit überprüfen müssten, seien dieselben, die von Härtefallunterstützungen profitieren. Das ist schlicht fadenscheinig. Darum bitte auch ich Sie, diese Motion dezidiert abzulehnen.

Joël Thüring (SVP): Ich danke für die Debatte. Regierungspräsident Beat Jans war längere Zeit in Bern, er hat vielleicht vergessen, wer seit 2008 und auch schon vorher in der Regierung die Mehrheit hatte. Meine Erinnerung ist dahingehend, dass das Ihre Partei zusammen mit den Grünen war, die diese Mehrheit innehatte. Vielleicht müssten Sie in Ihrem eigenen Lager fragen, weshalb es in dieser Frage nicht vorwärts ging. Die Bürgerlichen hatten die Mehrheit jedenfalls nicht.

Ich finde auch die Diskussion über die Lohngleichheit und die Gleichstellung, die mehrfach ins Feld geführt wurde, falsch. Selbstverständlich wird weder die Lohngleichheit noch die Gleichstellung in Frage gestellt. Es ist auch nicht so, dass ich gemeinsam mit ein paar bürgerlichen Freunden darüber nachgedacht habe, wie wir Gleichstellung verhindern können. Es geht darum, dass sich Verbände und Firmen an uns gewendet haben und gesagt haben, dass es in dieser schwierigen Zeit nicht möglich sei, auch noch diesen zusätzlichen administrativen Aufwand zu leisten. Ich habe die Zahl betreffend Aufwand gehört. Wir haben andere Informationen. Es gibt Branchen und Firmen, die sagen, dass der Aufwand für sie 2 bis 8 Tage wäre. Vielleicht liegen beide etwas daneben, dann ist es irgendwo in der Mitte, also bei drei oder vier Tagen. Aber in dieser schwierigen Phase für die Unternehmen ist es sicher so, dass jede zusätzliche Belastung eine Belastung zu viel ist.

Es geht auch nicht ganz prinzipiell um die Lohngleichheitskontrolle, wie Luca Urgese bereits richtig ausgeführt hat. Wir haben diese Lohngleichheitskontrollen auch vom Bund vorgegeben, wir haben dann in Basel-Stadt wie so oft einen Basel Finish machen müssen und gesagt, uns reiche nicht, was der Bund macht, wir sind noch ein bisschen strenger und weiten das auf alle Unternehmen aus, die mehr als 50 Mitarbeitende haben. Da sind wir in einem Bereich, in dem es viele Unternehmen trifft, die von dieser Krise sehr stark betroffen sind. Die Frage ist tatsächlich, ob wir den Lohn kontrollieren wollen, oder ob es dann nicht gewisse Bereiche gibt, wo es nichts mehr zu kontrollieren gibt, wenn wir die Wirtschaft immer weiter belasten, weil es schlicht und ergreifend keinen Lohn mehr gibt, den diese Firmen ausbezahlen können.

Deshalb glauben wir, dass es richtig ist, diese Lohngleichheitskontrollen im Beschaffungswesen jetzt zu sistieren. Sie haben nirgends lesen können, dass wir wollen, dass diese Lohngleichheit nicht kommt. Wir wollen sie lediglich sistieren, bis die Krise bewältigt ist. Ja, es ist nicht ganz klar, bis wann diese Krise dauert. Wir haben in der Motion mindestens ein Jahr gefordert. In einem Jahr sind wir vielleicht ein bisschen weiter. Ich möchte aber doch an die Adresse der Gewerkschafterin erinnern, dass wir eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen unserer Zeit haben, wir haben steigende Arbeitslosenzahlen, und ich glaube, in dieser Zeit ist es für die Unternehmen und deren Angestellten wichtiger, dass sie in ihren Unternehmen verbleiben können. Zusätzlicher bürokratischer Aufwand hilft nun wirklich niemandem, auch Ihnen als Gewerkschafterin nicht, die diese Arbeitnehmenden vertreten soll.

Zum Schluss noch einen Satz zur Gleichstellung: Die Gleichstellung von Mann und Frau ist in unserer Verfassung festgelegt, sie wird von niemandem bestritten, und wir sind der Ansicht, dass Gleichstellung grundsätzlich erreicht ist. Wo sie noch nicht vollständig erreicht ist, sind selbstverständlich alle aufgefordert, dafür zu sorgen, dass sie baldmöglichst erreicht wird. Das zählt aber beispielsweise auch beim Rentenalter oder bei der Wehrpflicht.

Ich bitte Sie also, diese Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Zwischenfrage

Nicole Amacher (SP): Kennen Sie die Studie vom Bundesamt für Justiz zu den Regulierungsfolgenabschätzungen? Diese ist sehr repräsentativ, über 3'000 Unternehmen haben da mitgemacht, der Rücklauf war bei 70%.

Joël Thüring (SVP): Und trotzdem haben sich bei uns Firmen und Verbände gemeldet, die uns gesagt haben, es wäre ein zu grosser Aufwand. Ich vertraue denen, die in der Praxis die Arbeit machen und nicht in der Theorie Studien entwerfen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

34 JA

56 NEIN

5 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 20.5481 ist **erledigt**.

3. Motion Beat K. Schaller und Konsorten betreffend eine weitere Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs

[10.02.21 09:27:18, 20.5482.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 20.5482 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Patrizia Bernasconi (GAB),,: beantragt Nichtüberweisung.

Im Namen der Fraktion des Grünalternativen Bündnisses beantrage ich Ihnen Nichtüberweisung. Ich möchte dazu zwei Gründe nennen.

Erstens: In Basel liegt die Motorfahrzeugsteuer im Preisvergleich unter dem Durchschnitt. Wir lehnen deshalb eine weitere Steuersenkung ab.

Zweitens: Um den ÖV attraktiv zu machen bzw. zu halten, braucht es in erster Linie eine konsequente Priorisierung des ÖV an den Lichtsignalanlagen. Es braucht Pünktlichkeit, direkte Linien ohne Umsteigen, und falls umgestiegen werden muss, sollten gute Umsteigemöglichkeiten geschaffen werden. Die Liste ist nicht abschliessend, diese soll aber aufzeigen, welche Art von Attraktivitätssteigerung wir anvisieren. In dieser Motion ist keine Rede davon.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion lehnt die vorliegende Motion ebenfalls ab. Das formulierte Ziel ist ein hehres, nämlich mehr Leute auf den ÖV zu bringen. Auch wir sehen andere alternative Massnahmen, wie Patrizia Bernasconi erwähnt hat.

Die Ideen der Motion bringen nur jenen etwas, die ein Auto haben und es auch behalten. Das ist nicht unsere Idee, wie sich die Mobilität in Zukunft entwickeln soll und wird. Bereits heute hat die grosse Mehrheit der Basler Bevölkerung kein eigenes Auto, und auch die Zukunft gehört klar den geteilten Fahrzeugen, dem Velo und dem ÖV. Wieso also nun einseitig jene belohnen, die das U-Abo und das eigene Fahrzeug wollen? Beides zu haben ist allen freigestellt, aber es ist bestimmt nicht sinnvoll, einen solchen Anreiz zu schaffen.

Wir von der SP können uns viel eher vorstellen, dass der Kanton eine Beteiligung am U-Abo dann leistet, wenn jemand das eigene Auto verkauft und wirklich auf geteilte Fahrzeuge und ÖV umsteigt, oder auf das Velo, oder zu Fuss geht, was besonders gut für die Gesundheit ist. Abgesehen davon ist ein Steuerabzug auch formell nicht sinnvoll, wie wir bereits bei einem anderen Vorstoss des Motionären bemängelt haben. Wir sind nun auch etwas irritiert, dass nun trotz des hängigen Vorstosses schon wieder eine neue Motion kommt.

Anders als beim Vorstoss damals geht es hier nun zwar um die Motorfahrzeugsteuer, aber auch hier erschliesst sich die Logik nicht einwandfrei. Die Motorfahrzeugsteuer bemisst sich ja nach Fahrzeuggewicht und Antriebsart, und deshalb ist ein Abzug aufgrund eines U-Abos systemfremd. Im Gegenteil, es würde sogar noch der Anreiz geschaffen, eher ein grösseres und umweltbelastenderes Auto zu kaufen, weil man die dafür höhere Steuer dank des Kaufs eines U-Abos wieder senken kann. So wird das eigentlich löbliche Anliegen ganz ad absurdum geführt.

Mit vorliegender Motion werden also gleich mehrere falsche Anreize gesetzt, darin begründet sich die Ablehnung der SP-

Fraktion.

Beat K. Schaller (SVP): Ich bin einigermassen zufrieden, dass sogar diejenigen, die die Motion ablehnen, doch einen guten Sinn dahinter finden, nämlich den öffentlichen Verkehr zu fördern. Der öffentliche Verkehr leidet unter Kundenschwund. Gerade in Coronazeiten verzichten viele Leute auf dieses Verkehrsmittel, und es besteht die konkrete Gefahr, dass sich dieses Verhalten postcoronär als Gewohnheit etablieren wird.

Auch wenn wir uns in diesem grossen Gremium punkto Ausgestaltung des Verkehrs nicht einig sind und ethische Debatten führen, eines können wir feststellen: der öffentliche Verkehr als ein wichtiges Mobilitätsmittel soll unterstützt und gefördert werden. Damit ist nach meinen Erfahrungen in meiner bisherigen Grossratszeit die Mehrheit ja auch einverstanden, und es stellt sich einfach die Frage, wie wir dem negativen Benutzungstrend entgegenwirken können. Hier sind kreative Ideen gefragt, ungewöhnliche Ideen sind gefragt. Wir, die wir diese Motion unterschrieben haben, sehen mit dem U-Abo einen guten Hebel, mit welchem wir die Benutzung des ÖV nicht nur im Kanton, sondern in der ganzen Agglomeration vereinfachen und dem Benutzer schmackhaft machen können.

Gerade der Generation, welche sich dem Pensionärsleben annähert oder sich bereits darin befindet, offeriert das U-Abo eine Bewegungsfreiheit im ganzen Jurabogen, die unvergleichlich ist. Warum machen wir es nicht schmackhafter, indem wir dem potenziellen Kunden einen finanziellen Anreiz geben, eben beispielsweise über die Motorfahrzeugsteuer. Sie haben gefragt, was denn die davon haben, die kein Auto haben. Ja, die haben potenziell weniger Autos auf den Strassen. Wenn wir über Velovorstösse diskutieren, habe ich bis jetzt noch nicht das Argument gehört, was denn die davon haben, die nicht Velo fahren. Man ist eigentlich gar nicht unglücklich über die Motion, aber es handelt sich um eine Erleichterung für die bösen Autofahrer, ergo ist man dagegen.

Ich finde das schade, denn es ist eine unterschwellige Massnahme, die verbunden mit einer entsprechenden Informationskampagne sicher weitere Teile der Bevölkerung dazu bewegen kann, neben dem Auto den ÖV stärker zu berücksichtigen. Zu warten und nichts zu tun, wäre sicher die falsche Strategie. Wir verlangen deshalb auch, dass diese neue Regelung kurzfristig für die Motorfahrzeugsteuer spätestens für das Steuerjahr 2023 in Kraft treten kann. Deshalb bitte ich Sie im Namen aller Befürworter des öffentlichen Verkehrs, Ihre vierrädrigen Scheuklappen abzulegen und diese Motion zu überweisen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

33 JA

55 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 20.5482 ist **erledigt**.

4. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Kündigung der Städtepartnerschaft mit Shanghai

[10.02.21 09:36:00, 20.5483.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 20.5483 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich möchte diese Motion bestreiten. Es ist ein Zufall, doch ich habe die Sitznummer 88. 88 ist in China eine Glückszahl.

Ich habe eine ganz konkrete Frage an Pascal Messerli: Sie haben viel Aufmerksamkeit in den Medien erhalten, heute war wieder eine ganze Seite in der Basler Zeitung. Aber eine Frage wird nicht beantwortet. Es gibt ein schönes Basilisk-Brünnchen in Shanghai. Ich befürchte, dass dieser Brunnen zerstört wird, wenn wir die Städtepartnerschaft kündigen. Sie beantworten diese Frage nicht.

Und was ist mit einer möglichen Grossratsreise nach Shanghai? Dann findet diese Reise auch nicht statt. Beantworten Sie bitte diese Fragen. Es gibt ein schönes Foto unseres ehemaligen Regierungspräsidenten Guy Morin mit diesem Brunnen in Shanghai. Der Transport hat Fr. 25’000, der Aufbau Fr. 100’000 gekostet. Wir wollen nicht, dass dieser Brunnen zerstört wird.

Pascal Messerli, Sie verwenden Ausrücke wie “Mörderregime”. Angesichts solcher Kraftausdrücke müssen Sie mit den Konsequenzen leben. Bitte hören Sie auf, die kommunistische Staatspartei Chinas zu beschimpfen. Eventuell ist Ihnen entgangen, dass ich in der DDR gross geworden bin. Es war die Zeit von Erich Honegger. Das hat mich geprägt, seit

meiner Kindheit lese ich täglich das Zentralorgan der SED. Seit 50 Jahren. Wenn man das jeden Tag liest, glaubt man das (*Gelächter im Saal*).

Meine Freundin in diesem Parlament war Louise Stebler von der Partei der Arbeit. Wir trafen uns oft privat und lasen zusammen in alten kommunistischen Zeitschriften aus den 1920-er Jahren. Wäre Louise, mit der ich mich gut verstand, noch hier in diesem Parlament, würde sie genauso sprechen wie ich. Da ich streng gläubig lebe, denke ich, dass Louise im Himmel mithört.

Sie greifen den Kommunismus an. Darum frage ich als Grossrat freundlich und sachlich: Wo sind die Grünen und die SP-Leute, die Stellung beziehen gegen die Motion? Ich bitte Sie darum, sonst mache ich es und übernehme Ihre Wähler (*Heiterkeit im Saal*). Der Kommunismus hat mir immer gut gefallen. Nach meiner Abwahl als Grossrat ging ich gleich nach Irkutsk nach Sibirien. Ich bin für China, ich bin für Shanghai, ich bin im Kern Kommunist, aber auch Populist.

Felix Wehrli (SVP): Mir geht es weniger um den Brunnen. Man kann solche Städtepartnerschaften gut finden oder nicht. Das zu durchleuchten, wäre tatsächlich keine schlechte Sache, und ich habe grosses Verständnis für diese Motion und verurteile genauso die Unterdrückung von Minderheiten, egal, wo diese stattfinden.

Per Motion die Aufhebung einer Städtepartnerschaft zu fordern, geht mir persönlich aber zu weit und ist der falsche Weg. Dies würde als erstes zu einer Brüskierung der chinesischen Seite führen. Man darf China zwar durchaus kritisieren, aber das kann nicht die Aufgabe von Basel sein. Das EDA ist momentan daran, eine Chinastrategie zu definieren. Diese wird noch im Februar in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats behandelt. Das ist der richtige Ort für Aussenpolitik. Das ist nicht Sache eines Kantons.

Es gibt in Basel und Region zudem viele Firmen, die viel mit China zu tun haben. Syngenta beispielsweise gehört den Chinesen, und Roche und Novartis haben regen wirtschaftlichen Austausch mit China. Diese Basler Firmen sind auf stabile Verhältnisse mit China angewiesen. Die Umsetzung der Motion ist da garantiert nicht förderlich, denken Sie dabei auch an unsere Arbeitsplätze. Shanghai ist die grösste und eine der wirtschaftlich am stärksten entwickelte Stadt der Volksrepublik China. Ein globaler Finanzplatz, ein asiatisches Wirtschaftszentrum von Weltrang mit über 26’000’000 Einwohnern. Und diesen sollten wir nicht den Rücken kehren.

Es gibt noch einen anderen Grund, diese Städtepartnerschaft nicht zu verlassen. Man sollte sich nicht verabschieden, wenn man mit etwas unzufrieden ist, sondern das Gespräch suchen, wie wir das hier im Kanton bei Problemen handhaben. Ich erinnere an die diversen Runden Tische oder an unsere Kommissionsarbeiten. Eine Städtepartnerschaft kann durchaus als Türöffner dazu dienen.

Ich bitte Sie im Interesse unserer wichtigen Firmen, aber auch um die dortigen Probleme tatsächlich vernünftig anzugehen, diese Motion nicht zu überweisen, damit die Türen zu Shanghai weiterhin für einen durchaus kritischen Dialog offen bleiben. Geben wir diese Chance auch unserer neuen Regierung.

Balz Herter (die Mitte/EVP): Auch wir sehen die Kündigung der Städtepartnerschaft als sehr schwierig an. Vielen hier drin ist wahrscheinlich nicht bewusst, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen Shanghai und Basel ist. Viele der grossen Forschungszentren der Life Sciences befinden sich dort und ein grosser Know-how-Transfer zwischen den Standorten findet statt. Wer mit der asiatischen Kultur vertraut ist, wird wissen, dass eine Aufkündigung zu gröberen Verstimmungen führen kann und auch diplomatische Spannungen die Folge sein könnten.

Ich gehe mit dem Verfasser des Vorstosses einig: Die Schweiz und auch wir als Städtepartner sollten kritischer und deutlicher sein, was die Menschenrechtsverletzungen angeht. Die Kündigung der Städtepartnerschaft sehe ich aber nicht als zielführend an, im Gegenteil, in einem Dialog kann man Dinge besser ansprechen und entsprechend vorantreiben.

Ich bitte Sie daher, die Motion abzulehnen.

Christoph Hochuli (die Mitte/EVP): Eine Städtepartnerschaft ist gegen aussen ein Zeichen von Freundschaft und Partnerschaft. Diese Partnerschaft bedeutet, dass wir die Politik der chinesischen Regierung implizit gutheissen. Dies ist umso mehr der Fall, wenn man Missstände nicht wenigstens anspricht. Gemäss dem Fernsehen SRF hält die chinesische Regierung eineinhalb Millionen Menschen ethnischer Minderheiten in über 1’000 so genannten Umerziehungslagern gefangen. Diese Gefangenen müssen Zwangsarbeit verrichten und werden oft auch gefoltert und getötet. Zudem werden im ganzen Land Freiheitsrechte wie die Meinungsäusserungsfreiheit mit Füssen getreten.

Ich habe Verständnis für die Einwände gegen die Kündigung der Partnerschaft, weil diese ja die Basler und Schweizer Wirtschaft fördern soll. Unsere Kündigung soll aber zeigen, dass uns die Einhaltung der Menschenrechte in China wichtiger ist als eventuelle wirtschaftliche Vorteile für die Schweiz. Die Kündigung unserer Städtepartnerschaft mit der wichtigsten Industriestadt von China wäre ein starkes Zeichen für die Menschenrechte.

Ich bitte Sie deshalb auch im Namen der EVP, der Überweisung dieser Motion zuzustimmen.

Laurin Hoppler (GAB): Die Städtepartnerschaft mit Shanghai ist auch im Grünalternativen Bündnis umstritten. Die Menschenrechtsverletzungen in China sind schrecklich und nicht zu tolerieren. Basel muss sich dazu unbedingt klar positionieren. Dazu gibt es aus Sicht des GAB zwei Möglichkeiten: Ein Weg wäre, so wie es die Motion fordert, die Städtepartnerschaft zu kündigen. Damit würde Basel einen Rückzug aus der bestehenden Partnerschaft machen, was von China als Affront verstanden werden könnte. Gleichzeitig wäre es aber auch eine klare Position zum Umgang von China

mit den Menschenrechten und hätte eine Signalwirkung.

Die Motion beauftragt die Regierung, den Vertrag zu kündigen. Einigen Mitgliedern unserer Fraktion ist dies zu drastisch und sie sehen darin keinen Mehrwert für die Verbesserung der Menschenrechtssituation. Durch die Kündigung werden andere Wege verunmöglicht. In einer Städtepartnerschaft auf Augenhöhe muss man sich für die Menschrechte stark machen. Es geht hier aber auch um eine Interessensabwägung. Ich unterstütze solche Partnerschaften vor allem, wenn sie nicht nur wirtschaftlichen Interessen aufgebaut sind. Sie fördern den Austausch und bilden somit wichtige Brücken in Wissenschaft und Gemeinschaft. Ein Teil der Fraktion glaubt, dass die Städtepartnerschaft weiterbestehen soll, sagt aber deutlich, dass sich der Regierungsrat in den kommenden Verhandlungen mit China für die Menschenrechte stark machen muss und eine klare Position beziehen soll.

So oder so ist es wichtig, solche Verträge immer wieder kritisch zu hinterfragen, die Situation in den Ländern zu verfolgen und neu auszuhandeln. Das grünalternative Bündnis toleriert keine Menschenrechtsverletzungen, nicht hier und nirgends sonst auf der Welt. Angesichts dieser verschiedenen Sichten konnten wir uns im Grünalternativen Bündnis auf keine klare Position einigen.

David Wüest-Rudin (fraktionslos): Für mich gab es vor einigen Jahren ein Schlüsselereignis hinsichtlich dieser Partnerschaft. Es wurde in diesen Tagen auch in den Medien wieder erwähnt. Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere an das Mondfest auf dem Münsterplatz. Während einer Rede hielten chinesische Sicherheitskräfte eine tibetanische Frau, die mit einem Plakat in der Hand dort stand, fest und drückten sie zu Boden. Regierungspräsident Guy Morin stand hilflos und sprachlos dabei. Dieses Ereignis war ein Wendepunkt und ein Schlüsselereignis. Wir können daraus ein paar Schlussfolgerungen ziehen.

Was wir schon immer wussten und was jetzt wieder bestätigt wurde ist, dass China eine Diktatur mit massiven Einschränkungen von Freiheitsrechten, Meinungsfreiheit und Menschenrechten ist. Zweitens kümmert es den chinesischen Partner nicht, ob wir, sein Partner, auch das Gesicht verlieren bei einer Handlung. Drittens, Partnerschaften können nicht nichtpolitisch sein. Das ist wie beim Sport, bei der Fussball-WM oder bei der Eishockey-WM, die in Weissrussland hätte stattfinden sollen. Solche Partnerschaften sind nicht einfach auf Kultur und Austausch zu beschränken, mit solchen Staaten sind sie immer auch politisch. Und wenn Aussenpolitik nicht Sache des Kantons ist, dann wäre die Partnerschaft erst recht fraglich. Viertens, China nimmt klar Einfluss, rigoros und mit wenig Rücksicht auf Gepflogenheiten. Das bestätigen auch wissenschaftliche Untersuchungen. Wir sind nicht allein im Umgang mit chinesischen Akteuren. Unser Partner nutzt also die Partnerschaft auch für eigene Interessen aus. Auch da stellen sich politische Fragen.

Das grosse Argument für die Partnerschaft ist, dass sie besser sei als die Isolation, Gespräche brächten uns weiter als die Verweigerung und Einflussnahme sei besser als Blockade. Das ist grundsätzlich richtig, aber wir fragen uns, wo denn das Resultat ist. Die Partnerschaft dauert schon länger, die Entwicklung läuft aber in China in die falsche Richtung. Wir sollten vielleicht darüber nachdenken, eine Partnerschaft mit Bedingungen weiterzuführen, in der wir uns stärker engagieren können.

Aus all diesen Gründen sind die Grünliberalen zumindest für eine Erstüberweisung der Motion. Was sagt denn der Regierungsrat zur Situation? Was sagt der Regierungsrat zu einer möglichen Auflösung der Partnerschaft? Wie will er sich positionieren? Was sagt er zur Möglichkeit, sich im Dialog Gehör zu verschaffen? Die Motion ist auch eine Aufforderung, Begründungen zu liefern, Resultate zu zeigen, und ansonsten die Partnerschaft aufzulösen.

Wir können uns auch vorstellen, dass wir nach der Antwort des Regierungsrats die Motion als Anzug überweisen, mit dem wir auffordern, regelmässig zu berichten. Wir haben auch gehört, dass die Wirtschaft befürchtet, den Kontakt zu verlieren und massiv Geschäfte zu verlieren. Das ist ernst zu nehmen und in den Überlegungen zu berücksichtigen. Die Wirtschaftsakteure befürchten, dass China das Gesicht verliert. Abgesehen davon, dass in China Regimekritiker nicht nur ihr Gesicht, sondern ihre Freiheit und ihr Leben verlieren, ist zu bemerken, dass, wenn die Partnerschaft eine echte Basis hat, wenn echter Dialog mit den chinesischen Akteuren wirklich möglich ist, es auch möglich sein sollte, dem Partner zu erklären, was eine Erstüberweisung einer Motion im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt bedeutet. Diese Erstüberweisung kann auch als Anstoss genommen werden, den Dialog aufzunehmen, zu vertiefen. Man kann sich auf die Erstüberweisung beziehen und sagen, dass es unserer Politik wichtig sei, über Menschenrechte zu diskutieren. Wenn wir das nicht können, sollten wir diese Partnerschaft beenden. Es kann auch eine Gelegenheit sein, in diesen Dialog einzusteigen. Deshalb werden wir grossmehrheitlich diese Motion überweisen.

Christian von Wartburg (SP): Menschenrechte sind unverhandelbar. Artikel 36 Abs. 4 der Bundesverfassung statuiert, der Kerngehalt der Grundrechte ist unantastbar. Dazu bekenne ich mich, ich stehe ein für diese Grundrechte, für die Freiheitsrechte, die Sozialrechte und den Rechtsstaat, der diese gewährleistet. Ich bin ziemlich überzeugt, dass Sie das alle tun. Warum lehnen wir von der SP-Fraktion grossmehrheitlich diese Motion ab? Sie will ja die Menschrechtssituation in einem anderen Land verbessern.

Wir sind durchaus der Auffassung, dass die Entwicklungen in China adressiert werden müssen. Man darf eine Städtepartnerschaft kritisch hinterfragen. Das ist sicher zulässig. Wir erachten aber diese Motion für den falschen Weg.

Sie ist doppelt scheinheilig. Sie kommt aus einer politischen Strömung, die Volksrechte über Verfassung und die dort garantierten Grundrechte stellen will, immer und immer wieder. Die Durchsetzungsinitiative wollte den Grundsatz der Verhältnismässigkeit komplett aushebeln. Ein Frontalangriff auf das Recht auf Familie, ein Frontalangriff auf das Recht auf Schutz vor staatlicher Willkür. Die Selbstbestimmungsinitiative wollte das Völkerrecht aushebeln und damit vor allem die EMRK. Schauen wir doch zu den Grundrechten, die weniger bekannt sind, die Sozialrechte, die auch zu den

Menschenrechten gehören. Auch dort macht es zumindest den Eindruck, dass die SVP diese Menschenrechte nicht so sehr interessiert.

Der zweite Grund, warum diese Motion scheinheilig ist, liegt in deren Formulierung. Dort steht “Der immer wieder genannte positive Mehrwert dieser Partnerschaft erweist sich insgesamt als verhältnismässig klein.” Ja wäre es denn in Ordnung, wenn der Mehrwert grösser wäre? Ab wie viel Handel sind denn Menschenrechtsverletzungen ok? Wir von der SP sind der dezidierten Auffassung, dass es nie darum gehen kann, abzuwägen, ob sich die Partnerschaft lohnt und wir darum Menschenrechtsverletzungen in Kauf nehmen.

Die Frage ist aber, wie es weitergehen soll. Können wir eine Partnerschaft gestalten, die ein Dialogfenster eröffnet, die Möglichkeit, das Schwierige zu tun. Das Schwierige ist nicht, schneidig zu künden, das Schwierige ist, einen kritischen Dialog zu führen. Das Memorandum auf Understanding ist ausgelaufen, wir können es neu aushandeln und Themen von gemeinsamem Interesse benennen. Und dieser Austausch braucht kulturelle Kompetenz, Wissen um die Situation in China und dann auch die Zivilcourage, für unsere Positionen und Werte kompromisslos einzustehen.

Reden wir doch mal über China. Es scheint doch von fern, dass zumindest in dieser Pandemie sie diese ziemlich wirksam bewältigen und dass vielleicht Nationalismus und Individualismus in einer Krise auch einmal zurückstehen können. Konfuzianisches Denken ist zudem Langzeitdenken. Und waren wir gegenüber China immer ein verlässlicher und guter Partner? Denken Sie einmal an die Opiumkriege, die England gegen China geführt hat. Man könnte vielleicht durchaus verstehen, dass China auch uns gegenüber etwas skeptisch ist.

Kann man nun einen Dialog über die Menschenrechte auf den Weg bringen? Einfach ist das sicher nicht, aber auch nicht unmöglich. Gemeinsam die Lage der Menschenrechte erörtern, nicht nur in China, sondern auch bei uns, und die Frage stellen, wie man überall die Standards heben kann, das kann man sicher tun. Es ist nicht zielführend, diesen Dialog nun abzubrechen und ins Reduit zurückzugehen.

Ludger Volmer hat es sehr treffend gesagt in einem Titel, der kürzlich erschienen ist: Es ist töricht, die Dialogstrategie durch schneidige Töne zu ersetzen. Und reden wir noch über das Wie. Wir dürfen doch Bedingungen stellen. Shanghai ist stark genug, wenn rote Linien überschritten werden. Gehen wir in diesen Dialog ohne Hybris, wir haben jedes Recht, unsere kulturelle Identität zu behaupten, aber wir sollten dabei den anderen auch ihren Raum lassen.

Zwischenfragen

Pascal Messerli (SVP): Sie haben in der letzten Legislatur mehrere Resolutionen unterstützt, unter anderem auch eine Resolution, die forderte, das Freihandelsabkommen mit Südamerika zu sistieren. Ist es nicht sehr unglaubwürdig, dort für Abschottung zu plädieren, weil dort ein Rechtspopulist an der Macht ist, und hier beim sozialistischen China, in dem Völkermord an der Tagesordnung ist, auf Dialog zu setzen?

Christian von Wartburg (SP): Es geht um eine Partnerschaft und nicht um ein Freihandelsabkommen. Das sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. In einem Freihandelsabkommen kann man eben Bedingungen aushandeln, und das muss man sicher tun, bevor man es abschliesst. Und wenn man es nicht gut getan hat, muss man es sistieren.

David Wüest-Rudin (fraktionslos): Teilen Sie meine Meinung, dass die Pandemiebewältigung in China mit rechtsstaatlich sehr bedenklichen Mitteln durchgesetzt wird? Gibt es für die SP Zwecke, die jegliche Mittel heiligen?

Christian von Wartburg (SP): Nein, die Grundrechte bleiben für uns genauso unantastbar wie immer. Aber wir sind gerade dabei, für unser Gemeinwohl unsere Grundrechte massiv einzuschränken, indem wir alle die Maske tragen, indem wir alle darauf verzichten, unsere Freundinnen und Freunde zu treffen, indem wir Geschäfte schliessen. Grundrechte können eingeschränkt werden in einer Krise. Wenn man das mit dem Gemeinwohl vereinbaren kann, und wenn man es verhältnismässig macht, ist es wichtig und richtig.

Beat Jans, Regierungspräsident: Die in der Motion angesprochene Problematik ist der Regierung bewusst und auch all den Institutionen, die diese Städtepartnerschaft leben. Die Berichte aus unabhängigen Quellen über zunehmende und systematische Menschenrechtsverletzungen sind sehr besorgniserregend, es ist das Verdienst dieser Motion, dass wir die Städtepartnerschaft mit Shanghai vor diesem Hintergrund hinterfragen können.

Die Frage ist aber nicht, ob wir Menschenrechtsverletzungen gutheissen oder nicht. Da gibt es kein Wenn und Aber. Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Die Frage ist vielmehr, was die Städtepartnerschaft oder eben deren Aufkündigung an dieser Situation ändert. Hier gibt es zwei Dinge zu bedenken. Erstens, unsere Partnerschaft mit Shanghai ist keine Exklusivität, es gibt 29 Schweizer Städtepartnerschaften mit chinesischen Städten. Zweitens sind wir so oder so enorm stark mit China verflochten, und zwar durch den täglichen Handel. Ein eindrückliches Beispiel ist der Claraturm, dessen Fassade inklusive Fenster vollständig aus China importiert wurde. Daran ändert ebenfalls eine Aufkündigung der Partnerschaft nichts.

Was wollen wir mit Städtepartnerschaften erreichen? Wir wollen Verbindungen aufbauen und Institutionen aus Basel Zugang zu Institutionen und Behörden in China ermöglichen. Das entspricht einem Bedürfnis verschiedener Akteurinnen und Akteure unseres Kantons. Aktuell sind namentlich der EuroAirport, die Schweizerischen Rheinhäfen, Basel Area Businnes & Innovation, die Universität Basel, das Universitätsspital Basel, die Hochschulen für Wirtschaft der Fachhochschule Nordwestschweiz, Basel Tourismus sowie das Erziehungsdepartement über Schüleraustausch aktiv

engagiert. Aus Sicht dieser Akteurinnen und Akteure konnten dank der Städtepartnerschaft konkrete Ergebnisse im Interesse des Standortes erzielt werden.

Die Partnerschaft ist so ausgestaltet, dass sie laufend überprüft werden kann. Immer, wenn das Memorandum of Understandig im Dreijahresrhythmus zur Verlängerung der Partnerschaft erneuert werden soll, überprüft die Regierung zusammen mit dem Beirat, der aus Vertretenden der involvierten Institutionen besteht, ob unsere Ziele erreicht werden. So stellt die Regierung sicher, dass keine Verpflichtungen eingegangen werden, die nicht im Interesse des Standortes und seiner Akteure sind. Und da sind Korrekturen durchaus möglich. Das hat zum Beispiel das Konfuzius-Institut gezeigt. Dieses wurde im letzten September geschlossen, als klar wurde, dass dieses Institut die Erwartungen der Universität Basel nicht erfüllen konnte.

In diesem Sinne bin ich überzeugt, dass schon die Einreichung dieser Motion bei der nächsten Überprüfung ihre Spuren hinterlassen wird. Die Regierung lässt zudem den Beirat für internationale Kooperationen des Kantons Basel-Stadt durch die Abteilung Asien und Pazifik des EDA und des Schweizerischen Generalkonsulat in Shanghai beraten. Das EDA erachtet Städtepartnerschaften ausdrücklich als wichtiges und nützliches Element der Schweizer Zusammenarbeit mit China, das gilt explizit auch für die Partnerschaft mit Shanghai. Sie ermöglicht dem EDA, konkrete Projekte umzusetzen. So hat der Bund den Kanton Basel-Stadt angefragt, das Patronat für den Aufbau einer Schweizer Schule in Shanghai zu übernehmen.

Wichtig ist auch, dass die Staatsebenen richtig adressiert werden. Für geopolitische Themen und bilaterale Diplomatie ist der Bund zuständig, nicht Gemeinden oder Kantone. Deshalb sprechen wir uns mit dem EDA ab und stellen sicher, dass sich unsere Städtepartnerschaft immer im durch den Bund vorgegebenen politischen Rahmen bewegt.

Der Regierungsrat möchte aus den genannten Gründen mit der notwendigen Sorgfalt und Distanz an dieser Partnerschaft festhalten und beantragt, auf die Motion nicht einzutreten. Sollten Sie die Motion im Sinne einer Erstüberweisung gutheissen, wird der Regierungsrat die Gelegenheit nützen, die Konsequenzen eines Aufkündigens darlegen und prüfen, ob und wie ein Dialog über Menschenrechte im Rahmen dieser Partnerschaft möglich ist. Ein kurzfristiges und unvorbereitetes Aufkünden der Partnerschaft halten wir aber in jeder Hinsicht für falsch.

Oliver Thommen (GAB): Wahrscheinlich hätte ich Pascal Messerli gegen seine Motion vorgehalten, dass einmal ein gewisser Mohammed gesagt haben soll “Utlub al-’ilm wa law fi Sin” (Suche das Wissen, selbst wenn du nach China gehen musst). In dieser Wendung steckte die heilsversprechende Botschaft, unnachgiebig nach den Orten des Wissens zu suchen, das Wissen zu sammeln. Dieser Aufruf verkörpert gleichsam die Entwicklung der Universität in der arabischen Renaissance, welche letztendlich die Entstehung der modernen humanistisch geprägten Universität in Europa mitbefördert hat und der wir heute zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse und Überlieferungen verdanken.

Diese Suche nach Wissen ist immer ein Suche nach der Wahrheit. Und diese Suche ist ubiquitär, sie kennt keine Grenzen und sie ist nicht nur ubiquitär, sie ist auch urban. Denn Städte sind der Ort der Wissenssuche und des Wohlstands. Der besagte Spruch entstammt denn auch einem urbanen Milieu der arabischen Wüste des 7. Jahrhunderts, als erkannt wurde, dass diese Verbindung dieser Zentren des Wissens Wohlstand schafft.

Dies hätte ich Ihrer Motion entgegengehalten, und wohl noch mehr, hätte dann die Bedeutung der Aufklärung, der göttlichen Heilsversprechung hin zu einem Panegyrikus, die Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Kontakte von Austausch, Wirtschaft, auch wenn es diplomatisch schwierig ist, und darauf verwiesen, dass daraus auch Wohlstand entstehen kann. Wahrscheinlich hätte ich geschlossen mit einer Aussage dazu, wie wichtig eine offene und konstruktive Aussenpolitik ist und wie sehr sie mir am Herzen liegt.

Die Debatte um Ihre Motion und auch verschiedene Empfehlungen, die wir erhalten haben, muss eigentlich zu einem anderen Schluss führen. Hier ein Zitat der HKBB: “Die Schweiz hat ein fundamentales Interesse daran, sich mit diesem komplexen Land auseinanderzusetzen.” Was bitte ist komplex an einer Einparteiendiktatur, inklusive Umerziehungslager für einen Teil der Bevölkerung? “Als Kanton sollten wir es verhindern, China auf seine Menschenrechte zu reduzieren.” Auf was bitte sollen wir denn jemanden reduzieren, wenn nicht auf die Menschenrechte? Das ist das absolute universale Minimum, auf das sich alle Menschen einigen können sollten. Und dieses Minimum steht nicht zur Debatte.

Wenn also das unser Verständnis einer Partnerschaft ist, dann machen wir etwas falsch. Und es ist eine falsche Annahme, dass sich hier Städte begegnen. Es begegnen sich ein Kanton und eine Stadt, hinter der auch eine chinesische Staatsstrategie eingebunden ist. Und wir vergeben uns auch nicht die Chance, mit diesem komplexen Land uns auseinanderzusetzen, wenn wir keine Städtepartnerschaft mehr haben. Und ich bin überzeugt, diese Städtepartnerschaft war vor 13 Jahren wohl gut gemeint. Sie sollte Brücken bauen, hat sie vielleicht auch, Brücken in ein aufstrebendes Land, von dem sich alle erhofften, dass mit dem Wohlstand auch die Menschenrechte respektiert werden und etwas mehr Demokratie entstehen wird. Wandel durch Handel auf Augenhöhe.

Meines Erachtens kann diese Städtepartnerschaft denn auch weiter bestehen, wenn sie zwei Städte fruchtbar miteinander verbindet, oder für die Universität, den wissenschaftlichen Austausch oder für die Wirtschaft irgend einen Mehrwert darstellt, und vor allem, wenn sie in eine Strategie des Bundes eingebettet ist und mindestens auch die anderen Schweizer Städtepartnerschaften einbindet. Das fand bisher einfach nicht statt.

Wenn Pascal Messerli heute die Kündigung fordert, mag das hart klingen und diplomatisch ungeschickt sein, aber es scheint mir eine legitime Frage zu sein, was der Nutzen heute ist und ob sie zum Kanton Basel-Stadt als einem Hort des Humanismus passt. Der Regierungsrat soll die Gelegenheit zur Stellungnahme haben, und deshalb werde ich einer Erstüberweisung zustimmen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich möchte Ihnen ein Zitat auf den Weg geben: Wir verabschieden uns immer mehr von der Neutralität. Dabei bringt es der Welt viel mehr, wenn wir vermitteln als wenn wir uns als moralische Weltpolizisten aufspielen." Im Gymnasium haben Sie bestimmt auch etwas über unsere Schweizer Neutralität gelernt. Als ich Kind war, hat die Schweiz mit Khomeini verhandelt. Wir sind neutral und wir reden mit Kommunisten und Imperialisten. Wir werden weltweit für unsere Demokratie benieden, für unser einzigartiges System der direkten Demokratie.

Nutzen Sie diese Chance. Wir haben nur heute diese Chance, eine aussenpolitische Diskussion zu führen. Wir sind ein lokales Parlament, aber heute dürfen Sie grosse Aussenpolitik machen, wie es in der Basler Zeitung heute steht. Meine Vorredner haben ein paar Dinge vergessen. 2018 und 2019 hatten wir in Basel 40'000 chinesische Touristen in Basel. Diese haben viel Geld in unsere Stadt gebracht. Unsere Stadt ist momentan leider tot und seit Abschaffung des Mondfestes gibt es noch weniger Kultur in Basel.

Sind sich meine Vorredner bewusst, dass die chinesische Botschaft die Debatte im Live-Stream verfolgt? Unsere Diskussion wird Konsequenzen haben, die chinesische Botschaft wird entsprechend Einreiseverbote verhängen.

Der Zufall will es, dass ich die Glückszahl von China bin, die Zahl 88. Und unser Stadtpräsident Beat Jans wird im Prospekt der FDP und LDP als Sonnenkönig bezeichnet. "Starke Persönlichkeiten: Hierfür braucht es für das neu zu besetzende Regierungspräsidium keinen Sonnenkönig." Das steht in diesem Prospekt, mit diesem Zitat möchte ich schliessen. Unser Regierungspräsident ist ein Sonnenkönig, und das passt zu China.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich habe von 2009 bis 2010 in China gewohnt, in Peking. Ich habe den Eindruck, dass in dieser Zeit relativ viel möglich war. Es war nach den Olympischen Spielen, und ein grosser Teil der Welt hatte auf China geschaut, und China wusste genau, dass es sich relativ wenig erlauben kann. Seither hat sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit extrem intensiviert, aber der Menschenrechts- und Umweltschutzstandarddialog ist stehen geblieben.

Ich habe selber Kontakte geknüpft mit LGBTI-Aktivisten, mit Leuten, die sich mit Stadtentwicklung, Verdrängung, Umbauten von ganzen Quartieren beschäftigt haben. Auch der Ort, an dem ich gewohnt habe, ist von so einem Umbau nach chinesischem Prinzip betroffen. Auch aus dem Umweltbereich hatte ich Kontakt mit verschiedenen Menschen. Mir ist ganz wichtig zu betonen, dass diese Leute in China keine Ansprechpartner haben. Es ist extrem wichtig, dass diese Leute Ansprechpartnerinnen und -partner im Ausland haben, das gibt ihnen einen gewissen Schutz.

Ich hatte auch Kontakt zu Uiguren. Dieser Kontakt ist leider abgebrochen, ich weiss nicht, was passiert ist. Das besorgt mich natürlich. Die offizielle Version von China ist die Islam- und Islamismusdebatte. Ich war in China, als in der Schweiz die Minarettinitiative angenommen wurde, jetzt steht wieder eine islamfeindliche Initiative auf dem Tapet. Das ist auch etwas, das wir in dieser Diskussion berücksichtigen müssen, wenn wir über Menschenrechte sprechen und den Vergleich ziehen zwischen der Schweiz und China.

Das K der KP könnte genauso gut Kapitalismus heissen. China ist offiziell eine Volksrepublik, das Volk hat aber in China nichts zu sagen. Der Volkskongress im Frühling, das Pendant zu unseren Sitzungen hier, hat überhaupt nichts zu tun mit dem, was wir hier machen. Es gibt viele Etiketten, die man beiseitelegen kann. Es geht nicht um Sozialismus oder Kapitalismus, sondern um die Frage, wie wir diese Städtepartnerschaft gestalten möchten. Mein Appell ist, dass wir unterscheiden zwischen Zivilgesellschaft und dem politisch-wirtschaftlichen Filz in China. Ich mache mir keine Sorgen, dass unsere Firmen in Basel sich Partner suchen können in Shanghai oder auch anderswo. Sehr grosse Sorgen mache ich mir aber darüber, dass Ansprechspersonen fehlen für solche Leute, die in China solche Themen ansprechen. Und da erhoffe ich mir von der Partnerschaft, dass sie einen Fokus darauf legt, und dass bei Überweisung der Motion die Regierung ausführt, wie sie auf die Zivilgesellschaft zugehen möchte, und dass die Regierung bei Nichtüberweisung dies auch als erste Priorität mitnimmt.

Barbara Heer (SP): Ich möchte ebenfalls beliebt machen, die Motion nicht zu überweisen, verstehe aber diejenigen in meiner Fraktion, die sich enthalten werden.

Das kleine Basel und das grosse Shanghai im grossen China - wir sind nicht die einzigen, die aktuell unsere Beziehungen zu China überdenken. Auch andere Städte, Universitäten, Unternehmen und der Bund machen das, beschäftigen sich mit den Fragen bezüglich Menschenrechtssituation aber auch grundsätzlich, weil China ein autoritäres Regime ist, das Städtepartnerschaften und auch andere Kooperationen gezielt nutzt, um seinen weltweiten Einfluss, wirtschaftlich, politisch oder kulturell, zu stärken.

Städtepartnerschaften sind nur ein kleines Puzzle in dem ganzen Beziehungsgeflecht, das die Schweiz und Basel mit China haben, sind aber dennoch ein Einflussinstrument der kommunistischen Partei. Es gibt also viele gute Gründe, diese Städtepartnerschaft zu beenden, und deshalb hat es auch erstaunt, warum wir als SP-Fraktion diese Motion grossmehrheitlich nicht überweisen, denn wir stehen ja dafür ein, dass Menschenrechte klar vor Wirtschaftsinteressen stehen müssen, insbesondere auch gegenüber China.

Das Beenden der Partnerschaft sehe ich allerdings als eine zu plakative Lösung für eine weltpolitische Thematik, die uns noch sehr lange beschäftigen wird. Materiell gesehen ist diese Städtepartnerschaft wahrscheinlich gar nicht so wichtig. Auch wenn wir sie beenden, wird der Einfluss von China in Basel nicht kleiner und unsere Unternehmen und andere Institutionen werden weiterhin mit China zu tun haben. Das symbolische Beenden der Partnerschaft wäre eine einmalige Handlung, die von China wahrgenommen wird oder auch nicht.

Wenn die Partnerschaft beendet ist, hat unsere Kantonsverwaltung aber keinen Grund mehr, sich mit China auseinanderzusetzen. Wir müssen hier im Grossen Rat vermutlich nicht mehr über unsere Beziehung zu China debattieren. Und das wäre ein Problem, denn es fehlt in der Schweiz und auch in der Kantonsverwaltung an

Chinakompetenz, es fehlt Sensibilisierung, wie autoritäre Wirtschaftsmächte agieren, es fehlt an Basiswissen, wie der chinesische Parteistaat und seine Einflussnahme in die Schweiz hinein funktioniert. Städtepartnerschaften sind deshalb genau ein Weg, wie wir als Kanton die Auseinandersetzung mit China aufrechterhalten können, Chinakompetenz in der Kantonsverwaltung aufbauen können. Wenn wir uns abkapseln, machen wir die Welt nicht besser, wir beenden lediglich unsere Auseinandersetzung mit China.

In Beziehung bleiben, wenn auch nicht blauäugig, sondern kritisch und Menschenrechtsverletzungen ansprechen. Allerdings keineswegs zu jeder Bedingung. Wichtig ist die Haltung, welche der Kanton Basel in der Partnerschaft einnimmt, und es darf nicht sein, dass nur um den Erhalt der Städtepartnerschaft willens Menschenrechte nicht angesprochen werden. Die SP-Fraktion kritisiert deshalb klar, wie die Städtepartnerschaft in der Vergangenheit gehandhabt wurde. Es war zu viel Hochglanz, eine zu blauäugige Haltung gegenüber China.

Wir haben deshalb klare Erwartungen an die Regierung betreffend diese Partnerschaft. Jetzt steht die Aushandlung des neuen Memorandum of Understanding an, und deshalb ist jetzt ein guter Moment, eine neue Haltung in die Partnerschaft einzubringen. Wir wollen einen Menschenrechtsdialog auf die Agenda setzen, es soll auch geprüft werden, ob es neue Formen von Städtepartnerschaften gibt, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, die uns als sehr vielversprechend und wichtig erscheint.

Auch sollte das Präsidialdepartement genau prüfen, in welchen Bereichen innerhalb der Partnerschaft wir in Basel Kooperation wünschen, und in welchen Bereichen wir vielleicht lieber die Finger davon lassen, gerade weil ethische Fragen und Menschenrechtsproblematiken dort besonders virulent sind.

Wir sehen Vorteile in der weiteren Kooperation, aber nicht Kooperation bei allem und keineswegs zu jeder Bedingung. Es ist gut möglich, dass Shanghai nicht auf ein solches Memorandum of Understandig einsteigen wird. Es ist möglich, dass Shanghai nicht bereit ist, unsere Hochglanzbroschürepartnerschaft in eine kritische, differenzierte Partnerschaft zu überführen. Und wenn Shanghai das nicht möchte, dann ist es so, dann wird es auch aus meiner Sicht Zeit für Basel, diese Partnerschaft zu beenden. Wir sollten es aber zumindest versuchen, mit einer ganz klaren Haltung zu den Menschenrechten diese Partnerschaft weiter zu entwickeln. Diesen Versuch sollte das Präsidialdepartement jetzt zumindest starten können.

Pascal Messerli (SVP): Diese angeregte Diskussion war es schon wert, diese Motion einzureichen. Man kann heraushören, dass niemand wirklich sehr begeistert ist von dieser Partnerschaft, Herzblut sieht anders aus, und deshalb ersuche ich Sie noch einmal, heute moralisch das Richtige zu tun und diese Motion zumindest zum ersten Mal zu überweisen.

Auf die Menschenrechtsverletzungen muss ich nicht mehr im Detail eingehen, ich habe das in meiner Motion zu thematisieren versucht. Ich möchte nur noch einmal klarstellen, dass es schon naiv ist, wenn man glaubt, dass man jetzt mit China in den Dialog betreffend Menschenrechte treten kann. Man hatte 13 Jahre lang keine Courage, hier auch nur irgendetwas zu sagen, und auch der Regierungsrat wird in diesem Bereich nichts verbessern können, nicht weil ich es dem Regierungsrat nicht zutraue - ich fand das Votum von Regierungspräsident Beat Jans sehr treffend -, aber man muss einfach die Fakten sehen. Die Fakten sind, dass Folter und Mord in China auf der Tagesordnung stehen. Das kann man nicht verhandeln. Wenn 1,5 Millionen Uiguren in Umerziehungslager gesteckt werden, können Sie doch nicht die Menschenrechtssituation in einem kantonalen Memorandum verhandeln. Das ist absolut lächerlich. Und deshalb müssen wir uns heute im Sinne einer weltoffenen und humanen Stadt Basel die Frage stellen, ob wir eine derartige Partnerschaft wollen oder nicht. Und ich komme zum Schluss, dass wir dies nicht haben sollten, und deshalb stehe ich zu dieser Motion.

Ich bin mir bewusst, dass es beim Thema China wirtschaftliche Interessen gibt und dass das Thema China auch sehr komplex ist. Aber genau deshalb können wir doch nicht nur die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit führt nämlich gleichzeitig zu einer sehr starken Abhängigkeit. Kein anderes Land auf dieser Welt nimmt derart stark Einfluss auf den Westen, auf Europa, auf die Schweiz. Städtepartnerschaften sind ein bewährtes Mittel, um ihre eigene Stellung zu stärken. Und ganz Europa agiert naiv und hört auf zu kritisieren. Das hat bereits jetzt konkrete Auswirkungen auf die Rechtsstaatlichkeit. Es werden in der Schweiz Menschen von chinesischen Spitzeln überwacht und ausspioniert. Auf dem Mondfest in Basel werden tibetische Anhänger von chinesischen Sicherheitskräften zu Boden gedrückt, und niemand kritisiert es. Das kann doch nicht unser Ernst sein. Ich wehre mich in aller Form dagegen, dass die Sicherheit, die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz verletzt werden, wenn wir derartige Frontalangriffe auf unsere Prinzipien zulassen.

Wir müssen endlich aus diesem Hamsterrad austreten. Unsere Demokratie steht nicht zum Verkauf und sie ist auch nicht mit wirtschaftlichen Interessen einzuschränken. Sprechen wir doch einmal von diesem angeblichen Mehrwert, den diese Städtepartnerschaft bringt. Ich habe noch nie oder sehr selten derart intransparentes Handeln des Kantons gesehen wie bei dieser Partnerschaft. Es ist nirgends konkret ersichtlich, welche konkrete Verträge, Vereinbarungen und Verpflichtungen Basel eingeht. Es gibt keine Information über die Kosten. Auf der Homepage des Kantons findet man ein paar grundlegende Informationen über die Partnerschaft, eine ganz tolle Hochglanzbroschüre mit wenigen Seiten, mehr Bildern als Text, und ein Memorandum mit ein paar Schlagworten, die einem an den Kopf geworfen werden wie Förderung, Kooperation, Koordination im Bereich Life Science, Bildung, Gesundheit und Standortentwicklung. Und aus diesen Unterlagen kann man dann ganz wichtige Sachen entnehmen, etwa dass man das Leckerli auch mit Stäbchen essen kann, dass wir gelegentlich ein Mondfest feiern, dass wir einen Basiliskbrunnen verschenkt haben, und Alt-Regierungspräsident Guy Morin liess verlauten, dass er gerne einen Pandabären im Basler Zolli hätte.

Ja, wir können nun diskutieren, wie wir diesen Pandabären nennen. Aber das ist doch keine Weise, staatliches Handeln zu begründen. Diese Art von inszeniertem Hochglanzschwachsinn können wir uns doch wirklich sparen, es ist eine komplette Farce. Und ich frage mich, wie die SP ihre Anliegen einbringen will. In einer Randnotiz in dieser oberpeinlichen

Broschüre?
Das kann doch nicht wirklich Ihr Ernst sein. Bitte überweisen Sie diese Motion, damit der Regierungsrat Stellung nehmen kann.

Abstimmung
JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung
25 JA
51 NEIN
17 ENT

Der Grosse Rat beschliesst
die Motion **abzulehnen**.
Die Motion 20.5483 ist **erledigt**.

5. Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht

[10.02.21 10:29:52, 20.5485.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 20.5485 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst
stillschweigend, auf die Motion 20.5485 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

25. Anzüge 1 bis 5

[10.02.21 10:30:34]

1. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend politische Plakatierung durch die APG

[10.02.21 10:30:45, 20.5451.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 20.5451 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst
stillschweigend, auf den Anzug 20.5451 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

2. Anzug Sarah Wyss und Toya Krummenacher betreffend Unterbesetzung kantonaler Arbeitsinspektor*innen und Ausschöpfung Covid-19-Finanzierung

[10.02.21 10:31:17, 20.5456.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 20.5456 entgegenzunehmen.

Lorenz Amiet (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Völlig unterdotiert seien die kantonalen Inspektorate in Sachen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, so steht es im Anzug. Ein erstes Mal zieht es mir die Augenbrauen leicht hoch, wenn ich anschaue, wer die Autoren der Studie sind, auf die sich die beiden Anzugstellenden beziehen. Der eine der beiden Autoren arbeitet immerhin als Zentralsekretär beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Wie neutral diese Studie ist, darf man also zumindest hinterfragen.

Beim Betrachten der Zahlen, die hier erwähnt werden, mag die Formulierung “völlig unterdotiert” vielleicht für den Kanton Aargau sogar zutreffen, nur, Sie wissen alle, unsere Gesetzgebungskraft endet an der Birs, und der Kanton Aargau liegt östlich davon. Im Kanton Basel-Stadt haben die Inspektoren 16% mehr FTI zu begutachten als die ILO das vorgibt. Da ist die Formulierung “völlig unterdotiert” sicher fehl am Platz. Wie in vielen Vorstössen beziehen sich die beiden Anzugstellerinnen hier auch auf die Covid-19-Situation. Bei Covid-19, da spreche ich aus eigener Erfahrung, werden aber nicht nur die Arbeitsplätze untersucht von den kantonalen Behörden, sondern insbesondere auch von der SUVA, zusätzlich unterstützt durch andere Organe, die Polizei und weitere mehr. Wenn man diese hier einrechnet, dann ist die Quote gemäss ILO mit Sicherheit deutlich unterschritten.

Zum zeitlichen Aspekt: Es werden in diesem Anzug sechs Fragen gestellt, die zuerst beantwortet werden müssten, bevor man irgendwelche Massnahmen beantragen könnte, die dann auch noch einmal durch das Parlament müssten und danach, immer in der Annahme, dass all das angenommen würde, könnte man beginnen, Stellen auszuschreiben und allenfalls Personal anzustellen.

Eine Wirkung entfaltet dieser Anzug also frühestens 2022. Und ich hoffe schon sehr, dass im Jahr 2022 die Covid-19-Pandemie vielleicht nicht Geschichte, aber ein untergeordnetes Problem ist, welches wir Dank Impfung gleich behandeln können wie eine saisonale Grippe. So gesehen hat also im Zusammenhang mit Covid-19 dieser Anzug erst recht keine Wirkung.

Erlauben Sie mir abschliessend noch eine kleine Bemerkung in Sachen Governments. Diese sechs Fragen, die hier gestellt werden, kann man selbstverständlich stellen, und die Antworten können einen auch interessieren, aber doch bitte als schriftliche Anfrage oder allenfalls, wenn man dazu auch noch seine eigene Meinung kundtun will, als Interpellation. Aber nicht als Anzug. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Luca Urgese (FDP): Einleitend möchte ich festhalten, dass die FDP entgegen der Kreuztabelle diesen Anzug ablehnt.

Der Anzug selbst zeigt auf, dass Basel-Stadt bezüglich Dotierung der kantonalen Arbeitsinspektorate gut aufgestellt ist. Bei uns muss das Arbeitsinspektorat halb so viele Arbeitnehmende beaufsichtigen wie im schweizweiten Durchschnitt, im Vergleich zu Basel-Landschaft, Solothurn und Aargau stehen wir sogar noch besser da. Es würde mich nicht überraschen, wenn Basel-Stadt sogar den schweizweiten Spitzenwert aufweist. Wer den Ausführungen von Lorenz Amiet zugehört hat, erkennt, dass das Verhältnis in der Realität sogar noch besser ist als dargestellt.

Wer den Anzug liest, bekommt suggestiv den Eindruck vermittelt, die Schweiz verstosse gegen eine völkerrechtliche Verpflichtung, welche sie eingegangen ist. Dem ist nicht so. Tatsache ist, dass die ILO-Konvention 81 kein konkretes Verhältnis zwischen Arbeitnehmenden und Kontrolleuren festschreibt, sondern lediglich festhält, die Zahl der Aufsichtsbeamten müsse ausreichen. Auch die Empfehlung dieser Konvention schreibt kein solches Verhältnis fest. Soll also zutreffen, dass ein Fachgremium eine Zahl von 10’000 für richtig hält, ist das für die Schweiz nicht bindend. Salopp gesagt, dass der internationale Verband der Arbeitsinspektoren mehr Arbeitsinspektoren für notwendig hält, vermag nicht zu überraschen.

Es ist auch festzuhalten, dass die ILO-Konvention 81 die Zahl der Aufsichtsbeamten nicht ins Verhältnis zur Anzahl Arbeitnehmenden setzt, sondern auch weitere Faktoren wie Zahl oder Grösse der Betriebe, den Standort und den Umfang und die Komplexität der gesetzlichen Vorschriften erwähnt. Die Betrachtung der Anzugstellenden ist also eindimensional und daher nicht sachgerecht.

Kurzum, Basel-Stadt ist bezüglich Arbeitsplatzaufsicht gut aufgestellt und gut dotiert, eine Unterbesetzung liegt unseres Erachtens nicht vor, deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Tobias Christ (GLP): Ich möchte dem Arbeitsinspektorat in Basel danken. Ich gehe davon aus, dass sie solide Arbeit machen. Ich kann auch dem Anzug nichts anderes entnehmen. Das einzige Sachliche, das im Anzug steht, ist, dass sie leicht unterdotiert sind. Wenn man das aber zum Beispiel mit dem Kanton Thurgau vergleicht, wo zwei Arbeitsinspektoren für deutlich mehr als 100’000 Arbeitnehmende zuständig sind, stehen wir in der Tat sehr gut da.

Wo kommt die Richtgrösse her? Ich habe versucht, dies nachzuforschen, welche internationale Vereinbarung diese genau beinhaltet. Ich habe nichts dazu gefunden, sondern mich im Dickicht der Sekundärliteratur verloren. Ich bin aber doch mit dem Eindruck zurückgekehrt, dass es sich um eine Expertenmeinung handelt, die vielleicht gut oder auch nicht so gut ist. Wir sind auf jeden Fall nahe dran.

Es scheint wirklich, als habe hier ein Vorstoss-Recycling stattgefunden, wenn man den sehr vergleichbaren Vorstoss im Kanton Aargau betrachtet. Dagegen ist nichts einzuwenden, aber da kommt das wahrscheinlich her. Hier in Basel greift das nicht so richtig, deswegen wollen wir keine Zeit verschwenden und lehnen diesen Anzug ab.

Lydia Isler-Christ (LDP): In diesem Vorstoss wird eine Aufstockung der Anzahl Arbeitsinspektoren und -inspektorinnen gefordert mit der Begründung von Corona. Es ist die Rede von einem Drittel Ansteckung am Arbeitsort. Das stimmt aber so nicht. Tatsache ist, dass mit Abstand die meisten Infektionen in der Familie respektive im privaten Umfeld auftreten. Auf den Arbeitsplatz fallen also viel weniger als dieses Drittel, das hier genannt wird.

Gewerbetriebe haben inzwischen alle Schutzkonzepte und auch im eigenen Interesse achten die Betriebe auf gute

Schutzkonzepte, die die Arbeitnehmenden bestmöglich schützen, und das mit viel Einsatz bis ins letzte Detail und mit viel finanziellem Aufwand. Ich kann das auch aus eigener Erfahrung sagen. Als Unternehmerin liegt mir die Gesundheit meines Teams wirklich am Herzen, und ich möchte selbstverständlich auch unnötige Personalausfälle verhindern.

Man darf den Unternehmen vertrauen, vereinzelte Ausnahmen mag es immer geben. Gleich pauschalisierend alle Betriebe unter Generalverdacht zu stellen, geht nicht an. Die Betriebe haben ihre Schutzkonzepte gut im Griff, vermehrte Kontrollen sind also reine Schikane und nicht nötig. Und im übrigen, das schwächste Glied in der Kette ist immer noch jeder einzelne Mensch. Als Arbeitgeberin kann ich einwandfreie Schutzkonzepte anbieten, aber ich bin darauf angewiesen, dass dieses auch wirklich jede einzelne Person umsetzt. Sonst wirkt das beste Konzept nichts.

Der Anzug fordert eine Aufstockung der Anzahl Stellen für Arbeitsinspektorinnen und -inspektoren. Wir sind aber der klaren Auffassung, dass es keine neuen Stellen braucht, welche Kosten generieren. Man kann die wirklich nötigen Kontrollen mit den bestehenden Ressourcen durchführen. Wir sind deshalb gegen die Überweisung dieses Anzugs.

Daniel Albietz (die Mitte/EVP): Ich darf vorwegnehmen, dass die Fraktion die Mitte/EVP diesen Anzug ablehnt, selbst wenn es nur um Prüfen und Berichten geht. Verwaltung, Regierung und Parlament sind mit der Bewältigung der besonderen Lage schon genügend beschäftigt, weshalb jeder Vorstoss, der keiner Bearbeitung bedarf, eine aktuelle Mehrbelastung unserer Strukturen nicht noch erhöht. Gefordert wird nicht zum ersten Mal der Ausbau von staatlichen Headcounts und damit der Staatsquote. Solcher Ausbau muss nach Überzeugung unserer Fraktion stets gut begründet sein, was hier nicht der Fall ist. Was aus dem Anzugstext besonders hervorgeht, ist ein offenbar systemimmanentes gewerkschaftliches Misstrauen gegenüber Arbeitgebern. Ich denke, dass die Arbeitgeber im Moment eher Ermutigung brauchen als noch weitere Kontrollen.

Einmal mehr geht es um die Frage, ob man auf Vernunft und Selbstverantwortung der Arbeitgeber setzt oder auf Repression und Kontrolle, und ob man den Arbeitgebern hoheitlich helfen muss, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Fraktion die Mitte/EVP setzt prinzipiell lieber auf Selbstverantwortung. Es gibt in Basel-Stadt ja bereits eine stattliche Anzahl solcher Inspektoren und Inspektorinnen, wir können das der Tabelle entnehmen, die im Anzug angeführt ist. Basel-Stadt hat jetzt schon die grösste Inspektorendichte. Eine Person für 11’600 Arbeitnehmerinnen, also doppelt so viele oder sogar drei Mal so viele wie in anderen Kantonen.

Der Umstand, dass auch die gesamtschweizerischen Zahlen kolportiert werden zeigt, dass entsprechende Auflagen wenn schon vom Bund, also Top-down, kommen sollten. Weiter scheint uns auch der Verweis auf die Pandemie ein Vorwand zu sein, denn die verlangte Massnahme ist nicht bis zum Ende der Pandemie befristet. Wie Lorenz Amiet schon erwähnte, würden diese Massahmen erst nach dem Ende der Pandemie greifen. Darum sind wir auch aus diesem Grund gegen diesen Anzug.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es jetzt schon genügend Aufseherinnen und Aufseher gibt, und eine Aufstockung ist nicht opportun. Wir empfehlen daher, den Anzug nicht zu überweisen.

Beda Baumgartner (SP): Wir sind uns alle einig, dass wir einen guten Schutz am Arbeitsplatz brauchen, mit oder ohne Corona. Lassen Sie mich darum ein Votum von vorher aufnehmen und sagen, dass wir nicht alle Unternehmen unter Generalverdacht stellen, sondern wir stellen sicher, dass genügend und gut kontrolliert werden kann für die Menschen, für die es nicht möglich ist, im Homeoffice zu arbeiten, weil sie weiter unsere Strassen bauen, sicherstellen, dass wir Lebensmittel einkaufen können oder weil sie die Transportmittel in unserem Land am Laufen halten. Wir müssen sicherstellen, dass diese exponierten Menschen auch den Schutz bekommen, den sie verdienen. Und ein Teil dieses Schutzes kann mit der Aufstockung der Arbeitsinspektorate und der Realisierung der ILO-Vorgabe besser gemacht werden. Das sollte uns allen in diesem Saal eine zusätzliche Vollzeitstelle wert sein.

Die Studie, auf die in diesem Anzug referiert wird, wurde bereits erwähnt. Sie zeigt, dass im Bereich der Kontrolle des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz die kantonalen Inspektorate ungenügend ausgerüstet sind. Zur Einordnung dieser Studie: Sie sei eine Auftragsstudie des Gewerkschaftsbundes, hiess es. Sie wurde auch in den einschlägigen Journalen publiziert, und man kann nicht einfach als gewerkschaftlicher Studienautor irgend etwas publizieren.

Die in der Schweiz ungenügende Anzahl Kontrollen im Bereich Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz lassen sich auf die Unterbesetzung dieser Arbeitsinspektorinnen und -inspektoren zurückführen.

Im Kanton Basel-Stadt fehlt genau eine Vollzeitstelle, um die Vorgaben zu erreichen. Wenn wir im schweizerischen Durchschnitt gut dastehen, dann heisst das nicht, dass es super ist, wenn es einen allgemeinen Missstand gibt. Wenn allgemein die Arbeitsinspektorate unterdotiert sind und der Kanton Basel-Stadt in diesem Vergleich gut dasteht, dann sollte man auch den kleineren Missstand im Kanton Basel-Stadt beheben.

Der vorliegende Anzug nimmt diesen Missstand auf, einen Missstand, der schon seit längerem hätte beseitigt werden müssen. Zum zeitlichen Ablauf der Umsetzung: Der Anzug kann durchaus schneller beantwortet werden, und ich hoffe auch, dass das im Interesse der Regierung ist. Selbst wenn es zwei Jahre gehen würde, auch im Jahr 2022 wäre es immer noch wichtig und klar, dass die Arbeitsinspektorate gut und genügend besetzt sind. Dies hat sich in der aktuellen Situation noch verschärft, weil wir eine neue Situation haben, dass der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zusätzlich kontrolliert werden muss.

Ich möchte Ihnen noch etwas mitgeben: Falls Sie mal die Kapazität haben und die genügenden Schutzausrüstungen dafür, würde ich Ihnen empfehlen, während der Coronasituation beispielsweise auf eine Baustelle zu gehen. Schauen Sie sich an, unter welchen Bedingungen hier weitergearbeitet wird, während das ganze Land heruntergefahren wird. Dann überlegen Sie sich, ob ernsthaft die Diskussion um den Headcount und die zusätzliche Vollzeitstelle verhindern soll, dass

wir die Kontrollen am Arbeitsplatz während dieser Pandemie genügend ausstatten können.

Ich bitte Sie im Namen der SP um die Überweisung dieses Anzugs.

Zwischenfrage

Lorenz Amiet (SVP): Teilen Sie meine Auffassung, dass die SUVA-Kontrolleure Aufgaben im Sinne dieser ILO-Konvention übernehmen?

Beda Baumgartner (SP): Ja, diese Auffassung teile ich. Das steht aber einem Überweisen des Anzugs nicht entgegen.

Heidi Mück (GAB): Die Fraktion Grünalternatives Bündnis unterstützt den vorliegenden Anzug. Wir finden es wichtig, wenn die personelle Unterbesetzung der kantonalen Arbeitsinspektoren und -inspektorinnen angeschaut wird und wenn die Gründe analysiert werden. Ob es nun eine völlige Unterbesetzung ist oder eine kleine Unterbesetzung, ist für uns weniger wichtig. Wenn wir im schweizweiten Vergleich gut dastehen, ist das für uns kein Grund, dass wir nichts machen müssen. Ebenso finden wir es richtig und wichtig, dass geprüft wird, wie viele Covid-19-Kontrollen seit Anfang der Pandemie durchgeführt worden sind. Wir denken auch zurück an den ersten Lockdown, und wir denken ungern zurück an die Situation, als die Schulen und Läden geschlossen waren und viele ins Homeoffice geschickt wurden, und gleichzeitig die Baustellen noch voll im Betrieb waren und man von Weitem sah, dass es kaum Schutzmassnahmen gab. Auch die Situation der Verkäuferinnen damals in den Grossverteilern war höchst unbefriedigend. Die Zustände auf den Baustellen haben sich zwar gebessert, ebenso sind auch die Angestellten in den Grossverteilern mittlerweile besser geschützt, doch wie der Anzug richtig sagt, ist der Arbeitsplatz immer noch ein Platz, an dem Ansteckungen stattfinden. Deshalb sind solche Kontrolle aus unserer Sicht wichtig.

Wir wissen nicht, wann die Pandemie wirklich zu Ende ist. Das können wir leider nicht abschätzen. Und wir können leider auch nicht abschätzen, ob das jetzt die letzte Pandemie war. Wir lesen den Anzug auch nicht so, dass es um einen Generalverdacht geht oder um Schikanen für Unternehmen. Wir lesen ihn so, dass wir dazulernen können, dass wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser schützen wollen und deshalb auch genügend Kontrollen haben möchten.

Wir finden auch die Idee der Finanzierung der zusätzlichen Stelle durch den Bund interessant und attraktiv. Wir bitten Sie deshalb, den Anzug zu überweisen, damit der Regierungsrat diese aus unserer Sicht wichtigen und interessanten Fragen prüfen und dazu berichten kann.

Toya Krummenacher (SP): Vieles, was ich gehört habe, war etwas diffus. Ich gebe zu, ich bin Gewerkschafterin, und ja, der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist für mich nicht erst seit Covid-19 ein Thema. Wenn Sie in unserer Datenbank nachschauen, werden Sie feststellen, dass ich schon 2014 eine Interpellation zu einem ähnlichen Anliegen eingereicht habe.

Ich glaube auch, dass wir uns diesbezüglich hier im Saal alle einig sind. Arbeitsplatzsicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist ein entscheidendes Thema im Alltag, nicht erst seit Covid-19. Es ist aber schon richtig, dass es seit dieser gesundheitsgefährdenden Pandemie eine andere Bedeutung bekommen hat und neue Herausforderungen an uns alle gestellt worden sind, eben auch an die Situationen am Arbeitsplatz. Ich gebe Lydia Isler-Christ völlig recht, die Arbeitgebenden bemühen sich und machen wirklich das Beste. Das sieht man auch. Dieser Anzug ist keinesfalls ein Generalverdacht oder eine Verurteilung. Ganz im Gegenteil, ich stehe in engem Austausch mit Arbeitsinspektorinnen und -inspektoren, die mir sagen, dass es selten darum geht, zu sanktionieren oder mit dem Finger zu zeigen, sondern häufig seien die Unternehmerinnen und Unternehmer froh, wenn jemand vorbeikommt, der oder die ihnen noch einen Tipp gibt, wie man etwas direkt vor Ort umsetzen kann. Einen Ratschlag, wie doch noch für diese oder jene Mitarbeiterin auch noch Homeoffice möglich wäre, oder wie man in einem Grossraumbüro die Durchlüftung ändern könnte. Das sind Expertinnen und Experten für solche Fragen, und darum ist es auch richtig, wenn wir gerade jetzt mehr Mitarbeitende des Arbeitsinspektorats auf die Fläche schicken können, auch um diese beratende und unterstützende Tätigkeit zu gewährleisten.

Auch darum hat der Bundesrat in der Covid-Verordnug bzw. im Covid-Gesetz einen Grossteil der Kontrollen auch an die Kantone ausgelagert. Es ist ein Teil explizit an die Arbeitsinspektorate gegangen, und dafür stellt er auch die Finanzierung zur Verfügung, aus demselben Topf, aus dem auch die SUVA-Inspektoren finanziert werden. Ich verstehe wirklich nicht, wieso Sie nicht bereit sind, dem Regierungsrat die Möglichkeit zu geben, mindestens darauf zu antworten, ob wir diese Gelder beantragt haben. Ob wir dann damit zusätzliche Stellen befristet schaffen oder nicht, kann der Regierungsrat beantworten. Vielleicht geht es ja auch einfach, indem man für die 2’000 Stellenprozente, die noch in der ersten Welle für Kontrollen zur Verfügung gestellt wurden, eine Finanzierung findet. Wenn Sie diese Interpellationsantwort lesen, dann ist es schon beeindruckend, dass alleine neun Personen vom Fahndungsdienst Unterstützung leisten. Ich weiss nicht, wie lange und sinnvoll es ist, wenn der Fahndungsdienst ständig Gesundheitskontrollen durchführt. Die haben vielleicht andere Aufgaben. Ich würde es auf jeden Fall gerne vom Regierungsrat erfahren.

Hinzu kommt, dass es auch eine Differenz gibt in den Zahlen, die der Regierungsrat dem schweizerischen Gewerkschaftsbund in dieser Umfrage zu dieser Studie zur Verfügung gestellt hat, und den Antworten in meiner Interpellation. Im Frühling stellte die Regierung im WSU sieben Personen mit 400 Stellenprozente für die Gesundheitsschutzkontrollen zur Verfügung, wie Sie im Anzug sehen, sind es 680 Stellenprozente. Das ist eine Differenz, die ich mir gerne erklären lassen würde vom Regierungsrat.

Nicht zuletzt, Tobias Christ hat Recht, es ist kein einzelner Anzug nur für Basel, es ist tatsächlich so, dass wir uns in allen

Kantonen fragen, ob diese Kontrollen so wahrgenommen werden und ob die Kantone die Bundesfinanzierung ausschöpfen.

Weil wir wissen, dass die Angaben nicht ganz klar sind, bitte ich Sie darum, den Anzug zu überweisen, damit der Regierungsrat uns sagen kann, ob es noch mehr Stellenprozente braucht für diese wichtige Gesundheitsschutztätigkeit und ob er die Bundesfinanzen dafür einholt. Ich bitte Sie um Überweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

47 JA

42 NEIN

3 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 20.5456 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

3. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend eine kantonale Flachdach-Strategie

[10.02.21 10:56:10, 20.5472.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 20.5472 entgegenzunehmen.

Beat K. Schaller (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Mit seinem zumindest auf den ersten Blick sympathischen Anzug rennt der Anzugsteller offene Türen ein. Der Anzug fordert Informations- und Aufklärungskampagnen seitens der staatlichen Organe, als ob wir davon nicht schon zur Genüge in unserem Kanton hätten. Der Anzugsteller hat übersehen, dass die erwähnten Aktionen bereits umfassender Teil der Klimastrategie des Kantons sind. Dazu kommt, dass die vorgelegten Punkte auch in den aktuell anstehenden Debatten zur Klimastrategie des Kantons diskutiert werden. Es ist damit im Fokus der Politik, und es besteht kein Anlass, hier zweispurig zu fahren.

Ich habe eingangs gesagt, dass der Anzug auf den ersten Blick sympathisch sei. Natürlich hat niemand etwas dagegen, im Grünen zu leben. Nur leider hat der Anzugsteller in seinem Forderungsreflex nachgegeben und statt Motivationsanregungen zu geben verlangt er Ertüchtigungs- und Nutzungspflicht, also Zwang anstelle von Überzeugung. Zum Beispiel wird eine Begrünungspflicht bei Dachsanierungen gefordert. Das ist völlig unnötig. Das Basler Bau- und Planungsgesetz schreibt schon in § 72 Abs. 1: “Ungenutzte Flachdächer sind mit einer Vegetationsschicht zu überdecken.” Damit ist diese Forderung des Anzugs bereits erfüllt, und es besteht kein Bedarf, doppelt zu moppeln.

Der Anzug verlangt im Weiteren diktatorisch eine ökologische Nutzungspflicht für besonders grosse, geeignete Flachdächer. Das ist wieder ein kleiner Schritt zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit eines Eigentümers. Wieso verlangen Sie nicht die Entwicklung von Motivationsspritzen? Unser Kanton und unser Klima leiden nicht, wenn wir diesen Anzug nicht überweisen. Er verlangt etwas, was bereits in die Tat umgesetzt resp. gesetzlich vorgeschrieben ist. Zudem sind staatlich-diktatorische Vorgaben eingebaut, welche auch ohne Zwang, dafür mit Motivation auch erreicht werden können.

Ich bitte Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP): Wir finden den Anzug von Tim Cuénod sehr sympathisch, er enthält auch einige wirklich sinnvolle Vorschläge. Wir lehnen diesen Anzug dennoch ab, weil die Eigentumsfreiheit verletzt wird mit der Verpflichtung zur Ertüchtigung eines Daches, wenn man eine Sanierung machen möchte.

Sasha Mazzotti (SP): Mit Google Earth kann man wie ein Vogel über Basel fliegen und sieht ziegelrote Dächer, ab und zu schwarze Fotovoltaik-Anlagen, grüne Gärten, Baumkronen und Parks und ... viel Grau! Positiv formuliert, man sieht aus der Vogelperspektive viel Potenzial, Potenzial einerseits zur Energiegewinnung, andererseits zur Dächerbegrünung, welche unter anderem ein wichtiges Hilfsmittel ist, um die städtische Hitzeinsel im Sommer zu reduzieren.

Der Anzugsteller spricht von kantonaler Flachdachstrategie oder Klimadachstrategie. Diese Ausdrücke sagen doch eigentlich alles. Ich möchte hier zur Erinnerung auch in Bezug auf das, was Beat Schaller gesagt hat, etwas bemerken. Wie sieht es aus mit unseren kantonalen Bauten? Ich greife hier den Neubau des Wirtschaftsgymnasiums auf, wo nach meiner Information weder Fotovoltaik noch Begrünung geplant ist. Ist es denn abhängig vom Architektenteam, ob ein

Gebäude energie- und klimatechnisch sinnvoll gebaut oder saniert wird? In Anbetracht der überwiesenen Motion Grossenbacher, auf die Tim Cuénod in seinem Anzug Bezug nimmt, ist dies nicht der Fall. Wenn wir das Problem der Klimaerwärmung ernst nehmen wollen, und das sollten wir, müssen wir handeln, als Stadt, als Kanton, aber auch die Bevölkerung sollte die Möglichkeit haben, ihren Beitrag zu leisten.

Das können sie ja, werden Sie mir entgegnen. Fotovoltaikanlagen werden subventioniert. Aber darum geht es in diesem Anzug nicht. Es geht um eine Auslegeordnung und um eine Strategie, wie, wo und mit welchen Mitteln wir das Potenzial unserer Dächer nutzen, und dies in einem nächsten Schritt implementieren können.

Mit der Überweisung dieses Anzugs stimmen Sie noch keinem Graudachverbot und keiner Gründachpflicht zu, auch wenn es längerfristig dazu führen könnte. Profitieren würden allerdings alle, ob Autos, Velofahrende, ob jung oder alt, ob reich oder arm, ob Mann oder Frau. Das einzige, worauf Sie verzichten müssten, wären graue Dächer, die ihr trostloses Dasein als blosse Überdeckung aufgeben müssten. Ein kleiner, aber effizienter und wichtiger Beitrag zur Klimaverbesserung. Stellen Sie sich das Google Earth-Bild Basel in ein paar Jahren vor: grün, ziegelrot und schwarz. Ich danke für das Überweisen des Anzugs.

Michael Hug (LDP): Wir unterstützen das Ansinnen des Anzugstellenden, eine Klimadachstrategie zu prüfen. Die LDP hat sich in den vergangenen Zeiten immer stark für eine intakte Umwelt und damit für künftige Generationen eingesetzt. So stammen auch Vorstösse für die Forderung nach Fassadenbegrünungen, einer Solaroffensive oder auch für eine Zulassung von Solarkollektoren auf Dächern in der Stadt- und Dorfbildschutzzone aus der Feder der LDP.

Zusätzliche Begrünungen auf Flachdächern und und zusätzliche Fotovoltaikanlagen können einen willkommenen Beitrag zum Gelingen der Energiewende beisteuern. Zu diesem Gelingen können wie gefordert generelle Informations- und Aufklärungskampagnen beitragen. Auch systematische Anfragen und Beratungen bei Eigentümern scheinen sinnvoll und sind in einer Gesamtschau verschiedener Ansätze zu berücksichtigen.

An dieser Stelle wollen wir hingegen unserer kritische Einstellung, wie es bereits die Ratskollegen Beat Schaller und Andrea Knellwolf gemacht haben, gegenüber einer geforderten Ertüchtigungspflicht bei anstehenden Dachsanierungen sowie einer ökologischen Nutzungspflicht für besonders grosse und geeignete Flachdächer kundtun. In Basel bestehen bereits heute bei Bauprojekten unzählige Pflichten, die zu erfüllen sind, welche Kosten und Behördengänge verursachen.

Die Fraktion der LDP unterstützt eine Überweisung des Anzugs und die Erstellung einer Gesamtschau von Ansätzen, jedoch sollte eine mögliche Umsetzung ohne neue Hürden und Pflichten entstehen.

Laurin Hoppler (GAB): Heute ist der Klimawandel traurigerweise schon so weit fortgeschritten, dass wir nicht nur Massnahmen gegen die Klimakrise treffen müssen, sondern auch gegen die Folgen dieser Krise. Um diese Auswirkungen entgegenzuwirken, müssen wir zum einen durch die Stadtplanung kühlende Elemente in die Stadt bringen, wie beispielsweise die Begrünung von Dächern. Zum anderen müssen wir alles Mögliche tun, um klimafreundlichen Strom zu produzieren.

Diese Ausgangslage zwingt uns, dass wir uns immer mehr Gedanken über das Stadtklima und die Stromversorgung unseres Kantons machen. Flachdächer sind in diesem Fall ein ideales Mittel, um gegen den Klimawandel und dessen Folgen vorzugehen. Sie bieten grosse Flächen für Fotovoltaikanlagen, um Strom zu produzieren. Dazu bieten sie je nach Lage auch eine wertvolle Fläche für die Begrünung der Stadt, welche sowohl für die Reduzierung von Hitzeinseln als auch für unser Stadtbild wichtig ist. Wir sollten diese Flächen also gut nutzen.

Diese Massnahmen müssen wir so schnell wie möglich umsetzen, um die Energiewende voranzutreiben und die Folgen des Klimawandels, welche sich in den nächsten Jahren immer mehr zeigen werden, entgegenzuwirken. Natürlich ist das ein kleiner Schritt, aber es ist ein Anfang. Diese Massnahmen sind vor allem im Interesse der Frauen und der älteren Personen. Gerade schwangere Frauen und auch ältere Bevölkerungsgruppen leiden stark unter der Hitze in der Stadt. Wenn Mann es nicht wegen des Klimawandel machen möchte, dann aus Respekt gegenüber den Frauen und älteren Menschen dieser Stadt. Wir brauchen Lösungen zur Kühlung unserer Städte und zum Schutz der Biodiversität. Das hier ist eine. Darum bitte ich Sie im Namen des Grünalternativen Bündnisses, diesen Anzug zu überweisen.

Tim Cuénod (SP): Es ist eindeutig im öffentlichen Interesse, dass mehr grosse Flachdachflächen in Basel genutzt werden, sei das durch Begrünung oder durch Fotovoltaik. Es gibt Vorschriften selbstverständlich in Bezug auf Neubauten. Es geht hier natürlich auch sehr stark um bestehende Bauten. Wenn Sie auf einen der allmählich sehr zahlreichen Türme unserer Stadt steigen, fällt immer mehr auf, wie viele grosse Flachdachflächen vollkommen ungenutzt sind.

Ich habe mich gefreut über das differenzierte Votum von Michael Hug, der darauf hingewiesen hat, dass der Anzug verlangt, eine breite Auslegeordnung vorzunehmen, dass man wirklich versucht, eine Strategie aufgrund einer breiten Auslegeordnung zu erarbeiten, dass man versucht, verschiedene Varianten zu prüfen, auch wenn eine Skepsis in Bezug auf eine Verpflichtung zum Ausdruck gebracht wurde.

Erlauben Sie mir noch eine persönliche Bemerkung. Abgesehen vom öffentlichen Nutzen in Bezug auf das Stadtklima, in Bezug auf Klimafragen generell, in Bezug auf Energieproduktion und anderes glaube ich, dass man für gewisse Leute nicht über eine Strategie nachdenken darf, den Regierungsrat darauf zu verpflichten, weil man möglicherweise mit dem Eigentumsrecht gewisse Pflichten oder Anreize schafft. Das finde ich schon sehr ideologisch. Natürlich ist mit dem Eigentumsrecht eine gewisse nihilistische Komponente verbunden. Man kann ein Haus besitzen und es leerstehen lassen, man kann auch grosse Flachdächer haben und nichts daran ändern. Ich habe hier verpflichtende Möglichkeiten als eine Variante gedacht, aber man kann ja versuchen, die negativen Auswirkungen dieser etwas nihilistischen Komponente,

nichts zu tun, etwas entgegenzuwirken mit Anreizen. Da fehlt auch das Wort Subvention. Darüber muss man doch zumindest nachdenken können, denn dass wir hier offensichtlich eine enorme Platzverschwendung und ein ungenutztes Potenzial haben, im Sinne der Lebensqualität und der Energieproduktion, lässt sich wirklich nicht bestreiten.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen, und ich bin sehr gespannt, welche Strategie der Regierungsrat ausarbeiten wird. Ich bin gespannt auf einen breiten Variantenfächer und danke Ihnen für die angeregte Diskussion.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 JA

12 NEIN

2 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 20.5472 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Anzug Jessica Brandenburger betreffend Schaffung eines ambulanten gerontopsychiatrischen Dienstes für Basel-Stadt

[10.02.21 11:12:02, 20.5474.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 20.5474 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 20.5474 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

5. Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Basler Preis für Zivilcourage

[10.02.21 11:12:34, 20.5480.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 20.5480 entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichtüberweisung.

Ich bestreite den Anzug von Pascal Messerli. Es handelt sich dabei nur um Kosmetik, um heisse Luft. Ich war sechs Jahre lang zu Gast in Abu Dhabi. Dort sind überall Kameras installiert, es gibt in Abu Dhabi keine Kriminalität. Über die Kamera lässt sich alles zurückverfolgen. Bei uns in Basel sind die Gesetze zu lasch. Ihr Anzug ist nicht einmal ein Tropfen auf den heissen Stein. Ihr Anzug geht an der Wirklichkeit vorbei, aber Ihr Anzug hat grosse Medienreaktionen ausgelöst.

Ich bin für den totalen Polizeistaat, ich bin für eine Überwachungsstaat. Ihr vorgeschlagener Courage-Preis bringt nichts, denn in Basel darf man sehr viel machen, bis man bestraft wird. Es gibt auch Mitglieder des Grossen Rats, die an Demonstrationen teilnehmen, die nicht erlaubt sind. Sie wollen, dass die Leute Mut zeigen. Das geht aber an der Realität vorbei. Ich möchte ein Beispiel nennen. Ich wurde am 30. August 2020 und am 25. September 2020 zwei Mal brutal zusammengeschlagen von einem Asylanten aus Tunesien. Er griff mich hinterhältig von hinten an. Drei Leute sahen es, alle haben sich schnell entfernt und sich nicht als Zeuge für Eric Weber zur Verfügung gestellt. Dank DNA kennt man den Täter.

Nur die Polizei kann es richten, nur sie hat Macht. Was ist Courage? Ich bekam eine Rechnung von Fr. 6’500 wegen drei Mal Rassismus. Vor Gericht wurde ich freigesprochen. Ich war so wütend, dass ich eine Demonstration beantragt habe. Was war die Folge? 550 Polizisten, Fr. 600’000 Kosten, 120 Prozesse gegen die Teilnehmer der Demonstration. Alle Anzeigen kamen von der Polizei. Daher müssen für einen starken Polizeistaat einstehen, für einen Überwachungsstaat, der Täter verfolgt.

Pascal Messerli (SVP): Ich danke für die gute Aufnahme gemäss Kreuztabelle. Im Bereich Sicherheit gibt es in ganz verschiedenen Punkten etwas, das wir verbessern können. Hier machen wir einen kleinen Schritt in Richtung Prävention,

es hat auch eine öffentliche Wirkung, dass wir dieses Thema vermehrt besprechen. Wenn man die Fälle von Aktenzeichen XY etwa betrachtet, dann sieht man doch sehr eindrückliche Fälle, und es konnten sehr schlimme Verbrechen verhindert werden. Ich denke, wir können durchaus etwas für die Zivilcourage beitragen. Vereinzelt kam gewisse Kritik auf, dass jetzt mehr Leute zu mutig sind und sich selbst in Gefahr bringen. Aber selbstverständlich geht es mir nicht darum, es soll erst jemand belohnt werden, der auch etwas gemacht hat, und es ist kein Aufruf dazu, sich unnötig in Gefahr zu begeben. Aber man soll auch nicht wegschauen. Die Polizei kann nicht überall sein, und deshalb braucht es das Wirken der ganzen Gesellschaft. Deshalb fände ich diesen Preis ein gutes Zeichen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

73 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 20.5480 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

26. Schreiben des Ratsbüros zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Einsparung von Papier sowie Druck- und Versandkosten im Ratsbetrieb

[10.02.21 11:20:49, Ratsbüro, 20.5078.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5078 abzuschreiben.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

74 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5078 ist **erledigt**.

27. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 157 Kerstin Wenk betreffend Überschreitung der maximalen Klassengrössen

[10.02.21 11:22:42, ED, 21.5004.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Kerstin Wenk (SP): Ich bin von der Antwort nicht befriedigt. Das Parlament verlangt zusammen mit den Lehrpersonen seit Jahren eine Verbesserung der Situation. Das Gegenteil ist der Fall, es wird immer schlimmer. Bei jeder fünften Klasse wurde die gesetzliche Grösse überschritten. Da kann man nicht mehr von Ausnahmen reden. So ist die Formulierung in der Regel auch nicht gemeint.

In der Zeitung konnte man lesen, dass in Riehen zwei Schülerinnen oder Schüler mehr pro Klasse ja nicht so schlimm seien. Ich finde solche Aussagen gehen gar nicht, und der Kanton hat hier eine ganz klare Aufsichtspflicht.

Ich hoffe, dass wir bei erneutem Nachfragen im nächsten Jahr diese Probleme der Klassengrössenüberschreitungen nicht

mehr haben werden, denn das durchlässige Schulsystem ist sonst gefährdet. Bereits jetzt können Schülerinnen und Schüler die Klasse nicht wechseln, obwohl sie in ein anderes Niveau kommen würden.

Es ist auch wichtig, dass genügend Luft eingeplant ist, damit das System gut funktioniert. Gerade in den A-Zügen ist laufend mit neuen Schülerinnen und Schülern zu rechnen. Neben den steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen muss dem knappen Schulraum ebenfalls Rechnung getragen werden. Es braucht Zeit, wenn Schulhäuser erst gebaut werden müssen. Und auch wenn wir nun mit Provisorien planen, muss man beachten, dass diese auch nicht einfach von heute auf morgen stehen.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 21.5004 ist **erledigt**.

28. Bericht des Regierungsrates zur Motion Nora Bertschi und Konsorten betreffend Teilzeitarbeit für Eltern

[10.02.21 11:24:43, FD, 16.5171.03, SMO]

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es freut mich sehr, dass wir mit Erfüllung der Motion eine Verbesserung für die Mitarbeitenden bieten können. Vor allem für diejenigen, die ein Kind bekommen oder adoptieren. Sie können in Zukunft von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihr Pensum 20% zu reduzieren. Es ist aber nicht nur für die Mitarbeitenden ein Vorteil, sondern auch für uns. So können wir die Leute bei uns halten, müssen nicht befürchten, dass sie kündigen. Wir hatten im FD den Fall einer Frau, die reduziert hat während ein paar Jahren und nun wieder aufgestockt hat. Darüber sind wir sehr froh.

Ich danke Ihnen, wenn Sie die Motion heute als erledigt abschreiben und das damit gutheissen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Die Motion 16.5171 ist **erledigt**.

29. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Aufhebung des steuerlichen Selbstbehalts bei der Geltendmachung von Abzügen für Krankheitskosten

[10.02.21 11:26:14, FD, 20.5227.02, ZBM]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Nicole Amacher (SP): Die SP ist aus mehreren Gründen klar gegen die Aufhebung der Limite von 5% der selbstgetragenen Kosten. Die Abschaffung des Selbstbehalts für Krankheits- und Unfallkosten würde bei der kantonalen Einkommenssteuer zu erheblichen Mindereinnahmen führen. Ausgehend von den steuerpflichtigen Personen, die bereits einen Steuerabzug geltend machen, ist von mindestens Fr. 13’000’000 auszugehen. Bei einer Abschaffung des Selbstbehalts werden aber mehr Personen ihre Krankheitskosten deklarieren. Die Steuerverwaltung rechnet daher jetzt schon mit einer Verdoppelung der Ausfälle und mit Steuermindereinnahmen in der Grössenordnung von rund Fr. 26’000’000.

Diese Motion reiht sich leider in die Serie der Steuersenkungsvorstösse von bürgerlicher Seite ein. Geht es nach ihnen, kommen zu diesen Fr. 26’000’000 Mindereinnahmen wegen der geforderten Senkung der Dividendenbesteuerung weitere Fr. 20’000’000 dazu, mit der Motion Herter weitere Fr. 25’000’000 bis Fr. 30’000’000, womit künftig insgesamt über Fr. 75’000’000 an Steuereinnahmen wegbrechen. Dies obwohl im Zuge der Unternehmenssteuerreform und dem Basler Steuerkompromiss die Einkommenssteuer bereits um insgesamt Fr. 70’000’000 gesenkt wurde und auch der Versicherungsabzug erheblich erhöht wurde.

Diese Fr. 75’000’000 Steuermindereinnahmen können wir gerade jetzt und ab 2022 schon gar nicht verantworten, gerade in der Zeit, in der wir als Staat in der Verantwortung stehen, Unternehmen und Personen in Folge der Coronakrise finanziell aufzufangen und zu unterstützen. Dafür setzt sich die SP seit Anfang der Krise stark ein.

Es ist unklug und kurzsichtig, weitere Steuersenkungen zu veranlassen, und schon gar nicht für Gutverdienende.

Entgegen den Ausführungen des Antragstellenden führt diese Motion eben nicht zu einer Entlastung der unteren und mittleren Einkommen, denn diese Einkommen zahlen wenig bis gar keine Steuern. Deshalb profitieren sie auch nicht von weiteren Steuerabzügen. Vielmehr profitieren die hohen Einkommen überproportional. Beim heutigen System, bei dem bis zu einem Betrag von 5% des Nettoeinkommens nichts abgezogen werden kann, ist die Abzugshürde für Gutverdienende relativ hoch, weil 5% von diesen hohen Nettoeinkommen eine für sie hohe Betragshürde darstellt, um selbstgetragene Gesundheitskosten abziehen zu können. Auch ist zu befürchten, dass durch die Aufhebung der 5%-Hürde noch mehr Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden würden, was das Prinzip der Selbstverantwortung untergräbt.

Eine weitere nicht unerhebliche negative Folge wäre der sehr hohe bürokratische Aufwand, der auf die Verwaltung zukäme, um all die geltend gemachten Abzüge zu kontrollieren. Diese Aufwandskosten kämen wohl zu den restlichen Fr. 26’000’000 Steuermindereinnahmen hinzu.

Wir von der SP-Fraktion lehnen diese Motion klar ab und bitten Sie, diese nicht zu überweisen.

Joël Thüring (SVP): beantragt Überweisung als Motion.

Wir sind dafür, dass die Motion überwiesen und umgesetzt wird. Regierungsrätin Tanja Soland hat in ihrem Statement in der Vorlage eine sehr spannende Tabelle aufgeführt, den Vergleich mit anderen Kantonen. Ich bin immer wieder froh um diese Vergleiche. Basel ist immer für den Basel Finish, hier wäre das demnach der Baselbieter Finish, nämlich was wir auf Seite 4 sehen, wo der Selbstbehalt bei 0% liegt. Es wird dann darauf hingewiesen, dass einzig der Kanton Basel-Landschaft keinen Selbstbehalt kennt. Es wird argumentiert, dass die meisten Kantone denselben haben wie Basel-Stadt.

Ich lade Sie herzlich ein, diesen Baselbieter Finish zu überholen oder mindestens mit Basel-Landschaft auf gleicher Höhe zu gehen. Viel spannender ist aber, dass der Kanton Genf gleich unmittelbar hinter dem Kanton Basel-Landschaft ist, mit 0,5%. Welche Kantone haben denn die höchsten Krankenkassenprämien? Das sind die Stadtkantone Basel-Stadt und Genf. In Basel-Landschaft gibt es einen Unterschied bis Fr. 100, wenn Sie also in Binningen beim Zolli wohnen, bezahlen Sie Fr. 100 weniger als wenn Sie beim Zolli in Basel wohnen. Der Kanton Genf scheint mir aber doch ein sehr repräsentatives Beispiel zu sein mit einem tieferen Selbstbehaltabzug.

Wir sollten uns als Stadtkanton eher am Kanton Genf orientieren und vermutlich etwas weniger am Kanton Uri. Ich gehe davon aus, dass dort die Gesundheitskosten und damit auch die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Uri sehr viel tiefer sind. Ich habe die Zahlen nicht geprüft, aber ich würde behaupten, eine KVG-Prämie kostet dort wahrscheinlich knapp 50% weniger als im Kanton Basel-Stadt. Offenbar ist in Uri die Luft besser als in Basel-Stadt.

Die Ausgangslage für Bürgerinnen und Bürger in Basel-Stadt, die auch tatsächlich diese Krankenkassenprämien bezahlen ist, dass die Krankenkasse vor allem für den Mittelstand ein enorm hoher Haushaltsposten darstellt. Sie haben zwei hohe Haushaltsposten, einerseits den Mietzins. Die Linke und die Regierung machen sehr viel dafür, dass man günstigen Wohnraum findet. Bei den Krankheitskosten will die Regierung aber nichts machen. Sie verweist darauf, dass man natürlich vor allem zusätzlichen Druck ausüben muss, um die Gesundheitskosten zu senken. Dafür bin ich sehr, aber wir sprechen seit Jahrzehnten davon, dass wir Druck auf die Gesundheitskosten ausüben sollen. Seit Jahrzehnten steigen gerade in Basel-Stadt die Krankenkassenprämien Jahr für Jahr. Nach der Coronapandemie ist wohl nicht davon auszugehen, dass in den Jahren 2022 oder 2023 die Krankenkassenprämien für den Mittelstand sinken werden. Ich vermute, dass eher das Gegenteil der Fall ist, auch die Bereitschaft allenfalls etwas gesundheitsbewusster zu leben ist nicht bei allen gleich vorhanden. Mir erschliesst sich immer noch nicht, weshalb die Krankenkasse und damit die Prämienzahler dafür aufkommen müssen, wenn jemand wegen einem übermässigen Alkoholkonsum auf die Notfallstation eingewiesen wird.

Dabei haben wir wenig Spielraum. Wir haben aber den Spielraum bei den steuerlichen Begünstigungen, bei der Geltendmachung des Abzugs der Krankheitskosten. Wir sind der Meinung, dass diese vom Finanzdepartement geschätzten Fr. 13’000’000 bis Fr. 26’000’000 gut investiert sind, nämlich in den Mittelstand, der von diesen Krankheitskosten und der Geltendmachung von Abzügen extrem profitieren würde.

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir diesem Vorschlag zustimmen sollten, zu einem späteren Zeitpunkt auch dem Vorschlag von Balz Herter, der dazugehört. Denn da hat der Kanton konkrete Einflussmöglichkeiten, bei den Gesundheitskosten sind die Möglichkeiten für Parlament und Regierung nicht so gross. Ich bitte Sie also im Namen der SVP-Fraktion, diese Motion dem Regierungsrat zur Umsetzung zu überweisen.

Luca Urgese (FDP): Die hohe Belastung der Bevölkerung durch Krankenkassenprämien in unserem Kanton ist allgemein bekannt und anerkannt. Der Kanton Basel-Stadt ist der Kanton mit den zweithöchsten Krankenkassenprämien der Schweiz. Dass diesbezüglich Handlungsbedarf besteht, ist bis weit ins linke Lager hinein unbestritten. Nur über die Mittel streiten wir uns hier drin regelmässig.

Die Erhöhung der Prämienverbilligungen fängt einen Teil dieser hohen Prämienbelastung auf. Das sind aber nur die Versicherungsprämien. Die effektiven Krankheitskosten müssen von den Betroffenen dennoch bezahlt werden und stellen teils eine erhebliche finanzielle Belastung dar, soweit sie sich innerhalb der Franchise bewegen.

Die Regierung flüchtet sich in ihrer Stellungnahme leider in die Bundesrechtswidrigkeit. Zwar sind 0 Franken womöglich tatsächlich nicht zulässig, wobei die Praxis des Kantons Basel-Landschaft offen lässt, ob dem wirklich so ist. Wir haben Hinweise dafür, aber gerichtlich entschieden wurde diese Frage noch nicht. Aber selbst wenn dem so wäre, bestände beim Regierungsrat tatsächlich der Wille zur Entlastung der prämiengeplagten Bevölkerung, könnte man auch etwas fantasievoller mit diesem Anliegen umgehen. Man könnte beispielsweise einen symbolischen Selbstbehalt von 1 oder 10 oder meinetwegen auch 100 Franken einführen und wäre damit bundesrechtskonform, weil wir dann ja einen Selbstbehalt

hätten. Oder man macht es wie der Kanton Genf, ebenfalls ein von hohen Prämien geplagter Kanton, und nimmt ein halbes Prozent. Man kann das Anliegen also problemlos bundesrechtskonform umsetzen.

Ich weiss wirklich nicht, was es mit diesem Drang unseres Kantons an sich hat, sich bei den Einkommens- und Vermögenssteuern stets an den oberen Werten im Land zu orientieren. Die Motion ist aber auch in der Sache gerechtfertigt. Wir haben ein Interesse an höheren Selbstbehalten. Sie dämpfen die Prämienbelastung, sie dämpfen aber auch die Krankheitskosten, weil ein grösserer Anteil von den Prämienzahlenden selber getragen wird.

Was bedeuten nicht deklarierte Krankheitskosten? Das sind nicht Kosten, die nicht entstanden sind, sondern Kosten, die zusätzlich zu den sehr hohen Krankenkassenprämien zusätzlich auf das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger drücken. Es ist deshalb in unserem Interesse, dass wenn wir Anreize für höhere Selbstbehalte setzen, indem wir das nicht steuerlich bestrafen, sondern steuerlich begünstigen.

Da die Franchisen nach oben begrenzt sind, führt das vor allem im unteren und mittleren Einkommensbereich zu einer steuerlichen Entlastung, die wir für dringend notwendig erachten. Gerade beim Mittelstand ist die steuerliche Belastung in unserem Kanton erheblich, von den oberen Einkommen wollen und müssen wir an dieser Stelle nicht sprechen. Einschlägige vergleichende Untersuchungen zeigen, dass wir nur bei den tiefen Einkommen gut dastehen. Mit der vorliegenden Motion haben wir die Möglichkeit, einen Schritt in eine bessere Richtung zu tun. Ich spreche weiss Gott nicht von einem Tiefsteuerkanton, sondern von einem Kanton mit moderaten, durchschnittlichen Steuersätzen.

Wir können einen Schritt in diese Richtung tun, wenn wir diese Motion als Motion überweisen und ich bitte Sie namens der FDP-Fraktion, dies zu tun.

Oliver Bolliger (GAB): Ich danke dem Regierungsrat für seine deutliche und klare Positionierung zur Motion. In der Antwort wird deutlich aufgezeigt, dass die Motion die definierten Ziele nicht erreichen wird. Im Gegenteil, wir können davon ausgehen, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit gar gegenteilige Effekte ausgelöst werden. Die unteren Einkommensschichten profitieren von diesem Vorstoss überhaupt nicht, weil sie ihre Versicherungen mit ordentlichen Franchisen abschliessen und zudem Prämienverbilligungen erhalten. Ein Viertel aller Steuerpflichtigen bezahlen gar keine Steuern, sie würden mit einer solchen Motion nur verlieren. Weil dem Staat bei Erfüllen dieser Motion bis zu Fr. 26’000’000 fehlen würden, gäbe es Fr. 26’000’000 weniger für den Service public, Fr. 26’000’000 weniger für ein gut ausgebautes Gesundheitssystem für alle.

Doch auch Personen oder Familien mit mittleren Einkommen profitieren kaum bzw. nur mit hohen Franchisen, aber auch nur dann, wenn sie das Gesundheitswesen ausgiebig in Anspruch nehmen würden. Damit will ich nicht sagen, dass die Krankenkassenprämien für Familien kein Problem darstellen. Als Mitglied einer fünfköpfigen Familie weiss ich selber, dass diese hohe Prämienlast einen als Familie dazu zwingt, hohe Franchisen abzuschliessen. Doch diese Motion bietet keine Lösung, sondern zementiert das Problem bzw. verschärft es gar noch.

Mit diesem Vorstoss werden zudem alle die Bemühungen, die in den vergangenen Jahren unternommen wurden, um eine kostenbewusste Inanspruchnahme des Gesundheitswesen bei Patientinnen und Patienten sowie beim medizinischen Fachpersonal zu fördern, in Frage gestellt. So reduzieren wir sicher nicht die Gesundheitskosten. Wenn wir alle unsere Krankheitskosten ab dem ersten Franken beim steuerbaren Einkommen wieder abziehen können, was wird dann passieren? Wir werden uns weniger überlegen, ab welchem Zeitpunkt wir unsere Ärztinnen und Ärzte oder den Notfall aufsuchen, Generika wären auch nicht so wichtig, auch der Druck auf die Pharma, anständige Medikamentenpreise anzubieten, würde wegfallen.

Nicht von ungefähr wenden daher 20 von 26 Kantonen die gemäss Bundesgesetz definierte Praxis an und kennen die 5%-Hürde. Ein Herabsetzen dieser Hürde auf 0% ist gemäss der Antwort des Regierungsrats als rechtlich unzulässig anzusehen. Eine indirekte Entlastung über einen Abzug beim steuerbaren Einkommen ist und bleibt eine indirekte Lösung eines wirklich vorhandenen Problems, bei der aber vor allem Gutverdienende und gesunde Menschen profitieren werden. Ein wirklicher Wandel müsste ganz woanders ansetzen, ich bin mir bewusst, dass das hier in diesem Saal nicht alle so sehen, aber der Wandel von kopf- zu lohnabhängigen Krankenkassenprämien würde ein viel gerechteres System ermöglichen und wäre der viel bessere und zielführendere Ansatz, um die Belastung der Krankenkassen gerechter zu verteilen.

Diese Motion bleibt, was sie ist, eine versteckte Steueroptimierungsmotion für Wohlhabende. Gesundheitskosten können so nicht gesenkt werden. Das Grünalternative Bündnis lehnt diesen Vorstoss dezidiert ab.

Olivier Battaglia (LDP): Es stellt sich die Frage, worum es geht. Geht es um eine Güterabwägung zwischen der öffentlichen Verwaltung, der Steuereinnahmen fehlen, mit denen man Aufgaben hätte erfüllen können, oder wollen wir eine Entlastung für die Bürger bewirken? Wenn man sich vor Augen führt, wo Schulden entstehen und wo Probleme entstehen, dann ist das in der Regel im steuerlichen Bereich, auch aufgrund von Krankenkassenkosten, die in die Höhe gehen. Die Frage ist für mich, wie wir dahingehend wirken können, dass der private Haushalt von der Situation profitieren kann, dass der Stress und die Spannung im finanziellen Bereich auch in diesen Zeiten vermindert werden können, dass die Familien und Personen, die diese Ansprüche erfüllen müssen und die hohe Selbstbehalte haben, weil sie zufälligerweise von einer Krankheit betroffen sind, neben ihren Krankenkassenbeträgen auch die Kosten tragen müssen. Daher wären wir dafür, diese Motion zu überweisen. Auch wenn es zu Steuerausfällen kommen würde, könnte man durchaus in der Lage sein, das Potenzial des Einzelnen und der Familien zu steigern.

In diesem Sinne spricht sich die LDP für diese Motion aus und für die steuerliche Entlastung von Privatpersonen.

Tobias Christ (GLP): beantragt Überweisung als Anzug.

Die GLP unterstützt die Grundabsicht der Motion, nämlich eine steuerliche Entlastung insbesondere des Mittelstandes. Allerdings haben wir wie auch der Regierungsrat grosse Zweifel, ob die geforderte Gesetzesanpassung wirklich zielführend ist. Ich spreche gar nicht davon, ob die Anpassung bundesrechtswidrig ist, was das Bundesgericht damit machen würde, können andere besser beurteilen. Ich spreche davon, dass wir hier ein nicht ganz unwichtiges und urliberales Ziel nicht aus den Augen verlieren dürfen, nämlich ein einfaches Steuersystem (Flat-Tax, Steuererklärung auf dem Bierdeckel). Soweit geht es hier gar nicht, aber das Steuersystem hat mit gutem Grund diese Mechanismen eingebaut, damit die Steuerveranlagung einigermassen einfach bleibt, vor allem für die Bürger. Mit dieser Motion würden wir das komplizieren.

Für das Grundanliegen, die Entlastung des Mittelstands von den hohen Krankenkassenprämien, zu erreichen, gibt es wohl sinnvollere Wege. Es mag sein, dass der Selbstbehalt hier eine möglich Schraube wäre, aber wohl kaum die geeignetste. Weil wir die vorliegende Form zumindest rechtlich für problematisch erachten und weil sie zu Unsicherheiten führen würde, vor allem aber weil sie nicht zielführend ist, lehnen wir die Motion ab und beantragen stattdessen, dass sie in einen Anzug umgewandelt wird.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bin im Moment grundsätzlich gegen Steuersenkungen, weil wir in einer schwierigen Situation sind und es ist nicht absehbar, wie diese ausgeht. Zudem sind wir immer noch daran, die Steuersenkungen der SV17 umzusetzen. Daher finde ich die Motion grundsätzlich nicht sinnvoll.

Der konkrete Fall, der uns hier vorliegt, ist in der Tat bundesrechtswidrig und man könnte, wenn man den Selbstbehalt etwas verkleinert, dies ermöglichen. Wir haben uns streng an die Motion gehalten, die das so streng verlangt. Bei Umwandlung in einen Anzug würden wir prüfen, welcher Prozentsatz sinnvoll wäre und was wir vorschlagen.

Als Vergleich muss man nicht unbedingt Uri nehmen, man könnte auch Zürich herbeiziehen, das auch eine Stadt ist. Hinsichtlich der Zahlen können wir tatsächlich nur schätzen. Wir wissen doch nicht, wer wie krank ist und wer was einreichen und welche Abzüge machen wird. Es kann nur geschätzt werden. Aber was mich wirklich stört daran ist, dass die Motion eigentlich den Mittelstand entlasten, aufgrund der hohen Krankenkassenprämien die Familien entlasten will, aber das machen Sie damit nicht. Sie entlasten Personen wie mich mit einem Einkommen von Fr. 297’000 pro Jahr. Das ist doch absurd.

Die meisten haben keine so hohe Franchise, dann spielt das auch keine so grosse Rolle. Wer schwer krank ist und hohe Kosten hat, kann sowieso abziehen. Wenn er aber ein zu tiefes steuerbares Einkommen hat, spielt das keine so grosse Rolle. Ausserdem regt das dazu an, mehr zum Arzt zu gehen, da man die Kosten abziehen kann. Das stört mich an dieser Motion, sie setzt am falschen Punkt an.

Sie schreiben selber in der Motion, dass man etwas machen will gegen die hohe Prämienbelastung. Aber das zielt nicht darauf ab. Sie entlasten auch nicht diejenigen, die sehr hohe Kosten haben, sondern diejenigen, die ein wenig zum Arzt gehen. Daher finde ich das etwas absurd. Wir werden diese Diskussion im März führen anlässlich der Motion von Balz Herter. Diese ist zielführender. Aber hier einen Anreiz zu setzen, häufiger zum Arzt und ins Spital zu gehen, finde ich falsch.

Wenn Sie die Motion als Anzug überweisen, prüfen wir dies noch einmal im Detail. Lieber wäre mir aber, Sie würden den Vorstoss gar nicht überweisen, und wir schauen im März, was wir mit der Motion von Balz Herter machen.

Zwischenfrage

Joël Thüring (SVP): Sie haben Zürich angesprochen. Ist Ihnen bekannt, dass es im Kanton Zürich enorme Prämienunterschiede gibt. In Flaach zum Beispiel bezahlen Sie Fr. 130 pro Monat weniger als in Basel. Ist Ihnen bekannt, dass Zürich insofern kein so gutes Beispiel ist wie der Kanton Genf?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wie gesagt, diese Steuersenkung hat keine Auswirkung auf die Krankenkassenprämie.

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung.

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

57 JA

36 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Umwandlung in einen Anzug.

Abstimmung
JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst nicht Überweisen.

Ergebnis der Abstimmung
45 JA
48 NEIN
1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst
den Anzug nicht zu überweisen.
Der Anzug 20.5227 ist **erledigt**.

Schluss der 3. Sitzung
12:00 Uhr

Beginn der 4. Sitzung
Mittwoch, 10. Februar 2021, 15:00 Uhr

30. Zwischenbericht des Regierungsrates zu den Motionen Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts Berücksichtigung energetische Sanierung sowie Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts

[10.02.21 15:00:14, FD, 16.5164.03 16.5166.03 16.5168.03, ZBM]

Der Regierungsrat beantragt, die Motionen Katja Christ und Konsorten betreffend «Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung» und Christophe Haller und Konsorten betreffend «Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts» als erledigt abzuschreiben sowie die Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend «Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts» für 4 Jahre stehen zu lassen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich muss gleich zwei Mal entschuldigen, erstens dass die Motionen noch nicht erledigt wurden und zweitens, dass ich zuerst beantragt habe, eine Motion in einen Anzug umzuwandeln, was nicht möglich ist. Daher beantragen wir, sie stehen zu lassen.

Der Grund, warum sie noch nicht so umgesetzt sind, dass Sie darüber beraten können, ist, dass wir dachten, auf Bundesebene käme eine neue Regelung, dass der Eigenmietwert ganz abgeschafft wird. Deshalb haben wir abgewartet. Wie es im Moment aussieht, wird diese Regelung aber nicht kommen, zumindest nicht in absehbarer Zeit. Wir haben also entschieden, nicht mehr darauf zu warten sondern die Situation selber zu analysieren und konkret zu schauen, was wir machen können.

Die Motion Strahm möchte, dass man den Eigenmietwert ohne Berücksichtigung des Landwerts berechnet. Das ist aus unserer Sicht möglich. Wir möchten aber gerade das ganze System überprüfen, was sinnvoll und was weniger sinnvoll wäre.

Bei der Motion Katja Christ sind wir der Meinung, dass sie nicht umsetzbar ist. Sie verstösst gegen das Steuerharmonisierungsgesetz. Daher würden wir diese Motion gerne abschreiben.

Zur Motion Christophe Haller: Wenn man sie wortgetreu nehmen würde, dass er zu jedem Zeitpunkt exakt 60% des Marktwerts entspricht, dann wäre eine Umsetzung auch nicht möglich. Natürlich kann man mir vorwerfen, dass man die Motion etwas auslegen müsse. Unter einer Auslegung könnte ich Verschiedenes verstehen. Ich könnte darunter verstehen, dass man versucht, die einzelnen Fälle, die nach oben oder unten ausreissen, manuell zu überprüfen. Das ist etwas, was wir prüfen könnten. Aber ich bin an gewisse Formalien gebunden, und wenn ich die Motion wortgetreu ernst nehme, ist die Umsetzung nicht möglich, und daher bitte ich Sie, diese abzuschreiben.

Wir haben das Ganze im Sommer überprüft, und wir sind auch der Meinung, dass es an gewissen Stellen Probleme gibt. Diese gibt es vor allem bei den Ausreissern. Grundsätzlich sind wir eher unter dem Wert, bei dem wir sein sollten, wenn man das im Durchschnitt anschaut, denn die Preise steigen weiter. Das heisst, man müsste den Eigenmietwert eher

wieder erhöhen. Es ist aber auch unangenehm, wenn man alle zehn Jahre andere Eigenmietwerte definiert. Für Gebäude- und Liegenschaftsbesitzer und -besitzerinnen ist das sehr unangenehm, das möchten wir deshalb auch nicht so beibehalten. Wir werden das System überprüfen, wir werden es vergleichen mit anderen Systemen, etwa der Vergleichsmiete, Einzelbewertungsverfahren. Diese Möglichkeiten werden wir prüfen und vergleichen. Wir möchten das zusammen mit den Verbänden machen und sie mit einbeziehen und schauen, was möglich ist. Ich werde Ihnen aber keine bundesrechtswidrige Vorlage bringen, ich werden Ihnen etwas vorlegen, das realisierbar ist und das Verbesserungen bringt.

Daher wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie uns folgen würden und zwei dieser Motionen abschreiben und eine stehen lassen. Ich werde versuchen, dies so bald als möglich zu behandeln. Meine Hoffnung wäre, dass wir Ende dieses oder Anfang nächstes Jahr eine Vorlage bringen können. Ich wünsche mir, dass Sie in der Diskussion Ihre Wünsche äussern, damit ich die Auslegung dieser Motionen etwas besser machen kann.

Harald Friedl (GAB): beantragt alle drei Motionen abzuschreiben.

Regierungsrätin Tanja Soland hat bereits erwähnt, dass es sich um Motionen handelt, die vor vier Jahren überwiesen wurden. Der Grund damals war die Anpassung der Vermögenswerte zur Bemessung des Eigenmietwerts. Das musste nachvollzogen werden von der damaligen Finanzdirektorin Eva Herzog, um dem Bundesgesetz zu entsprechen. Der Aufschrei war in der Bevölkerung und in der Öffentlichkeit sehr gross. Ich kann mich noch gut an die teils sehr gehässigen Diskussionen im Grossen Rat erinnern.

Meine Fraktion war damals schon gegen die Erst- und Zweitüberweisung, das hat sich für uns auch nicht geändert. Wir denken, dass es auch heute nicht gerechtfertigt ist, an diesem System generell zu schrauben. Regierungsrätin Tanja Soland hat ausgeführt, dass zumindest zwei dieser Motionen eigentlich gar nicht umgesetzt werden können, wenn wir nicht gegen Bundesrecht verstossen wollen, und auch bei der dritten Motion, bei der es um den Landwert geht, ist nicht klar, ob und wie genau sie umgesetzt werden kann.

Eins zu eins kann also keine dieser drei Motionen umgesetzt werden. Das finden wir sehr fragwürdig und möchten Sie daher bitten, alle drei Motionen abzuschreiben.

Ich möchte nur kurz auf Grundsätzliches eingehen. Die Motionärinnen und Motionäre wollen ja nicht grundsätzlich den Eigenmietwert abschaffen und stellen ihn auch nicht in Frage. Aber man muss genau verstehen, was die drei Motionen eigentlich wollen. Sie sind damals im Geist der Anpassung des Eigenmietwerts entstanden. Sie wollten damals mit diesen Motionen diese Erhöhung rückgängig machen oder verhindern. Es stand auch lange in der Schwebe, was auf Bundesebene mit dem Eigenmietwert passiert. Es ging nicht vorwärts, und wir sind auf dem gleichen Stand wie vor vier Jahren.

Man muss sich vor Augen führen, was vom Bundesgericht her als Grundsatz festgelegt ist. Der Eigenmietwert ist ganz klar zu versteuern, solange Hypotheken und Unterhaltskosten abgezogen werden können und Vermieter und Vermieterinnen ihre Mieteinkünfte zu versteuern haben. Das Bundesgericht sagt ausserdem, dass der Eigenmietwert sich an der Marktmiete zu orientieren habe.

Zusätzlich hat das Bundesgericht bestimmt, dass der Eigenmietwert mindestens 60% des Marktwerts umfassen muss. Das ergibt eine Schwierigkeit. Der Marktwert wird ja nicht für alle Liegenschaften ausgewiesen, und da muss man halt ein System einführen, das sicherlich nicht für alle gerecht ist, aber möglichst das Optimum sucht.

Wenn Sie weitere Privilegien für Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer fordern, dann beschädigen Sie einen wichtigen Ausgleichsmechanismus, den der Eigenmietwert darstellt, der eingeführt wurde, um eine gewisse Gerechtigkeit gegenüber den drei Gruppierungen herzustellen. Der Eigenmietwert macht ja einen Ausgleich zwischen den Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer und den Mieterinnen und Mietern. Aber er macht auch einen Ausgleich zwischen Eigenheimbesitzerinnen und -besitzern, die ihre Liegenschaft selber nutzen und denjenigen, die sie vermieten und die Mieteinnahmen als Einkommen versteuern müssen.

Die Motionäre und Motionärinnen verlangen ja nicht die Abschaffung des Eigenmietwerts, aber sie greifen mit ihren Motionen in die Berechnungsgrundlage ein mit ganz klaren Forderungen. Regierungsrätin Tanja Soland hat bereits ausgeführt, dass das zum Teil gar nicht möglich ist. Deshalb ist es für den Regierungsrat sehr schwierig oder gar unmöglich, eins zu eins umzusetzen.

Ich möchte noch kurz ausführen zu den einzelnen Motionen. Die Forderung der Motion Strahm, die der Regierungsrat als Anzug weiterbehandeln möchte, und die fordert, den Landwert aus der Berechnung des Eigenmietwerts herauszunehmen, finden wir nicht statthaft, weil man damit implizit sagen würde, dass die Marktmiete unabhängig ist vom Umschwung, den man bei einer Liegenschaft hat. Das stimmt für uns überhaupt nicht. Wir denken, dass es zu einer besseren Wohnsituation führt, wenn man einen eigenen Garten hat. Vor vier Jahren wurde das bereits so diskutiert. Wenn Sie nun den Landwert nicht mehr einbeziehen in die Berechnung, schaffen Sie eine Ungleichheit von Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzern mit Garten, zum Beispiel in Riehen oder auf dem Bruderholz, gegenüber denjenigen, die eine Liegenschaft in der dichten Altstadt haben.

Zweitens verlangen Sie eine Missachtung der schweizerischen Gesetzgebung. Die Motion Katja Christ verlangt eigentlich etwas, das durch das Steuerharmonisierungsgesetz nicht möglich ist. Auch dort wird eine Ungleichheit geschaffen zwischen Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzern, die die Liegenschaften selber nutzen und solchen, die sie vermieten.

Mit der Motion Haller schaffen Sie ein Verwaltungsmonster. Sie müssten für jede Liegenschaft den Marktwert laufend anpassen und berechnen. Dafür braucht es ein paar Dutzende wenn nicht Hunderte von neuen Angestellten im Finanzdepartement, die das durchrechnen können. Ich glaube, dass die sich liberal gebenden Parteien das sicherlich nicht

wollen.

Ich bitte Sie im Namen des Grünalternativen Bündnisses, alle drei Motionen als erledigt abzuschreiben.

Andreas Zappalà (FDP): beantragt alle Motionen stehen zu lassen mit einer Frist von einem Jahr.

Ich darf auch im Namen der LDP und der Mitte reden. Zunächst möchte ich unserer Finanzdirektorin danken, dass sie diese drei Motionen an die Hand genommen hat. Wenn sie nicht das Finanzdepartement übernommen hätte, würden wir noch lange auf einen Bericht warten. Die folgenden Ausführungen sind in keiner Weise eine Kritik an ihr.

Sie werden aber Verständnis dafür haben, dass wir an dieser Bearbeitung der Motionen keine Freude haben. Sie wurden bereits zwei Mal thematisiert, und dann hat man sie einfach vier Jahre lang in der Schublade gelassen. Wenn man nun der Meinung war, dass man abwarten wollte, was in Bern passiert, dann hätte man von Anfang an einen Zwischenbericht machen und sagen können, man möchte warten. Die damalige Finanzdirektorin hat das gleiche gesagt wie Regierungsrätin Tanja Soland, dass sie nämlich auf die Verbände zukommen und schauen wolle, wie man diese Motionen umsetzen könne. Es ist vier Jahre lang nichts passiert, und die Zwischenberichte, die wir heute vorliegen haben, sind nichts anderes als eine Zusammenfassung der Berichte aus dem Jahr 2016, zum Teil wortwörtlich übernommen. Man hat während vier Jahren einfach nichts gemacht. Nun wird eine Studie in Aussicht gestellt, doch man hätte vier Jahre lang Zeit gehabt, diese Studie in Auftrag zu geben, unabhängig von den Entwicklungen in Bundesbern.

Aus diesem Grund sind wir nicht bereit, diese zwei Motionen abzuschreiben und nur eine Motion stehen zu lassen, und noch einmal vier Jahre zu warten. Wir sind der Meinung, dass alle drei Motionen stehengelassen werden sollten und der Bericht, der von Regierungsrätin Tanja Soland angekündigt ist, zumindest in einem Jahr vorliegt. Wir sind der Meinung, dass dies genügen könnte.

Nur weil der Eigenmietwert im Moment öffentlich nicht so sehr diskutiert wird, heisst das nicht, dass das Problem gelöst ist. Ich nehme an, die Regierung ist darüber informiert, dass die Einsprachen aus dem Jahr 2016 bis heute noch nicht erledigt sind. Es gibt nun die ersten Entscheide der Steuerrekurskommission zu den Einsprachen zu den Neubewertungen. Es war genau ein Grund, warum das so lange gedauert hat, weil nämlich die Steuerrekurskommission selber der Meinung war, dass das Vorgehen der Steuerverwaltung sehr speziell war. Es brauchte dann einen Zwischenschritt beim Verwaltungsgericht, bis man materiell diese Neubewertungen prüft. Man ist noch lange nicht so weit, dass man sagen kann, das Problem sei gelöst. Viele Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer haben seit 2017 keine Veranlagung mehr bekommen, weil sie immer noch in diesem Einspracheverfahren sind.

Die Situation ist also noch lange nicht geklärt. Wenn man nun immer wieder hört, die Motionen seien nicht umsetzbar und diese 60% seien bundesrechtswidrig, dann möchte ich daran erinnern, dass es Kantone gibt, die diese 60% haben. Ich habe erst vor Kurzem eine Steuerveranlagung aus unserem Nachbarkanton gesehen, dort wurde die Marktmiete definiert und diese war in diesem Fall sogar höher als die Mietzinse, die im Haus bezahlt wurde. Die Steuerverwaltung hat dann entschieden, dass davon 60% versteuert werden müssen. Es ist also durchaus machbar, im Gesetz zu definieren, dass der Eigenmietwert auf 60% des Marktmiete gesetzt wird. Und bei selbstgenutzten Liegenschaften geht es um die Bewertung und auch um die Landwerte. Es ist nicht so, dass das Land für die Bewertung des Eigenmietwerts wesentlich ist. Bei Mehrfamilienhäusern, in denen der Eigentümer selbst in einer der Wohnungen lebt, spielt das Land bei der Bewertung überhaupt keine Rolle. Wenn man dort die Mieterträge kapitalisieren würde, käme man auf sehr viel tiefere Steuerwerte als bei Einfamilienhäusern oder beim Stockwerkeigentum.

Mir ist durchaus bewusst, dass es beim heutigen System diese Unterschiede gibt, dass es Eigentümer gibt, die sogar weniger als diese 60% versteuern und andere darüber liegen. Und genau das ist ein Kritikpunkt, der mit diesen Einsprachen eingebracht wurde. Es kann nicht sein, dass die einen nur 40% und der Rest bis zu 80 oder 90% versteuern müssen. Wenn man eine klare Regelung mit 60% hat, dann muss man halt die tieferen Werte anheben und die höheren werden auf dieses Mass gesenkt.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass diese Motionen durchaus umsetzbar sind, wenn der politische Wille dazu besteht. Ich habe aber Zweifel, dass der politische Wille da ist. In diesem Zusammenhang habe ich überhaupt kein Verständnis für die Forderungen von SP und GAB, dass sie nun die Motionen abschreiben möchten. Diese wurden zwei Mal überwiesen und sind umzusetzen. Ich möchte Sie an ein Votum Ihrer Ratskollegin Myriam Ballmer erinnern, welche ein Nichteintrittsbegehren der FDP-Fraktion zu den Veloparkplatzänderungen sagte, sie sei etwas erstaunt über die Voten von Andreas Zappalà und Roland Lindner, sei doch diese Motion von diesem Rat überwiesen worden, und heute gehe es darum, diese Motion, die bereits beschlossen wurde, umzusetzen. Es gehe nicht mehr darum, ob wir das gut oder schlecht fänden. Sie habe den Eindruck, dass ich den Grossen Rat nicht ernst nehme.

Was machen Sie heute? Sie machen genau das gleiche, indem Sie Motionen abschreiben wollen, die zwei Mal überwiesen wurden, ohne dass ein Bericht vorliegt. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die Motionen stehengelassen werden müssen, dass ein Bericht vorgelegt werden muss, und dann kann man entscheiden, wie wir weiterfahren. Aber einfach aufgrund von Zwischenberichten Motionen abzuschreiben, die zwei Mal überwiesen wurden, geht nicht.

Aus diesem Grund beantragen wir Ihnen, alle drei Motionen stehen zu lassen mit einer Frist von einem Jahr, während dem der Regierungsrat Zeit hat, seinen Bericht vorzulegen.

Lorenz Amiet (SVP): Auch die SVP will alle drei Motionen stehen lassen.

Zunächst haben wir mit Wohlwollen festgestellt, dass die Regierung bereit ist, die Motion Strahm stehen zu lassen. Zur Motion Christ, entsprechend dem Wunsch von Regierungsrätin Tanja Soland, werde ich kurz unsere Wünsche erläutern.

Der Imperativ dieses Parlaments war und ist der Umweltschutz, die Ökologisierung insbesondere auch im Gebäudewesen. Diese Motion verlangt nicht, dass man eine ökologischere Eindämmung der Gebäude steuerlich bevorzugt behandelt oder Subventionen verteilt. Sie verlangt nur, dass man Menschen, die in ihr Eigenheim investieren wollen, damit es ökologischer wird, nicht steuerlich bestraft werden. Wir sind der Meinung, dass dieses Ziel der Motion zu verfolgen ist. Der Weg, wie das Ziel erreicht wird, der ist uns gleichgültig.

Bei der Motion Haller geht es um noch Grundsätzlicheres. Regierungsrätin Tanja Soland hat gesagt, sie sei an Formalien gebunden. Das mag sein, aber sie ist auch an die Kantonsverfassung gebunden. Artikel 123 unserer Kantonsverfassung sagt, dass steuerlich alle gleich zu behandeln seien. Angesichts dessen kann es nicht sein, dass gewisse Eigenheimbesitzer einen Eigenmietwert bezahlen, der auf einer Basis von unter 60% und andere auf einer Basis von bis zu 90% versteuern müssen.

Schlussendlich geht es hier um die Steuergerechtigkeit. Und Steuergerechtigkeit, Gerechtigkeit generell, kostet Geld. Das ist uns allen klar. Deshalb leisten wir uns auch einen Justizapparat, der nicht billig ist. Aber wir müssen uns überlegen, wie viel Geld welche Gerechtigkeit kostet. Und hier geht es von mir aus gesehen darum, dass man aufzeigt, was es dem Finanzdepartement an Stellen kosten würde, wenn man das auf Promille genau einhalten will, was es kostet, wenn man es auf Prozent genau einhalten will, und was es kostet, wenn man zumindest sicherstellt, dass die Bandbreite nicht grösser als beispielsweise 10% ist. Wie dann schlussendlich die Motion Haller erfüllt oder nicht erfüllt ist, müssen wir dann diskutieren, wenn wir diese Darstellungen vorliegen haben. Das haben wir jetzt nicht, und deshalb müssen wir insbesondere diese Motion auf jeden Fall stehen lassen, um die Steuergerechtigkeit im Sinne der Kantonsverfassung auch beim Eigenmietwert garantieren zu können.

Aus diesen Gründen bittet auch die SVP, alle drei Motionen stehen zu lassen.

Alexandra Dill (SP): Wir sind ein Stadtkanton. 85% der Bevölkerung leben in Mietverhältnissen. 85% der Bevölkerung können keine solchen Abzüge machen. Und angenommen, sie hätten ihr Vermögen in Wertschriften, müssten sie diese zu 100% versteuern. Das System muss deshalb für alle fair sein und darf nicht die eine Gruppe privilegieren.

Auch sind wir nach wie vor der Ansicht, dass Land und Gebäude eine Einheit bilden. Es ist für uns deshalb richtig, dass der Eigenmietwert auf der Grundlage des gesamten Realwertes berechnet wird. Der Boden ist in Basel-Stadt besonders knapp, knapper als in anderen Kantonen, und darum wäre dieses System in unserem Kanton ein falsches Signal.

Dass Regierungsrätin Tanja Soland eine Untersuchung der Vor- und Nachteile der einzelnen Systeme in den verschiedenen Kantonen vorschlägt, finden wir an sich keine schlechte Idee und eine sehr hehre Absicht. Für die SP-Fraktion muss aber dieser Aufwand nicht sein, denn das System muss sowieso das Optimum suchen. Und wenn der Landwert nicht mit eingerechnet wird, muss der Eigenmietwertansatz angehoben oder dies irgendwo kompensiert werden, um nicht gegen die Rechtssprechung des Bundesgerichts zu verstossen. So viel erhoffen wir uns also von einer Überprüfung nicht, für niemanden.

Hinsichtlich Motion Christ sind wir gleicher Ansicht wie die Regierung, die Kantone sind harmonsierungsrechtlich sowieso gebunden. Und bei der Motion Haller überzeugt uns die Antwort der Regierung und die Ausführungen von Regierungsrätin Tanja Soland ebenfalls. Die Kosten solcher Schätzungen würden wahrscheinlich auch den Nutzen übersteigen.

Daher beantragen wir, alle drei Motionen abzuschreiben. Für uns ist das konsequent, weil wir die Motionen auch nicht überweisen wollen. Es tut mir leid, das ist für Andrea Zappalà irritierend, aber für uns hat sich an den Argumenten auch nach vier Jahren nichts geändert.

David Wüest-Rudin (fraktionslos): Prioritär wäre die Abschaffung des Systems der Eigenmietwertbesteuerung. Das würde im Vordergrund stehen, aber leider kommt das nun nicht, oder zumindest für längere Zeit nicht. Deshalb müssen wir uns immer noch mit diesem Thema befassen.

Die Grünliberalen bitten Sie ebenfalls, die drei Motionen stehen zu lassen, im Sinne eines Gesamtpakets und im Sinne der Umsetzung, weil der Grosse Rat dies mit der Zweitüberweisung so beschlossen hat. Wir haben aber gehört und akzeptieren das, dass allenfalls nicht alle Anliegen eins zu eins umsetzbar sind. Daher unterstützen wir Regierungsrätin Tanja Soland in ihrem Vorschlag, eine Gesamtsicht zu erstellen um zu prüfen, welche System welche Vor- und Nachteile haben und wo Verbesserungen möglich sind. Wir wollen, dass pragmatisch nach Verbesserungen am heutigen System gesucht wird, im Sinne der Steuergerechtigkeit, und dass ökologische Investitionen steuerlich nicht bestraft werden.

Wir wollen also, dass Handlungsspielräume ausgelotet werden. Wir finden auch, dass es wenig Änderungen in den Argumentationen gegeben hat. Gewisse Argumente wurden konkretisiert, aber wenn der politische Wille da ist, kann man schauen, wo Handlungsspielräume und kreative Lösungen möglich sind. Ebenfalls sinnvoll ist zu schauen, wie das andere machen und die Hauptkritikpunkte am jetzigen System doch verbessert werden können.

Beispiele von Handlungsspielräumen wurden etwa im Votum von Andreas Zappalà genannt. Wir erwarten den guten Willen des Regierungsrats, dass er hier Lösungen auf den Tisch legt, auch wenn sie nicht eins zu eins den Motionen entsprechen, aber immerhin in deren Sinn und Geist sind, im Sinn der Steuergerechtigkeit und des moderaten Einsatzes von Steuersätzen. Darum möchten wir die Motionen stehen lassen, damit im Sinne eines Gesamtpakets darüber berichtet werden kann.

René Brigger (SP): Ich höre sehr viel von Steuergerechtigkeit. Der Eigenmietwert ist eine schweizerische Besonderheit, der abgeschafft gehört. Dies wird mittelfristig wohl auch passieren. Der Eigenmietwert muss mindestens 60% der Marktmiete entsprechen. Das ist schon mal per se keine Steuergerechtigkeit, weil zumindest ein Bonus von 40% im

Vergleich 15% Eigentümer und 85% Mietparteien eben nicht vorhanden ist.

Die Steuergerechtigkeitsdiskussion interpretiere ich so, dass Andreas Zappalà sagt, dass es bei gewissen 40%, bei anderen Fällen 80 oder 90% der Marktmiete ist. Es ist ein Problem der Veranlagung innerhalb der Privilegierung, ein Problem des Eigenmietwerts, weil dieser über Jahrzehnte negativ war. Vom Eigenmietwert kann man Unterhaltskosten und Hypothekarzinsen abziehen. Wir haben heute rekordtiefe Hypothekarzinsen, wir haben sehr hohe Landwerte. Das hängt natürlich zusammen. Je tiefer der Hypothekarzins, umso besser für die Eigentümer, desto höher der Landwert, das wiederum gut ist für die Eigentümer. Aber eigenmietrechtlich geht der Landwert hoch, die Abzüge fallen weniger ins Gewicht. Darum wird jetzt darüber gejammert. Jahrzehntelang war der Eigenmietwert negativ. Durch die wirtschaftliche Entwicklung ist dieser nun positiv geworden, und man wird steuerlich belastet, immer im Rahmen der Privilegierung. Aber der Bodenwert ist in Basel in den letzten zehn Jahren um fast 100% gestiegen. Sie zahlen weniger Hypothekarzinsen. Das sind Faktoren, die relevant sind, und der Eigenmietwert ist in diesem Rahmen unerheblich. Seien Sie doch froh und hören Sie auf zu jammern, dass einige 40%, andere 70% zahlen müssen. Das ist teilweise etwas penibel.

Die Steuergerechtigkeit ist eine zwischen schon Privilegierten, die wirtschaftlich in doppelter Hinsicht profitieren, woraus folgt, dass der Eigenmietwert nun plötzlich positiv wird. Der Eigenmietwert wird irgendwann einmal abgeschafft werden.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich habe mir die verschiedenen Voten notiert. Teilweise sind die Kritikpunkte begründet. Ich hatte Kontakt zu Eigenheimbesitzern, die nicht so viel Geld haben, die sich ein Stockwerkeigentum gekauft haben und dann wurde der Eigenmietwert angepasst. Das sind keine vermögenden Leute, die das nicht einberechnet haben. Das ist sicherlich ungeschickt. Ich kann verstehen, dass man diese Ungerechtigkeit anprangert und fordert, dies anzugehen. Wenn es eine Möglichkeit gibt, das System zu verbessern, dann mache ich das gerne.

Andreas Zappalà hat bemängelt, dass die Motionen in den Schubladen verschwunden seien und ich zu wenig gemacht hätte und das Gleiche noch einmal vorgebracht habe. Als ich meine Arbeit im Finanzdepartement angefangen habe, habe ich zwei grosse Geschäfte in der Schublade gefunden, die Grundstückgewinnsteuer und der Eigenmietwert. Das sind nicht meine Lieblingsthemen, sie sind auch nicht so unkompliziert. Dann kam Corona dazu. Die Grundstückgewinnsteuer haben wir geschafft, die Vorlage kommt im März. Mit dem Eigenmietwert haben wir auch angefangen, wir haben bereits eine Studie in Auftrag gegeben, um zu analysieren und die Handlungsmöglichkeiten auszuloten. Das haben wir versucht darzustellen. Wie ich gehört habe, ist man bereit, dass wir eine Auslegeordnung vorlegen. Dann können Sie entscheiden, welche Kosten Sie für wie viel Steuergerechtigkeit in Kauf nehmen möchten.

Abstimmung

Motion Katja Christ und Konsorten

JA heisst als erledigt abschreiben, NEIN heisst stehen lassen mit einer Berichtsfrist von einem Jahr

Ergebnis der Abstimmung

47 JA

49 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion 16.5166 mit einer Berichtsfrist von 1 Jahr stehen zu lassen.

Abstimmung

Motion Christophe Haller und Konsorten

JA heisst als erledigt abschreiben, NEIN heisst stehen lassen mit einer Berichtsfrist von einem Jahr

Ergebnis der Abstimmung

47 JA

48 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion als erledigt abzuschreiben.

die Motion 15.5168 ist erledigt.

Abstimmung

Motion Thomas Strahm & Konsorten

JA heisst die Motion stehen lassen, NEIN heisst die Motion abschreiben

Ergebnis der Abstimmung
48 JA
47 NEIN
1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst
die Motion als erledigt abzuschreiben.
Die Motion 16.5164 ist erledigt.

31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Fälligkeitstermin der kantonalen Steuern

[10.02.21 15:43:41, FD, 18.5192.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5192 abzuschreiben.

Jürg Stöcklin (GAB): Ich möchte nur kurz begründen, weshalb wir einverstanden sind, dass dieser Anzug abgeschrieben wird.

Es ging darum zu verhindern, dass Menschen durch Steuerschulden in eine finanzielle Notlage geraten. Steuerschulden sind bei finanziellen Notlagen von Privaten in 80% solcher Fälle mitbeteiligt. Je später der Fälligkeitstermin der Steuern ist und je später die konkrete Zahlungsaufforderung für die Steuern erfolgt, umso grösser ist das Verschuldungsrisiko.

Im Anzug werden zwei Vorschläge gemacht, wie die aktuelle Situation verbessert werden könnte, entweder durch eine Vorverschiebung des allgemeinen Fälligkeitstermins oder durch den Versand einer provisorischen Steuerrechnung bereits im Jahr, für welches die Steuern geschuldet werden. Der Regierungsrat hält den ersten Vorschlag für schwierig zu realisieren und zweifelt auch daran, dass er zielführend wäre. Hingegen erachtet er, dass der Versand einer provisorischen Steuerrechnung das Potenzial hat, das Verschuldungsrisiko durch Steuern zu senken. Regierungsrätin Tanja Soland hat mir versichert, dass sie den zweiten Ansatz weiterverfolgen und umsetzen möchte. Deshalb sind wir einverstanden, den Anzug abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst
stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.
Der Anzug 18.5192 ist erledigt.

32. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend Schaffung von Wohnraum für Studierende und junge Leute in Ausbildung

[10.02.21 15:46:11, FD, 18.5323.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5323 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst
stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.
Der Anzug 18.5323 ist erledigt.

33. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Vereinfachung der Wohnungssuche durch faire Praxis der Steuerverwaltung bezüglich Betreibungen

[10.02.21 15:46:38, FD, 16.5269.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5269 abzuschreiben.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich spreche gerne noch einmal als Regierungsrätin zu meinem Anzug und danke mir selber und der Regierung (*Heiterkeit im Saal*), dass sie diesen Vorstoss umgesetzt hat.

Es ist wirklich ein leidiges Thema, wir haben viele Diskussionen darüber geführt. Es geht ja nur darum, dass Betreibungen, die bezahlt werden, auf Gesuch gelöscht werden. Das heisst, wenn man sie bezahlt hat und man ein entsprechendes Gesuch stellt, wird die Steuerverwaltung den Eintrag löschen. Das scheint mir fair zu sein, jemandem eine Chance zu geben, der mit seinen Schulden aufgeräumt hat. Das kommt überall gut an. Ich habe auch gehört, dass es an anderen Orten Praxis ist, und wir haben dies so eingeführt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 16.5269 ist erledigt.

34. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Veloparking am Bahnhof SBB

[10.02.21 15:48:32, FD, 18.5350.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5350 abzuschreiben.

Jean-Luc Perret (SP): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Das Veloparking unter dem Centralbahnparkplatz ist bald 20 Jahre alt, und damit ist klar, dass eine Rundumerneuerung nötig und angebracht wäre. Jörg Vitelli griff dies in seinem Anzug auf und machte verschiedene Vorschläge. Die Antwort kommentiert alle diese Vorschläge wohlwollend, trotzdem ist bisher nur wenig davon umgesetzt worden. Deshalb möchten wir den Anzug stehen lassen.

Ein paar Beispiele: Ein rutschfester Belag ist in Prüfung, angebracht ist aber noch nichts. Das Ticketingsystem ist bei Weitem nicht so modern wie es dargestellt wird. Man kann nur in einem Sektor mit Kreditkarte bezahlen, im anderen ausschliesslich mit Bargeld. Die Automaten sind zudem nicht miteinander kompatibel. Seit der Erweiterung sind selten alle Plätze in beiden Sektoren ausgelastet. Eine Karenzfrist von einer Stunde für schnelle Besorgungen wäre deshalb verkraftbar. Man könnte hier etwas grosszügiger sein. Umgekehrt finden wir auch, eine Verlängerung der maximalen Parkierdauer von sieben auf vierzehn Tage wäre eine Verbesserung. So könnte man zum Beispiel mit dem Velo zum Bahnhof fahren, wenn man länger wegbleibt.

Und nicht zuletzt beklagen sich auch Pro Velo und andere Interessensverbände, dass sie einmal mehr nicht mit in die Diskussion einbezogen wurden.

Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass im Moment noch vor allem gute Absichten geäussert werden, effektiv umgesetzt ist aber noch das Wenigste. Deshalb wäre es falsch, den Anzug jetzt schon abzuschreiben. Wir bitten Sie, ihn noch einmal stehen zu lassen.

Beat K. Schaller (SVP): Der Anzug beinhaltet diverse Aspekte rund um das Veloparking am Bahnhof, welche als mangelhaft oder verbesserungsbedürftig beurteilt werden. Im Gegensatz zu meinem Vorredner verzichte ich auch im Sinn einer ökonomischen Sitzungsführung darauf, auf jeden einzelnen Punkt einzugehen. Die Regierung hat das in ihrer Antwort bereits getan.

Zusammenfassend kann man sagen, dass von den angeführten Anregungen zwei konkret in Umsetzung begriffen sind, fünf sind laut Regierungsrat seit Einreichung des Anzugs umgesetzt worden. Wir folgen in diesem Fall der Regierung und ihrem Bericht und bitten Sie, diesen Anzug abzuschreiben.

Jérôme Thiriet (GAB): Das Grünalternative Bündnis möchten diesen Anzug ebenfalls stehen lassen. Jean-Luc Perret hat bereits erwähnt, dass leider nur sehr wenig umgesetzt worden ist. Es ist wichtig, dass man mit dem Velo zum Bahnhof fahren kann und dort eine gute Abstellmöglichkeit hat, denn oberirdisch ist es eine Katastrophe. Wir wollen, dass dies ein attraktives Veloparking ist und bleibt, auch mit unkompliziertem Zugang, vor allem auch beim Bezahlungssystem. Der Bodenbelag lässt sich ebenfalls verbessern, und vielleicht kann man die gefährliche Schwelle entfernen. Es gibt wirklich viel zu tun in diesem Veloparking, und deshalb darf die Regierung noch einen Moment dranbleiben.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es gibt ein Defizit von Fr. 450’000 bei diesem Veloparking. Das heisst, man muss sich irgendwann die Frage stellen, ob man das weiterhin so handhaben will oder ob man eher möchte, dass der Staat dies

selber bewirtschaftet und somit klar ist, wie wir das subventionieren. Wenn Sie den Anzug stehen lassen, werde ich mir diese Frage selbstverständlich auch stellen müssen, denn wenn es nicht wirtschaftlich ist und Sie noch mehr Wünsche haben, müssen wir uns selbstverständlich Überlegungen anstellen.

Weiter haben Sie entgegengesetzte Interessen mit anderen Leuten. Sie wollen länger parkieren, das heisst aber, dass es viel weniger Platz gibt. Da muss man entscheiden, was wichtiger ist. Wenn es oberirdisch eine Katastrophe ist, dann müsste man beim Baudepartement nachfragen. Wir können nicht alles auffangen, vor allem da die Preise sehr günstig sind. Solange diese so günstig sind, gibt es ein Defizit, und dann kann man nicht alles leisten.

Den Bodenbelag prüfen wir. Bei der längeren Parkdauer wird es aber eher schwierig, doch wenn Sie den Anzug stehen lassen, berichten wir noch einmal. Aber wir werden ohnehin prüfen, wie wir die Situation verbessern können.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

17 JA

59 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 18.5350 stehen zu lassen.

35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Aufbereitungsplätze für Bauabfälle

[10.02.21 15:56:08, FD, 19.5295.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5295 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 19.5295 ist erledigt.

36. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Gesundheits- und Sozialkommission auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Beteiligung des Bundes an den Ertragsausfällen der Spitäler und Kliniken

[10.02.21 15:56:33, GD, 20.5295.02, SSI]

Der Regierungsrat beantragt, die Standesinitiative einzureichen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

76 JA

1 NEIN

2 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative betreffend Beteiligung des Bundes an den Ertragsausfällen der Spitäler und Kliniken einzureichen.

Das Geschäft 20.5295 geht an den Regierungsrat zum Vollzug.
Der Antrag 20.5295 ist erledigt.

37. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Erkenntnisse aus der Corona-Krise und ihrer Bewältigung

[10.02.21 15:58:23, GD, 20.5175.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst
die Motion 20.5175 dem Regierungsrat zu überweisen.

38. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 148 David Wüest-Rudin betreffend die kommende Impfung gegen SARS-CoV-2 / Covid-19

[10.02.21 15:59:38, GD, 20.5464.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen, aber ich bin mit der Antwort nicht zufrieden. Zwar ist eine formelle Impfpflicht bei Kantonsangestellten vom Tisch. Aber komplett enttäuschend, ja schon fast stossend ist die Nichtbeantwortung meiner Fragen zur Impfpflicht durch private Arbeitgeber und zu einer De-facto-Impfpflicht. Ein solcher Impfzwang entsteht, wenn Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen, wesentliche Nachteile oder sozialen Druck erfahren. Wir alle können zur Impfung gezwungen werden an der Arbeit, durch Verpflichtungen oder durch berufliche oder andere Nachteile, zum Beispiel wenn der Zugang eingeschränkt wird zu Veranstaltungen, Bars, Theatern, Transportmitteln, Einkaufsgeschäften usw.

Das ist nicht eine Lappalie. Eine Impfung ist ein relevanter Eingriff in die körperliche Integrität, ein freier gut informierter Entscheid, ohne Zwang und sozialen Druck, ist ein Grund- und Menschenrecht. Ich habe den Regierungsrat explizit gebeten, zu möglichen Zwangsmitteln, zu Repressionen oder zu Ausgrenzungen von Menschen ohne Impfung Stellung zu nehmen, insbesondere auch aus ethischer Sicht, und ob er davon abraten würde. Der Regierungsrat entzieht sich der Antwort. Er erwähnt nicht einmal die Problematik mit dem Datenschutz, wenn Private den Impfstatus verlangen. Ja im Gegenteil, er zeigt Verständnis für mögliche kommende Ausgrenzungen, und er stellt sich nicht dagegen, dass ungeimpfte Menschen als unsolidarisch bezeichnet würden. Hier geht es ans Eingemachte unserer Grundrechte. Dem absehbaren Druck und den möglichen Diskriminierungen ist entschieden entgegenzutreten, und dazu darf die Politik und vor allem der Regierungsrat nicht schweigen und es schon gar nicht billigen. Denn Schweigen ist eben auch eine Antwort.

Der Regierungsrat versucht, das Thema als eher nebensächlich darzustellen. Er sagt, es sei eine kleine Gruppe, die Impfungen ablehnen. Das stimmt so nicht. Die jüngste Sotomo-Umfrage von Mitte Januar zeigt, jede und jeder Vierte wird sich grundsätzlich nicht impfen lassen. Hinzu kommt ein Drittel der Bevölkerung, der noch unschlüssig, also eher skeptisch ist. Zwei Drittel der Angestellten in Alters- und Pflegeheimen wollen sich offenbar nicht gegen Covid-19 impfen lassen, wie Medien berichten. Diese Gruppe ist also nicht klein.

Der Regierungsrat versucht auch zu beruhigen. Der freie Entscheid gegen eine Impfung werde gesellschaftlich akzeptiert. Auch da zeigt sich in meiner Sicht, dass die Realität eine andere ist. Die Diskriminierungen werden bereits öffentlich diskutiert und angekündigt. Auch der Druck in Alters- und Pflegeheimen ist bereits deutlich spürbar. Auch auf internationaler Ebene geht einiges, in Dänemark ist der Corona-Impfpass bereits in Planung.

Warum nehmen Sie denn nicht präventiv klar Stellung aufgrund meiner Fragen? Nehmen wir mal die Aussagen des Gesundheitsökonomen Professor Oggier, der verlangte, “dass Coronaskeptiker ihr Recht auf ein Akutbett oder Intensivplatz verwirken, falls es zu Engpässen kommt”. Medizinethiker widersprachen zwar heftigst, aber offenbar ist solches Gedankengut salonfähig, und wenn die Pandemie noch länger dauert, wird auch der Druck auf Personen ohne Impfung stark zunehmen.

Der Regierungsrat hat bei einer früheren Interpellation noch heftig reagiert, als ich gefragt habe, ob man nicht besonders durch Covid-19 gefährdete Personen empfehlen könnte, nicht an die Herbstmesse zu gehen. Das sei diskriminierend und ausgrenzend, sagte er. Aber nun sagt er gar nichts dazu, wenn Menschen ohne Impfung tatsächlich nicht an Veranstaltungen, in Restaurants, Läden und so weiter zugelassen werden sollten.

Ich rufe deshalb den Regierungsrat dazu auf, eine deutliche Haltung für die Respektierung der Grundrechte aller Menschen in Basel-Stadt und gegen Zwang und Ausgrenzung zu zeigen, auch wenn ein Viertel der Menschen eine Impfung verweigern sollte und diese Haltung nicht ganz ins Konzept passt. Daher bin ich nicht befriedigt und enttäuscht von der Antwort des Regierungsrats.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte mich gerne kurz fassen. Es ist allerdings schwierig, wenn eine Interpellation schon von den Fragen her fast drei Seiten umfasst, dann ist formell auch der Rahmen der Interpellation wahrscheinlich gesprengt. Wir haben uns bemüht, die Fragen trotzdem zu beantworten und dabei auch eine Haltung zu zeigen. Wir haben an verschiedenen Punkten betont, dass der Regierungsrat die Freiwilligkeit der Impfung schützen will und schützen wird, soweit wir das können im Rahmen der Möglichkeiten eines Kantons. Ich fände es hingegen sinnvoll, wenn die politische Energie vielleicht darauf verwendet würde, die Impfkampagne des Kantons zu unterstützen und nicht darauf, sie zu unterminieren.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 20.5464 ist erledigt.

39. Schriftliche Beantwortung der Interepllation Nr. 150 Alexander Gröflin betreffend verschärfte Covid-19-Verordnung

[10.02.21 16:05:55, GD, 20.5466.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant hat schriftlich mitgeteilt, dass er von der Antwort nicht befriedigt ist.

Die Interpellation 20.5466 ist erledigt.

40. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 154 Beat K. Schaller betreffend zielgruppengerechte Ansprache und Orientierung von speziell dem Corona-Ansteckungsrisiko ausgesetzten Teilen der Bevölkerung

[10.02.21 16:06:24, GD, 20.5470.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Beat K. Schaller (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für seine Antwort. Ursprung der Interpellation war eine Aussage der Sprecherin des Krisenstabs des Kantons Basel-Landschaft. “ Wir erreichen gewisse Bevölkerungsgruppen nicht, vor allem die nicht deutschsprachigen”. Auch die Generalsekretärin des städtischen Gesundheitsdepartements lässt sich ähnlich verlauten wenn sie sagt: “Es ist uns aufgefallen, dass vulnerable, oftmals fremdsprachige Menschen einen erschwerten Zugang zu lokalen Informationen rund um den Umgang mit Corona haben.”

Der Regierungsrat schreibt, die Kommunikationsmassnahmen würden sich an Risikogruppen richten, welche er auch benennt. Er nennt in seiner Antwort konkret Personen mit tiefem sozioökonomischem Status, sowie Personen mit Migrationshintergrund. Und um diese Personen besser zu erreichen, hat er tatsächlich spezielle Programme aufgelegt.

Leider lehnt es der Regierungsrat ab, Daten zu erheben, welche eine differenzierte Aussage über Corona und Migrationshintergrund zulassen. Als Hauptgrund nennt er einen seiner Auffassung nach massiven strukturellen und personellen Mehraufwand. Diese Begründung ist nach meinem Dafürhalten als jemanden, der sich im Berufsleben im IT-Umfeld bewegt hat, doch sehr schwachbrüstig. Immerhin zitiert der Regierungsrat eine OECD-Studie, gemäss der Menschen mit Migrationshintergrund ein Infektionsrisiko haben, welches mindestens doppelt so hoch ist wie das der gebürtigen einheimischen Personen. Damit bestätigt er, dass der erwartbare Anteil ausländischer Personen an Covid Erkrankten in Basel-Stadt über 50% liegt. Ich möchte betonen, das ist eine Aussage, die nicht von einem Fremdenhasser kommt, das ist eine Aussage eines Regierungsrats, der migrationspolitisch ganz sicher unverdächtig ist. Es beruhigt mich aber, dass der Regierungsrat dieses Risiko wahrnimmt, dazu steht und zum Beispiel auch eine interkantonale Arbeitsgruppe gegründet hat, welche das Thema Covid-19 und Migration bearbeitet.

Der vertretbare Eindruck, den die Interpellationsantwort bis zu diesem Punkt hinterlässt, wird leider mit dem letzten Abschnitt stark getrübt. Der Regierungsrat erachtet eine detaillierte, kritische und ergebnisoffene Beurteilung seiner Kommunikationsmassnahmen als “nicht notwendig”. Schade, ich bedaure das, zeigt er doch damit, dass er Selbstreflexion nicht als eine wichtige Kompetenz erachtet und damit bestätigt er auch gleich gelagerte Aussagen, die wir in diesem Grossen Rat auch schon gehört haben.

Zusammengefasst: Ich von der Antwort teilweise befriedigt.

Der Interpellant teilweise befriedigt.

Die Interpellation 20.5470 ist erledigt.

41. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Weiterbildung für religiöse Leitungspersonen

[10.02.21 16:10:25, PD, 19.5089.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5089 abzuschreiben.

Barbara Heer (SP): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Gerne möchte ich im Namen der SP-Fraktion den Antrag stellen, meinen Anzug stehen zu lassen. Der Anzug gehört zu einem Vorstoss-Paket der SP, das das Ziel verfolgt, integrationsfördernde Potenziale von Religionsgemeinschaften zu stärken und damit durch generalpräventive Massnahmen religiösen Fundamentalismen entgegenzuwirken. Wir möchten mit diesen Vorstössen zu einer sachlichen und fundierten Politik der kulturellen und religiösen Vielfalt im Kanton beitragen. Dieser Vorstoss wurde mit breiter Unterstützung überwiesen und ich möchte Ihnen beliebt machen, ihn nun mit ebenso breiter Unterstützung stehen zu lassen.

Es geht um die Ausbildung religiöser Leitungspersonen von nicht anerkannten Religionsgemeinschaften, das sind meist sehr kleine Vereine von muslimischen Gruppierungen bis zu christlichen, hinduistischen und buddhistischen Gruppierungen. Sie leisten meist auf freiwilliger Basis sehr vieles, gehen tagsüber einem Beruf nach, am Abend und am Wochenende machen sie Seelsorge oder sozialarbeiterische Unterstützung für ihre Gemeinschaften. Diese Arbeiten können sie noch besser machen, wenn sie auch die entsprechenden Ausbildungen besuchen können.

Es entstehen aktuell schweizweit verschiedene Angebote von niederschwelligen Kursen bis zu akademischen CAS. Rund um das neue schweizerische Zentrum Islam und Gesellschaft entsteht eine neue Dynamik in diesem Feld. Ich bin insofern mit der Regierung einverstanden, dass der Kanton Basel-Stadt nicht noch weitere Weiterbildung schaffen muss, das ist bereits in Gang.

Wie die Regierung schreibt, kann sie aber sehr wohl mit den entsprechenden Bildungsinstitutionen über den kantonalen Bedarf sprechen, damit diese Angebote auch wirklich den Bedürfnissen von Basler Religionsgemeinschaften entsprechen. Mein Wunsch ist, dass die Verwaltung diesen Austausch auch tatsächlich führt und ich möchte diesen Anzug stehen lassen, damit die Regierung in der nächsten Beantwortung von diesen Gesprächen auch berichtet.

Die CAS an Hochschulen wie Freiburg oder Bern haben aber mindestens drei Probleme. Erstens sind sie hochschwellig, zweitens sehr zeitintensiv und drittens kosten sie sehr viel. Mein Anzug wirft deshalb unter anderem auch die Frage von Stipendien auf für solche Weiterbildungen. Die Regierung argumentiert, dass es schwierig ist, Leitungspersonen von diesen Vereinen Stipendien zu vergeben wegen dem Prinzip der Gleichbehandlung. Das leuchtet auf den ersten Blick ein, allerdings möchte ich wegen dem Prinzip der Gleichbehandlung zu bedenken geben, dass wir mit unseren Steuergeldern eine ganze theologische Fakultät finanzieren, die die theoretische Ausbildung von christlichen Fachpersonen sicherstellt. Für den Islam, Hinduismus und Buddhismus fehlen solche universitären Ausbildungsmöglichkeiten. Wir möchten deshalb die Regierung auffordern, an dieser Finanzierungsfrage weiterzuarbeiten, gerade eben im Sinne der Gleichbehandlung von Religionen. Zum Beispiel könnte die Regierung den Austausch mit Stiftungen suchen, die im Bereich von Religion und Gesellschaft aktiv sind und diese zum Beispiel ermuntern, Stipendien zu vergeben. Beim CAS interkulturelle Theologie, der für die Zielgruppe Migrationskirchen ist, bezahlen Kantonalkirchen solche Stipendien. Für andere Religionsgemeinschaften könnten auch solche Wege gefunden werden.

Viele Leitungspersonen haben aber nicht die Zeit, universitäre CAS zu absolvieren, und sie sind eben zu hochschwellig. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass der Kanton auch einen niederschwelligen Zugang vorschlägt. Es gibt im Kanton bereits die von der GGG Migration durchgeführten Infomodule, die über das kantonale Integrationsprogramm subventioniert werden. In diesen Modulen geht es genau um praxisnahe Themen, die auch mein Anzug anspricht.

Die Fachstelle Integration und Diversität wird laut Bericht zu meinem Anzug in Abstimmung mit den Religionsgemeinschaften künftig ein spezifisches praxisnahes Programm anbieten, aus unterschiedlichen Infomodulen zusammengestellt ist. Das ist in der Anzugsbeantwortung aber erst als Vorhaben skizziert. Wir möchten den Anzug stehen lassen, damit die Regierung das auch tatsächlich umsetzt und bei der nächsten Beantwortung von dieser Umsetzung und den ersten Erfahrungen berichten kann. Wichtig ist auch, dass solche Angebote attraktiv gestaltet werden, zum Beispiel mit einem Zertifikat am Schluss, sodass die Leitungspersonen auch einen Sinn darin sehen, diese Infomodule zu besuchen. Damit diese Dinge angegangen werden, ist eben Stehenlassen sinnvoll.

Es ist ein wichtiges Thema, die Anliegen des Anzugs bei Weitem noch nicht genügend bearbeitet und deshalb bitten wir Sie im Namen der SP-Fraktion, den Anzug stehen zu lassen.

Thomas Müry (LDP): Im Namen der LDP-Fraktion unterstütze ich den Antrag der Regierung, das Anliegen abzuschreiben. Ich bin zwar einer der Mitunterzeichnenden, mir leuchtet aber ein, was die Regierung in ihrer Antwort schreibt, und deshalb bin ich für Abschreiben.

Lorenz Amiet (SVP): Wir haben gehört, dass der Grund für den Antrag auf Stehenlassen ist, dass man in der nächsten Runde darüber orientiert werden möchte, was alles läuft. So gesehen ist dieser Anzug also nicht von allzu grosser Tragweite. Trotzdem sind wir der Meinung, wenn die Regierung einen Anzug umfassend beantwortet und darlegt, dass all das, was in ihrer Macht steht, bereits gemacht wurde, und das, was nicht gemacht wurde, nicht Sache des Kantons ist, man mit gutem Gewissen einen solchen Anzug einfach abschreiben kann.

Die SVP bittet Sie, diesen Anzug abzuschreiben.

Oliver Thommen (GAB): Wir bitten Sie ebenfalls, den Anzug stehen zu lassen. Wir sehen auch, dass es hier noch Lücken gibt, gerade bei der Hochschulbildung CAS. Die Regierung soll hierzu noch einmal berichten.

David Wüest-Rudin (GLP): Wir haben in der Kreuztabelle ebenfalls ein Stehenlassen eingegeben. Damit man das interpretieren kann, möchte ich Folgendes sagen. Wir stehen eigentlich nahe bei der Aussage von Lorenz Amiet, gehen aber auf die andere Seite. Wie Barbara Heer sehen auch wir es als sinnvoll an, dass der Kanton in zwei Jahren oder auch früher noch einmal berichtet, da er sich engagieren möchte, die Infomodule und die erwähnten Angeboten an Universitäten und Fachhochschulen auszubauen und zu stärken. Danach kann man den Anzug abschreiben, wenn ein Schritt in die angekündigte Richtung getan wurde.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

37 JA

52 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 19.5089 stehen zu lassen.

42. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Alexander Gröflin und Danielle Kaufmann betreffend Förderung von Open Government Data im Kanton Basel-Stadt

[10.02.21 16:19:34, PD, 16.5322.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5322 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 16.5322 ist erledigt.

43. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Schaffung einer zentralen Datenbank für Studien, Expertisen und Berichte der kantonalen Verwaltung

[10.02.21 16:20:09, PD, 16.5367.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5367 abzuschreiben.

Luca Urgese (FDP): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Ich freue mich natürlich, dass der Regierungsrat endlich eine zentrale Datenbank für die Studien, Expertisen und Berichte einrichtet, wie es der Anzug fordert. Aber diese Freude ist erheblich getrübt. Für mich ist absolut nicht nachvollziehbar, warum diese Datenbank nicht öffentlich sein soll. Ich verstehe diese Geheimnistuerei des Kantons wirklich nicht. Da muss eigentlich fast zwingend der Verdacht aufkommen, dass es etwas zu verbergen gibt, was ich persönlich nicht glaube, aber der Regierungsrat verhält sich zumindest so. Ich hoffe, dass der neu zusammengesetzte Regierungsrat da mehr Offenheit

und Transparenz zeigt.

Zur Erinnerung: In unserem Kanton gilt das Öffentlichkeitsprinzip. Das ist ein Prinzip mit Verfassungsrang, das in § 75 unserer Kantonsverfassung festgehalten ist. Es gilt also der Grundsatz, dass die Öffentlichkeit Anrecht auf Zugang zu öffentlichen Informationen hat, wenn dem keine überwiegenden anderen Interessen entgegenstehen. Der Regierungsrat führt drei überwiegende Interessen gegen eine solche öffentliche Datenbank an, keines davon vermag zu überzeugen.

Der erste Grund, der genannt wird, ist die Beeinträchtigung des freien Meinungs- und Willensbildungsprozesses von Verwaltung und Regierung. Solange dieser Prozess stattfindet, mag das vielleicht zutreffen. Aber dieser Prozess ist irgendwann fertig, spätestens dann kann man die entsprechenden Studien, Berichte publizieren. Das ist schlicht eine Frage des Zeitpunkts der Publikation und nicht ob überhaupt publiziert wird.

Weiter wird vom Schutz von Personendaten gesprochen. Personendaten kann man anonymisieren. Man kann sie unkenntlich machen, damit eben kein Problem mit Persönlichkeitsrechten entsteht. Auch da stellt sich die Frage, ob man das will oder nicht.

Schliesslich wird angeführt, es gäbe externe Gutachter, die nicht genannt werden wollen. Das mag sein, aber wenn man überlegt, was wir von Unternehmen bei einer öffentlichen Beschaffung alles an Informationen und Unterlagen verlangen, und was dabei alles im Kantonsblatt publiziert werden muss, halte ich es für zumutbar, dass der Name der Beauftragten in der Regel öffentlich bekannt gegeben wird.

Die entscheidende Frage ist eben, was die Regel ist und was die Ausnahme. Ja, es kann sein, dass im Einzelfall die Gründe für eine Nichtveröffentlichung überwiegen. Dann kann man durchaus auf eine Publikation verzichten. Aber die Regel sollte Öffentlichkeit und Transparenz sein. Es kann dabei nicht sein, dass man sich die publizierten Studien auf der doch sehr umfassenden Website des Kantons auf irgendwelchen Unterseiten oder in Medienmitteilungsarchiv zusammensuchen muss. Das ist nicht dienstleistungsorientiert. Womöglich sucht man am falschen Ort oder mit dem falschen Stichwort und findet das entsprechend nicht. Fragwürdig ist auch die Haltung, dass man ja ein Einsichtsgesuch stellen könne. Dafür müsste man ja aber überhaupt wissen, dass es eine solche Studie gibt und wonach man überhaupt fragen soll oder sich darauf verlassen, dass der Regierungsrat einfach alles veröffentlicht, was von öffentlichem Interesse ist. Mit einer Datenbank könnte man einfach entsprechend suchen.

Der erste wichtige Schritt ist gemacht. Die Datenbank wird geschaffen. Gehen wir doch nun den ganzen Weg, und machen wir diese Datenbank öffentlich. Zeigen wir, was in unserem Kanton an Know-how erarbeitet und zusammengetragen wird. Machen wir diese Informationen für eine breite Öffentlichkeit verfügbar. In Zeiten von Open Government Data scheint mir das mehr als angebracht.

Wir bitten Sie deshalb, den Anzug ein weiteres Mal stehen zu lassen, damit die Datenbank veröffentlicht wird.

Beat Jans, Regierungspräsident: Das Anliegen und die Sorge von Luca Urgese sind nachvollziehbar. Allerdings verlangen Sie von uns eine sehr unübliche Praxis der Verwaltungsarbeit. Wir machen trotzdem einen ersten Schritt, indem wir eine solche Datenbank erstellen, eine, bei der Sie Zugang finden. Und in diesem Sinn bitte ich Sie, diesen ersten Schritt gemeinsam zu tun, werten Sie diesen Schritt aus, und fragen Sie sich dann nachher, ob es noch weitere Schritte gibt. Sie haben Zugang zu privatwirtschaftlichen Praxen und können sicherlich gut nachvollziehen, dass es zum Teil wirklich problematische Gutachten gibt, bei denen es zu Datenschutz- und Geheimhaltungsproblemen kommt. Mit dem umzugehen ist nun wirklich eine grosse Herausforderung und das wissen Sie auch.

In diesem Sinne bitte ich Sie, mit der Abschreibung das Signal, das wir geben, zu honorieren, dass wir bereit sind, hier mehr Öffentlichkeit herzustellen.

Zwischenfrage

Luca Urgese (FDP): Sie haben gerade gesagt, ich solle zufrieden sein, weil mehr Öffentlichkeit geschaffen werde. Die Datenbank ist aber nicht öffentlich. Wo schaffen Sie konkret mehr Öffentlichkeit?

Beat Jans, Regierungspräsident: Indem es eine solche Datenbank gibt und Sie als Mitglied des Grossen Rates Zugang finden dazu.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

75 JA

9 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 16.5367 ist erledigt.

44. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend mehrsprachige Website mit Alltagsinformationen

[10.02.21 16:28:10, PD, 18.5385.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5385 abzuschreiben.

Daniel Albietz (die Mitte/EVP): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Am Grossratstag vom 13. Januar 2021 haben wir das Füllhorn ausgeschüttet und viel Geld ausgegeben. Über den sinnvollen Einsatz von Geld für Projekte hier und dort kann man natürlich durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Wenn ich nun aber die Antwort des Regierungsrats auf meinen Anzug betreffend mehrsprachige Website mit Alltagsinformationen lese, bin ich doch etwas erstaunt. Ein leises Gefühl beschleicht mich und mein Fazit lautet: Man will einfach nicht.

Die Liste der Argumente, um eine mehrsprachige Website nicht einführen zu müssen, ist beachtlich. Ich gratuliere dem Regierungsrat für die kreativen, vielfältigen Angebote, die er aufführt. Aber eine zentrale Plattform wie Hallo Aargau wäre ein gutes Mittel, viele Angebote auch in anderen Sprachen als nur Expatenglisch zu bündeln. Dies ganz im Sinne der von der Verwaltung dringend anzustreben One-Shop-Strategie.

Aber die bestehenden Massnahmen erreichen die Zielgruppen nicht. Nicht alle neuzuziehenden Personen besuchen die Begrüssungsanlässe oder nehmen an einem Begrüssungsgespräch beim Migrationsamt teil. Dieses Gespräch ist gemäss Schreiben aus dem Jahr 2013 des Regierungsrats für Drittstaatsangehörte obligatorisch, für EU/EFTA-Angehörige sowie Ehepartnerinnen und Ehepartner von Schweizerinnen und Schweizern ist das Begrüssungsgespräch freiwillig.

Die Bevölkerung wird zunehmend digitaler. Wenn der Kanton Aargau die Übernahme des Grundkonzeptes vergünstigt zur Verfügung stellt und der Kanton Luzern dies auch übernahm, warum gibt es dann keine Anstrengungen, das Projekt noch in weiteren Kantone zu teilen und somit beispielsweise die Übersetzungskosten zu minimieren? Der digitale Fortschritt macht auch vor Migrantinnen und Migranten nicht halt, und es wird zunehmend so, dass Mann und Frau sich an einem neuen Wohnort zu allererst über das Internet Informationen suchen.

Die Informationsseite des Migrationsamts ist nur auf deutsch. Viele Informationen, die für Neuzuziehende relevant sein könnten, sind nicht online zu finden. Dies erschwert das Zurechtfinden in Basel und ist im Zeitalter der Digitalisierung und zusätzlich mitten in einer Pandemie nicht ideal für neuzuziehende Personen. Schliesslich würden sich gerne einige Personen vor der Einreise auf ihren Aufenthalt, ihren Umzug nach Basel vorbereiten.

Folgekosten werden als Argument für die Ablehnung angeführt. Aber seien wir ehrlich, alle gelobten Aktivitäten namens Willkommensanlässe, Stadtrundgänge, Informationsanlässe generieren laufend Folgekosten. In diesem Sinne bittet Sie die Mitte/EVP-Fraktion um ein Stehenlassen. Wir möchten der Regierung die Gelegenheit geben, nach einer kreativen Lösung zu suchen.

Beat K. Schaller (SVP): Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort auf, welchen Stellenwert er einer Willkommenskultur beimisst und wie er diese Kultur im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms (KIP) umsetzt. Angeboten werden ein Begrüssungs- und Integrationsgespräch, Broschüren und Themenblätter, welche auf deutsch und englisch erhältlich sind. An den Begrüssungsanlässen der beiden grossen Pharmafirmen ist der Kanton vertreten, und nicht deutschsprachige Migranten mit Anspruch auf eine B-Bewilligung erhalten für das erste Jahr einen Gutschein für einen gratis Deutschkurs. Dasselbe gilt für Auslandschweizer, welche immigrieren. Der Bericht zählt noch eine grosse Zahl anderer Anlässe auf, welche in bis zu sechs Sprachen durchgeführt werden. Ich erspare Ihnen, jeden Anlass aufzuzählen, kann Ihnen aber die Lektüre des Berichts empfehlen, mit dem Prädikat lesenswert.

Eine Übernahme der Aargauer Website wäre mit initialen und wiederkehrenden Kosten verbunden und der Regierungsrat erachtet unserer Meinung nach zu Recht, Deutsch als Amtssprache und Englisch als Erst- und Brückensprache als essentiell für die Informationstätigkeit. Und die angefragten Informationen sind ja wie oben ausgeführt in diesen Sprachen verfügbar. Deshalb kann die Fraktion der SVP der Regierung folgen, wenn sie beantragt, den Anzug abzuschreiben.

Bitte gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung. Die Frage nach einer möglichst grossen Sprachenvielfalt von amtlichen Mitteilungen taucht regelmässig auf. Mit dieser Sprachenvielfalt wird unterstellt, wir würden den Neuzuzügern einen Gefallen tun und ihnen das Leben erleichtern. Auf den ersten Blick mag das sogar stimmen. Mittel- und langfristig ist es aber der falsche Weg. Integration geschieht neben der gemeinsamen Arbeit ganz wesentlich über die gemeinsame Sprache. Und ja, die erste Zeit in einer neuen Umgebung, deren Sprache man nicht oder nur mangelhaft spricht, ist nicht einfach, das bestreitet niemand. Wenn wir aber die Neuzuzüger wirklich unterstützen wollen, verlangen wir von ihnen, dass sie unsere Sprache teilen, wozu unser Kanton einige Möglichkeiten offeriert.

Der Verzicht auf sprachliche Integration ist keine Lösung, weder für die Zuzüger noch für die bestehende Bevölkerung. Die jetzt angebotenen Formen und Sprachen der Erstinformation sind genügend, zielführend und schlussendlich für beide Seiten gewinnbringend.

Ich bitte Sie deshalb, den Anzug nicht zu überweisen.

Zwischenfrage

Daniel Albietz (die Mitte/EVP): Finden Sie, es ist in Zeiten der Pandemie so ausreichend? Im Moment finden keine Willkommensanlässe, keine Stadtrundgänge und gar nichts statt.

Beat K. Schaller (SVP): Sie vergleichen Äpfel mit Birnen. Wir haben hier tatsächlich eine Extremsituation mit Corona. In Ihrem Anzug geht es aber um eine mittel- und langfristige Integration der Neuzuzüger. Das sind zwei grundsätzlich verschiedene Dinge. Regierungsrat Lukas Engelberger hat ja schon ausgeführt, was seitens der Regierung in dieser Sache alles unternommen wird.

Laurin Hoppler (GAB): Unser Kanton und vor allem die Stadt Basel rühmt sich gerne damit, dass hier viele verschiedene Menschen aus unterschiedlichen Nationen leben. Damit sich die Menschen, welche nicht unsere Sprache sprechen, besser informieren können, braucht es eine Website, auf der sich alle Antworten auf die wichtigsten Fragen zum täglichen Leben finden. Diese Plattform soll sehr einfach und dynamisch gestaltet sein, damit jeder Mensch schnell und einfach an Antworten kommt. Wer neu zuzieht, ist enorm froh, eine einfache und leicht lesbare Informationsplattform vorzufinden, die weiter geht als die normale Staatsplattform. Es reicht nicht, dass die Information in Deutsch und Englisch zur Verfügung steht. Es braucht eine Website mit mehr als nur zwei Sprachen, denn was nützt eine Website, wenn man sie nicht versteht.

Aus der Antwort der Regierung geht nur hervor, dass es begrüssenswert wäre, wenn die Website auch auf Italienisch, Französisch, Spanisch und Portugiesisch zur Verfügung stehen würde. Es wurde jedoch nicht zugesichert, dass dies auch umgesetzt wird. Doch auch wenn diese Website in diesen Sprachen zur Verfügung stehen würde, wäre das nur eine geringfügige Verbesserung. Denn in Basel gibt es noch einige andere Sprachen, die relevant sind, zum Beispiel Arabisch, Farsi, Tamilisch, Albanisch, Türkisch. Um die Integration von Migranten und Migrantinnen zu fördern, wäre es dringend nötig, dem Image, welches wir uns gerne geben, auch nachzukommen, nämlich ein weltoffenes Basel zu sein, in dem jeder und jede willkommen ist.

Darum bitte ich Sie auch im Namen des Grünalternativen Bündnisses, diesen Anzug so stehen zu lassen.

Jessica Brandenburger (SP): Unterschiedlicher hätten die Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner nicht sein können. Die SP sieht es ähnlich wie die Mitte/EVB und das GAB und ist für Stehenlassen, weil wir der Meinung sind, dass unsere Stadt sich auch auf einer Website so präsentieren sollte, dass alle Leute verstehen, worum es geht.

Eric Weber (fraktionslos): Ich verstehe meine Arbeit als Grossrat als Dienst an unserem Bürger. Ich bin daher zu keinen Kompromissen bereit. Beatrice Isler, bitte, es ist genug, was die Regierung gemacht hat. Sie hat es wunderbar dargelegt. Welche Sprachen wollen Sie denn noch? Man kann heute über Google Translate alles übersetzen. Ich weiss nicht, wo das Problem ist. Basel Tourismus verlegt tolle Prospekte über Basel, in denen auch drinsteht, wie man sich hier zurechtfindet. Diese liegen nicht nur in Deutsch und Englisch, sondern auch auf Italienisch, Spanisch u.ä. vor. Wenn Sie die Stadtverwaltung anschreiben, erhalten Sie das auch auf Russisch, Bulgarisch, Rumänisch und ine allen diesen Sprachen.

Wir müssen sparen. Sie haben selber gesagt, dass es im Moment wegen Corona nicht mehr so viele Anlässe gibt. Corona kostet viel und wir müssen mit Sparen anfangen. Laurin Hoppler hat von Migration und weltoffenem Basel gesprochen. Aber es gibt auch Parteien, die sagen, dass wir kein weltoffenes Basel wollen. Wir müssen zuerst an die eigene Bevölkerung denken, an Schweizerdeutsch. Ich verlange nicht einmal, dass die Begrüssung auch auf Schweizerdeutsch gemacht wird.

Also, fragen Sie sich, wo wir sind und was wir wollen und welche Interessen Sie hier vertreten.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

31 JA

54 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 18.5385 stehen zu lassen.

45. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend

Förderung der politischen Partizipation von Migrant/innen auf Quartierebene

[10.02.21 16:43:07, PD, 18.5440.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5440 abzuschreiben.

Tonja Zürcher (GAB): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Die Antwort der Regierung auf den Anzug ist eine schöne Auflistung, was der Kanton im Zusammenhang mit Migration und Quartier schon macht bzw. fördert und welche privaten Initiativen es in diesem Bereich gibt, die der Kanton irgendwie wertschätzt. Darunter sind auch viele, ich würde sogar sagen mehrheitlich, Angebote und Initiativen, die mit den Forderungen des Anzugs sehr wenig zu tun haben. Wir finden zum Beispiel die Begrüssung von Neuzugezogenen im Rathaus eine tolle Sache, die unbedingt weitergemacht werden sollte, wenn Corona wieder vorbei ist. Aber die Partizipation auf Quartierebene wird dadurch nicht gefördert. Es werden in der Antwort auch Projekte aufgeführt, die allenfalls einen positiven Nebeneffekt auf die Integration und Partizipation von Migrantinnen und Migranten auf Quartierebene haben, beispielsweise das Projekt Brückenbauerinnen, bei dem Eltern dabei unterstützt werden, das Bildungssystem zu verstehen und ihre Kinder im Schulalltag zu begleiten. Aber eine gezielte Förderung der Partizipation von Migrantinnen und Migranten auf Quartierebene findet nicht statt.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass bei Mitwirkungsanlässen teilweise mehr Personen von ausserhalb des Quartiers oder gar ausserhalb der Stadt Basel anwesend sind als Menschen mit Migrationsgeschichte aus dem Quartier. Ich möchte Partizipation nicht auf die Mitwirkung nach § 55 reduzieren, aber wenn selbst bei diesen verfassungsmässigen Mitwirkungsrecht Migrantinnen und Migranten untervertreten sind, dann zeigt das deutlich, dass bei der Partizipation auf Quartierebene noch viel Luft nach oben ist, um es nett auszudrücken.

Wir begrüssen es, dass das Präsidialdepartement plant, die Erarbeitung des neuen kantonalen Integrationsleitbilds als partizipativen Prozess zu gestalten und dabei auch zu prüfen, ob es ein Bedürfnis nach einem Ausbau der Partizpationsmöglichkeiten auf Quartierebene gibt. Ich frage mich aber, warum das nicht bereits mit der Beantwortung des Anzugs geprüft wurde. Es wurde weder bei den Stadtteilsekretariaten noch beim Verein Mitstimmen nachgefragt, welche die Migrantinnensession organisiert, ob und in welcher Form ein Bedürfnis nach Partizipation besteht und welche Mittel als geeignet erachtet würden.

Ich weiss, dass die Ressourcen der Verwaltung knapp sind und kann mir vorstellen, dass für die Beantwortung von Vorstössen nicht immer so viel Zeit vorhanden ist, wie man gerne hätte. Statt einer schönen Übersicht über alle möglichen Angebote und Projekte zu erstellen, die es gibt, die aber mit dem Anzug wenig zu tun haben, wäre es sinnvoller gewesen, die Zeit für eine Auseinandersetzung mit den Forderungen des Anzugs selbst einzusetzen.

Wir vom Grünalternativen Bündnis beantragen deshalb, den Anzug stehen zu lassen und hoffen, dass bei der nächsten Beantwortung tatsächlich eine Beantwortung der Forderungen des Anzugs erfolgt.

Eric Weber (fraktionslos): Ich habe den Anzug von Tonja Zürcher genau durchgelesen. Für unsere Partei geht das zu weit. Sie verlangen Partizipation auf Papierebene. Das ist eine Vorstufe zum Wahlrecht von Ausländern. Das wollen wir nicht. Das gibt es auch in anderen Ländern nicht. Die Basler SP und Grünen wollen nun den Ausländern das Wahlrecht in Basel geben. Als Journalist weiss man, wie man Polizeistatistiken zu lesen hat. Diese sagen aus, wer kriminell ist und wer nicht. Es ist klar, dass in einem fremden Land die Hemmschwelle nicht so gross ist wie zu Hause, weil einen dort niemand kennt. Nach Statistik ist Basel die gefährlichste Stadt der Schweiz, dafür verantwortlich sind die rot-grünen Politiker. Wir wollen nicht irgendwann in einem Reservat leben, wo steht “Hier leben die letzten Schweizer”. Man kann nicht alles in unserem schönen Basel kaputtschlagen.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion schätzt es selbstverständlich, wenn sich auch Ausländerinnen und Ausländer an unserer Demokratie beteiligen wollen, aber wir sind der Meinung des Regierungsrats, dass es sehr viele Angebote gibt, die man nutzen kann. Auch wenn jemand sich politisch informiert, wird er auf diese Angebote stossen und diese Angebote wahrnehmen.

Man muss vielleicht auch einen umgekehrten Schluss akzeptieren. In diesem Anzug geht es ja hauptsächlich um politische Partizipation. Nicht alle Menschen wollen sich politisch engagiere. Es gibt vielleicht auch noch andere Vereine, Sportvereine, Musikvereine, Quartiervereine, Fasnachtscliquen etc., in der sich Migrantinnen und Migranten integrieren können. Wenn es vielleicht auch viele Leute gibt, die kein Interesse an der Politik haben, dann ist es so. Das bedaure ich als Politiker selbstverständlich auch, aber wir können die Leute nicht zwingen.

Wir sind der Meinung, es gibt ein breites Angebot und plädieren wie der Regierungsrat für Abschreiben.

Beat Jans, Regierungspräsident: Wir möchten Abschreiben, weil wir an der Arbeit sind und den Eindruck haben, dass die Antworten, die wir in Bälde liefern werden, Ihr Anliegen vielleicht erfüllen können. Auf jeden Fall werden Sie davon erfahren, und dann können Sie auch reagieren, wenn Sie unzufrieden sind.

Das Anliegen im Grundsatz ist unbestritten, es ist aber auch unbestritten, dass das Anliegen ausgesprochen anspruchsvoll ist. Partizipation per se ist eine schwierige Aufgabe, wir üben das in den Quartieren. Sie wissen, es ist zum Teil sehr anspruchsvoll und wenn dann der Aspekt der Integration noch oben drauf kommt, wird es umso schwieriger.

Wir sind daran, die Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend Konkretisierung dieser Mitwirkung durch die Quartierbevölkerung zu beantworten, auf Gesetzesebene Vorschläge zu machen, und da werden wir auch den Aspekt der Integration prüfen. Das ist das eine, das andere ist, dass wir ein kantonales Integrationsleitbild präsentieren möchten, das ganz spezifisch dieses Anliegen auch aufnehmen wird. In diesem Sinne sind wir unterwegs und werden Ihnen so oder so berichten, ob der Anzug stehenbleibt oder nicht. Aber etwas ist klar, integrierende Partizipation ist sehr aufwändig und verlangt auch Mittel. Diese muss man dann haben, um dies umzusetzen.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

44 JA

51 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 18.5440 stehen zu lassen.

46. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Alexander Gröflin betreffend Einführung der Volksmotion

[10.02.21 16:54:34, PD, 20.5160.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 20.5160 zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Beat Jans, Regierungspräsident: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die Motion betreffend Einführung einer Volksmotion nicht zu überweisen. Der Motionär möchte das bestehende politische Instrumentarium im Kanton durch das Instrument der Volksmotion ergänzen. Mit Hilfe der Volksmotion soll eine bestimmte Anzahl an Stimmberechtigten die Kantonsregierung mit der Ausarbeitung eines Gesetzes oder der Ergreifung einer Massnahme beauftragen können. Der Motionär begründet seine Forderung damit, dass andere Kantone das Instrument der Volksmotion bereits eingeführt haben.

Das Anliegen ist ehrenwert, demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten zu ergänzen ist im Grundsatz richtig. Ein Vergleich mit den anderen Kantonen zeigt aber, dass Basel-Stadt bereits mit den bestehenden politischen Instrumenten vergleichsweise gut aufgestellt ist. So gibt es für die Stimmberechtigten in unserem Kanton ein weitreichendes Initiativrecht, mit welchem Sie nicht nur auf Verfassung und Gesetze, sondern auch auf Grossratsbeschlüsse Einfluss nehmen können.

In den vom Motionär angeführten Kantonen ist das Initiativrecht im Vergleich weniger umfassend ausgestaltet. In den Kantonen Schaffhausen und Freiburg kann mit einer Volksinitiative kein Einfluss auf Parlamentsbeschlüsse genommen werden. Im Kanton Solothurn kann zwar mittels Initiative ein Begehren auf Erlass eines Ratsbeschlusses gestellt werden, das Initiativrecht beinhaltet aber nicht direkt die Änderung oder Aufhebung eines Ratsbeschlusses. Im Kanton Neuenburg ist das Initiativrecht zwar gleich umfassend wie im Kanton Basel-Stadt, jedoch sind die Hürden für das Einreichen einer Initiative dort um einiges höher.

Weiter ist im Kanton Basel-Stadt das Petitionsrecht als Grundrecht ausgestaltet, das heisst, im Gegensatz zu anderen Kantonen besteht bei Petitionen ein Anspruch auf Beantwortung innert angemessener Frist. Man könnte sagen, dass bei uns die Petition eine Art Volksmotion ist. Bereits bei einer einzigen Unterschrift wird das Verfahren auf Prüfung und Beantwortung einer Petition in Gang gesetzt. Das Petitionsrecht ist also mit hoher Verbindlichkeit ausgestaltet, und es wird davon rege Gebrauch gemacht.

Zusammenfassend kommt der Regierungsrat zu folgendem Schluss: Bei den in der Motion genannten Kantonen stellt das Instrument der Volksmotion eine sinnvolle Ergänzung der politischen Mitwirkungsrechte des Volkes dar, in unserem Kanton hingegen würde mit der Volksmotion keine wesentliche Ergänzung der bestehenden Volksrechte eingefügt.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

Pascal Messerli (SVP): beantragt Überweisung als Motion.

Es gibt immer wieder Diskussionen über die Demokratie und über die Ausweitung derselben. Wir haben in den letzten Jahren mehr oder weniger über die Ausweitung und den Adressaten diskutiert (Ausländerstimmrecht, Stimmrechtalter 16). Es gibt aber auch Möglichkeiten, die Demokratie auszuweiten, indem man verschiedene Instrumente diskutiert, zum einen Volksinstrumente oder Instrumente, die vielleicht zu einer Volksabstimmung könnten. Wir haben die Petition und dann in

der Schweiz einzigartig die Initiativen als Referendum. Es gibt aber auch in verschiedenen Kantonen unterschiedlich spannende Instrumente. Zum Beispiel gibt es im Kanton Zürich das Kantonsreferendum, das Gemeindereferendum. Es gibt ein etwas abstrakteres Erfolgsinstrument im Kanton Bern, das konstruktive Referendum, in dem die Bevölkerung einen Gegenvorschlag zu einem Parlamentsbeschluss machen kann.

Dann gibt es auch die Volksmotion. Man muss situativ bestimmen, welche Instrumente für welchen Kanton Sinn machen. Ich denke nicht, dass bei uns ein Gemeindereferendum analog zum Kanton Zürich Sinn macht, weil wir ja nur drei Gemeinden haben. Aber die Volksmotion könnte man durchaus prüfen. Es ist richtig, was Regierungsrat Beat Jans sagt, dass bei uns die Petition etwas weiter ausgedehnt ist, dass auch die Initiative eine geringere Hürde hat, aber man kann durchaus unter dem Motto “Das eine tun und das andere nicht lassen” probieren, diese Volksmotion niederschwellig einzuführen, damit vielleicht auch gewisse Organisationen, die weniger stark sind und weniger schnell eine Initiative zustande bekommen, eine derartige Volksmotion einreichen können. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

3 JA

82 NEIN

3 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 20.5160 ist erledigt.

47. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend bikantonale PUK für bikantonale Geschäfte und Institutionen

[10.02.21 17:01:46, PD, 20.5021.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 20.5021 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Beat Jans, Regierungspräsident: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die Motion bikantonale PUK für bikantonale Geschäfte und Institutionen als Anzug zu überweisen und dies aus folgenden Gründen:

Der Motionär fordert den Regierungsrat auf, mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft Verhandlungen aufzunehmen. Die Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden soll mit der Möglichkeit einer bikantonalen parlamentarischen Untersuchungskommission ergänzt werden. Die Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden verpflichtet die beiden Kantone, in Staatsverträgen über Institutionen mit interkantonaler Trägerschaft jeweils die Bildung einer interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission vorzusehen. Eine solche Kommission basiert auf interkantonalem Vertragsrecht und ist nicht identisch mit den Geschäftsprüfungskommissionen in den einzelnen Kantonen. Ihre Zusammensetzung sowie ihre Aufgaben und Befugnisse ergeben sich jeweils aus dem massgeblichen Staatsvertrag, nicht aus dem Recht einzelner Kantone. Deshalb steht es den beiden Kantonen bereits heute frei, mit welchen Befugnissen sie eine interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission ausstatten wollen. Die Befugnisse können so weit gehen, dass sie denen einer kantonalen parlamentarischen Untersuchungskommission entsprechen.

Dem Regierungsrat erscheint es jedoch sinnvoll, in der Vereinbarung mit dem Kanton Basel-Landschaft eine klare Regelung zur Thematik dieser parlamentarischen Aufsicht vorzusehen. Er ist bereit, diesbezüglich mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft Verhandlungen aufzunehmen. Da die Änderung der Vereinbarung nicht in der allgemeinen Kompetenz des Regierungsrats liegt, ist das Instrument der Motion nicht geeignet. Der Regierungsrat beantragt deshalb, die Motion als Anzug zu überweisen und ihn so in die Verhandlungen zu schicken.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 20.5021 in einen Anzug umzuwandeln.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug 20.5021 dem Regierungsrat zu überweisen.

48. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag Tonja Zürcher auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Öffnung der Grenzen

[10.02.21 17:05:06, PD, 20.5145.02, SSI]

Der Regierungsrat beantragt, keine Standesinitiative einzureichen und den Antrag als erledigt abzuschreiben.

Tonja Zürcher (GAB): beantragt die Überweisung der Standesinitiative.

Es freut mich, das der Regierungsrat anerkennt, dass offene Grenzen eine absolute Notwendigkeit für das Zusammenleben im trinationalen Metropolitanraum Basel sind. Die engen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verflechtungen und die sozialen Kontakte und Beziehungen müssen über die Grenzen hinweg gepflegt und gelebt werden können, auch in dieser Zeit.

Die im Laufe das Jahres erreichten Verbesserungen im Vergleich zum ersten Lockdown im letzten Frühling sind wichtig. Es ist ein wichtiger Erfolg, dass die Grenzregionen bis jetzt von den Schweizer Quarantäneregeln ausgenommen werden können. Trotzdem wurden Grenzübertritte im Dreiland in der zweiten Welle schrittweise wieder eingeschränkt, nicht mehr mit Gittern, aber trotzdem deutlich spürbar. Der Trend zeigt stark in Richtung Verschärfung. Frankreich verlangt neu bei der Einreise einen negativen Coronatest, der maximal drei Tage alt sein darf. Grenzgängerinnen und Grenzgänger und Anwohnende der Grenzregion sind zum Glück davon ausgenommen.

Ob die 24-Stunden-Regel für die Grenzübertritte nach Deutschland bleibt, ist zur Zeit aber äusserst unsicher und hängt davon ab, wie stark sich die mutierte Virusvarianten in der Schweiz im Vergleich zu Baden-Württemberg verbreiten. Sollen wir nun darauf hoffen, dass Baden-Württemberg einen hohen Anteil an mit dem neuen Virus Erkrankten hat, damit die Grenzen offenbleiben? Das kann sicher nicht sein. Es ist wichtig, dass nicht nur unsere kantonale Regierung sich für offene Grenzen zu den Nachbarregionen einsetzt, sondern auch der Bundesrat und die Bundesbehörden.

Dass die Situation der Grenzkantone in der nationalen Politik wenig Beachtung findet, zeigte vor Kurzem der offene Brief der Spitzen aller grossen nationalen Parteien, der ein rigides Grenzregime forderte. Wahrscheinlich nicht zuletzt aufgrund des entschiedenen Protests der Basler Regierung und der Präsidien aller Basler Parteien ist es zu verdanken, dass der Bundesrat auf weitere Einschränkungen der Grenzübertritte für Grenzgängerinnen und Grenzgänger verzichtet hat. In der speziellen Situation in einer Grenzregion sollten wir aber nicht vergessen, dass die Covid-Verordnung des Bundes Grenzübertritte stark beschränkte. Grundsätzlich sind nämlich Einreisen aus sogenannten Risikoländern in die Schweiz für Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsstatus verboten. Hier geht es nicht um die Quarantäne, sondern wirklich um ein Einreiseverbot. Als Risikoländer gelten alle Länder mit Ausnahme der Schengenstaaten und aktuell 15 weiteren Ländern. Somit gilt insgesamt für über 150 Länder ein Einreiseverbot. Davon ausgenommen sind Menschen, die in der Schweiz leben oder arbeiten und Härtefälle. Als Härtefälle gelten beispielsweise der Besuch von engen Verwandten bei medizinischen Notfällen. Härtefälle werden relativ eng ausgelegt.

Wir können uns nun darüber streiten, ob diese Einschränkungen als umfassend gelten, wie es in der Standesinitiative bzw. Begründung dazu bezeichnet und ausgeführt ist. Klar ist jedoch, dass die Einreisebeschränkungen sich nicht mit der Coronasituation in den Ländern begründen lässt. Unter den sogenannten Risikoländern befinden sich viele Länder mit einer deutlich geringeren Coronabelastung als der Schweiz. Wir bitten Sie deshalb, die Standesinitiative definitiv zu überweisen. Wir rufen damit entsprechend dem offenen Brief aller Basler Parteien die Bundesbehörden dazu auf, die Grenzen wenn immer möglich offen zu halten und keine Entscheide zu Lasten der Grenzregion zu fällen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Beda Baumgartner (SP): Das Virus interessiert sich nicht für geschlossene oder geöffnete Schlagbäume, es interessiert sich nicht dafür, ob wir die Grenzen offenhalten oder ob wir sie schliessen. Wer sich hingegen dafür interessiert, und das hat diese Medienmitteilung aller Parteipräsidien in Basel-Stadt eindrücklich gezeigt, sind Leute, die in Grenzregionen leben und wohnen. Weil mich das so eindrücklich dünkt, möchte ich kurz aus dieser Medienmitteilung zitieren. “Die Präsidien der Basler Parteien von BastA!, BDP, CVP, EVP, GLP, Grüne, FDP, LDP, SP und SVP widersprechen den nationalen Parteien, wonach ein hartes Grenzregime praktikabel wäre. Kommt der grenzüberschreitende Verkehr zum erliegen, so leidet nicht nur die Wirtschaft, sondern gerade auch das Gesundheitswesen der Region, weil Angestellte Mühe hätten, an ihren Arbeitsplatz zu gelangen. Weiter ist festzuhalten, dass mit einer solchen Massnahme auch wissenschaftliche Aktivitäten sowie das Zusammenleben im trinationalen Metropolitanraum Basel stark beeinträchtigt wird.”

Wir sitzen hier während der Corona-Pandemie, und obwohl die Standesinitiative aus dem letzten Frühjahr stammt, ist sie so aktuell wie nie. Es ist nun die grosse Frage, wie wir als Staaten reagieren. Es gibt momentan zwei Trends. Der eine Trend ist, wir schotten uns ab und wir verstärken den Nationalismus wie im Bereich der Impfstoffe. Der andere Trend ist, dass man versucht, die Krise transnational anzugehen, eine Krise, die überhaupt nur länderübergreifend angegangen und gelöst werden kann. Gibt es Probleme bei den unterschiedlichen Handhabungen, gerade in der Grenzregion Basel? Absolut. Lösen wir die Probleme, indem wir die Grenzen schliessen? Auf keinen Fall.

Ich bitte Sie darum sehr, auch im Rahmen eines Zeichens, das wir als Region gesendet haben, auf diese ein bisschen irritierende Aktion unseren nationalen Parteipräsidien, diese Standesinitiative zu überweisen, damit sich die Basler Region klar dafür einsetzen kann, dass die Grenzen offen bleiben und dass wir Corona gesundheitspolitisch so bekämpfen, wie es zielführend ist und nicht mit Isolation und Abschottung.

Zwischenfrage

Joël Thüring (SVP): Sind Sie mit mir einverstanden, dass Länder, die ein strenges Grenzregime hatten wie beispielsweise Neuseeland und Australien, bisher viel besser durch die Pandemie gekommen sind als Länder, die kein strenges Grenzregime hatten?

Beda Baumgartner (SP): Das kann man so generell nicht festhalten. Es gibt noch einen wichtigen Vorteil, die die genannten Beispiele geniessen, nämlich dass es Inseln sind.

Lukas Faesch (LDP): Mit dem Regierungsrat ist die LDP-Fraktion der Ansicht, dass die Forderung im Antrag von Tonja Zürcher betreffend Aufhebung umfangreicher Einreisebeschränkungen bereits erfüllt ist. Auch die zweite Forderung betreffend Einsatz gegen neuerliche Grenzschliessungen schien noch bis vor wenigen Tagen auch erfüllt.

Zwischenzeitlich hat sich die Situation mit den mutierten Viren massiv zuungunsten unserer Grenzregion verschoben, die Vorredner und Vorrednerinnen haben bereits darauf hingewiesen. Es wächst die Sorge vor einer Schliessung, vor allem der deutschen Grenzen. Wer aus Ländern mit hoher Verbreitung von Virusvarianten nach Deutschland einreisen will, benötigt eine elektronische Einreiseanmeldung und einen negativen Coronatest, der nicht älter als 48 Stunden ist. Davon wären bis vor Kurzem die Grenzgänger auch betroffen gewesen, jetzt sind sie nicht mehr betroffen, das heisst, die Situation ändert sich von Tag zu Tag.

Die damit verbundenen Auswirkungen einer Grenzschliessung wären für unsere Wirtschaft und unser Gesundheitswesen drastisch. Es gilt also, mit allen Mitteln Grenzschliessungen zu verhindern. Dies haben auch die kantonalen Parteipräsidentinnen und -präsidenten in ihrer Stellungnahme auf die Forderung der Schweizer Parteipräsidenten und -präsidentinnen nach Grenzschliessungen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Aus diesen Gründen unterstützt die LDP-Fraktion den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Öffnung der Grenzen.

Beat Jans, Regierungspräsident: Ich möchte Missverständnisse ausräumen. Der Regierungsrat unterstützt das Anliegen ohne Vorbehalte, das Anliegen, dass der Bundesrat alles tut, damit solche Grenzschliessungen nicht mehr stattfinden. Die Frage, die sich hier aber auch noch stellt, ist, ob in diesem Zusammenhang eine solche Standesinitiative Sinn macht. Erlauben Sie mir, Ihnen ein bisschen aus meiner zehnjährigen Nationalratserfahrung zu berichten, wie solche Standesinitiativen in Bern ankommen, was sie können und was sie nicht können.

Erstens, Sie erteilen Ihrem Regierungsrat nicht den Auftrag, sich für das Anliegen einzusetzen. In diesem Fall hat er das längst gemacht, auf allen Kanälen. Sie konnten unsere Regierungsratsmitglieder in engagierten Interviews erleben, wie sie sich gegen diese Grenzschliessung und letztlich auch gegen die Verlautbarung aller nationalen Parteipräsidenten und -präsidentinnen ausgesprochen haben. Sie haben zudem alle ihre Netzwerke bedient. Und diese sind tatsächlich mächtig. Ich spreche von der VDK, von der KDK und nicht zuletzt auch von der Nordwestschweizer Regierungskonferenz. Die haben sich alle in diesem Sinne geäussert.

Sie lösen in Bern auch keine zusätzlichen Prozesse aus, so leid es mir tut. Standesinitiativen wie generell alle Vorstösse in Bern sind ein bisschen Glückssache. Die Wahrscheinlichkeit, dass die im richtigen Moment dort behandelt werden, ist relativ klein. Meistens kommen sie völlig schräg in den Prozess, entweder sind die Kommissionen längst am Debattieren, haben vielleicht schon abgeschlossen, und dann kommt noch eine Standesinitiative, die dann einfach vom Tisch gewischt wird. Oder aber Sie kommen damit zu früh, das heisst der Rat hat die Debatte noch nicht aufgenommen, und dann wird die Standesinitiative ausgestellt, bis die Diskussion in diesen Kommissionen sowieso läuft. Ich habe noch nie erlebt, dass eine Standesinitiative einen echten Prozess lanciert hätte.

Etwas anders sieht es aus, wenn diese Standesinitiativen koordiniert werden, wenn mehrere Kantone miteinander kommen und dann natürlich sofort relativ schnell auch eine Mehrheit des Parlaments hinter sich finden und der Bundesrat sich sofort verpflichtet fühlt, zu handeln. Das ist etwas anderes. Deshalb ist meine Empfehlung, versuchen Sie solche wichtigen Anliegen mit anderen Kantonen zu koordinieren und gemeinsam solche Standesinitiativen zu lancieren.

Was Sie aber tatsächlich machen ist, eine Botschaft mehr auszusenden, über die Medien, dass wir solche Grenzschliessungen nicht wünschen. Das können Sie mit diesem Vorstoss erreichen. Ich überlasse es Ihnen zu entscheiden, ob Sie diesen Weg so gehen wollen. Aber seien Sie nicht enttäuscht, wenn diese Standesinitiative in Bern keine zusätzlichen Aktivitäten auslöst.

Zwischenfragen

Raoul Furlano (LDP): Sie sprechen wie ein Mitglied der LDP und mir aus dem Herzen, weil wir auch immer der Meinung sind, dass Resolutionen sehr sparsam eingesetzt werden sollen. Sie haben in Ihrem Votum auch erklärt warum. Hier geht es aber wirklich um eine Notsituation einer ganzen Region, in der mehrere Kantone involviert sind. Wann sonst wenn nicht jetzt sehen Sie eine Resolution als sinnvoll an, nebst den überkantonalen Resolutionen?

Beat Jans, Regierungspräsident: Eine Resolution wäre vielleicht tatsächlich das bessere Instrument gewesen. Dann hätten Sie als Grosser Rat diese Botschaft via Medien und vielleicht sogar nach Bern tragen können. Aber mit der Standesinitiative gehen Sie einen formalen Prozess ein, Sie kommen auf die Liste der unzähligen Vorstösse in Bern,

riskieren, dass Ihr Vorstoss innerhalb des nächsten Jahres gar nicht behandelt wird. Deshalb ist das kein ideales Instrument für Verlautbarungen.

Thomas Gander (SP): Die letzten Ausführungen haben mich wieder etwas beruhigt. Aber wie schätzen Sie das ein? Welche Mittel soll denn ein Kantonsparlament einsetzen, um sich Gehör zu verschaffen? Es gibt ja nur die Möglichkeit über die beiden Instrumente.

Beat Jans, Regierungspräsident: Ich sage nicht, dass Sie das nicht dürfen. Ich warne einfach davor, in diesem Fall die Erwartungen zu hoch zu schrauben. So geht es allen Mitgliedern des Parlaments. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Vorstoss von Ihnen überhaupt behandelt wird, ist relativ klein. Das ist ein ganz grosser Unterschied zwischen dem Bundesparlament und dem Grossen Rat, den ich bereits schon sehr schätzen gelernt habe.

André Auderset (LDP): Zählen Ihre sehr begrüssenswerten Ausführungen zur Sinnhaftigkeit von Standesinitiativen auch für Traktandum 66, den Antrag Bea Messerli und Barbara Heers Einreichung einer Standesinitiative betreffend Wahrnehmung des Parlamentsmandats während des Mutterschaftsurlaubs?

Beat Jans, Regierungspräsident: Das ist das Geschäft von Tanja Soland, ich sollte vielleicht nicht so viel dazu sagen *(Heiterkeit im Saal*).

Abstimmung

JA heisst Einreichen der Standesinitiative, NEIN heisst nicht Einreichen.

Ergebnis der Abstimmung

66 JA

26 NEIN

3 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative betreffend Öffnung der Grenzen einzureichen.

Das Geschäft 20.5145 geht an den Regierungsrat zum Vollzug.

Der Antrag 20.5145 ist erledigt.

49. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Aufnahme von Smart City als strategisches Ziel im nächsten Legislaturplan sowie betreffend Smart City Pilotquartier

[10.02.21 17:22:30, PD, 17.5363.02 17.5406.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug betreffend Smart City Pilotquartier als erledigt abzuschreiben sowie den Anzug «Aufnahme von “Smart City” als strategisches Ziel im nächsten Legislaturplan» stehen zu lassen.

David Wüest-Rudin (GLP): beantragt den Anzug Smart City Pilotquartier stehen zu lassen.

Es freut uns natürlich, dass der Regierungsrat darauf eingeht, Smart City-Aspekte in seine Legislaturziele aufzunehmen. Hier kommt es dann darauf an, dass man bei der Zielsetzung klar abgrenzt, konkretisiert und Schwerpunkte setzt. Smart City kann sehr weit ausgelegt werden und es kann sehr viel in den Begriff gepackt werden. Es lohnt sich, die Ziele zuzuspitzen und zu fokussieren.

Wir beantragen Ihnen, auch den Anzug Smart City Pilotquartiere stehen zu lassen. Mit den Antworten zum Smart City Lab Wolf sind wir nicht so zufrieden. Der Regierungsrat macht hinsichtlich eines Piltotquartiers aus unserer Sicht bei Weitem nicht das, was er machen könnte. Das Smart City Lab Wolf ist ein guter Ansatz, aber nicht das Pilotquartier, das wir uns vorstellen.

Die in der Antwort erwähnten 30 Projekte sind unklar. Passieren sie zufällig im Wolf oder haben sie tatsächlich etwas mit diesem Lab zu tun? Nehmen wir als Beispiel das aufgeführte Vertical Farm. Dies wäre sowieso realisiert worden, ein Startup hat eine Halle gebraucht, die gerade dort lag. Auch die Dynamik, dass sich in dem Pilotquartier Leute treffen, dass Austausch stattfindet, ist zwar angedacht, aber es ist aus unserer Sicht noch kein vibrierendes Zentrum für Smart City. Die Areale erscheinen eher leer und sind weit entfernt von einem dynamischen Quartier.

Ein Nachteil ist auch, dass kaum Menschen dort leben. Für technische Tests kann das ein Vorteil sein. Zum Beispiel kann man das Dimmen von Lampen, wie es erwähnt wurde, technisch auch in einer Fabrik testen, interessant wäre aber die Reaktion der Bevölkerung darauf zu kennen. Daher ist das Smart City Lab eher ein Lab und nicht wirklich ein Pilotquartier.

Insgesamt ist eher wenig sichtbar, was das PD konkret macht. Das PD ist mehr auf der Metaebene tätig (Strategie, Austausch, Delegationen hinschicken). Die Frage ist, ob die Prioritäten richtig gesetzt sind, ob man nicht mehr konkrete Projekte voranbringen und finanzieren will und direkt auf Smart City-Entwicklungen in der Stadt einwirken will. Es gab beispielsweise einen Auftritt von Basel an der Smart Swiss, eine Fachmesse für Städte und Gemeinden. Es ist nicht gross zu sehen, warum sich Basel dort präsentieren soll, wir verkaufen ja keine Smart City-Leistungen, sondern wir wollen eher vom Know-how profitieren.

Wir haben das Gefühl, dass konkreter auf ein Pilotquartier mit Menschen hingewirkt werden kann. Darum bitten wir Sie, den Anzug Smart City Pilotquartier stehen zu lassen.

Beat K. Schaller (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Am 5. April 2018 veröffentlichte die Regierung in einer Medienmitteilung ihre Informationen über die Smart City Strategie. In dieser Strategie präsentierte sie sich als eine kommunale Strategie für die Stadt Basel, in welcher die Verwaltung die Rolle einer aktiven und starken Partnerin für Smart City-Vorhaben einnehmen soll.

Den ersten Leitsatz begrüssen wir: “Die Verwaltung Basel-Stadt nutzt moderne Technologien und digitale Daten gezielt für die nachhaltige Entwicklung des Kantons.” Zum Beispiel ist die Einführung von E-Steuern BS meines Erachtens ein ganz starkes Zeichen in diese Richtung. Dass die Regierung, wie sie schreibt, das Verwaltungshandeln effizient und kundenfreundlich gestalten will, ist ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit und müsste nicht speziell erwähnt werden. Immerhin hat der Regierungsrat den Handlungsbedarf erkannt und akzeptiert.

Die im Strategiepapier dargestellten Aktionen in diesem Smart City Wheel Basel wie Smart Government, Smart People, Smart Living, Smart Mobility, Smart Environment, Smart Economie beinhalten alle die Möglichkeiten, neue Technologien zum Nutzen und Vorteil unseres Kantons umzusetzen. Die Strategie gleich wie die Antwort des Regierungsrats auf den Anzug zeigt deutlich, dass er hier aktiv unterwegs ist. Ein zusätzlicher Stupf mittels Aufnahme von Smart City als Strategieziel im nächsten Legislaturplan erscheint uns als über das Ziel hinausgeschossen.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie deshalb, beide Anzüge nicht zu überweisen.

Michela Seggiani (SP): Basel steht, was die Entwicklung von Smart City angeht, gut da. Das Smart City Lab Basel ist erfolgreich unterwegs, Projekte werden angestossen und umgesetzt, wie es im Bericht gut und übersichtlich dargestellt ist. Auch finde ich, dass die Prioritäten korrekt gesetzt werden.

Der Antrag, dass der neu gewählte Regierungsrat Smart City als strategisches Ziel zu Beginn seiner Amtsperiode selber in den Legislaturplan aufnehmen kann, macht Sinn. Die Fraktion der SP unterstützt es, den Anzug zur Aufnahme von Smart City als strategisches Ziel stehen zu lassen und den Anzug zum Pilotquartier abzuschreiben, weil ein Pilotquartier mit dem Smart City Lab Basel auf dem Wolf bereits besteht.

Thiriet Jérôme (GAB): Ich spreche sowohl für das Grünalternative Bündnis als auch als Projektpartner im Smart City Pilotquartier auf dem Wolf. Ich möchte David Wüest-Rudins Bedenken etwas ausräumen. Ich bewege mich tagtäglich in diesem Smart City Lab, und es sind tatsächlich viele Pilotprojekte dort angesiedelt. Das PD nehme ich als starken Treiber wahr, gemeinsam mit der SBB, die nicht nur die Flächen zur Verfügung stellt, sondern sich auch um den Betrieb des ganzen Pilotquartiers kümmert. Es sind wirklich viele Pilotprojekte am Starten, die sinnvolle Dinge in den verschiedensten Bereichen umsetzen, die einen direkten Impact auf die Stadt haben. Ich möchte nicht bezweifeln, dass der Anzug zum Smart City Pilotquartier erfüllt ist. Diesen Anzug kann man getrost abschreiben.

Was mir mehr Sorgen bereitet ist die Frage, wie es mit all diesen Pilotprojekten weitergehen, wie sie umgesetzt werden, wenn die SBB das Quartier einst bauen wird. Wird dann aus den Erkenntnissen, die man aus den Projekten wird ziehen können, tatsächlich etwas Nützliches gemacht? Deshalb ist es sehr wichtig, dass Smart City als strategisches Ziel in den Legislaturplan aufgenommen wird und der ganze Drive, der angestossen wurde, auch mit dem entsprechenden Gewicht weitergeführt werden kann.

Insofern möchte das Grünalternative Bündnis den Anzug zum Pilotquartier abschreiben und den Anzug betreffend strategisches Ziel im Legislaturplan stehen lassen.

Abstimmung

Anzug Smart City Pilotquartier

JA heisst den Anzug abschreiben, NEIN heisst den Anzug stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

62 JA

27 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst
den Anzug abzuschreiben.
Anzug 17.5406 ist erledigt.

Abstimmung
Anzug Smart City als strategisches Ziel in der Legislaturplanung
JA heisst gemäss Antrag RR stehen lassen, NEIN heisst abschreiben

Ergebnis der Abstimmung
56 JA
30 NEIN
0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst
den Anzug 17.5363 stehen zu lassen.

David Jenny, Grossratspräsident: Angesichts der noch zu behandelnden Geschäfte und der Tatsache, dass die März-Tagesordnung auch schon sehr befrachtet ist, werde ich die Nachtsitzung durchführen.

Antrag
André Auderset beantragt keine Nachtsitzung durchzuführen.

Abstimmung
JA heisst eine Nachtsitzung durchführen, NEIN heisst keine Nachtsitzung durchführen.

Ergebnis der Abstimmung
43 JA
42 NEIN
6 ENT

Der Grosse Rat beschliesst
eine Nachtsitzung durchzuführen.

50. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend erste Tiny House Siedlung in Basel

[10.02.21 17:37:33, PD, 18.5360.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5360 abzuschreiben.

Stefan Wittlin (SP): Da das Anliegen des Anzugs, die Ermöglichung einer Tiny House Siedlung nicht erfüllt werden konnte, empfehle ich Ihnen im Namen der SP-Fraktion, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und diesen Anzug abzuschreiben.

Man muss zwischen zwei Zielen unterscheiden. Erstens das Wohnen auf kleinem Raum. Das ist in den normalen Bauzonen mit Wohnanteil heute bereits möglich. Kleinstwohnungen sind aber nicht der einzige Weg zu einer Verminderung der Wohnfläche pro Person. Ich denke an kollektives Wohnen oder an flexible und gemeinsame Nutzung von ergänzenden Räumen. Oder auch an Modelle, bei denen kleine Wohneinheiten flexibel zusammengelegt werden können. Wichtig für eine positive Entwicklung ist aber nicht nur die Art der Bebauung, sondern auch eine sinnvolle Belegung. Viele Genossenschaften oder auch Immobilien Basel-Stadt mit ihrer neuen Immobilienstrategie machen vor, wie es geht, mit Belegungsvorschriften wird der Platzverbrauch pro Person deutlich reduziert.

Das zweite Ziel dieses Anzugs, das Wohnen als Zwischennutzung in Industrie- und Gewerbezonen ist mit dem geltenden Recht nicht vereinbar. Und offensichtlich versteht die Regierung den Vorstoss nicht als politischen Auftrag, eine

entsprechende Gesetzesänderung herbeizuführen. Dies ist nachvollziehbar, weil der Anzug sich auf eine sehr spezifische Forderung beschränkt, eben Klein- oder Kleinstwohnformen. Die generelle Forderung nach einer Liberalisierung von Ausnahmebewilligungen für zonenfremde Nutzungen ist aber legitim, zum Beispiel für Pilotprojekte in den Entwicklungsarealen. Da müsste man ansetzen, sei es für provisorische oder dauerhafte Nutzungen. Da sind wir auch bereit, Potenziale ausfindig zu machen und nach Lösungen zu suchen und dieses Anliegen je nach Notwendigkeit auch mit einem neuen Vorstoss aufzunehmen.

Der Regierungsrat hat nachvollziehbar dargelegt, weshalb die Forderungen der Antragstellerin Katja Christ nicht sinnvoll umsetzbar sind. Wir bitten Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben. Das ändert aber nichts daran, dass wir die Bestrebungen für eine Veränderung des durchschnittlichen Flächenverbrauchs beim Wohnen weiter vorantreiben werden.

Tonja Zürcher (GAB): Das Grünalternative Bündnis ist bei diesem Anzug offen. Für den Anzug spricht das Ziel der Reduktion der Wohnfläche, welches wir teilen. Die Wohnform der Tiny Houses oder Kleinstwohnungen hinterfragt die Gleichung von mehr Wohnfläche = mehr Wohnqualität. Die modulare Bauweise von Kleinstwohnungen ist eine Chance für Zwischennutzungen, vielleicht nicht auf Industriearealen, aber auf Arealen, wo Wohnen bereits erlaubt ist, aber vielleicht eine Arealentwicklung oder eine andere Überbauung länger dauern wird. Dies ist eine Chance für Zwischennutzungen und modulare Bauweise insbesondere als Sofortmassnahmen für Menschen, die von Wohnungsnot betroffen sind, wie es die Initiative Recht auf Wohnen schon lange verlangt.

Hingegen ist Wohnen auf kleiner Fläche nichts Neues. Für viele ist es heute schon Realität, wenn auch eher wegen den Kosten als wegen dem Lifestyle. Statt trendige Begriffe zu setzen wäre es besser, die Entdichtung durch Abbruch von Häusern mit kleinen und günstigen Wohnungen entgegenzuwirken. Unabhängig davon, ob dieser Anzug abgeschrieben wird, Tiny Houses haben in Basel eine gewisse Berechtigung, aber nur wenn sie in gestapelter Form vorkommen, also nicht als alleinstehende Häuschen irgendwo im Grünen, so wie wir es von Werbebildern kennen.

David Wüest-Rudin (GLP): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Ich beantrage, den Anzug stehen zu lassen, damit die, die offen eingegeben haben, auch abstimmen können. Die Argumente dazu haben wir bereits gehört.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

75 JA

9 NEIN

6 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

*d*en Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 18.5360 ist erledigt.

51. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 128 Joël Thüring betreffend finanzielle Not der binationalen Beratungsstelle infolge Corona-Krise - was kann der Kanton unternehmen, um die Schliessung zu verhindern?

[10.02.21 17:44:15, PD, 20.5417.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Joël Thüring (SVP): Ich möchte dem Regierungsrat sehr herzlich danken, nicht nur für die Beantwortung meiner Interpellation - ich erkläre mich als befriedigt -, sondern auch dafür, dass das Präsidialdepartement den Kontakt zu dieser binationalen Beratungsstelle aufgenommen hat und dass man für diese Beratungsstelle eine Lösung für die Finanzierung gefunden hat. Es ist meiner Meinung nach ein sehr wichtiges Angebot und diese Beratungsstelle ist infolge der Coronakrise in Schieflage gekommen. Das liegt vor allem daran, dass hinter dem Verein ein Hotel steht, das zur Zeit auch eher in Schieflage sein muss, weil es ja nicht offen sein kann.

Gerade nach der Coronakrise kommt es zu grösseren Schwierigkeiten, häusliche Gewalt nimmt zu, aber auch Spannungen zu Hause nehmen zu. Ich bin sehr davon überzeugt, dass diese binationale Beratungsstelle künftig noch mehr Nachfrage haben wird. Sie hat sich auch bereit erklärt, dass man schaut, die Beträge, die für eine Beratung bezahlt werden sollten, etwas zu erhöhen, wo es möglich ist, um für zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zu sorgen. Dass sich

die Regierung kulant gezeigt hat, in eine solche Staatsbeitragsverhandlung einzutreten oder dies zu prüfen, ist aus meiner Sicht auch sehr erfreulich. Ich bedanke mich noch einmal für diese Bereitschaft und erkläre mich befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.
Die Interpellation 20.5417 ist **erledigt**.

52. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 140 Michael Hug betreffend Teilnahme von Basel-Stadt am digitalen Portal für kulturelle Schätze

[10.02.21 17:46:55, PD, 20.5454.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Michael Hug (LDP): Ich bin von der Antwort teilweise befriedigt, aus folgenden Gründen:
Positiv ist, dass der Bedarf der Digitalisierung von Museumsobjekten, welche in Archiven lagern, erkannt ist und dass diese der Öffentlichkeit in Zukunft auch über einen digitalen Kanal zugänglich gemacht werden sollen. Ebenfalls ist erfreulich, dass der Kanton im Vorfeld in das Projekt mit einbezogen wurde und diesbezügliche Abklärungen getroffen hat.
Die Antwort befriedigt mich jedoch nicht, da keine Ausführungen gemacht werden, weshalb es nicht sinnvoller sei, eine einheitliche und gemeinschaftliche Plattform zu unterstützen. Die staatlichen Museen sind im Rahmen ihrer inhaltlichen, organisatorischen und personellen und finanziellen Selbständigkeit zwar frei, zu entscheiden, welche Plattform und digitale Lösungen sie verwenden wollen. Würde es aber eine vorgegebene Plattform geben, welche unterstützt würde, so müsste nicht jede Institution ihr eigenes Süppchen kochen. Immerhin geht es auch um Steuergelder. Die Antwort liest sich denn auch so, dass ja bereits genug unternommen werde und meine Anfrage nun nicht willkommen sei. Diese Art von Beantwortung steht denn auch im Widerspruch zum Willen unseres Kantons, digitale Dienstleistungen anzubieten und passt auch nicht zur Museumsstadt Basel.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.
Die Interpellation 20.5454 ist erledigt.

53. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 144 Heiner Vischer betreffend Weltrekord-Tiramisù in Basel?

[10.02.21 17:49:06, PD, 20.5460.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist nicht mehr Mitglied des Grossen Rates.
Die Interpellation 20.5460 ist **erledigt**.

54. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 147 Thomas Widmer-Huber betreffend Verantwortung des Basler Regierungsrats als Gremium zur Freistellung von Marc Fehlmann sowie zum Verfahren an sich

[10.02.21 17:49:46, PD, 20.5463.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Thomas Widmer-Huber (CVP/EVP): Die Personalrekurskommission hat Ende November 2020 die Freistellung des Direktors des Historischen Museums Basel aus formellen Gründen für nichtig erklärt. Als nächste Instanz ist nun das Verwaltungsgericht an der Reihe, und ich habe Verständnis, dass der Regierungsrat sich nicht zum laufenden Verfahren äussern will. Aus der Antwort wurde jedoch ersichtlich, dass nicht der Gesamtregierungsrat die Freistellung beschlossen hat. Die Beantwortung hat geklärt, dass der Regierungsrat nur in Kenntnis gesetzt wurde.

Zum Schluss noch kurz zur aktuellen Situation im Historischen Museum. Der Direktor ad interim wurde in der Zwischenzeit plötzlich zum Direktor ernannt. Das hat für Irritationen gesorgt, auch in den Medien. In einem Kommentar wurde Anfang Februar gefordert, die Bezeichnung anzupassen. Ich habe heute Nachmittag nachgeschaut auf der Homepage des Historischen Museums und des Präsidialdepartements, es ist weiterhin von einem Direktor die Rede.

Mit Blick auf die diversen Herausforderungen in der Abteilung Kultur wünsche ich unserem neuen Regierungspräsidenten Beat Jans die nötig Weisheit bzw. alles Gute. Da die Antwort auf meine Fragen sehr knapp ausfielen, bin ich nur teilweise befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 20.5463 ist erledigt.

55. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 149 Pascal Messerli betreffend Nichtiger Freistellungsentscheid des Präsidialdepartements in der Causa Fehlmann/Ackermann

[10.02.21 17:51:44, PD, 20.5465.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann mich meinem Vorredner anschliessen. Auch ich wünsche dem neuen Regierungspräsidenten Beat Jans in diesem Bereich alles Gute. Es ist nicht fair, wenn man ihm hier einen Vorwurf machen würde, da er noch nicht beteiligt war. Aber auch ich hoffe, dass wieder Ruhe in dieses Historische Museum einkehrt. Was bei der alten Regierung sehr mühsam war in verschiedenen Punkten, angefangen mit dem GPK-Bericht und den verschiedenen Interpellationen, war, dass der Regierungsrat in diesem ganzen Chaos keine Selbstreflexion darüber hatte, was schief gelaufen ist. Man hat immer so getan, als hätte man immer alles ausgezeichnet gemacht, obwohl die GPK ganz klar eine andere Meinung hatte, obwohl auch Entscheide von der Personalrekurskommission vorliegen. Es sind Fehler passiert, dennoch hat der Regierungsrat keine kritische Selbstreflexion gezeigt. Ich hoffe auf Besserung.

Ich bin von der Antwort nicht befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 20.5465 ist erledigt.

56. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 160 Pascal Pfister betreffend Nachanalyse Abstimmung Wohnraumfördergesetz

[10.02.21 17:53:33, PD, 21.5007.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Pascal Pfister (SP): Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass eine solche Nachanalyse bereits in Auftrag gegeben worden ist und bin von der Antwort befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 21.5007 ist erledigt.

57. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 161 Alexandra Dill betreffend neue Zollrichtlinie gefährdet unsere Versorgung mit regionalen und nachhaltigen Lebensmitteln

[10.02.21 17:54:16, PD, 21.5008.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Alexandra Dill (SP): Ich bin sehr befriedigt von der Antwort. Die oberrheinische Tiefebene ist mit ihrem spezifischen Klima und Boden unser Obst- und Gemüsegarten direkt vor der Haustüre. Die Förderung und nicht die Erschwernis der regionalen Lebensmittelversorgung ist auch angesichts des Klimawandels angezeigt. Eine Anpassung der Zollrichtlinien nach über 40 Jahren, die eine höhere Verzollung von Produktionen aus der Region will, für welche es keine inländische Konkurrenz gibt, steht daher ziemlich quer in der Landschaft. Die neue Zollrichtlinie verkennt, welche Tradition elsässisches und badisches Gemüse in Basel hat. Früher waren es Marktwägen in den Quartieren, heute sind es Quartiermärkte und Gemüseabos. Das Prinzip der Direktvermarktung ist aber das gleiche.

Was jahrzehntelang galt, soll nun von Bundesbern über den Haufen geworfen werden, zu Lasten unserer Versorgung mit vielfältigen Regioprodukten und zu Lasten der Ökologie. Es freut mich darum sehr zu lesen, dass die Regierung meine Sorge teilt und bereit ist, mit der eidgenössischen Zollverwaltung das Gespräch zu suchen. Auch freut es mich zu lesen, dass die grenzübergreifende Zusammenarbeit auch bei der Landwirtschaft nicht plötzlich ohne Gesetzesrevision Halt machen soll.

Ich bin unzufrieden mit der Situation aber sehr zufrieden mit der Antwort auf meine Interpellation. Ich danke der Regierung sehr, dass sie hier aktiv wird und hoffe auch, dass die Zollverwaltung bereit ist, für Produkte aus Grenzregionen eine adäquate, klimakonforme und die heutige Praxis nicht verschlechternde Lösung zu finden.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 21.5008 ist erledigt.

Schluss der 4. Sitzung

18:00 Uhr

Beginn der 5. Sitzung

Mittwoch, 10. Februar 2021, 20:00 Uhr

58. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Basel als Stadt der Zuflucht und Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend Aufnahme von Jesidinnen durch den Kanton Basel-Stadt

[10.02.21 20:00:10, WSU, 18.5300.02 17.5250.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge abzuschreiben.

Beda Baumgartner (SP): beantragt den Anzug Beda Baumgartner stehen zu lassen.

Lassen Sie mich damit beginnen, mich beim Regierungsrat dafür zu bedanken, dass er in den letzten Jahren und vor allem auch in den letzten Monaten viel Engagement in der Sache gezeigt hat. Mitte Mai unterzeichneten mehr als 50’000 Privatpersonen, zahlreiche NGO’s und verschiedene Schweizer Städte, Gemeinden und vereinzelt Kantone den Appell des asylpolitischen Bündnisses “Evakuieren jetzt” und forderten den Bundesrat in einem gemeinsamen Schreiben dringlich auf, sich auf europäischer Ebene für eine Verbesserung der Zustände in den Flüchtlingslagern einzusetzen so wie rasch und unbürokratisch Flüchtlinge von dort aufzunehmen. Basel-Stadt hat sich daran angeschlossen.

Leider ist der Bundesrat bei seiner Haltung geblieben. Genau das führt mich zum Antrag, den Anzug nicht abzuschreiben und stehen zu lassen. Die Situation ist immer noch prekär, und leider verhält sich das SEM unter anderem seit dem Wechsel der Departementsleitung des EJPD blockierend und minimalistisch. Das ist aufgrund der tatsächlichen Situation von Leiden und Not schlicht unakzeptabel. Während wir zu Recht über Notsituationen aufgrund der Coronapandemie diskutieren, haben wir in griechischen Lagern und auf der Balkanroute Zustände, die Europa und unserer modernen Gesellschaft nicht würdig sind.

Darum ist es für uns wichtig, dass Basel-Stadt das Angebot aufrecht erhält und sich weiterhin als Stadt der Zuflucht zur Verfügung stellt. Ich bitte Sie darum, den Anzug stehen zu lassen.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, beide Vorstösse als erledigt abzuschreiben. Die Antwort des Regierungsrats auf die beiden Vorstösse ist aus unserer Sicht ausreichend. Es wurde ausreichend ausgeführt, was man alles machen kann als Stadt. Beda Baumgartner sollte begreifen, dass bei der Aufnahme von Flüchtlingen weder Städte noch Kantone so viel zu sagen haben, es ist einfach die Schweiz als Bundesstaat, die Schweizer Landesregierung und ihre entsprechenden Instanzen, die für Aufnahme von Flüchtlingen zuständig sind. Wenn wir nun als Stadt der Zuflucht gelten sollen, dann gehen Sie an den gesetzlichen Rahmenbedingungen vorbei. Das Asylgesetz ist eine Bundessache, und der Bund bestimmt, wann Flüchtlinge aufgenommen werden und wann nicht. Das wird letztlich auch in der Antwort des Regierungsrats sehr deutlich ausgeführt.

Es ist eine ähnliche Diskussion wie anlässlich der Standesinitiativen. Wir können diesen Anzug schon stehen lassen, nur

wird sich an der Situation nichts ändern. Es gibt derzeit für eine andere Flüchtlingspolitik weder im Bundesrat noch im Parlament noch in der Bevölkerung eine Mehrheit, und ich würde sogar behaupten, in ganz Europa gibt es dazu keine Mehrheit. Und das ist auch gut so, denn am Schluss des Tages sind die von ihnen angesprochenen schrecklichen Umstände im Flüchtlingslager Moria insbesondere deshalb so, weil man diesen Menschen erst diesen Weg zumutet. Sie müssen diesen Menschen zuerst vor Ort helfen und nicht erst dann, wenn sie auf unserem Kontinent sind. Hilfe vor Ort hilft diesen Menschen mehr als wenn wir sie auf eine lange und gefährliche Reise schicken und sie dann dort in sehr unmenschlichen widrigen Bedingungen zelten müssen. Das ist tatsächlich eine Zumutung.

Es ist eine Grundhaltung der SVP, Hilfe vor Ort zu leisten. Wir sind selbstverständlich gerne bereit, dort Hilfe zu leisten. Das macht die Schweiz auch über die verschiedenen Hilfswerke, über die DEZA, über das UNHCR usw. Wir sind dort überall stark engagiert und beteiligen uns im Rahmen unserer Möglichkeiten. Da sind wir aber bei einem aussenpolitischen nationalen Thema, und sicher nicht bei einem kantonalen Thema. Deshalb ist dieser Anzug abzuschreiben.

Ähnlich verhält es sich mit dem Anzug von Frau Hollinger. Die Aufnahme von Yezidinnen durch den Kanton Basel-Stadt ist im Rahmen der Möglichkeiten bereits ausgeschöpft worden. Das wird auch im Bericht ausgeführt, auch, was Mario Gattiker, der Staatssekretär für Migration, dazu sagt. Die Yezidinnen haben tatsächlich eine ganz schwierige Situation, vergleichbar mit den Uiguren in China. Aber auch da sind uns als Kanton die Hände weitgehend gebunden. Wo Möglichkeiten bestehen, wurden diese bereits wahrgenommen.

Deshalb scheint mir das nur noch Symbolpolitik zu sein, die nichts bringt, und deshalb können wir diese beiden Anzüge abschreiben. Der Anzug von Frau Hollinger kann nicht gerade von gestern sein, da sie seit längerem nicht mehr im Grossen Rat sitzt. Deshalb ist es gut, wenn wir diese Anzüge abschreiben und dem Antrag der Regierung folgen.

Zwischenfragen

Beda Baumgartner (SP): Ist Ihnen bewusst, dass der Kanton Basel-Stadt durchaus mehr geflüchtete Menschen aufgenommen hat als er laut Verteilschlüssel vom Bund hätte machen müssen?

Joël Thüring (SVP): Ja, das ist mir bewusst, und ich bin der Meinung, dass dies der falsche Ansatz ist, weil wir die Hilfe vor Ort leisten müssen. Dieser Effekt bringt nur etwas, wenn man vor Ort hilft, ansonsten produziert man zu viel Leid auf der Fluchtroute.

Oliver Bolliger (GAB): Ist Ihnen bewusst, dass seit Tausenden von Jahren Migration eine Realität ist?

Joël Thüring (SVP): Das ist mir bewusst, trotzdem sollten wir im 21. Jahrhundert einen Schritt weiter sein, und ich habe die Hoffnung, dass es die Europäische Union endlich schafft, dieses Problem vor Ort zu lösen und nicht die Menschen auf die gefährliche Fluchtroute zu schicken.

Jeremy Stephenson (LDP): Ich spreche zu beiden Anzügen und möchte im Namen der LDP beantragen, beide Anzüge abzuschreiben. Ich möchte dies kurz begründen.

In diesem Hohen Haus müssen wir wohl nicht mehr darüber diskutieren, in welch katastrophaler Lage diese Flüchtlinge und Asylanten auf den griechischen Inseln oder sonstwo sind. Das ist eine humanitäre Katastrophe, wir müssen irgend etwas tun.

Ich war drei mal mit Hilfskonvois in Ostanatolien, Kaukasusgebiet und Georgien und habe dort eins zu eins das Schicksal der Yezidinnen gesehen. Deshalb habe ich auch zusammen mit Brigitte Hollinger diesen Anzug eingereicht. Wir müssen aber aufpassen. Hier gilt es juristisch gewisse Spielregeln einzuhalten. Was die Asylpolitik anbelangt, ist ganz klar der Bund federführend. Der Bundesrat ist hier gefordert. Ich muss ganz klar sagen, die Regierung des Kantons Basel-Stadt hat in den letzten Monaten sehr gut gearbeitet auf diesem Gebiet, Beda Baumgartner hat es erwähnt. Wir sind dem Städtebündnis beigetreten, “Evakuieren jetzt” wird von der Basler Regierung unterstützt, die Basler Regierung hat in Bern Druck gemacht. Wir müssen auch sehen, dass sogar in Bern die staatspolitische Kommission des Nationalrats eine Motion zu diesen Themen eingereicht hat. Der Bundesrat ist die Instanz, die hier abblockt. Da haben wir ein Problem.

Die Regierung Basel-Stadt hat bis jetzt alles Menschenmögliche getan, um diesen Flüchtlingen zu helfen. Wir sind bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, über unser Kontingent hinaus. Aber über die Bundesgesetze und über den Bundesrat können wir uns einfach nicht hinwegsetzen. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir mit diesen beiden Anzügen ein Zeichen gesetzt haben. Ich weiss, dass unsere Regierung weiterhin am Ball bleiben wird und je nachdem Möglichkeiten ausschöpfen wird. Aber diese beiden Anzüge haben ihre Aufgabe erfüllt und wir sollten sie heute abschreiben.

Harald Friedl (GAB): Auch die Fraktion Grünalternatives Bündnis stellt den Antrag auf Stehenlassen des Anzugs von Beda Baumgartner. Beda Baumgartner hat schon vieles ausgeführt. Ich möchte betonen, dass wir sehr erfreut sind, dass auch der Regierungsrat die dramatische Lage wie wir einschätzt und dass er im Detail aufführt, welche Interventionen er schon gemacht hat, zusammen mit anderen Kantonen, Städten und als Kanton allein.

Der Regierungsrat versichert uns auch in der Antwort der beiden Anzüge, dass er sein Engagement für die Aufnahme der Flüchtlinge beim Bund weiter hochhalten will. Wir anerkennen das wirklich sehr. Wir sind aber auch der Meinung, dass wir mit Stehenlassen den Regierungsrat weiterhin den Rücken stärken können. Es ist ein gewisses Druckmittel damit wir

sagen können, dass der Grosse Rat hinter den Bemühungen des Kantons steht. Wir wissen auch, dass ein Anzug nicht das stärkste Druckmittel ist, aber in dieser dramatischen und für die Leute sehr aussichtslosen Situation sind wir der Meinung, dass jede Unterstützung sehr wichtig ist.

Wir bitten Sie daher, wie die SP den Anzug von Beda Baumgartner stehen zu lassen. Beim Anzug Brigitte Hollinger sind wir nicht für Stehenlassen.

Eric Weber (fraktionslos): Wie Joël Thüring bin ich für Abschreiben der Anzüge. Ich sammle gerne Artikel zu diesem Thema. In der Schweiz am Sonntag vom 20. September 2020 gab es den Titel “Als die SP noch gegen Ausländer kämpfte”. Darin stand, dass die SP die Zuwanderung in erster Linie als Bereicherung anschaue, sei ein eher neues Phänomen. Noch vor wenigen Jahrzehnten hätte die Partei vehement den Zustrom von Gastarbeitern bekämpft.

Wir drehen uns im Kreis, es kommen immer wieder die gleichen Themen auf. Dieses Thema beschäftigt die Leute. Beda Baumgartner und Oliver Bolliger, wir wollen Ihrem Antrag auf keinen Fall folgen. Die Linke ist nicht der Wächter unserer Demokratie, als der sie sich gerade wieder einmal inszeniert. Einige Vorredner haben über die Flüchtlingslager gesprochen, die gebrannt haben. Durch Corona ist das Thema in Vergessenheit geraten. Wiederholt sich 2015? Macht die Moria-Taktik Schule? Im Windschatten der allgegenwärtigen Coronaberieselung lässt sich ein anderes zentrales Thema unseres Zukunft nicht ganz aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängen. Die Rede ist von der Zuwanderung oder konkreter von der fortgesetzten Einwanderung. Das Thema hat es mit Blick auf die Vorgänge in mehreren griechischen Flüchtlingslagern in jüngster Zeit wieder in die Schlagzeilen geschafft, nicht zuletzt deshalb, weil inzwischen Indizien dafür durchsickerten, dass es sich um eine konzentrierte Aktion von Zuwanderungslobbyisten handelt. An das zufällige Zusammentreffen der medienwirksamen Leere-Stühle-Aktion vor dem Berliner Reichstag und tags darauf dem Brand im Lager Moria auf der Insel Lesbos mag glauben wer will. Dass das Lager von Migranten angezündet wurde, die damit ihre Verschiffung auf das griechische Festland und im Weiteren die Verlegung in andere europäische Länder erzwingen wollen, steht mittlerweile völlig ausser Zweifel.

Selbst die EU sagt jetzt, dass es so nicht mehr weitergeht. Sie sagt, es kämen zu viele. Die wenigsten wissen, dass die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen mit Hochdruck an einem europäischen Migrationspakt arbeitet. Die Kommission macht keinen Hehl daraus, wenn es um die Probleme der Zuwanderung geht.

Tim Cuénod (SP): Ich wollte etwas zu Joël Thüring sagen, der sehr stark betont hat, dass man auf Hilfe vor Ort setzen soll. Das kann ich respektieren, man kann diese Haltung durchaus vertreten. Wenn Sie, Joël Thüring, aber sagen, das sei schon immer die Haltung der SVP gewesen, dann möchte ich darauf hinweisen, dass die SVP im Bundeshaus zuletzt im Dezember beantragt hat anlässlich der Budgetdebatte, die Mittel für Entwicklungshilfe, multilaterale Unternehmen oder Organisationen zu kürzen. Zu behaupten, mehr Hilfe vor Ort sei schon immer die Haltung der SVP gewesen, ist nun wirklich nicht besonders glaubwürdig. Ich habe nichts dagegen, wenn wir uns bei anderer Gelegenheit durch Taten belehren lassen, die etwas anderes zeigen, aber aufgrund der Politik der SVP auf nationaler Ebene kann man das ihr zum gegenwärtigen Zeitpunkt wirklich nicht abnehmen.

Joël Thüring (SVP): Tim Cuénod hat mich herausgefordert. Sie vertreten diese Meinung ja nicht allein. Es ist einfach nicht wahr. Die SVP ist nicht gegen die Entwicklungshilfe. Wenn man kürzt, heisst das nicht, dass man dagegen ist. Sie sind sicher mit mir einig, dass es auch im Bereich der Auszahlungen von Geldern an Entwicklungshilfeorganisationen Optimierungsbedarf gibt. Ich erinnere daran, dass es eine unschöne Geschichte mit dem Flüchtlingswerk in Palästina gab, wo man bis heute nicht so recht weiss, was stimmt und was nicht rund um den Direktor des Flüchtlingswerks. Es ist selbstverständlich so, dass man auch als Land die Entwicklungshilfe zielgerichtet einsetzen muss und nicht im Giesskannenprinzip einfach allen etwas geben soll. Wir sind dafür, dass man zielgerichtet gibt, nur stellen wir einfach fest, dass wir Jahr für Jahr viele Milliarden Entwicklungshilfe ausgeben, und trotzdem kommen Jahr für Jahr viele Tausende von Flüchtlingen über das Mittelmeer nach Europa. Dann frage ich Sie schon, was denn diese Gelder gebracht haben, wenn wir es immer noch nicht schaffen, vor Ort die Hilfe zu leisten und es immer noch passiert, dass Menschen über das Mittelmeer flüchten und bei dieser Flucht teilweise ertrinken.

Wenn wir uns auf eine zielgerichtete Entwicklungshilfe einsetzen und diese wirkungsvoll vor Ort vertreten, können wir vermutlich kürzen und können trotzdem vor Ort besser helfen. Die SVP zeichnet sich im Übrigen gerade in Basel-Stadt durchaus dafür aus, dass sie private Engagements in anderen Staaten unterstützt. Unser neu gewählter Grossrat Stefan Suter ist engagiert, sowohl in Afrika als auch in Madagaskar, der ehemalige Grossratskollege Alexander Gröflin ist in einem Hilfswerk engagiert, das sich für Entwicklungszusammenarbeit in Afrika einsetzt. Unsere Vertreterinnen und Vertreter beweisen ganz konkret, dass wir auch vor Ort helfen. Ich zweifle nicht, dass das auch Vertreterinnen und Vertreter der SP tun, aber uns zu unterstellen, dass wir nur immer kürzen, kann ich einfach nicht stehen lassen. Ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass das auch nie die Haltung der SVP Schweiz war, auch nicht die Haltung der SVP Basel-Stadt.

Zwischenfrage

Eric Weber (fraktionslos): Warum unterstützen Alexander Gröflin und Stefan Suter Leute in Afrika?

Joël Thüring (SVP): Ich gebe Ihnen einen guten Tipp, fragen Sie die entsprechenden Personen selber, ich habe kein Pressesprechermandat von diesen Herren erhalten.

Tim Cuénod (SP): Wir lassen uns gerne durch Taten eines Besseren belehren, aber wo denn sind die Massnahmen der SVP für zielgerichtete Hilfe vor Ort, beispielsweise in Flüchtlingslagern in Syrien, wo Millionen von Menschen sich aufhalten? Bisher ist ausser leeren Worten nicht viel zu erkennen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es ist mir an diesem Punkt wichtig zu sagen, dass die Regierung sich weiter dafür einsetzen wird, dass der Bund sich bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen, und wir sind auch bereit, mehr als unser Kontingent zu übernehmen, wie es Jeremy Stephenson richtig gesagt hat. Dies werden wir tun, auch wenn Sie die Anzüge abschreiben. Leider können wir diese Entscheide aber nicht selber treffen, wir werden uns aber weiterhin engagieren.

Abstimmung

Anzug Beda Baumgartner und Konsorten.

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

48 JA

44 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 18.5300 ist erledigt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend Anzug Brigitte Hollinger abzuschreiben.

Der Anzug 17.5250 ist erledigt.

59. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Massnahmenplan zur Klimaanpassung

[10.02.21 20:26:22, WSU, 19.5095.03, SMO]

Der Regierungsrat beantragt die Frist bis am 30. Juni 2021 zu erstrecken.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist für die Motion 19.5095 bis am 30. Juni 2021 zu erstrecken.

60. Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend die Vermeidung von nichtamortisierbaren Investitionen und einen geordneten Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung durch die IWB bis 2050 (Dekarbonisierung)

[10.02.21 20:26:50, WSU, 19.5085.03, ZBM]

Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 20. November 2021 zu erstrecken.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist zur Erfüllung der Motion bis am 20. November 2021 zu verlängern.

61. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jeremy Stephenson und Konsorten betreffend Planung von Wirtschaftsflächen gemeinsam mit dem Kanton Basel-

Landschaft

[10.02.21 20:27:24, WSU, 18.5325.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5325 abzuschreiben.

Jeremy Stephenson (LDP): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Ich spreche nicht nur im Namen der LDP, sondern auch im Namen der FDP und der SVP, und ich beantrage Ihnen, diesen Anzug stehen zu lassen. Dieser Anzug betrifft an sich ein sehr wichtiges Gebiet, nämlich die Entwicklung von Wirtschaftsflächen und Wohnflächen, und zwar nicht nur in Basel-Stadt, sondern auch in Basel-Landschaft. Hier braucht es dringend eine Koordination, damit wir mit den relativ engen Flächen, die wir zur Verfügung haben, gut umgehen können.

Mein Anzug ist an sich auf fruchtbaren Boden gefallen, die grossen Verbände, die Handelskammer beider Basel, der Arbeitgeberverband usw. haben zusammen mit kantonalen Behörden eine Arbeitsgruppe gebildet und haben Fragen der Wirtschaftsflächenverteilungen relativ intensiv besprochen und die Wirtschaftsflächenplanung ausgearbeitet. Es konnten erste Resultate erzielt werden und es sind Handlungsempfehlungen ergangen und zusätzliche Forderungen seitens der Wirtschaftsverbände formuliert worden.

Nun ist es aber so, dass diese Arbeit noch nicht fertig ist. Der Regierungsrat hat in der Antwort auf meinen Anzug geschrieben, dass alles erledigt sei. Das ist nicht der Fall. Die Wirtschaftsverbände sagen ganz klar, dass noch ganz wichtige Detailfragen zu beantworten sind, zum Beispiel die Verfügbarkeit von Wirtschaftsflächen für das produzierende und handwerkliche Gewerbe, Industrie, Nutzungskonflikte, zu lange Planungshorizonte, fehlende bikantonale Harmonisierung usw.

Wenn das ein Fussballspiel wäre, hätten wir jetzt die erste Halbzeit hinter uns, und nun müssen wir in die zweite Halbzeit gehen. Deshalb beantrage ich, dass Sie meinen Anzug stehen lassen, um diesen Detailfragen genau nachzugehen und gut zu beantworten.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich habe es etwas anders verstanden. Die Regierung hat nicht vor, in der Halbzeit den Ball nicht mehr aufzunehmen, sondern wir sind natürlich im Gespräch. Wir sind der Meinung, dass wir genügend Gremien und Kontakte haben, mit denen wir das besprechen können, und wir brauchen nicht noch ein neues Gremium zu bilden. Es geht nicht darum, den Ball liegen zu lassen, selbstverständlich nehmen wir diesen wieder auf und spielen auch die zweite Halbzeit. Daher können Sie den Anzug getrost abschreiben.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

52 JA

34 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 18.5325 ist erledigt.

62. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend “Null Plastik” Politik für öffentliche Einrichtungen

[10.02.21 20:32:28, WSU, 18.5307.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5307 abzuschreiben.

Oliver Thommen (GAB): beantragt den Anzug stehenzulassen.

Ich spreche sowohl für die SP als auch für meine Fraktion. Sie wissen es, Plastikabfall ist ein Problem, sei es bei Einwegverpackungen, beim Essen oder auch bei Verbrauchsmaterialien wie Druckerpatronen. Die Schweiz verbraucht im europäischen Vergleich mehr Plastik als dass sie recycliert. Der überragende Anteil sind Einwegverpackungen, der Bund ist bisher nett gesagt eher zurückhaltend bezüglich der Reproduktion von Plastikabfall. Dabei ist das nicht nur ein

Abfallproblem, sondern durch die ganzen dahinterstehenden Prozesse auch klimapolitisch schlecht.

Die in der Beantwortung erwähnte Strategie zur Vermeidung von Abfällen der Regierung ist zwar löblich, geht aber aus unserer Sicht zu wenig weit. Ihre Schwächen zeigt sie zum Beispiel auch, wenn es um Spitzfindigkeiten bezüglich Kaffeeverbrauch in der Verwaltung geht. Andere Städte gehen hier einen Schritt weiter, um eine Null-Plastikpolitik mit mehr Nachdruck zu verfolgen, insbesondere in öffentlichen Einrichtungen.

Wir erwarten, dass auch Basel-Stadt hier mehr Engagement zeigt und bitten Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen.

Zwischenfrage

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Können Sie mir etwas zum problematischen Kaffeeverbrauch sagen?

Oliver Thommen (GAB): Es wird in der Beantwortung gesagt, dass Nespressokapseln von der Abfallproblematik her nicht so schlecht seien, aber wenn man den ganzen Prozess der Produktion anschaue, dann sei es eben doch besser als wenn man sich bemühen würde etwas zu nehmen, das weniger Abfall generiere.

David Wüest-Rudin (GLP): Wir haben in der Kreuztabelle Abschreiben angegeben. Das ist vielleicht etwas erklärungsbedürftig, wenn es um ein Anliegen geht wie Plastikabfallreduktion. Es geht ja aber nicht um die Abfallreduktion, sondern um eine Null-Plastikpolitik. Die Reduktion des Plastikverbrauchs und des Plastikabfalls ist natürlich ein richtiges Ziel, auch das vermehrte Recycling von Plastikabfällen. Aber der Regierungsrat stellt aus unserer Sicht zu Recht fest, dass für ihn eine komplette Null-Plastik-Politik kein gangbarer Weg sei. Der Regierungsrat sei bereit, wo es ökologisch sinnvoll, ökonomisch vertretbar und technisch möglich ist, Kunststoffe zu vermeiden oder durch andere Materialien zu ersetzen.

Das Thema Plastik ist ziemlich komplex. Man kann nicht einfach weg mit dem Plastik fordern und glauben, damit sei das Problem gelöst. Der Regierungsrat zeigt ja auch auf, dass die ökologischen Belastungen zum Teil grösser sind, wenn auf Plastik vollständig verzichtet wird. Es gibt ein kleines Beispiel, beim Mehrweggeschirr. Wenn man dort Plastik durch Maisstärke ersetzt, dann ist in der gesamtökologischen Rechnung die Bilanz auch nicht mehr positiv.

Es gibt verschiedene Beispiele, die zeigen, dass man sehr gut prüfen muss, ob Plastik nun nicht doch das bessere Mittel sei. Man muss das umfassend und sehr breit tun. Aber eine absolute Null-Plastik-Politik ist wahrscheinlich nicht immer richtig. Wenn zudem der Kunststoff in der Verbrennung korrekt entsorgt wird, ist die Belastung für die Umwelt auch weniger gravierend als wenn der Plastik im Meer entsorgt wird, wie man das von Bildern aus der ganzen Welt kennt.

Der Regierungsrat hat daher aus unserer Sicht nachvollziehbar auf die Fragen und Anliegen des Anzugs geantwortet und daher kann der Anzug tatsächlich abgeschrieben werden.

Thomas Müry (LDP): Auch die LDP ist für Abschreiben. Es ist für mich ein typischer Fall, wo gewisse Parteien ihrer eigene Regierung nicht zutrauen, dass sie selber vernünftige Entscheide fällen. Es genügt ihnen nicht, dass die Regierung schreibt, dass sie eine Strategie gegen Kunststoffabfälle beschlossen habe, es genügt nicht, dass die Regierung zusagt, im Beschaffungswesen die sozialen und ökologischen Kriterien für die öffentliche Beschaffung prüfen zu wollen. Nein, man muss meinen, man müsse zusätzlich befördern. Das halte ich für unnötig und kontraproduktiv. Die Regierung braucht nicht zusätzlich beschäftigt und ermahnt zu werden. Sie weiss selber, was sie zu tun hat.

Deshalb beantrage ich im Namen der LDP, den Anzug abzuschreiben.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich würde sagen, David Wüest-Rudin hat die Meinung der Regierung sehr gut zusammengefasst. Es ist so, wir sind der Ansicht, dass es nicht immer so einfach ist. Kein Plastik ist nicht überall besser, zumindest im Moment noch, das wird sich vielleicht ändern. Ich hatte einen Moment lang die Befürchtung, sie sprächen von meinem problematischen Kaffeegenuss. Aber anscheinend ist es eine Geschichte um diese Kapseln von Nespresso. Wir benutzen nun Bohnenkaffee, ich habe in den Notizen von Kaspar Sutter gelesen, dass das auch problematisch sei, weil es mehr Bohnen brauche pro Kaffee. Aber ich habe auch gelesen, dass es anscheinend wichtiger sei, woher der Kaffee komme und ob er aus einer nachhaltigen guten Landwirtschaft kommt. Das ist bei uns im FD der Fall.

Wir schauen das wirklich an. Wir sind dabei, die einzelnen Departemente zu überprüfen, wir überprüfen, was wir wo beschaffen, woher der Kaffee kommt etwa, oder indem wir Glasflaschen benutzen. Da sind wir also dran. Aber ich glaube, es gibt fast einen Philosophenstreit darum, ob Kapseln oder Bohnen besser sind, und je weiter die Wissenschaft kommt, umso eher können wir uns anpassen.

Ich bitte Sie, den Anzug abzuschreiben und uns zu vertrauen, dass wir daran sind, dies nachhaltig umzusetzen und je nach Stand der Wissenschaft auch umschwenken.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

48 JA

42 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst
den Anzug abzuschreiben.
Der Anzug 18.5307 ist erledigt.

i

63. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Erich Bucher und Konsorten betreffend Bekämpfung der Armut mit Steuergutschriften

[10.02.21 20:42:02, WSU, 18.5391.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5391 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst
stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.
Der Anzug 18.5391 ist erledigt.

64. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Anpassung von § 7 Energiegesetz

[10.02.21 20:42:26, WSU, 20.5020.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 20.5020 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese zu überweisen.

Jürg Stöcklin (GAB): Ich möchte mich zuerst bedanken für die wohlwollende und zustimmende Entgegennahme der Motion durch den Regierungsrat. Gemäss dem geltenden Energiegesetz muss der CO2-neutrale Anteil im Fernwärmenetz des Kantons bis 2020 bei 80% liegen. Die IWB hat dieses Ziel heute durch die Inbetriebnahme des zweiten Holzkraftwerks und den Wärmespeicher am Dolderweg praktisch erreicht. Hingegen, für Wärmeverbünde, die nicht Teil des Fernwärmenetzes der IWB sind, gilt diese Zielsetzung bisher nicht. Der geforderte Anteil ist im Gegenteil mit 20% ausserordentlich tief. Dies ist geeignet, falsche Anreize zu schaffen, die bestehende Regelung gerät mit dem Ziel in Konflikt, dass die Schweiz möglichst bald, spätestens aber im Jahr 2050 keine Treibhausgase mehr ausstossen sollte.

Das Ziel der Motion, die der Regierungsrat nun umsetzen will, besteht darin, zu erreichen, dass für alle leitungsgebundenen Wärmeverbünde dieselben Anforderungen gelten und auch für diese die Zielsetzung von einem Anteil von mindestens 80% CO2-neutraler Energie erreicht werden soll. Für bestehende Wärmeverbünde soll wie von der Motion gefordert eine Besitzstandsregelung umgesetzt werden, bis bereits getätigte Investitionen abgeschrieben und erneuert werden müssen.

Ich bitte Sie deshalb, dieser massvollen Anpassung des Energiegesetzes zuzustimmen und die Motion zur Erfüllung zu überweisen.

Beat K. Schaller (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Das Begehren des Motionärs, den CO2-neutralen Anteil bei Wärmeverbünden auf 80% zu erhöhen, kann angesichts der zeitgeistigen CO2-Verdammung nachvollzogen werden. Er sagt, für Verbünde ausserhalb der IWB sei der 20%-Anteil zu klein. Eines ist sicher: Diese kleinen Wärmeverbünde haben sicher nicht die Finanzkraft einer IWB. Sie sind kleiner, und eine Erhöhung des Prozentsatzes würde bei den betroffenen Gebäuden spätestens bei der Erneuerung der Anlagen zu vermutlich beträchtlichen finanziellen Konsequenzen führen. Wie dann diese Finanzen gestemmt werden sollen, ist eine andere Frage.

Die Umstellung oder die Erhöhung des CO2-neutralen Anteils ist aber sicher mit grossen Investitionen verbunden. Wahrscheinliche Konsequenzen daraus werden Tarifanpassungen sein, weiter steigende Energiepreise, Konsequenz daraus wiederum erhöhte Mietnebenkosten, was schlussendlich das Portemonnaie der Mieter weiter belastet. Ich höre schon, wie dann die Anforderung kommt, dass das Ganze sozial verträglich ausgestaltet werden soll. Das ist nur ein Euphemismus dafür, dass die, welche noch Steuern zahlen, noch mehr zahlen dürfen.

Weiter müssen wir beachten, dass eine solche Umstellung dazu führen würde, dass sich Investoren zwei Mal überlegen, ob sie nicht in Einzelheizungen investieren statt sich einem Wärmeverbund anzuschliessen. Damit wäre der Schuss definitiv nach hinten losgegangen.

In Würdigung dieser Überlegungen bitte ich Sie namens der SVP-Fraktion, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu

überweisen.

Zwischenfrage

Lisa Mathys (SP): Sie haben gesagt, dass es sehr teuer sei, eine fossile Heizung durch eine nichtfossile zu ersetzen. Wie kommen Sie darauf? Es gibt ja sehr viele Förderprogramme. Es ist längstens wirtschaftlich, eine nicht fossile Heizung einzubauen.

Beat K. Schaller (SVP): Da rede ich aus eigener Erfahrung.

Thomas Müry (LDP): Die LDP ist erstaunt darüber, mit welcher Leichtigkeit der Regierungsrat diese Motion durchwinkt. Wir hätten angenommen, dass das Anliegen eher als Anzug hätte angenommen werden müssen. Die LDP ist allerdings überhaupt nicht gegen eine Dekarbonisierung, und wir sind auch für die privaten Wärmeverbünde. Aber wir wehren uns dagegen, dass eine Forderung aufgestellt wird, ohne dass Konsequenzen für die Betreiber und die Bezüger von solchen Wärmeverbünden abgeklärt werden.

Da wird von Besitzstandregelung gesprochen, doch dies reicht unseres Erachtens nicht. Viele Wärmeverbünde mit fossilen Energieträgern werden mit einem Systemwechsel mit grosser Kostenfrage konfrontiert sein. Man muss klar festhalten, kleine Wärmeverbünde können nicht mit den grossen wie beispielsweise der IWB verglichen werden. Die Deckung der Nachfragespitzen können kleine Wärmeverbünde nicht ausgleichen, ohne eine andere fossile Energie einzusetzen. Sogar die IWB setzt teilweise eine Gasführung ein, wenn in kalten Winter die Nachfragespitzen gedeckt werden müssen.

Ein Ersatz der bestehenden Wärmeerzeuger ist für die kleinen Wärmeverbünde äusserst kostspielig und übersteigt die finanziellen Möglichkeiten. Die einzige Möglichkeit, diese Vorgabe einhalten zu können, ist eine Erhöhung der Energiepreise, und das würde sich letzten Endes auf die Miet- und Lebenshaltungskosten auswirken.

Eine weitere Konsequenz könnte sein, dass sich kleinere Wärmeverbünde auflösen müssten, und der Grad der Individualheizung entsprechend steigt. Aber das ist sicher keine Lösung, die sich die Motionäre wünschen.

Schliesslich müsste man erwähnen, dass die IWB vom Staat unterstützt wird. Die kleinen Wärmeverbünde hingegen gehen leer aus, die müssen selber schauen, wie sie mit der Situation zurechtkommen. Eine adäquate Unterstützung durch den Staat wäre also eine Grundbedingung für diesen geforderten Systemwandel.

In der Konsequenz ist für die LDP klar, dass die Motion ohne substanzielle finanzielle Unterstützung der kleinen Wärmeverbünde durch den Staat nicht umsetzbar ist. Darum beantragen wir Ihnen, diese Motion abzuschreiben.

Zwischenfrage

Jürg Stöcklin (GAB): Sind Sie sich bewusst, dass der Investitionszyklus für Wärmeverbünde zwei bis drei Jahrzehnte beträgt, und dass man heute vorausschauend planen kann, und dass ausserdem der CO2-Preis stetig am Steigen ist?

Thomas Müry (LDP): Ja, dessen bin ich mir bewusst.

Lisa Mathys (SP): Auch die SP-Fraktion ist erfreut darüber, dass die Regierung diese Motion entgegennehmen will. Ich staune über die Aussagen. Wenn man schon einen Wärmeverbund hat dann ist die teure Investition längst gemacht. Der Ersatz des Heizkessels durch einen mit CO2-neutralen Mitteln betriebenen ist nicht die grosse Auslage, insbesondere auch weil es Fördermittel gibt dafür. Es geht darum, dass man darauf pocht, dass dies geschieht und das rechnet sich meiner Meinung nach längstens, wenn man das über den ganzen Lebenszyklus ausrechnet und abschreibt.

Ich sehe wirklich keinen Grund, warum es nicht möglich sein sollte. Die heute geltenden 20% sind viel zu tief. Auch die 80% sind nicht das Schreckensgespenst. Ich bin wirklich der Meinung, dass es das Mindeste ist, dies zu überweisen und gleich lange Spiesse zu schaffen für die verschiedenen Wärmeverbünde.

Die SP-Fraktion wird der Überweisung der Motion zustimmen.

Zwischenfrage

Thomas Müry (LDP): Seit wann ist ein Heizkessel ein Wärmeverbund?

Lisa Mathys (SP): Es gibt verschiedene Grössen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Thomas Müry, Sie haben Recht. Ich als Finanzdirektorin würde auch sagen, dass da etwas nicht stimmt, wenn ich den Text in der Motionsbeantwortung lese, da muss noch vieles geklärt werden. Was ist mit den Finanzen? Was passiert mit den Wärmeverbünden, wenn sie mehr Kosten haben? Das stimmt, es steht nichts dazu. Das muss kommen. Es ist eine Gesetzesänderung. Das heisst, es kommt eine Vorlage, die Details müssen geklärt werden. Es ist auch klar, dass man die Wärmeverbünde finanziell fördern möchte. Das steht aber nicht in der Antwort. Man hat wahrscheinlich beim Übergang von Departementsvorsteher zu Departementsvorsteher etwas eilig verfasst und

blieb kurz und knapp. Aber selbstverständlich will man das machen.

Es ist aber eine sinnvolle Sache. Man muss das auf die Wärmeverbünde ausweiten. Das ist absolut notwendig und sinnvoll. Daher bitte ich Sie sehr, dem heute zuzustimmen und das Anliegen als Motion zu überweisen, damit wir die Vorlage ausarbeiten können. Dies wird Regierungsrat Kaspar Sutter machen können. Wir werden nur die Prüfung des § 8 vornehmen, und Sie können im Detail sehen, was dies bedeutet und ob es sinnvoll umgesetzt wird.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

57 JA

36 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 20.5020 dem Regierungsrat zu überweisen.

65. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Konjunkturprogramm Basel-Stadt 200 Millionen mit Massnahmen zur Bekämpfung der Rezession durch Investition in eine nachhaltige Klimapolitik

[10.02.21 20:56:39, WSU, 20.5215.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 20.5215 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Lorenz Amiet (SVP): Beantragt Nichtüberweisung.

Die SVP lehnt diese Motion auch als Anzug ab. Zunächst sind wir froh, dass die Motion im originalen Wortlaut vom Tisch ist. Das Konjunkturprogramm mit der ganz grossen Giesskanne düfte, wenn man der Kreuztabelle Glauben schenken darf, kein Thema mehr sein. Investitionen in Klimaschutz zielen auf jeden Fall nicht auf Hotels, Restaurants, Kongresscentern, Messen und Konzertsäle ab.

Wir lehnen aber auch den Anzug ab. Die Idee der Regierung halten wir zunächst für eine sehr freie Interpretation der Motion. Immerhin, das sei positiv erwähnt, belastet sie den sowieso gebeutelten Staatshaushalt nicht noch wesentlich mehr, auf jeden Fall sicher nicht mit 200 Millionen Franken. Trotzdem befürchten wir, dass mit dem Anzug dem staatlichen Dirigismus, wie er kürzlich im Wirtschaftsbericht erwähnt wurde, Vorschub geleistet wird. Sie erinnern sich, vor etwa einem Monat haben wir hier im Grossen Rat den Wirtschaftsbericht diskutiert und haben festgestellt, dass wir insbesondere durch den starken Life Science Sektor zwar wertschöpfungsmässig und damit steuersubstratsmässig sehr erfolgreich sind, aber zu wenig neue Jobs schaffen, insbesondere zu wenig niederschwellige Jobs. Wenn wir jetzt der Standortförderung weitere Leitplanken geben, welche Unternehmen sie anziehen soll, dann hilft das unter Umständen eben gerade bei diesen niederschwelligen Jobs nicht. Wir haben einen Zielkonflikt zwischen einerseits Schaffung von Arbeitsplätzen, andererseits Schaffung von Steuersubstrat und Wertschöpfung, andererseits auch Innovation und Forschung zugunsten der Universität. Wenn wir noch ein weiteres Ziel fördern wollen, nämlich das Ziel, dass man Klimaschutz betreiben soll mit der Standortförderung, dann überladen wir dieses Fuder.

Deshalb lehnen wir diesen Anzug ab.

Pascal Pfister (SP): Ich muss gestehen, ich bin ein bisschen enttäuscht darüber, dass die Regierung den Ball des Parlaments nicht mehr aufgenommen hat. Man kann das vielleicht nachvollziehen, in der aktuellen Coronasituation gibt es viele Programme, viele Tätigkeiten, und ich kann nachsehen, dass die Verwaltung keine innovativere Antwort auf diesen Vorstoss gebracht hat.

Es hängt vielleicht auch ein bisschen damit zusammen, dass ein paar Missverständnisse auch in der Motion bereits enthalten sind. Wenn wir hier von Konjunkturprogramm reden, ist das ein falscher Begriff, es geht hier eigentlich um ein Investitionsprogramm. Es geht um eine Investition in unsere Zukunft. Vielleicht hat sich die Regierung gedacht, dass sie die Klimakrise mit konkreten Massnahmen bekämpfen will und nicht mit einem Investitionsprogramm. Auch ein Missverständnis ist, dass es hier nicht um ein Corona-Hilfsprogramm geht. Natürlich ist die Baubranche die einzige Branche, die noch funktioniert und wächst. Sie ist nicht besonders betroffen. Aber nichts desto trotz sind natürlich auch Investitionen in die Gesamtwirtschaft hilfreich. Ein Bekannter von mir, der im Moment im Gastrobereich nicht mehr

arbeiten kann, aber ein Handwerker ist, findet vielleicht in einer anderen Branche einen Job. Man muss ein bisschen grösser denken und nicht einfach sagen, weil es den Hotels nicht so gut geht, helfen wir den Hotels. Wir müssen der gesamten Wirtschaft Investitionen zuführen.

Damit kommen wir zu einem nächsten Kapitel, zum Thema Investitionen und Schulden. Sie wissen, dass ich der Meinung bin, dass wir bei den Schulden Spielraum haben, sowohl Basel-Stadt als auch die schweizerische Eidgenossenschaft, und dass jetzt sicher der richtige Zeitpunkt ist, um nicht einfach auf dem Schlauch zu stehen. Es geht um die Zukunft. Schulden werden von Menschen in der Zukunft finanziert, diese profitieren aber auch von diesen Massnahmen. Ob es nun 200 Millionen sein müssen oder nicht, ist offen. Natürlich müssen es konkrete Massnahmen sein, die etwas bringen. Wir wissen alle, dass wir bei den Gebäudesanierungen immer noch sehr viel Potenzial haben.

Ich setze also meine Hoffnungen in die neue Regierung, dass sie bei Überweisung als Anzug auch über diese wenigen Massnahmen, die angedeutet worden sind, hinausgeht. Dann setze ich meine Hoffnung auch in die Spezialkommission Klima oder in das Parlament, wenn wir noch einmal konkreter nachschieben müssen.

Harald Friedl (GAB): Die Motion fordert ein 200 Millionen-Programm für Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassungsmassnahmen. Die Fraktion Grünalternatives Bündnis kann dieses Bestreben nur unterstützen, unabhängig davon, ob es mit Corona begründet wird oder nicht. Solche Investitionen sind absolut notwendig, und sie werden künftig noch notwendiger sein, um die weitaus grössere sich anbahnende Krise möglichst zu mindern und die Auswirkungen zu bekämpfen.

Die Klimakrise ist Realität und wird uns dieses Jahrhundert mit all ihren Folgen noch sehr beschäftigen und prägen. Je früher wir handeln, desto besser, denn die Zeit ist äusserst knapp. Ihnen mag vielleicht die Zahl von 200 Millionen als zu hoch erscheinen, sie sind es aber bestimmt nicht hinsichtlich dessen, was die Klimaerhitzung noch kosten wird, uns als Gesellschaft, hier und auf der ganzen Welt.

Trotzdem, die Motion hat ihre Mängel. Die Vorschläge und Forderungen sind zu unspezifisch und können wahrscheinlich nicht so eins zu eins umgesetzt werden. Deshalb wollen wir hier dem Regierungsrat folgen und ihr die Motion als Anzug überweisen, damit sie diese zusammen mit den Anzügen von Pascal Pfister und Jürg Stöcklin als Gesamtpaket behandeln kann.

Wir bitten Sie, den Vorstoss zu unterstützen und dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen.

Mark Eichner (FDP): Die FDP lehnt die Überweisung ebenfalls ab, sowohl als Motion als auch als Anzug. Wie Sie alle wissen, ist die Coronakrise keine Nachfragekrise, und die wirtschaftlichen Folgen sind insgesamt gar noch nicht absehbar. Im Vergleich mit anderen Ländern scheint aber die Schweiz doch einigermassen mit einem blauen Auge davonzukommen, auch wenn viele Branchen sehr stark betroffen sind. Aber die Konjunkturforschung geht derzeit davon aus, dass die Nachfrage nach der Krise sich auf das Niveau vor der Krise einpendeln wird.

Anders als bei klassischen Konjunkturkrisen haben wir es hier nicht mit fehlenden privaten Konsumausgaben zu tun, weil die Leute nicht ausgeben wollen, sondern weil sie nicht dürfen. Es geht Ihnen sicher allen wie mir, wir würden alle gerne ins Restaurant gehen und ein Nachtessen einnehmen, aber wir dürfen nicht.

Ich finde es überdies falsch, einen fixen Betrag für ein Konjunkturprogramm zu sprechen. Darum sprechen wir plötzlich nicht mehr von einem Konjunkturprogramm, obwohl die Motion so übertitelt ist, sondern von einem Investitionsprogramm. Die Motionäre verknüpfen ihre Anliegen mit klimafreundlichen Investitionen, konkret wird ein ganzer Katalog von verschiedenen lustigen und guten Ideen vorgeschlagen, aber etwas willkürlich. Wenn diese Investitionen teilweise sicherlich gerechtfertigt sind, so schliesse ich mich meinem Vorredner Pascal Pfister an, dass wir Vertrauen in die neu zusammengesetzte Regierung haben dürfen, auch in unsere Klimaschutzspezialkommission, dass uns ein überschaubares Investitionsprogramm vorgelegt werden wird, das langfristig ausgerichtet, nachhaltig ist, das die ökologischen Zielsetzungen unseres Kantons entsprechend umsetzen kann.

Ich bitte Sie deshalb, den Vorstoss nicht zu überweisen, weder als Motion noch als Anzug.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie mögen sich vielleicht erinnern, wir haben 150 Millionen Franken gesprochen für die Elektrobusse. Wenn Sie uns nun vorwerfen, dass wir nichts machen und kein Geld ausgeben wollen, dann ist das so nicht richtig. Die Regierung möchte einfach die Art und Weise, wie es die Motion verlangt, nicht übernehmen müssen. Das heisst, 200 Millionen verteilen auf 50 Massnahmen erachten wir nicht als sinnvoll. Einige dieser Massnahmen und Vorschläge sind bereits in Bearbeitung (Ladestationen für Elektroautos etwa), andererseits haben wir bereits die Nettoinvestitionen erhöht. Das kann man nicht einfach von heute auf morgen, das konnten wir nur tun, weil das schon länger geplant ist. Wir haben auf Fr. 460’000’000 erhöht. Das ist ein Riesenbetrag. Wir werden dafür auch Schulden machen müssen. Das sind nicht nur Massnahmen, die nicht für das Klima sind, darunter befinden sich selbstverständlich auch Klimamassnahmen.

Es geht mehr gegen die Art und Weise. Die Motion vermischt zwei Dinge. Es ist einerseits Corona und die schlechte Wirtschaftslage, andererseits ist es das Klima. Wir wissen nicht, wie es mit der Wirtschaftslage weitergeht, aber wir haben gesagt, dass wir die Investitionen erhöhen wollen, wir schnüren Hilfspakete. Bei der Frage des Klimas sind wir auch der Meinung, dass wir schauen müssen, was nötig ist, und dann sprechen wir das Geld. Man kann nicht sagen, dass Basel-Stadt geizig ist, wenn es ums Klima geht, weder die Regierung noch der Grosse Rat. Ich habe den Eindruck, dass gute Vorlagen Erfolg haben, und zwar schnell. So schnell, wie Sie diese 150 Millionen durch den Grossen Rat gebracht haben, könnte es sonst fast nirgends gehen.

Daher muss ich die Regierung ein wenig in Schutz nehmen. Es ist verständlich, dass wir das so nicht umsetzen wollen. Da würde man einen kleinen Bericht schreiben, anstatt dass wir weiter dort arbeiten, wo wir bereits auf gutem Wege sind. Es war ein Vorschlag, den Vorstoss in einen Anzug umzuwandeln, damit man prüfen kann, ob bei der Standortförderung etwas gemacht werden soll. Lorenz Amiet findet das nicht sinnvoll, aus Gründen, die ich auch nachvollziehen kann. Die Regierung schlägt aber vor, dies bei Überweisung als Anzug zu prüfen. Ansonsten machen wir nicht einfach nichts, sondern gehen auf gutem Weg weiter und geben ziemlich viel Geld für sehr gute und wichtige Sachen aus.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 20.5215 in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

65 JA

24 NEIN

2 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 20.5215 dem Regierungsrat zu überweisen.

66. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag Beatrice Messerli und Barbara Heer auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Wahrnehmung des Parlamentsmandates während des Mutterschaftsurlaubs

[10.02.21 21:11:48, WSU, 20.5246.02, SSI]

Der Regierungsrat beantragt, die Standesinitiative einzureichen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

81 JA

4 NEIN

7 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative betreffend Wahrnehmung des Parlamentsmandates während des Mutterschaftsurlaubs einzureichen.

Das Geschäft 20.5246 geht an den Regierungsrat zum Vollzug.

Der Antrag 20.5246 ist erledigt.

67. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag Beda Baumgartner und Oliver Bolliger auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Aufnahme von Menschen aus Griechenland und Auslastung der Asylzentren

[10.02.21 21:13:29, WSU, 20.5108.02, SSI]

Der Regierungsrat beantragt, keine Standesinitiative einzureichen und den Antrag als erledigt abzuschreiben.

Joël Thüring (SVP): Die Diskussion haben wir vorher schon geführt, anlässlich der Anzüge von Beda Baumgartner und Brigitte Hollinger. Es geht letztlich um dasselbe Thema. Ich kann an das Votum von Regierungspräsident Beat Jans erinnern: Was bringen Standesinitiativen? Ich glaube tatsächlich, dass auch hier sich wieder die Frage zu Recht stellt, was es bringt, wenn wir eine Standesinitiative einreichen, die nach Bern geht und dort in irgendeiner parlamentarischen oder politischen Schublade verschwindet.

Ich habe im Lauf des Tages die Standesinitiative noch einmal gelesen. Ich spüre bei Beda Baumgartner und Oliver Bolliger, dass sie sehr aufgewühlt sind, was diese Situation auf dem Mittelmeer, auf der griechischen Insel Lesbos betrifft. Aber es werden hier Dutzende Sachen vermischt. Einerseits möchte die Standesinitiative, dass man schaut, dass die kantonalen Asylzentren ausgelastet sind, man möchte sicherstellen, dass Menschen, die sich auf den griechischen Inseln befinden, in der Schweiz Schutz geboten wird, ihnen ein ordentliches Asylverfahren gewährleistet wird. Dann will man gleichzeitig noch, dass der Bundesrat andere Staaten in Europa dazu auffordert, es ihm gleich zu tun. Das sind nun sieben verschiedene Dinge, die diese Standesinitiative fordert. Man kann dies alles fordern, aber es hat weder in einer Standesinitiative etwas zu suchen, noch macht es wirklich Sinn, dies zu fordern. Das schreibt ja auch die Regierung, die diese Standesinitiative ablehnt. Die meisten Punkte sind gar nicht möglich. Die Schweiz macht etwas im Rahmen dessen, was möglich ist. Sie hat 2015 Flüchtlinge aufgenommen, auch aus Entlastungsgründen der Aussengrenzen. Die Schweiz hat gleichzeitig wenig Möglichkeiten, andere Länder dazu zu bringen, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Ich unterschätze Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter nicht, sie stehen mir politisch näher als Beda Baumgartner, aber wenn es Angela Merkel nicht schafft, für eine gerechtere Verteilung zu sorgen und seit fünf Jahren das probiert, dann glaube ich nicht, dass es die Schweiz eher schafft, schlicht und einfach deshalb nicht, weil diverse Staaten in Europa das nicht wollen. Sie müssten eigentlich Ihre sozialistischen Freunde in Polen oder in Ungarn etwas bearbeiten und weniger unseren Schweizer Bundesrat.

Hinzu kommt, dass wir wieder bei der Grundproblematik sind, welche Signale und Botschaften wir aussenden. Wollen wir tatsächlich Menschen unnötigerweise durchs Mittelmeer schicken? Eine Kritik in der Begründung der Standesinitiative fand ich besonders lustig. Beda Baumgartner und Oliver Bolliger kritisieren das Dublin-System. Das kritisieren wir auch, wir haben uns deshalb damals gegen Schengen und Dublin zur Wehr gesetzt, weil wir der Ansicht waren, dass dieses System nicht funktioniert. Es funktioniert auch heute noch nicht, weil diverse Staaten gemäss Dublin-Abkommen Asylanten zurücknehmen müssten, und die Schweiz kann nun einmal nicht Ersteinreiseland sein. Die Schweiz ist nicht an ein Meer angeschlossen. Die Flüchtlinge kommen in Italien, Griechenland und in Spanien an. Deshalb ist die Schweiz gemäss Dublin-Abkommen nicht verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen, sondern die Ersteinreisestaaten sind verpflichtet, die Flüchtlinge entgegenzunehmen.

Dublin funktioniert nicht, aber Dublin wird auch mit dieser Standesinitiative weiterhin nicht funktionieren. Das ist ein gesamteuropäisches Problem, das wir anders lösen müssen, zum Beispiel mit mehr Hilfe vor Ort. Wir bitten Sie deshalb, diese Standesinitiative heute abzulehnen und dem Regierungsrat zu folgen.

Zwischenfrage

Tim Cuénod (SP): Die Widersprüche der SVP bei der Hilfe vor Ort lassen wir jetzt beiseite. Sie haben gesagt, wir sollten unsere sozialistischen Freunde in Polen und Ungarn bearbeiten. Kennen Sie die politischen Mehrheitsverhältnisse in diesen beiden Ländern?

Joël Thüring (SVP): Ja, die kenne ich sehr gut, und ich glaube immer noch, diese Parteien sind Ihrem Parteiprogramm deutlich näher.

Oliver Bolliger (GAB): beantragt die Standesinitiative einzureichen.

In einem Punkt gebe ich Joël Thüring Recht, die europäische Migrationspolitik funktioniert nicht. Vor vier Monaten haben wir im Grossen Rat diese Standesinitiative betreffend Aufnahme von Menschen aus Griechenland dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen, eingereicht wurde sie vor knapp einem Jahr. Nun haben wir wirklich noch einmal die Chance, den von fast allen gewünschten Druck auf Bundesbern zum Ausdruck zu bringen, indem wir diese Standesinitiative definitiv überweisen.

Ich werde die Gründe für das Einreichen der Initiative nicht wiederholen. Wie Sie alle wissen, hat sich an der katastrophalen Lagen in den Flüchtlingslagern auf den Inseln und auf dem Festland überhaupt gar nichts verändert. Die Situation der geflüchteten Menschen bleibt eine menschliche und eine europäische Tragödie. Die aktuelle Situation im neuen Lager Kara Tepe ist grauenvoll, Wasser fliesst durch die Zelte, es ist kalt, und die Infrastruktur ist gar schlechter als in Moria.

Der Regierungsrat hat sich in Bundesbern dafür eingesetzt, dass der Kanton Basel-Stadt aufgrund seiner humanitären Tradition bereit dazu wäre, zusätzliche Flüchtlinge aus Griechenland ausserhalb unseres Kontingents aufzunehmen. Zudem ist der Kanton Basel-Stadt im Juni der solidarischen Städteallianz beigetreten. Für diese Haltung und für den Einsatz möchte ich mich noch einmal herzlich bedanken. Die Basis für die definitive Überweisung der vorliegenden Standesinitiative liegt also vor, und es wäre reine Formsache, diese nun nach Bern zu schicken.

Deswegen erstaunt mich die vorliegende Antwort sehr. Die Ablehnung der definitiven Überweisung kommt sehr formal daher, vielleicht fehlt mir dazu der juristische Blick, aber ich kann dieses defensive Verhalten und das Verbiegen nicht wirklich nachvollziehen. Ehrlich gesagt, möchte ich es auch gar nicht nachvollziehen können. Der Regierungsrat schreibt

in der Antwort, dass er die allgemein formulierten Forderungen in der Städteallianz einbringen wolle, aber die Standesinitiative als Aufforderung für die Bundesbehörden nicht nach Bern schicken möchte. Als erste Begründung wird ausgeführt, die Standesinitiative sei zu wenig ausformuliert und kläre nicht, wer aufgenommen werden soll. Stellen Sie sich mal vor, wir hätten genau definiert, wer aufgenommen werden müsste. Das wäre ja wohl viel problematischer, denn die zuständigen Bundesbehörden für Relocation- und Resettlement-Massnahmen haben einen viel tieferen Einblick als wir im Grossen Rat.

Es ist klar, dass die vorhandenen Asyleinrichtungen aufgrund der Coronapandemie nicht so ausgelastet werden können wie dies sonst möglich wäre. Die aktuelle Situation sollte aber nicht grundsätzlich als Ablehnung dienen, geflüchtete Menschen aus Griechenland und woandersher bei uns aufzunehmen. Unsere Einrichtungen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sind immer noch um ein vieles besser als die katastrophale Lage in den Lagern auf Lesbos. Ich gehe nicht davon aus, dass die Regierung der Meinung ist, dass dort die Coronaschutzmassnahmen besser eingehalten werden könnten als bei uns.

Die Tatsache, dass die Schweiz aufgrund ihrer bisher restriktiven Asyl- und Flüchtlingspolitik nicht in der Lage wäre, andere EU-Staaten aufzufordern, gemeinsame Lösungen anzubieten, kann ich nachvollziehen, auch wenn es nicht gerade lobenswert ist. Aber es muss schon festgehalten werden, dass in Zukunft die bevorstehenden Migrationsherausforderungen in Europa nur gemeinsam und nur solidarisch angegangen werden können. Abschottungslösungen einzelner Staaten werden das Problem nur verschärfen und sicher nicht lösen. Ich sehe keinen Grund, weshalb die Schweiz sich in Zukunft diesbezüglich nicht explizit besser positionieren soll. Dies wäre ja vielleicht auch im Sinne von Joël Thüring.

Das Grünalternative Bündnis wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Standesinitiative definitiv nach Bern senden würden, denn dieses politische Zeichen ist wirklich bitter nötig. Alles andere wäre eher peinlich.

Beda Baumgartner (SP): Ich möchte zu Beginn auf das Votum von Joël Thüring reagieren. Mehrere Kantone haben diese Standesinitiative eingereicht, da kann ich auch Regierungspräsident Beat Jans beruhigen, es ist keine Alleinaktion aus Basel, das Gewicht wäre schon mal grösser. Die Schweiz mache, was möglich sei. Das ist schlichtweg falsch, Joël Thüring. Man kann politisch die Haltung haben, es werde genügend getan, aber dass sie macht, was möglich ist, ist falsch. Die Schweiz hat mit einer anderen EJPD-Vorsteherin deutlich mehr gemacht, gerade im Bereich Relocation. Die Verweise auf unsere vermeintlichen sozialistischen Freunde verbitte ich mir wirklich. Prawo i Sprawiedliwość hat mit einer sozialistischen Partei nichts zu tun. Ich möchte mit der Flüchtlingspolitik von der PIS in Polen und der Fides in Ungarn nicht assoziiert werden. Und wenn wir die ganze Zeit nur annähernd solche Vergleiche für die SVP machen würden, hätten wir ein Riesentheater. Ich würde es Ihnen wirklich ans Herz legen, in Zukunft ein bisschen besser zu überlegen, welche Vergleiche Sie anstellen wollen.

So genau haben Sie die Standesinitiative nicht gelesen. Der Regierungsrat will sie zwar nicht überweisen, aber er skizziert sehr klar, was man machen könnte. Auch wenn wir die Standesinitiative nicht überweisen, bleiben wir dran, denn der Bundesrat schöpft die definierten Resettlement-Flüchtlingskontingente nicht aus. Und der Bundesrat ermöglicht auch nicht die Aufnahme der von den Kantonen jährlich gemeldeten Anzahl Geflüchteter zusätzlich. Was könnten die Kantone machen? Sie könnten sich melden. Und der Bundesrat entscheidet, ob die zusätzlichen Aufnahmen im Rahmen von Resettlement-Programme über die Teilnahme am EU-Relocation-Programm erfolgt.

Und das wären alles Optionen, und ich bin dem Regierungsrat dankbar, dass er sie aufgezeigt hat. Es gäbe Optionen, die zusätzlich machbar sind. Sie müssen sich irgendwann entscheiden, ob Sie die Verantwortung die ganze Zeit auf die Bundesebene schieben. Das können Sie machen, aber dann müssen Sie irgendwann Hand bieten, aus der entsprechenden staatspolitischen Kommission und aus dem Nationalrat kommt dies nicht.

Darum, Sie können völlig beruhigt dieser Standesinitiative zustimmen. Dann kann dies in der staatspolitischen Kommission des Nationalrats entsprechend traktandiert werden. Es wird nicht übermorgen die Flüchtlingspolitik der Schweiz geändert mit dieser Standesinitiative, aber vielleicht kommen wir irgendwann an einen Punkt, wenn genug Druck von genug viel Leuten und genug vielen Institutionen besteht, dass wir uns dieser Situation endlich mal stellen und unsere Verantwortung wahrnehmen. Ich bitte Sie darum im Namen der SP, diese Standesinitiative zu überweisen.

Eric Weber (fraktionslos): Sie geben auch nie auf, Beda Baumgartner und Oliver Bolliger. Ich werde mit Ihren Enkelkindern noch in 30 Jahren hier kämpfen, das verspreche ich Ihnen. Joël Thüring hat es richtig gesagt, und er ist falsch verstanden worden. Er hat gesagt, Polen und Ungarn sind streng. Das stimmt. Wenn Sie hinreisen, sehen Sie in Polen nur Polen und in Ungarn sehen Sie nur Ungaren. Gehen Sie nach Bulgarien, sehen Sie nur Bulgaren, und in Rumänien Rumänen. Deshalb wollen gewisse Leute an die Honigtöpfe. Wir haben das beste Mittel mit den Bettlern, mit dem Tram Nr. 8 vom Claraplatz bis zum Bahnhof SBB sieht man an jeder Ecke Bettler, und ich weiss nicht, wo das enden soll. Warum machen Sie das? Warum diese Zwängerei? Ich möchte Ihnen ans Herz legen, zu überlegen, was Sie als Schweizer in diesem schönen Parlament erzählen.

Joël Thüring SVP: Beda Baumgartner, ich verstehe schon, dass Sie das wünschen, ich möchte Sie dann aber einladen, eine Volksinitiative einzureichen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Schweizer Stimmbevölkerung diese Asylgesetzgebung bekämpft hat. Die SVP hat sie teilweise bekämpft und immer Mehrheiten in der Bevölkerung gefunden. Anstatt den Weg über das basel-städtische Parlament zu suchen, um Aussenpolitik und Asylpolitik zu betreiben, lancieren Sie doch mit der SP Schweiz eine Volksinitiative, ändern Sie die Asylgesetzgebung, und dann befragen wir das Volk. Ich möchte aber daran erinnern, die Entscheidungen in den entsprechenden Abstimmungen sind immer ganz klar so

herausgekommen, wie es die bürgerlichen Parteien und der Bundesrat sich vorgestellt haben.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Eine Standesinitiative wird von Ihnen eingereicht, der Regierungsrat hat nur eine Stellungnahme gemacht. Der wichtigste Satz ist der, dass die Standesinitiative in der Sache unbestritten, aber in vorliegender Form nicht zielführend sei. Es sind formelle Kriterien. Da man es noch anpassen müsste und die Begründung etwas überholt ist, war man der Meinung, das sei nicht so ideal. Es sind also reine formale Kriterien, weil in der Sache sind wir der gleichen Meinung. Wir haben bereits diskutiert, dass es sinnvoll wäre, wenn der Bund hier einlenken würde.

Abstimmung

JA heisst Einreichen, NEIN heisst Nichteinreichen.

Ergebnis der Abstimmung

49 JA

43 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative betreffend Aufnahme von Menschen aus Griechenland und Auslastung der Asylzentren einzureichen.

Das Geschäft 20.5108 geht an den Regierungsrat zum Vollzug.

Der Antrag 20.5108 ist erledigt.

68. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 143 Thomas Gander betreffend Folgen und Massnahmen der Corona-Krise für sozioökonomisch schwache Menschen und Familien

[10.02.21 21:33:14, WSU, 20.5459.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Thomas Gander (SP): Ich bin teilweise befriedigt, die Antworten waren sehr fundiert, inhaltlich stark, wie immer aus dem WSU, aber auch etwas hoffnungslos.

Ich habe die These aufgestellt, dass es erste Anzeichen gibt, dass es Menschen gibt, die durch die Corona-Krise trotz den Massnahmen, trotz den Hilfspaketen durch die Maschen fallen. Die Medienberichterstattung auf die ersten Studien, die veröffentlicht wurden, zeigen, dass dem auch wirklich so ist. Es gibt Menschen, die schon vor der Corona-Krise knapp an der Schwelle zur Armut lebten, und die nun durch die Krise durch die Maschen fallen, weil sie schlichtweg nicht genügend Geld haben, um ihr Leben zu bestreiten.

Was ist die Folge? Die Folge wird sein, dass mit einem Timelack von zwei Jahren die Sozialhilfe dafür einspringen muss. Dann können wir wieder über die Höhe der Sozialhilfekosten streiten. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die wenig haben, die in die Schuldenfalle tappen. Ich weiss nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, aber gerade in den Medien machen viele Unternehmen auf die Vergabe von Privatkredite aufmerksam. Das ist nicht ganz zufällig, denn viele Leute müssen, um ihr Leben bestreiten zu können, auf Privatkredite zurückgreifen und sich wieder verschulden.

Ich habe das WSU bezüglich verschiedener Massnahmen angefragt, die individuell Hilfe leisten, Hilfsprogramme für Menschen, die direkt betroffen sind von der jetzigen Corona-Krise, was ihr tägliches Leben anbelangt. Und in diesem Bereich sind wir schwach, auch die Regierung. Die Planungsszenarien sind auch ungenügend in einer Lanfgriststrategie. Ich höre nichts davon in den Antworten, welches die Perspektiven für die nächsten zwei Jahre sind, um diese Schicksale aufzufangen. Man vertraut momentan auf die Härtefallprogramme für die Unternehmen. Das reicht schlichtweg nicht.

Ich habe andere Erwartungen an die Regierung. Es gibt auch Vorstösse, die noch kommen werden, die ein Hilfeprogramm schaffen werden. Ich hoffe sehr, dass die neue Regierung auch den Fokus auf diese Schicksale legt, die meistens nicht an die Oberfläche kommen und sichtbar werden, und dass die Regierung etwas zur Umverteilung beiträgt. Es gibt auf der anderen Seite sehr viele Gewinnerinnen und Gewinner dieser Corona-Krise, und das sind nicht die Menschen, die wenig Geld haben. Das ist nicht eine Neiddebatte, sondern schlichtweg die Realität, die wir auffangen müssen.

Ich bin teilweise befriedigt von den inhaltlichen Angaben, aber ich bin nicht befriedigt, wie die Regierung im Moment die Perspektivenplanung für diese Menschen angeht.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte noch eine Ergänzung zur Antwort auf die Frage 3b anbringen. Das

Bundesparlament hat das Covid-Gesetz geändert und Personen mit einem Einkommen von bis zu Fr. 3'470 werden bei Kurzarbeit 100% entschädigt. Bei Einkommen zwischen Fr. 3'470 und Fr. 4'340 beträgt die Kurzarbeitsentschädigung bei vollständigem Verdienstausfall ebenfalls Fr. 3'470. Teilweise Verdienstausfälle werden anteilig berechnet, die Einstufung von Teilzeitlöhnen findet anhand des auf ein Vollzeitpensum hochgerechneten Lohn statt. Kurz zusammengefasst, der Bund hat hier auch etwas nachgebessert und erkannt, dass es tragisch ist, wenn sehr tiefe Löhne nur zu 80% entschädigt werden.

Zu Ihrem Vorwurf, dass wir überhaupt nicht daran denken würden, wie es den Menschen geht und keine Perspektiven bieten, ist Folgendes zu sagen: Es ist im Moment auch schwierig, vorauszuplanen, es ist schwierig, jetzt schon zu bestimmen, welche Programme wir machen für die nächsten zwei Jahre. Wir warten die nächsten Monate ab, warten die Zahlen ab. Wir befinden uns noch im Not- und Krisenprogramm. Wir machen aber für Menschen in sehr prekären Situationen, wo wir jeweils über die Institutionen hören, dass es Probleme gibt, Massnahmen, für die Sans-Papiers, Sexarbeiterinnen, öffnen Notschlafstellen für weitere Personen. Das versuchen wir schnell zu leisten. Es stimmt, der Fokus ist bei uns noch nicht entsprechend auf der Tagesordnung, aber wir werden es sicher nicht vergessen. Ich bin gespannt auf Ihre Vorstösse.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 20.5459 ist erledigt.

69. Bericht des Regierungsrates zur Motion der Bau- und Raumplanungs-kommission betreffend Stadtbildkommission

[10.02.21 21:40:11, BVD, 19.5532.03, SMO]

Der Regierungsrat beantragt die Motion als erledigt abzuschreiben.

René Brigger (SP): beantragt die Motion stehen zu lassen.

Wir haben heute die Umsetzung des Regierungsrats zur Motion der BRK zur Stadtbildkommission vor uns. Die Umsetzung der Motion, basierend auf einem Bericht der Subkommission der BRK und diverser Parlamentsentscheide, liegt nun nach sechs Jahren und vielen Umwegen vor. Es war immer spürbar, dass die Regierung resp. das BVD dies nicht richtig und/oder verzögert umsetzen will. Das galt zumindest für den Vorgänger von Regierungsrätin Esther Keller. Genügt diese Umsetzung? Ist es das, was die BRK und das Parlament wollen?

Ich bin leider klar der Meinung, dass das nicht der Fall ist. Die SP-Fraktion war knapp mehrheitlich der gleichen Meinung wie ich, mit dem Antrag auf Nein und Stehenlassen. Die SP-Fraktion hat jedoch Stimmfreigabe resp. für offen entschieden. Den konträren Standpunkt für Abschreiben wird mein Fraktionskollege Stefan Wittlin noch erläutern.

Die BRK hat basierend auf den Arbeiten der Subkommission nach Anhörung aller Involvierten, der Architekturkreise, der Stadtbildkommission, auch der Ortsbildkommission Riehen, des Heimatschutzes etc., den Regierungsrat beauftragt, verbindlich darauf hinzuwirken, den vorliegenden Vernehmlassungsentwurf des Jahres 2017 umzusetzen. Die Grundlage und der Wille der BRK war, dass der Vernehmlassungsentwurf des Jahres 2017 in der BPV umgesetzt wird.

Eigentlich waren wir die Meinung, die Sache sei gelaufen, der Vernehmlassungsentwurf 17 war eine zurückhaltende aber präzise neue Regelung der Stadt- und der Ortsbildkommission. Aber ich stelle fest, dass die Umsetzung im hier vorliegenden Regierungsratsbeschluss in mindestens zwei Punkten anders ist als der Entwurf des Jahres 2017.

Erstens: Die Ortsbildkommission Riehen und die Dorfbildkommission Bettingen werden von der neuen Regelung explizit ausgenommen. Das wäre zur Not noch akzeptierbar unter dem Titel Gemeindeautonomie. Aber wir haben in Basel-Stadt einen grossen Vorteil, wir haben ein kantonales Baurecht. Nun wird in Riehen kommunales Baurecht geschaffen. Das heisst, bei Bauten und Anlagen ausserhalb der Schonzone, welche weder von grundsätzlicher Tragweite oder grundsätzlicher Natur sind, hat die Ortsbildkommission Riehen resp. die Dorfbildkommission Bettingen nach wie vor einen verbindlichen Entscheid und übersteuert das BGI. Es amtet anders als in der Stadt weiterhin als Oberbaubehörde. Das BGI muss dem also folgen. In der Stadt ist das formell nicht mehr der Fall, in der Stadt hat die Stadtbildkommission bei kleineren Bauten ausserhalb der Schonzone nur die Kompetenz einer Empfehlung. Das war auch der Kern des Vernehmlassungsentwurfs, welchen die BRK als richtig erachtete. Neu wird aber jetzt diese Änderung nur in der Stadt Basel vorgenommen, nicht in Bettingen und Riehen. Das wäre zur Not noch knapp akzeptierbar.

Parallel hat der Regierungsrat vor wenigen Tagen die Ausführungsverordnung zur Bau- und Planungsverordnung geändert, und zwar in der relevanten Bestimmung von § 2. Dieser Paragraph wird neu mit einem Abs. 4 ergänzt: "Weicht das Bau- und Gastgewerbeinspektorat von der Stellungnahme der Stadtbildkommission ab, orientiert es vorgängig 1. die Stadtbildkommission und 2. die Departementsvorsteherin." Das ist ein entscheidender Einbruch in das System. § 2 der Ausführungsbestimmungen der Bau- und Planungsverordnung ist eben entscheidend, weil dort festgelegt wird, dass das Bau- und Gastgewerbeinspektorat Leitbehörde ist und das Bauverfahren koordiniert. Das ist auch der Kern eines modern verstandenen Bau-, Umwelt- und Planungsrechtes. Es muss eine Leitbehörde zuständig sein, und das ist gemäss dieses § 2 Abs. 1 eben das BGI. Und in § 4 wird zwar die Stadtbildkommission bei kleineren Bauten in die Kompetenz der Empfehlung gesetzt, aber wenn wirklich im Einzelfall das BGI sagt, die Empfehlung der Stadtbildkommission bezüglich

etwa einer Lukarne sei negativ, und dass das akzeptierbar sei, oder die Solaranlage einer Fassade würde es akzeptieren, dann muss es zuerst politisch die Chefin fragen und zugleich die empfehlende Fachbehörde. Das gibt es sonst nirgends. Jede andere Fachbehörde empfiehlt, und das BGI als Leitbehörde entscheidet. Da wird etwas vollkommen Krudes und Neues gemacht, ein absolut Novum, das gar nicht in das System eines normalen Verfahrens gehört.

Ich habe zwei Analysen. Erstens, Chapeau dem BVB und den Juristen für das verwaltungstechnische Kunststück, den Willen einer Kommission eines Parlaments in zwei Kernbereichen ad absurdum zu führen und zu umgehen. Es ist geschickt gemacht. Inhaltlich ist das aber nicht der Wille des Parlaments. Das ist sogar ein Bubentrick, und ich muss aus parlamentarischer Sicht die Kolleginnen und Kollegen, die materiell anderer Ansicht sind, bitten, dazu Nein zu sagen, so geht das nicht. Wenn das Parlament drei Mal klar gesagt hat, dass es in diesem Bereich keine Verbindlichkeit der Stadtbildkommission und der Ortsbildkommission wolle, muss das respektiert werden und dann kann diese Umsetzung nicht akzeptiert werden.

Zusammengefasst bitte ich Sie daher dringend, die Motion stehen zu lassen. Nur so wird der parlamentarische Wille durchgesetzt und nur so kann dieses verwaltungsrechtliche Gemurkse verhindert werden. Wir hoffen, dass Regierungsrätin Esther Keller sich das noch einmal genauer anschaut und ihren Mitarbeitenden sagt, dass das so nicht gehe. Die Stellung der Kreise innerhalb des BVD, die darauf beharren, ist gross, aber dass nach sechs Jahren so ein Resultat kommt, kann nicht akzeptiert werden.

Tonja Zürcher (GB): Zu den Ausführungen meines Vorredner kann ich nur so viel sagen: Wenn man ein Haar in der Suppe suchen will, dann findet man es auch. Orientierer ist nicht Frager, hier besteht kein so grosses Problem, wie mein Vorredner meint. Aber wir haben ja grundsätzlich eine unterschiedliche Auffassung für den Umgang mit der Stadtbildkommission, vielleicht liegt es auch daran.

Wir vom GAB haben die Motion von Anfang an abgelehnt. Es ist deshalb auch kaum überraschend, dass wir eine noch weitergehende Umsetzung auch ablehnen und deshalb für Abschreiben der Motion plädieren. Gerade in Zeiten des Baubooms ist es wichtig, dass die Stadt nicht blind umgebaut wird. Ein sorgfältiger Umgang mit der Substanz ist wichtig für den Klimaschutz, den Wohnschutz und den Erhalt der Quartierqualität. Wir lehnen deshalb die mit der Motion verstärkte Bevorzugung der Bautätigkeit gegenüber dem Stadtbild und der Schonung der Substanz grundsätzlich ab.

Die aufgrund der Motion beschlossene Änderung der Bau- und Planungsverordnung lässt sich aber nicht mehr stoppen, sie ist bereits beschlossen, da mit dem Weg über die Verordnung die Referendumsmöglichkeit umgangen wurde. Das hat das Parlament beschlossen, und ich bedaure diesen Entscheid nach wie vor. Es wird damit der Bevölkerung die Möglichkeit, über diese Frage zu entscheiden, entzogen.

Es bleibt uns somit also nichts anderes übrig, als die Änderung der Verordnung soweit zu akzeptieren und zu hoffen, dass die bei Unterstützung des Klimaschutzes, der Baukultur und des Wohnschutzes bereits vorhandene Wertschätzung der Substanz in nicht allzu ferner Zukunft auch in diesem Parlament ankommt.

Daniel Albietz (die Mitte/EVP): Ich erlaube mir kurz darauf hinzuweisen, dass hier wieder die Frage besteht, ob man nur für die kommunale Stadtbildkommission legiferiert und Dinge ändert oder ob man die Gemeinden, die auch noch zum Kanton gehören, im Blick hat. Es war in der Motion der BRK nur noch von der Stadtbildkommission die Rede. Klar war aber, dass aufgrund der Vorgeschichte die Frage besteht, ob man nun kantonales Baurecht ändert oder ob man nur einseitig für die Stadtbildkommission Änderungen vornimmt. Interessanterweise hat jetzt der Regierungsrat sich darauf beschränkt, für die Stadtbildkommission zu legiferieren, für die Gemeinden hingegen nicht. Und er schafft hier eine eigenartige Situation. Es gab damals die Meinung, dass die Kommissionen entweder nur noch in wichtigen Dingen zu entscheiden haben. Ich bin schon der Ansicht, dass man die Gemeinden dann einbeziehen müsste, zumindest wenn man die Verordnung ändert.

Nun haben wir die eigenartige Situation, dass die Stadtbildkommission in ihrer Zuständigkeit beschnitten ist, die Ortsbildkommission in Riehen und die Dorfbildkommission in Bettingen hingegen nicht. Ich würde mich interessieren, ob die Gemeinden angefragt wurden bezüglich der Veränderung der Verordnung und welche Meinung sie haben. Falls das nicht der Fall gewesen wäre, beantrage ich, dass man im Moment stehen lässt, um die Gemeinden, die ausserhalb der Stadtgrenze auch noch existieren, in die ganze Fragestellung zumindest einzubeziehen, falls die Motion von René Brigger nicht auf die beiden anderen Ästhetikkommissionen gemünzt war.

Hier haben wir eine Anomalie, dass die Gemeinden aussen vor gelassen werden.

Stefan Wittlin (SP): Ich fand das Votum von René Brigger sehr interessant, auch wenn ich inhaltlich nicht einverstanden bin. Es ist ja auch interessant, dass bei diesem Thema die Meinungsgräben nach wie vor quer durch die Fraktionen gehen. Das ist erfrischend, aber es ist für mich langsam nicht mehr nachvollziehbar, weshalb hier an diesem Antrag Stehenlassen festgehalten wird. Ich sehe es ähnlich wie Tonja Zürcher, die gesagt hat, dass man immer ein Haar in der Suppe findet, wenn man danach sucht.

Die Forderungen der Motion sind mit den Anpassungen der Verordnung umgesetzt. Die beiden Punkten, die René Brigger kritisiert, kann ich verstehen. Ich verstehe, wenn er sagt, dass er sich ärgert darüber, dass die Ortsbildkommission in Riehen und die Dorfbildkommission in Bettingen nicht betroffen sind. Aber dann muss er und müssen die anderen, die den Motionstext verfasst haben, sich auch an der eigenen Nase nehmen. Denn es steht so schlicht nicht im Motionstext, es steht kein Wort von Bettingen oder Riehen, es steht kein Wort von Ortsbild- oder Dorfbildkommission. Zumindest diese Kritik darf man anbringen.

Ich kann ausserdem nicht nachvollziehen, dass die Motion nicht umgesetzt sei, weil diese angepasste

Ausführungsbestimmung besagt, dass die Departementsvorsteherin des Bau- und Gastgewerbeinspektorats orientiert werden müsse, wenn etwas von der Empfehlung der Stadtbildkommission abweiche. Denn sobald das Bau- und Gastgewerbeinspektorat abweichend entscheidet, ist es ein politischer Entscheid. Und wenn es ein politischer Entscheid ist, darf man die Last nicht auf den Mitarbeitenden der Behörde lassen, sondern dann ist die politische Vorsteherin miteinzubeziehen. Das finde ich sehr schlüssig.

Die inhaltliche Debatte wurde im letzten Juni geführt. Ich bin nach wie vor nicht glücklich mit der Entwicklung, die die Stadtbildkommission geschwächt hat. Aber ich bitte auch all jene, die obsiegt haben bei der Überweisung der Motion, anzuerkennen, dass die Forderungen damit umgesetzt sind. Machen wir also einen Strich unter dieses lang diskutierte Thema, die Motion ist erfüllt, ich bitte Sie, diese abzuschreiben.

Michael Hug (LDP): Die ursprüngliche Motion von René Brigger forderte, dass die Stadtbildkommission die Auswirkungen von Bauvorhaben auf das Stadtbild in den meisten Zonen nur noch begutachten und nicht mehr abschliessend beurteilen soll. Genau wie wir es schon in mehreren Voten gehört haben, steht nur noch “begutachten” und nicht mehr “abschliessend beurteilen”. Das ist mit dieser Umsetzung, auch mit diesem Absatz vier des Paragraphen der Ausführungsbestimmungen erfüllt. Es gibt eine Orientierung, aber keine verbindliche Verpflichtung mehr der Stadtbildkommission in dieser Sache. Eine Orientierung ist meiner Meinung nach keine abschliessende Beurteilung. Ein weiterer Einbezug der Stadtbildkommission ist denn auch zu begrüssen und wichtig. Für das Zusammenspielen zwischen Stadtbildkommission, dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat, der Denkmalpflege und dem Departement. Darum bin ich auch für Abschreiben dieser Motion.

RR Esther Keller Vorsteherin Bau- und Verkehrsdepartement: Ich gehe gerne kurz auf die offenen Punkte ein. Die Fronten sind in dieser Frage etwas verhärtet, ich habe das Geschäft geerbt. Ich möchte es aber gerne noch etwas verteidigen.

Ich hoffe und glaube nicht, dass das so ein Gemurks ist, wie René Brigger befürchtet. Ich glaube doch, dass die wichtigsten Anliegen der Motion erfüllt sind, insbesondere wenn es darum geht, dass die Empfehlungen wirklich einen empfehlenden Charakter haben und neu Stellungnahmen sind.

Es ist richtig, es wird damit ein Unterschied zwischen der Stadt und den Gemeinden geschaffen. Es ist aber tatsächlich so, dass sich mein Vorgänger damit an den Wortlaut der Kommissionsmotion gehalten hat. Wenn man die Voten nachhört vom letzten Jahr, dann wurden eben die Unterschiede hervorgehoben zwischen der Stadt und den Gemeinden.

Zur Frage von Daniel Albietz, ob die Gemeinden informiert wurden, kann ich Folgendes sagen. Zumindest für den Fall von Riehen wurde mir gesagt, dass ein Gespräch stattgefunden hat zwischen meinem Vorgänger und der Gemeinde Riehen, dass sie also über die Umsetzung informiert wurden.

Zum Thema Informationspflicht: Ich stimme hier Tonja Zürcher zu. Informationspflicht ist in meiner Sicht nicht ein Um-Erlaubnis-Bitten sondern ein Mitteilen des Entscheids.

Man kann die Motion mit gutem Gewissen abschreiben, sie ist so umgesetzt, wie sie eingereicht wurde und vorlag. Wenn es sich erweist, dass es nicht so ist, wie man es sich gewünscht hat, steht es Ihnen frei, weitere Vorstösse zu lancieren.

Abstimmung

JA heisst als erledigt abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

51 JA

35 NEIN

7 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben.

Die Motion 19.5532 ist erledigt.

Schluss der 5. Sitzung

21:45 Uhr

Basel, 8.4.21

Dr. David Jenny
Grossratspräsident

Beat Flury
I. Ratssekretär

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 10:57:59

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 5_ Dringliche Traktandierung Ratschlag 21.0060.01 (COVID-19-GRB-Mietzinsunterstützung II) (2/3 Mehr)

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**97**	10	5	0	18	8	15	30	11
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend		**2**	0	2	0	0	0	0	0	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:00:25

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Resolution Migranten in Bosnien drängen nach Westeuropa - Auf Tagesordnung setzen

Isler Beatrice	CVP/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Nein
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Nein
Strahm Andrea	CVP/EVP	Nein
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Nein
Herter Balz	CVP/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Nein
Albietz Daniel	CVP/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GB	Nein
Thiriet Jérôme	GB	Nein
Thommen Oliver	GB	Nein
Bernasconi Patrizia	GB	Nein
Hanauer Raffaela	GB	Nein
Fuhrer Raphael	GB	Nein
Stöcklin Jürg	GB	Nein
Messerli Beatrice	GB	Nein
Bolliger Oliver	GB	Nein
Hoppler Laurin	GB	Nein
Wirz Lea	GB	Nein
Zürcher Tonja	GB	Nein
Lachenmeier Michelle	GB	Nein
Mück Heidi	GB	Nein
Leuthardt Beat	GB	Nein
Weibel Fleur	GB	Nein

Friedl Harald	GB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Nein

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	**97**	10	5	0	18	8	15	30	11
Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**2**	0	2	0	0	0	0	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:03:11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Resolution Briefwahl erleichtert Betrug - Auf Tagesordnung setzen

Isler Beatrice	CVP/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Nein
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Nein
Strahm Andrea	CVP/EVP	Nein
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Nein
Herter Balz	CVP/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Nein
Albietz Daniel	CVP/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GB	Nein
Thiriet Jérôme	GB	Nein
Thommen Oliver	GB	Nein
Bernasconi Patrizia	GB	Nein
Hanauer Raffaela	GB	Nein
Fuhrer Raphael	GB	Nein
Stöcklin Jürg	GB	Nein
Messerli Beatrice	GB	Nein
Bolliger Oliver	GB	Nein
Hoppler Laurin	GB	Nein
Wirz Lea	GB	Nein
Zürcher Tonja	GB	Nein
Lachenmeier Michelle	GB	Nein
Mück Heidi	GB	Nein
Leuthardt Beat	GB	Nein
Weibel Fleur	GB	Nein

Friedl Harald	GB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Nein

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	**96**	10	5	0	18	8	14	30	11
Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**3**	0	2	0	0	0	1	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:05:58

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: 07_Offene Wahlen für Traktanden 7 bis 21 (2/3 Mehr)

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**96**	10	4	0	18	8	15	30	11
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend		**3**	0	3	0	0	0	0	0	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:07:55

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 7_Wahl Mitglieder der Finanzkommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**97**	10	5	0	18	8	15	30	11
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend		**2**	0	2	0	0	0	0	0	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:09:37

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 7_Wahl Präsident der Finanzkommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	-
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Enthaltung
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Enthaltung
Leuthardt Beat	GB	Enthaltung
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	-
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Enthaltung
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**91**	10	5	0	14	8	14	29	11
Nein	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltung	**5**	0	0	1	3	0	0	1	0
Abwesend	**4**	0	2	0	1	0	1	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:12:35

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 8_Wahl Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Enthaltung
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**96**	10	5	0	17	8	15	30	11
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**1**	0	0	0	1	0	0	0	0
Abwesend		**2**	0	2	0	0	0	0	0	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:14:05

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 8_Wahl Präsident der Geschäftsprüfungskommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	-
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Enthaltung
Leuthardt Beat	GB	-
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	-
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**93**	10	5	0	15	8	15	29	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**1**	0	0	0	1	0	0	0	0
Abwesend	**5**	0	2	0	2	0	0	1	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:16:32

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 9_Wahl Mitglieder der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**96**	9	5	0	18	8	15	30	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**3**	1	2	0	0	0	0	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:17:37

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 9_Wahl Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Enthaltung
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Enthaltung
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Enthaltung
Schaller Beat K.	SVP	Enthaltung
Stumpf Daniela	SVP	Enthaltung
Stalder Roger	SVP	Enthaltung
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Enthaltung
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**88**	9	5	0	18	8	13	29	6
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**7**	0	0	0	0	0	1	1	5
Abwesend		**4**	1	2	0	0	0	1	0	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:19:44

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 10_Wahl Mitglieder der Gesundheits- und Sozialkommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Enthaltung
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**95**	10	5	0	18	7	15	29	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**1**	0	0	0	0	1	0	0	0
Abwesend	**3**	0	2	0	0	0	0	1	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:21:00

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 10_Wahl Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Enthaltung
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**95**	10	5	0	17	8	15	29	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**1**	0	0	0	1	0	0	0	0
Abwesend	**3**	0	2	0	0	0	0	1	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:22:41

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 11_Wahl Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**97**	10	5	0	18	8	15	30	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**2**	0	2	0	0	0	0	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:23:50

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 11_Wahl Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Enthaltung
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**96**	10	5	0	18	8	15	29	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**1**	0	0	0	0	0	0	1	0
Abwesend	**2**	0	2	0	0	0	0	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:26:03

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12_Wahl Mitglieder der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**96**	10	5	0	18	8	15	29	11
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend		**3**	0	2	0	0	0	0	1	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:27:02

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12_Wahl Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Enthaltung
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Enthaltung
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Enthaltung
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**94**	10	5	0	17	8	14	30	10
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**3**	0	0	0	1	0	1	0	1
Abwesend	**2**	0	2	0	0	0	0	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:29:41

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13_Wahl Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	-
Thommen Oliver	GB	Enthaltung
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	-
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Enthaltung
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	-
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**92**	10	5	0	13	8	15	30	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**2**	0	0	0	2	0	0	0	0
Abwesend	**5**	0	2	0	3	0	0	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:30:35

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13_Wahl Präsident der Bau- und Raumplanungskommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	-
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Enthaltung
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**95**	10	5	0	17	8	14	30	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**1**	0	0	0	0	0	1	0	0
Abwesend	**3**	0	2	0	1	0	0	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:32:24

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 14_Wahl Mitglieder der Wirtschafts- und Abgabekommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Enthaltung
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	-
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**94**	10	4	0	17	8	14	30	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**1**	0	1	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**4**	0	2	0	1	0	1	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:33:30

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 14_Wahl Präsidentin der Wirtschafts- und Abgabekommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	-
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**94**	9	5	0	17	8	14	30	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**1**	1	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**4**	0	2	0	1	0	1	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:35:41

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 15_Wahl Mitglieder der Regiokommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Enthaltung
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**95**	10	5	0	17	8	14	30	11
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**1**	0	0	0	1	0	0	0	0
Abwesend		**3**	0	2	0	0	0	1	0	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:36:37

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 15_Wahl Präsident der Regiokommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Enthaltung
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Enthaltung
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Enthaltung
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	-
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**91**	10	5	0	16	7	13	29	11
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**3**	0	0	0	2	1	0	0	0
Abwesend		**5**	0	2	0	0	0	2	1	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:38:10

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 16_Wahl Mitglieder der Petitionskommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Enthaltung
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**95**	10	4	0	18	8	14	30	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**1**	0	1	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**3**	0	2	0	0	0	1	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:39:26

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 16_Wahl Präsidentin der Petitionskommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Enthaltung
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**96**	10	4	0	18	8	15	30	11
	Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	**1**	0	1	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	**2**	0	2	0	0	0	0	0	0
	Präsidium									
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:40:56

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 17_Wahl Mitglieder der Begnadigungskommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	-
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**95**	10	5	0	17	8	14	30	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**4**	0	2	0	1	0	1	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:42:05

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 17_Wahl Präsidentin der Begnadigungskommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	-
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Enthaltung
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**94**	10	5	0	17	8	14	29	11
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**1**	0	0	0	0	0	0	1	0
Abwesend		**4**	0	2	0	1	0	1	0	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:43:42

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 18_Wahl Mitglieder der Disziplinarkommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	-
Wirz Lea	GB	-
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**92**	10	5	0	16	8	14	28	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**7**	0	2	0	2	0	1	2	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:44:42

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 18_Wahl Präsidentin der Disziplinarkommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	-
Wirz Lea	GB	-
Zürcher Tonja	GB	-
Lachenmeier Michelle	GB	-
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	-
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	-
Brandenburger Jessica	SP	Enthaltung
Kabakci Mahir	SP	-
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Enthaltung
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**84**	10	5	0	13	8	15	23	10
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**2**	0	0	0	0	0	0	1	1
Abwesend		**13**	0	2	0	5	0	0	6	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:46:33

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 19_Wahl Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	-
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**94**	10	5	0	17	8	15	28	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**5**	0	2	0	1	0	0	2	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:47:29

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 19_Wahl Präsident der Wahlvorbereitungskommission

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	-
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Enthaltung
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**94**	10	5	0	17	8	14	29	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**1**	0	0	0	0	0	1	0	0
Abwesend	**4**	0	2	0	1	0	0	1	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:49:14

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 20_Wahl Mitglieder der Kommission für Denkmalsubventionen

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	-
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**96**	10	6	0	18	8	15	29	10
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend		**3**	0	1	0	0	0	0	1	1
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:50:23

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 20_Wahl Präsident der Kommission für Denkmalsubventionen

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**98**	10	6	0	18	8	15	30	11
Nein		**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung		**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend		**1**	0	1	0	0	0	0	0	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 11:52:00

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 21_Wahl Mitglieder des Erziehungsrates

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**98**	10	6	0	18	8	15	30	11
Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	**1**	0	1	0	0	0	0	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 17:34:24

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 23_Überweisung

Isler Beatrice	CVP/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Nein
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Nein
Strahm Andrea	CVP/EVP	Nein
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Nein
Herter Balz	CVP/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Nein
Albietz Daniel	CVP/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	-
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Nein

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**48**	0	0	0	18	0	0	30	0
Nein	**47**	10	5	0	0	8	13	0	11
Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	**4**	0	2	0	0	0	2	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 18:06:42

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 24_01: Überweisung an RR zur Stellungnahme

Isler Beatrice	CVP/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Enthaltung
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Nein
Strahm Andrea	CVP/EVP	Nein
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Enthaltung
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Enthaltung
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Nein

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**56**	3	0	0	18	4	1	30	0
Nein	**39**	6	5	1	0	3	14	0	10
Enthaltung	**3**	1	0	0	0	1	0	0	1
Abwesend	**2**	0	2	0	0	0	0	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 17:04:06

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 83_GRB 1 Schlussabstimmung

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	-
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**95**	9	5	1	18	8	14	29	11
Nein		**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltung		**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend		**5**	1	2	0	0	0	1	1	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 17:06:48

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 83_GRB 2_Änderungsantrag Ziff. 3 Abs. 3

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Nein
Thommen Oliver	GB	Nein
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Enthaltung
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Nein
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**62**	10	5	0	14	8	14	0	11
Nein	**33**	0	0	0	3	0	0	30	0
Enthaltung	**2**	0	0	1	1	0	0	0	0
Abwesend	**3**	0	2	0	0	0	1	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 17:09:55

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 83_GRB 2_Streichung Ziff. 3 Abs. 3

Isler Beatrice	CVP/EVP	Enthaltung
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Nein
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Enthaltung
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	CVP/EVP	Nein
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Nein
Herter Balz	CVP/EVP	Enthaltung
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Enthaltung
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GB	Nein
Thiriet Jérôme	GB	Nein
Thommen Oliver	GB	Nein
Bernasconi Patrizia	GB	Nein
Hanauer Raffaela	GB	Nein
Fuhrer Raphael	GB	Nein
Stöcklin Jürg	GB	Nein
Messerli Beatrice	GB	Nein
Bolliger Oliver	GB	Nein
Hoppler Laurin	GB	Nein
Wirz Lea	GB	Nein
Zürcher Tonja	GB	Nein
Lachenmeier Michelle	GB	Nein
Mück Heidi	GB	Nein
Leuthardt Beat	GB	Nein
Weibel Fleur	GB	Nein

Friedl Harald	GB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GB	Enthaltung
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Enthaltung
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

	Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**14**	3	0	0	0	0	1	0	10
Nein	**75**	3	4	0	17	8	13	30	0
Enthaltung	**8**	4	1	1	1	0	0	0	1
Abwesend	**3**	0	2	0	0	0	1	0	0
Präsidium									
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

03.02.2021 17:11:40

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 83_ GRB 2 Schlussabstimmung

Isler Beatrice	CVP/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	CVP/EVP	Ja
Hochuli Christoph	CVP/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	CVP/EVP	Ja
Strahm Andrea	CVP/EVP	Ja
Gysin Brigitte	CVP/EVP	Ja
Herter Balz	CVP/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	CVP/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	CVP/EVP	Ja
Albietz Daniel	CVP/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GB	Ja
Thiriet Jérôme	GB	Ja
Thommen Oliver	GB	Ja
Bernasconi Patrizia	GB	Ja
Hanauer Raffaela	GB	Ja
Fuhrer Raphael	GB	Ja
Stöcklin Jürg	GB	Ja
Messerli Beatrice	GB	Ja
Bolliger Oliver	GB	Ja
Hoppler Laurin	GB	Ja
Wirz Lea	GB	Ja
Zürcher Tonja	GB	Ja
Lachenmeier Michelle	GB	Ja
Mück Heidi	GB	Ja
Leuthardt Beat	GB	Ja
Weibel Fleur	GB	Ja

Friedl Harald	GB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer-Hoffmann Jenny	SVP	Ja

		Total	CVP/EVP	FDP	fraktionsl	GB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja		**97**	10	5	1	18	8	14	30	11
Nein		**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltung		**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend		**3**	0	2	0	0	0	1	0	0
Präsidium										
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 09:26:50

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 24_02: Überweisung an RR zur Stellungnahme

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Enthaltung
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Enthaltung
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Enthaltung
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**34**	5	4	0	0	1	14	0	10
	Nein	**56**	3	0	0	18	6	0	29	0
	Enthaltung	**5**	2	1	1	0	0	1	0	0
	Abwesend	**5**	0	2	0	0	1	0	1	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 09:35:13

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 24_03: Überweisung an RR zur Stellungnahme

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	-
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**33**	10	0	0	0	0	14	0	9
	Nein	**55**	0	5	0	18	8	0	24	0
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**11**	0	2	0	0	0	1	6	2
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 10:29:29

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 24_04: Überweisung an RR zur Stellungnahme

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Enthaltung
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Enthaltung
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Enthaltung
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Enthaltung
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Enthaltung
Isler-Christ Lydia	LDP	Enthaltung
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Enthaltung
Hettich Daniel	LDP	Enthaltung
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Enthaltung
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Enthaltung
Brigger René	SP	Enthaltung
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Enthaltung
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Enthaltung
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Enthaltung
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Enthaltung
Stumpf Daniela	SVP	Enthaltung
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Enthaltung
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**25**	3	0	0	10	6	2	0	4
	Nein	**51**	7	5	1	5	1	7	23	2
	Enthaltung	**17**	0	0	0	3	1	5	5	3
	Abwesend	**7**	0	2	0	0	0	1	2	2
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 10:55:47

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 25_02: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Enthaltung
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Enthaltung
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**47**	0	0	0	18	2	0	27	0
	Nein	**42**	10	3	0	0	5	15	0	9
	Enthaltung	**3**	0	1	1	0	1	0	0	0
	Abwesend	**8**	0	3	0	0	0	0	3	2
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 11:11:33

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 25_03: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	-
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	-
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	-
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Enthaltung
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**58**	5	4	0	16	8	6	19	0
	Nein	**12**	3	0	0	0	0	2	0	7
	Enthaltung	**2**	0	0	1	0	0	0	0	1
	Abwesend	**28**	2	3	0	2	0	7	11	3
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 11:20:25

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 25_05: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	-
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**73**	8	5	0	16	8	10	18	8
	Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	**26**	2	2	0	2	0	5	12	3
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 11:22:05

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 26_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	-
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	-
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**74**	8	5	0	16	8	10	18	9
	Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	**25**	2	2	0	2	0	5	12	2
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 11:54:15

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 29_Eventualabstimmung Motion oder Anzug

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**57**	2	0	0	18	8	0	29	0
	Nein	**36**	8	5	0	0	0	13	0	10
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**6**	0	2	0	0	0	2	1	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 00:00:00

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 29_Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	-
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**45**	8	5	0	0	8	14	0	10
	Nein	**48**	1	0	0	18	0	0	29	0
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**6**	1	2	0	0	0	1	1	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 15:37:30

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 30_Motion Katja Christ: Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**47**	0	0	0	18	0	0	29	0
	Nein	**49**	10	6	0	0	8	15	0	10
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**3**	0	1	0	0	0	0	1	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 15:40:16

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 30_Motion Christophe Haller: Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**47**	0	0	0	18	0	0	29	0
	Nein	**48**	9	6	0	0	8	15	0	10
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**4**	1	1	0	0	0	0	1	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 15:42:42

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 30_Motion Thomas Strahm: stehen lassen

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**48**	9	6	0	0	8	15	0	10
	Nein	**47**	0	0	0	18	0	0	29	0
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**4**	1	1	0	0	0	0	1	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 15:55:23

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 34_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	-
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	-
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**17**	0	0	0	0	0	10	0	7
	Nein	**59**	8	4	0	17	8	0	21	1
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**23**	2	3	0	1	0	5	9	3
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 15:57:45

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 36_Standesinitiative einreichen

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	-
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Enthaltung
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Enthaltung
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**76**	9	4	0	16	8	11	20	8
	Nein	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	**2**	0	0	0	0	0	0	0	2
	Abwesend	**21**	1	3	0	2	0	4	10	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 16:19:03

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 41_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	-

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**37**	7	6	0	0	2	14	0	8
	Nein	**52**	2	0	0	18	6	0	26	0
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**10**	1	1	0	0	0	1	4	3
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 16:27:26

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 43_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Enthaltung
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**75**	9	0	0	16	7	13	23	7
	Nein	**9**	0	6	1	0	1	0	0	1
	Enthaltung	**1**	0	0	0	0	0	1	0	0
	Abwesend	**15**	1	1	0	2	0	1	7	3
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 16:42:32

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 44_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Enthaltung
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	-
Kölliker Sebastian	SP	-
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**31**	1	5	1	0	3	13	0	8
	Nein	**54**	8	1	0	18	5	0	22	0
	Enthaltung	**1**	0	0	0	0	0	0	1	0
	Abwesend	**14**	1	1	0	0	0	2	7	3
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 16:53:57

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 45_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**44**	4	5	1	0	8	15	1	10
	Nein	**51**	5	0	0	18	0	0	28	0
	Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	**5**	1	2	0	0	0	0	1	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 17:01:13

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 46_Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Enthaltung
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	-
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Enthaltung
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Enthaltung
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**3**	0	0	0	0	0	0	1	2
	Nein	**82**	10	5	0	15	8	14	24	6
	Enthaltung	**3**	0	0	0	1	0	0	0	2
	Abwesend	**12**	0	2	1	2	0	1	5	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 17:21:59

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 48_Standesinitiative einreichen

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	-
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Enthaltung
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Enthaltung
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**66**	0	0	0	18	5	14	28	1
	Nein	**26**	9	6	0	0	2	0	1	8
	Enthaltung	**3**	1	0	0	0	0	1	0	1
	Abwesend	**5**	0	1	1	0	1	0	1	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 17:33:42

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 49_Abschreibung Anzug David Wüest-Rudin Smart City Pilotquartier

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	-
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**62**	6	0	0	9	0	14	23	10
	Nein	**27**	3	5	0	7	8	1	3	0
	Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	**11**	1	2	1	2	0	0	4	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 17:34:38

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 49_Stehen lassen Anzug David Wüest-Rudin Aufnahme Smart City als strategisches Ziel

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	-
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	-
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**56**	5	4	0	13	8	0	26	0
	Nein	**30**	3	1	0	1	0	15	0	10
	Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	**14**	2	2	1	4	0	0	4	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 17:36:39

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Nachtsitzung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Enthaltung
Bolliger Oliver	GAB	-
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Enthaltung
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Enthaltung
Hug Michael	LDP	Enthaltung
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Enthaltung
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**43**	7	2	0	14	7	2	10	1
	Nein	**42**	2	3	0	0	1	11	16	9
	Enthaltung	**6**	1	0	0	2	0	2	1	0
	Abwesend	**9**	0	2	1	2	0	0	3	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 17:43:32

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 50_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Enthaltung
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Enthaltung
Lachenmeier Michelle	GAB	Enthaltung
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Enthaltung

Friedl Harald	GAB	Enthaltung
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Enthaltung
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**75**	7	5	0	11	1	15	26	10
	Nein	**9**	1	0	0	2	6	0	0	0
	Enthaltung	**6**	1	0	0	4	1	0	0	0
	Abwesend	**10**	1	2	1	1	0	0	4	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 20:25:38

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 58_Abschreibung Anzug Beda Baumgartner

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**48**	10	6	1	0	7	14	0	10
	Nein	**44**	0	0	0	18	1	0	25	0
	Enthaltung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	**8**	0	1	0	0	0	1	5	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 20:31:54

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 61_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	-
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**52**	2	0	0	18	7	0	25	0
	Nein	**34**	6	5	0	0	1	13	0	9
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**13**	2	2	0	0	0	2	5	2
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 20:41:34

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 62_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**48**	10	6	0	0	8	14	1	9
	Nein	**42**	0	0	0	17	0	0	25	0
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**9**	0	1	0	1	0	1	4	2
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 20:55:59

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 64_Überweisung als Motion

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**57**	3	0	0	18	8	0	28	0
	Nein	**36**	6	6	0	0	0	14	0	10
	Enthaltung	**1**	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**6**	1	1	0	0	0	1	2	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 21:11:07

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 65_Überweisung als Anzug

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Enthaltung
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**65**	9	0	0	18	8	5	25	0
	Nein	**24**	0	5	0	0	0	9	0	10
	Enthaltung	**2**	0	1	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	**9**	1	1	0	0	0	1	5	1
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 21:12:47

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 66_Standesinitiative einreichen

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Enthaltung
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Enthaltung
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Enthaltung
Thüring Joël	SVP	Enthaltung
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Enthaltung
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Enthaltung
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	**81**	9	6	0	18	8	13	25	2
Nein	**4**	0	0	0	0	0	1	0	3
Enthaltung	**7**	0	0	1	0	0	0	1	5
Abwesend	**8**	1	1	0	0	0	1	4	1
Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 21:32:13

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 67_Standesinitiative einreichen

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Enthaltung
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**49**	0	0	0	18	3	0	28	0
	Nein	**43**	9	6	1	0	4	14	0	9
	Enthaltung	**1**	0	0	0	0	1	0	0	0
	Abwesend	**7**	1	1	0	0	0	1	2	2
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Ratssekretariat

10.02.2021 22:01:24

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 69_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Enthaltung
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Enthaltung
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Enthaltung
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Enthaltung
Krummenacher Toya	SP	Enthaltung
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Enthaltung
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	**51**	0	0	0	16	5	10	13	7
	Nein	**35**	9	6	0	0	3	3	13	1
	Enthaltung	**7**	0	0	1	2	0	1	2	1
	Abwesend	**7**	1	1	0	0	0	1	2	2
	Total	**100**	10	7	1	18	8	15	30	11

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

	Direkt auf die Tagesordnung kommen	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Schreiben des Ratsbüros zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Einsparung von Papier sowie Druck- und Versandkosten im Ratsbetrieb	**Ratsbüro**		20.5078.02
2.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Aufbereitungsplätze für Bauabfälle		FD	19.5295.02
	Überweisung an Kommissionen			
3.	Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes betreffend die Kantonspolizei Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG, SG 510.100) vom 13. November 1996 betreffend mehrheitlich formelle Anpassungen	**JSSK**	JSD	20.1734.01
4.	Petition P428 "Bettelverbot im Kanton Basel-Stadt"	**JSSK**		21.5023.01
5.	Petition P429 "GlockenNachtruhe: Für einen ruhigen Schlaf in Basel"	**PetKo**		21.5024.01
	An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung			
6.	Motionen:			
	1. Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Corona-Bonus für das Gesundheitspersonal während der COVID-19-Pandemie			21.5017.01
	2. Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Basel wächst grün			21.5018.01
7.	Anzüge:			
	1. Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Koordination des vorhandenen Parkraums in den bestehenden öffentlichen Parkhäusern			21.5009.01
	2. Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Förderung des Ausbaus von 5G			21.5010.01
	3. Thomas Gander und Konsorten betreffend Aufstockung der Petitionskommission auf 13 Sitze			21.5011.01
	4. Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend behindertengerechte und kleinkinderfreundliche Gestaltung des Rheinuferwegs			21.5013.01
	5. Patrick Hafner betreffend Begegnungszone vor Rathaus			21.5014.01
	6. Patrick Hafner betreffend kundenfreundliche Steuerverwaltung			21.5015.01
	7. Patrick Hafner betreffend Optimierung von Anwohnerinformationen			21.5016.01
	8. Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend Anlaufstelle sexuelle Gesundheit			21.5021.01
8.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P422 "Bäume pflanzen – JETZT!“	**PetKo**		20.5408.02
9.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P424 "Weiterführung des Betriebs der Kinder-tankstelle Oekolampad während der Wintermonate 2020/21“	**PetKo**		20.5436.02
10.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Sanierung und Umgestaltung der Hörnliallee, am Otto Wenk-Platz und im Kohlistieg zugunsten von mehr Sicherheit, hindernisfreier Bushaltestellen sowie für die ökologische Aufwertung des Strassenraums	**UVEK**	BVD	20.0775.02
11.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Sanierung der Rauracherstrasse mit Umgestaltung der Bushaltestellen «Bahnhof Niederholz» und «Habermatten»	**UVEK**	BVD	20.0137.02

12.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz) sowie zur Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Vereinfachung bei der Berechnung der Grundstückgewinnsteuer	**WAK**	FD	20.0651.02 15.5459.04
13.	Kantonale Volksinitiative für ein klimagerechtes Basel (Klimagerechtigkeitsinitiative) - Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Verfahren		WSU	20.1436.01
14.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sarah Wyss und Sandra Bothe betreffend Einführung eines wirklichen BYOD's oder Systemwechsels		ED	20.5266.02
15.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Joël Thüring betreffend Anpassung der PCG-Richtlinien des Kantons – Verwaltungsratsstellen sind im Sinne der Gleichberechtigung und Transparenz auszuschreiben		FD	20.5281.02
16.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Balz Herter und Konsorten betreffend steuerlicher Abzug der im Kanton günstigsten Grundversicherungsprämie		FD	20.5109.02
17.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Christian Griss und Konsorten betreffend rauchfreie öffentliche Spielplätze		BVD	20.5015.02
18.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend kantonale Einbürgerungsgebühren		JSD	19.5564.03
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Kauf der Jäger- und Sandgrubenstrasse im Rosental-Areal sowie deren Öffnung für den Fuss- und Veloverkehr		FD	12.5258.05
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend genauere Berechnung der Elternbeiträge für die Tagesbetreuung von Kindern		ED	19.5134.02
21.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Wiedereinführung der Doppelhaltestelle Zoo Dorenbach		BVD	18.5392.02

Kenntnisnahme

22.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Amtsverzicht von Sarah Wyss als Mitglied des Grossen Rates (Nachrücken von Georg Mattmüller)		PD	20.1690.01
23.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Amtsverzicht von Kaspar Sutter als Mitglied des Grossen Rates (Nachrücken von Daniel Sägesser)		PD	20.1744.01
24.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Amtsverzicht von Stephanie Eymann als Mitglied des Grossen Rates (Nachrücken von Beat von Wartburg)		PD	20.1789.01
25.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Amtsverzicht von Esther Keller als Mitglied des Grossen Rates (Nachrücken von Claudia Baumgartner)		PD	20.1793.01
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Förderung von Fahrgemeinschaften in der Agglomeration Basel (stehen lassen)		BVD	18.5370.02
27.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Luca Urgese betreffend aktueller Ausbaustand bei 5G		BVD	20.5403.02
28.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Georg Mattmüller betreffend nach Artikel 74 IVG vereinbarten Leistungsvertragsauszahlung kantonaler privater Behindertenhilfe-Organisation im Jahr 2020		WSU	20.5405.02

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

1. Motion betreffend Corona-Bonus für das Gesundheitspersonal während der COVID-19-Pandemie

21.5017.01

Die Covid-19-Bekämpfung beinhaltet einschneidende Massnahmen, welche sich auf die Gesellschaft als Ganzes, das körperliche, geistige und soziale Wohlergehen, die Wirtschaft und jedes Individuums auswirken. Die Massnahmen sind notwendig, um einerseits die Ausbreitung einzudämmen - und so Erkrankungen, Beeinträchtigungen und Todesopfer zu vermeiden - aber auch um die Gesundheitsversorgung als Ganzes aufrecht zu erhalten. Die Mitarbeitenden in den Institutionen der Gesundheitsversorgung zeigen einen enormen Einsatz um die Gesundheitsversorgung derzeit aufrecht zu erhalten. Sie leisten Ausserordentliches, die Belastung ist sehr hoch (u.a. Personalverleih, Nichtbezug von Ferien, Exponierung gegenüber des Virus und in einigen Spitälern auch Überstunden und Extraschichten etc.)

Die MotionärInnen möchten für diese ausserordentliche Leistung seitens Politik ein klares Signal und eine Wertschätzung an die Mitarbeitenden senden und einen Corona-Bonus ermöglichen, auch in jenen Fällen, in denen die jeweiligen Leistungserbringer als Arbeitgeber dazu nicht in der Lage sind. Ein solcher Bonus soll von den jeweiligen Arbeitgebern gesprochen und vom Kanton Basel-Stadt refinanziert werden.

Die GSK beauftragt deshalb den Regierungsrat - in Rücksprache mit den in der COVID-19-Pandemie am meisten involvierten Leistungserbringern - dem Grossen Rat einen Vorschlag für die Refinanzierung eines Corona-Bonus für das Gesundheitspersonal zu unterbreiten.

Für die Gesundheits- und Sozialkommission: Sarah Wyss, Präsidentin

2. Motion betreffend Basel wächst grün

21.5018.01

«Grün» ist in unserer Stadt an verschiedenen Orten Mangelware. Dies obwohl wir wissen, dass Pflanzen auch in der optisch und emotional empfundenen Stadtumwelt einen massgeblichen Anteil haben. Begrünte Dächer und Fassaden helfen, das Arbeits- und Wohnumfeld naturfreundlicher und attraktiver zu gestalten. Sie bringen Naturerlebnisse und die Wahrnehmung unserer Jahreszeiten zurück. Dort, wo Pflanzen wachsen, Blumen blühen und Vögel leben, fühlt sich auch der Mensch wohl. Zudem sind Fassadenbegrünungen auch eine geeignete Massnahme bei Klimaanpassungsstrategien. So leisten sie einen Beitrag zur Verbesserung des Mikro- und Stadtklimas. Zu diesen Vorteilen gehören:

- Pflanzen beschatten die Fassade. Die Fassadenbegrünung beeinflusst damit das Mikroklima positiv. Diese heizt sich weniger auf und verdunstet zusätzlich Wasser. Sie wirkt somit als lokale "natürliche Klimaanlage". Der Effekt ist umso grosser, je mehr Gebäude eines Gebietes begrünt werden.
- Schädliche Luftinhaltsstoffe und Staub werden vom dichten Laub einer Fassadenbegrünung festgehalten. Zusammen mit ihrer Verdunstungsleistung stellen Grünfassaden eine "natürliche Luftreinigungsanlage" mit sehr geringem Platzbedarf dar, sie produzieren dazu noch Sauerstoff und binden Kohlendioxid.
- Dauergrüne Rankpflanzen können im Winter einen Isolationseffekt besitzen und Heizkosten sparen. Gleichzeitig "kühlen" Wandbegrünungen im Sommer, indem sie die begrünten Wandbereiche vor einem starken Aufheizen bewahren.
- Eine durchdacht angelegte Pflanzenhülle ist zudem ein natürlicher Schutzschild. Wie z. B. gegen die UV-Strahlung und erhöht auch gleichzeitig die Lebensdauer einer Fassade.
- Begrünte Wände schlucken Schallwellen und tragen damit zum Lärmschutz bei.
- Begrünte Fassaden bieten Lebensräume für Tiere in der Stadt.
- Fassadenbegrünung stellt eine gestalterische und ästhetische Aufwertung der Bausubstanz dar. Die Attraktivität von Gebäuden kann dadurch massgeblich gesteigert werden.
- Begrünte Fassaden beleben, machen den öffentlichen Raum attraktiver und erhöhen die Lebens- und Aufenthaltsqualität in Stadtquartieren.

Insbesondere bei der fassadengebundenen Begrünung ist man in unserem Kanton noch sehr zurückhaltend. Nicht nur mit den Arealentwicklungsgebieten wie dem Klybeck besteht für Basel die Chance selbst Erfahrungen bei der Fassadenbegrünung zu sammeln, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der fassadengebundenen Bauwerksbegrünung zu machen und unser Stadtklima mit einer weiteren Massnahme zu verbessern.

Deshalb fordern die Unterzeichnenden die Regierung, dass

- alle kantonseigenen Gebäude in den nächsten 5 Jahren auf ihr Potential zur bodengebundenen als auch zur reinen Fassadenbegrünung geprüft und mindestens 10% der Gebäude auch begrünt werden.

- in den nächsten 5 Jahren nicht bodengebundene Bauwerksbegrünungen von mindestens drei unterschiedlichen Gebäudetypen wie z. B. Mehrfamilienhaus, Hochhaus, öffentliches Gebäude oder Gewerbegebäude etc. zur Umsetzungsreife gebracht und anschliessend umgesetzt werden.
- die umgesetzten Projekte evaluiert werden.
- die gemachten Erfahrungen an Private weitergegeben werden.
- falls angezeigt die Verordnungen angepasst und in die Standards aufgenommen werden.

Thomas Grossenbacher, Jo Vergeat, Michelle Lachenmeier, Oliver Bolliger

Anzüge

1. Anzug betreffend Koordination des vorhandenen Parkraums in den bestehenden öffentlichen Parkhäusern (vom 3. Februar 2021) 21.5009.01

Die Diskussionen um den Bau eines Mitarbeitendenparkings für das UKBB zeigen klar auf, dass der Druck auf das Parkhaus City gross ist.

Dies, obwohl beim Bau des UKBB bewusst entschieden wurde, keine eigene Tiefgarage zu bauen. Das UKBB erhielt ein Kontingent von 80 eigenen Parkplätzen im erweiterten City-Parking. Schon kurz nach seiner Eröffnung, beklagte das UKBB jedoch einen Parkplatzmangel.

In der Folge stellt die Regierung dem UKBB den Tschudi-Park für die Planung einer eigenen Einstellhalle zur Verfügung. Der Tschudi-Park ist Allmend und gehört somit der Bevölkerung der Stadt Basel. Weil unter dem UKBB oder einem der anderen Baufelder auf dem Campus Schällemätteli keine Einstellhalle gebaut wurde, soll nun ein ganzer Park geopfert werden. Auch wenn er oberirdisch wiederhergestellt werden soll, bleibt der Boden in seiner Durchlässigkeit und seiner Aufnahmefähigkeit für Regenwasser dauerhaft zerstört. Dies gefährdet wiederum den wertvollen, alten Baumbestand.

In Anbetracht des Klimanotstandes und der Mobilitätsziele des Kantons erscheint es wünschenswert, die fehlenden Parkplätze nicht durch Zubau, sondern in erster Linie durch intelligente Verteilung des vorhandenen Parkraumes bereitzustellen. Allein im Parkhaus City stehen insgesamt rund 1200 Parkplätze zur Verfügung. Der grösste Teil davon sind Kurzzeitparkplätze, die auch unabhängig vom Spital genutzt werden.

Für Kundinnen und Kunden der Innenstadt-Geschäfte und für Touristinnen und Touristen stehen jedoch jederzeit auch genügend Parkplätze in den anderen städtischen Parkhäusern zur Verfügung. Mit der Einstellhalle beim Kunstmuseum entstehen sogar noch zusätzliche Parkplätze im Innerstadtperimeter. Im Parkleitsystem kann jeweils die Anzahl verfügbarer Parkplätze in Erfahrung gebracht werden.

Im Parkhaus City könnte so mehr Platz fürs UKBB freigemacht werden und die Mitarbeitenden, Besucherinnen und Besucher könnten dort parkieren. Dies wäre eine vernünftige und ressourcenschonende Lösung.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

- ob durch eine andere Verteilung der Parkplatzbelegung in den städtischen Parkhäusern Kapazitäten im Parkhaus City freigemacht werden könnten
- ob dem UKBB mehr Parkplätze innerhalb des Parkhaus City zur Verfügung gestellt werden könnten
- ob im Parkhaus City zusätzliche Parkplätze für besondere Bedürfnisse (behinderten- und familiengerechte Parkplätze) umgestaltet werden könnten
- ob die Ausschilderung und Signaletik für die Spitalbesucherinnen und -besucher kundenfreundlicher gestaltet werden könnte.

Jean-Luc Perret, Oliver Bolliger, Beatrice Messerli, Claudio Miozzari, Jérôme Thiriet, Lisa Mathys, Stefan Wittlin, Alexandra Dill, Harald Friedl, Tonja Zürcher, Daniel Sägesser, Michelle Lachenmeier, Danielle Kaufmann, Jessica Brandenburger, Nicole Amacher

2. Anzug betreffend Förderung des Ausbaus von 5G (vom 3. Februar 2021) 21.5010.01

5G Technologie wird der Standard der Zukunft sein, sozusagen das Glasfasernetz durch die Luft. Die Schweiz und insbesondere der Kanton Basel-Stadt sind als Innovationsstandort auf den Ausbau dieser neuen Technologie angewiesen, damit sie in Zukunft weiterhin als Innovationsstandort vorne mitmachen kann. Sowohl Start-ups, Technologieunternehmen als auch die Hochschulen sind auf diese Technologien angewiesen, um die Innovationsfähigkeit der Schweiz sicherstellen zu können. Andernfalls wird die Schweiz den Anschluss verlieren und wegen Innovationen aus anderen Ländern dazu gezwungen, die 5G-Technologie «nachzuholen», wenn sie überlebensfähig sein will. Sehen wir zu, dass wir der Jugend die Zukunft nicht verbauen. Haben wir den Mut, die

technologische Zukunft rechtzeitig anzupacken und die Infrastruktur zu schaffen, welche den Innovationsstandort der Schweiz sichern.

5G wird in vielen verschiedenen Bereichen ungeahnte Entwicklungen hervorbringen und als Standard die Technologien beeinflussen. Hier seien nur einige Branchen aufgezählt, welche diesen Standard für die Meisterung der Zukunft unbedingt brauchen: Gesundheitswesen (z.B. Echtzeit-Monitoring auf Distanz im Alterswohnen, neue Technologien im operativen Bereich der Spitzenmedizin, Weiterentwicklung der hochspezialisieren Technologie, 3D-Printing von massgeschneiderten Geräten, wie Z.B. Beatmungsgeräte, etc.), Tourismus (z.B. Augmented Reality wird von ausländischen Gästen bald gefordert), Transport und Verkehr (intelligente Verkehrsführung, Steuerung von Warentransporten, automatisch Fahrzeuge, etc.), Energieversorgung (Optimierung der Stromnetze, verbesserte Nutzung der Energie), Industrie (Automatisierung, Produktion vor Ort, digitalisierte Produktionsprozesse), Landwirtschaft (effizientere und ressourcenschonendere Düngung, Robotertechnologie), aber auch die Vergnügungsindustrie und der Detailhandel wird dank Augmented Reality neue Anforderungen an das Netz stellen.

Ausgehend von diesen Ausführungen wird der Regierungsrat gebeten zu prüfen und zu berichten, wo er auf kantonaler Infrastruktur geeignete Standorte für 5G-Antennen zur Verfügung stellen kann. Dabei sollen sowohl Standorte für Macromobilfunkantennen, als auch Mikromobilfunkzellen oder eine Kombination beider angestrebt werden.

Christian C. Moesch, Luca Urgese, Pascal Messerli, Michael Hug, Erich Bucher, Sandra Bothe, Olivier Battaglia, Lorenz Amiet, Balz Herter, René Häfliger, Sebastian Kölliker, Michela Seggiani

3. Anzug betreffend Aufstockung der Petitionskommission auf 13 Sitze (vom 3. Februar 2021) 21.5011.01

Im Zuge der Vorabsprachen der Fraktionen zu der Sitzverteilung und der Präsidienzuteilung der grossrätlichen Kommissionen wurde der Vorschlag, die Petitionskommission von 9 auf 13 Sitze aufzustocken diskutiert und einstimmig für gut befunden. Petitionen haben bei der Bevölkerung in den vergangenen Jahren an Beliebtheit gewonnen. Mit der fortschreitenden Digitalisierung ist davon auszugehen, dass Petitionseinreichungen weiter zunehmen werden. Die Aufstockung der Kommission auf 13 Mitglieder ist somit auch ein Schritt hin zur politischen Gleichwertigkeit mit den Sachkommissionen und trägt zu einer sinnvollen Verteilung der grösser werdenden Arbeitsbelastung unter den Kommissionsmitgliedern bei.

Die Anzugstellenden möchten das Ratsbüro daher bitten, § 72 Abs. 2 GO zu Beginn der neuen Legislatur bzw. innert sechs Monaten so anzupassen, dass die Petitionskommission neu aus 13 Mitgliedern besteht.

Thomas Gander, Jürg Stöcklin, Andrea Elisabeth Knellwolf, Erich Bucher, Pascal Messerli, David Wüest-Rudin, André Auderset

4. Anzug betreffend behindertengerechte und kleinkinderfreundliche Gestaltung des Rheinuferwegs (vom 3. Februar 2021) 21.5013.01

Der Grossbasler Rheinuferweg, ausgehend von der Schifflände und endend bei der Landesgrenze in Hüningen, ist eine viel begangene Route für Spaziergängerinnen und Spaziergänger, Joggerinnen und Jogger, Anwohnerinnen und Anwohner.

Für Rollstuhlfahrende, stark gehbehinderte Menschen, Seniorinnen und Senioren mit Rollator sowie Kleinkinder im Kinderwagen ist dieser ins Stadtzentrum hinein- oder hinausführende Weg in seinem südlichen Abschnitt nicht passierbar. Treppen im Bereich des Hotels Drei Könige und vor der Einmündung in den St. Johanns-Rheinweg bilden unüberwindbare Hindernisse.

Im Blick auf behindertengerechtes Bauen ist in § 62 des Bau- und Planungsgesetzes festgehalten: «Bauten und Anlagen, die öffentlich zugänglich sind oder in denen Leistungen öffentlich angeboten werden sollen, müssen so erschlossen und eingerichtet werden, dass sie von Behinderten benutzt werden können».

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten

- Auf welche Art und Weise die erwähnten Hindernisse überwunden werden können und wie hoch die Kosten dafür ausfallen.
- Ob beispielsweise im Bereich des St. Johanns-Rheinweg ein Ausweichsteg erstellt werden kann, vergleichbar mit dem Steg beim Rhypark.
- Ob im Bereich des Hotels Drei Könige ein öffentlich zugänglicher Lift Abhilfe schaffen kann.
- Ob andere Möglichkeiten besser geeignet sind.

Thomas Widmer-Huber, Beatrice Isler, Georg Mattmüller, Oswald Inglin, Felix Wehrli

5. Anzug betreffend Begegnungszone vor Rathaus (vom 3. Februar 2021) 21.5014.01

Die Fahrbahn vor dem Rathaus ist als Begegnungszone signalisiert, also gilt Vortritt der Fussgänger vor Fahrzeugen - auch Velos! Leider ist es für Benutzer des Rathauses und insbesondere auch Touristen (Fotos...) regelmässig ein russisches Roulett: Die wenigen berechtigten Motorfahrzeuge nehmen überhaupt keine Rücksicht, die vielen Velofahrer brausen unbeeindruckt durch, ja klingeln sogar noch, wenn sich der Fussgänger nicht proaktiv aus dem Staub macht.

Offensichtlich ist die Gestaltung des Strassenraums in diesem Bereich geeignet, die Signalisation als Begegnungszone vergessen zu lassen.

Selbstverständlich kann es an diesem vom Stadtbild her wichtigen Ort nicht angehen, irgendwelche optisch stark störenden Elemente vorzusehen. Aber es wäre vielleicht möglich, stadtbildverträglich lediglich die Fahrbahn optisch anders zu gestalten. Speziell attraktiv wäre es, wenn Z.B. ein Bemalen der Fahrbahn in passenden Farben durch Kinder erfolgen könnte - allenfalls dank verblassenden Farben auch wiederholt.

Der Anzugsteller bittet die Regierung deshalb zu prüfen und zu berichten:

- Ob die Fahrbahn vor dem Rathaus bzw. von Globus bis Freie Strasse nicht anders gestaltet werden könnte, sodass der Signalisation "Begegnungszone" auch optisch Unterstützung geboten werden kann.
- Insbesondere soll geprüft werden, ob die Fahrbahn nicht farblich passend zum Umfeld anders gestaltet werden könnte, im besten Fall als wiederkehrende Aktion von entsprechend instruierten Kindern.

Patrick Hafner

6. Anzug betreffend kundenfreundliche Steuerverwaltung (vom 3. Februar 2021) 21.5015.01

Steuern zahlt man in der Regel nicht gern - trotzdem ist es unumgänglich. Allerdings sollte sich die Steuerverwaltung möglichst so verhalten, dass dieser unangenehme Prozess nicht noch unangenehmer wird. Die basel-städtische Steuerverwaltung war lange bekannt dafür, dass man "mit ihr reden kann" - was streng zu trennen ist von unzulässigen Absprachen oder gar Begünstigungen. Vielmehr ging es immer darum, bei Themen mit Ermessensspielräum diesen auch mal zugunsten des Steuerzahlers zu nutzen und v.a. Fragen pragmatisch zu klären. Leider ist dieser Ruf in den letzten Jahren weitgehend verloren gegangen. Der Wechsel in der Leitung des Departements vor nicht allzu langer Zeit ergibt nun die Chance, nicht nur diesen Ruf wiederherzustellen, sondern auch lange bekannte, nie gelöste Probleme anzugehen:

Der Anzugsteller bittet die Regierung deshalb zu prüfen und zu berichten:

- Ob in der Steuerverwaltung wieder vermehrt eine Kultur des zielgerichteten "Reden Miteinanders" etabliert werden könnte.
- Ob die - ob offiziell per Vorstoss oder nur informell - pendenten Themen, wie Z.B.
  - Zugriff des Kunden auf sein "Steuerkonto"
  - Freie Zuteilung von Vorauszahlungen bzw. Guthaben auf fällige Kantons- bzw. Bundessteuern
  - Vereinfachung/Etablierung der voll elektronischen Einreichung (auch Beilagen!)
  - Übersichtliche Zinsberechnungen (die Steuerverwaltung ist offenbar nach wie vor nicht in der Lage, bei länger ausstehenden definitiven Veranlagungen Guthaben- und Schuldzinsen korrekt und transparent zu berechnen und belegen) zu erstellen
  - Integration der bei der Steuerverwaltung schon vorhandenen Daten (z.B. Lohnausweise) in die Steuersoftware

  nicht vorangetrieben und - zum Teil endlich - realisiert werden könnten.
- Ob angesichts dessen, dass - entgegen Vorjahren! - ausgerechnet im "Corona- Jahr", in dem Viele andere Sorgen hatten als die Steuern, nach Wissen des Anzugstellers NIRGENDS der Fälligkeitstermin vom 31.5.20 angegeben war (weder im Begleitbrief noch in den Unterlagen noch in der Software, sondern ausschliesslich in der separat herunterzuladenden ausführlichen Wegleitung irgendwo klein und versteckt), nicht auf Schuldzinsen zwischen dem 31.5.20 und 30 Tagen nach Erhalt der Veranlagung verzichtet werden könnte.

Patrick Hafner

7. Anzug betreffend Optimierung von Anwohnerinformationen (vom 3. Februar 2021) 21.5016.01

Gemäss Lärmschutzgesetz müssen Betroffene über Baulärm informiert werden. Vielen Bauherren macht es offenbar Mühe herauszufinden, wer betroffen ist, und noch mehr, wie die Information zu den Betroffenen gelangen soll.

Auch staatliche Stellen sind regelmässig mit dieser Herausforderung konfrontiert. So hat Z.B. ein Verantwortlicher für nächtliche Arbeiten im Gundeli gegenüber dem Anzugsteller offen zugegeben, dass solche Informationsaktionen sehr aufwändig seien, nicht zuletzt, weil der einzelne Bauherr in aller Regel nicht oft mit der Problematik konfrontiert sei, und weder über geeignetes Personal noch Detailkenntnisse verfüge.

Wichtig wäre es, dass solche Informationen jeweils zeitgerecht und mit allen notwendigen Informationen (Art und Dauer der Immissionen, Ansprechpartner mit Telefonnummer und Mailadresse) zu allen Betroffenen gelangen. Erfahrungsgemäss genügt es dabei nicht, wenn Informationen nur in Hauseingängen aufgehängt werden, ideal wäre eine Verteilung in die Briefkästen aller Betroffenen.

Die Verteilung würde wohl mit Vorteil nicht von Baufirmen bzw. Amtsstellen selbst durchgeführt, sondern von Spezialisten, die Z.B. auch unadressierte Werbung an die Haushalte verteilen. Das ergäbe wiederum Arbeit für wenig Qualifizierte oder Personen, die sich in Randzeiten etwas dazu verdienen möchten.

Der Anzugsteller bittet die Regierung deshalb zu prüfen und zu berichten:

- Ob - Z.B. beim AUE - nicht eine Informationsstelle geschaffen werden könnte, welche Interessierten Auskunft darüber gibt, bei welchem Grad von Lärm welcher Umkreis von Betroffenen zu informieren ist (mehr Lärm = grösserer Radius, insbesondere bei nächtlichen Arbeiten).
- Ob nicht genauer definiert werden könnte, mit welchem Vorlauf und welchem Informationsgehalt die Information zu erfolgen hat.
- Ob die konkrete Durchführung der Information der Betroffenen nicht als Dienstleistung ausgeschrieben werden könnte.

Patrick Hafner

8. Anzug betreffend Anlaufstelle sexuelle Gesundheit (vom 3. Februar 2021) 21.5021.01

Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiert sexuelle Gesundheit als Zustand physischen, emotionalen, geistigen und sozialen Wohlbefindens in Bezug auf die Sexualität. Das bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, Funktionsstörungen oder Gebrechen. Sexuelle Gesundheit setzt einen positiven und respektvollen Zugang zu Sexualität und sexuellen Beziehungen voraus, wie auch die Möglichkeit, genussvolle und risikoarme sexuelle Erfahrungen zu machen, frei von Zwang, Diskriminierung und Gewalt. Sexuelle Gesundheit lässt sich erlangen und erhalten, wenn die sexuellen Rechte der Menschen geachtet, geschützt und garantiert werden.

Zur Erreichung der Oberziele zur sexuellen Gesundheit in der Schweiz sind Massnahmen in verschiedenen Bereichen nötig: Prävention und Gesundheitsförderung, Sicherstellung des Zugangs zu Information, Beratung und Versorgung, Advocacy und Bildung. Für alle Bereiche gilt, dass mit den Massnahmen die ganze Bevölkerung erreicht wird, und zwar in allen Lebensphasen. (Sexuelle Gesundheit – eine Definition für die Schweiz, Eidgenössische Kommission für sexuelle Gesundheit (EKSG), Bern, Mai 2015).

Sexualität gehört von klein auf zu uns Menschen und wird ein Leben lang gelernt. Für Kinder und Jugendliche bedeutet dies, ein positives Verhältnis zum eigenen Körper und zur persönlich gelebten Sexualität aufzubauen. Es geht um Neugier, Körperlichkeit, Lust, Gesundheit, Selbstfindung, Beziehung und Fruchtbarkeit. Diese Entwicklung braucht Orientierung, Information und Kommunikation. Neben der Familie, Schule oder Institution kann die Sexualpädagogik Unterstützung leisten. Sie begleitet Kinder und Jugendliche dabei, ihre Sexualität verantwortungsvoll und selbstbestimmt zu leben. Kinder und Jugendliche sollen ihre eigenen Bedürfnisse, Wünsche und auch Grenzen kennen und benennen können - denn informierte Kinder und Jugendliche sind besser geschützt.

Für Erwachsene geht es um Fragen der medizinischen und psychischen Gesundheit oder der Familienplanung.

Sexuelle Gesundheit sollte deshalb eine Priorität in der Gesundheitspolitik des Kantons haben. Im Kanton Basel-Stadt gibt es zur Zeit keine kantonale Fachstelle für sexuelle Gesundheit, wie das in anderen Deutschschweizer Kantonen wie Zürich, Bern, Solothurn oder Aargau der Fall ist.

Wie aus der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Jessica Brandenburger betreffend Fachstelle für sexuelle Gesundheit hervorgeht, plant der Kanton eine Weiterentwicklung der kooperativen Angebote im Bereich der Sexuellen Gesundheit.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und darüber zu berichten, ob:

- eine niederschwellige Anlaufstelle für alle Fragen betreffend der sexuellen Gesundheit und medizinischer, psychologischer und psychosozialer Dienstleistungen geschaffen werden kann
- an diesem Ort alle bestehenden Angebote örtlich vereint und niederschwellig zugänglich gemacht werden können
- dies in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft geschehen kann
- eine attraktive Website, die zentral Auskunft zu allen Fragen und Angeboten die sexuelle Gesundheit betreffend Auskunft gibt, geschaffen werden kann.

Sebastian Kölliker, Jessica Brandenburger, Sandra Bothe, Jo Vergeat, Pasqualine Gallacchi, Oliver Bolliger, Mark Eichner, Michael Hug

Interpellationen

1. Interpellation Nr. 1 betreffend Schneeräumung auf Velowegen und Trottoirs 21.5020.01

In Basel schneit es leider selten und noch seltener bleibt der Schnee auch liegen. Doch manchmal tut er dies doch und der Schnee muss von der Strasse geräumt werden.

Beim letzten grossen Schneefall am 14. Januar 2021 waren die Strassen rasch geräumt. Leider gingen dabei gemäss einem Augenschein des Interpellanten an verschiedenen Orten in der Stadt die Velowege vergessen. Separate Velowege (wie zum Beispiel das Hexenwegli, Wettsteinbrücke, Grosspeterbrücke) sind gar nicht geräumt worden und das Fahren auf ebendiesen war eine Schlitterpartie. Auf grossen Strassen mit einem markierten Velostreifen ist just nur bis zur Velostreifenmarkierung geräumt worden, sodass der Schneematsch auf dem Velostreifen liegen blieb. Das bedeutet, dass die Velofahrer*innen auf die Autofahrspur ausweichen müssen, wenn Sie sich keinen Stürzen aussetzen wollen.

Dieser Zustand macht das Velofahren in Winterzeiten nicht nur weniger attraktiv, sondern auch gefährlich. Angesichts der steigenden Anzahl Velofahrer*innen in der Stadt Basel ist das ein unhaltbarer Zustand.

Weiter ist festzustellen, dass die Räumung der Trottoirs durch die Grundeigentümer*innen nur in ganz wenigen Fällen funktioniert, was auch bei den Fussgänger*innen zu brenzligen Situationen führt und es Betagten und Behinderten praktisch verunmöglicht, sich ausser Haus zu begeben.

Daher möchte ich dem Regierungsrat folgende Fragen stellen:

1. Erachtet es der Regierungsrat als wichtig, nebst den Autohauptstrassen auch die Velohauptverbindungen vom Schnee zu räumen?
2. Gibt es Zahlen zu verunfallten Velofahrer*innen auf Grund prekärer Strassenverhältnissen wegen Schnee?
   a) Falls ja, wie viele Unfälle haben sich während der Schneetage im Januar 2021 ereignet?
3. Gibt es Zahlen wie viele Velofahrer an Schneetagen unterwegs sind im Vergleich zu normalen Tagen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, dazu beizutragen, dass auch bei Schneetagen möglichst viele Menschen mit ihrem umweltfreundlichen Zweirad unterwegs sind?
5. Wie sieht das Schneeräumkonzept des Kantons Basel-Stadt aus und sind markierte Velostreifen und Velowege darin enthalten?
   a) Falls nein, ist der Regierungsrat gewillt, die Räumung der Velostreifen und Velowege in das Konzept aufnehmen?
   b) Falls ja, warum werden trotz Konzept viele Veloflächen nicht oder nicht gut geräumt?
   c) Falls ja, ist der Regierungsrat gewillt den Velowegen erste Priorität vor der Autofahrbahn einzuräumen (vom Bus benutzte Strassen ausgenommen)?
   d) Falls ja, ist ein Abtransport des Schnees via Elektrofahrzeuge möglich, damit dieser nicht auf Velowegen, Trottoirs oder Tramhaltestellen liegenbliebt?
6. Ist der Regierungsrat bereit, die Schneeräumung der Trottoirs dem Tiefbauamt zu übergeben?

Jérôme Thiriet

2. Interpellation Nr. 2 betreffend temporäre Existenzsicherung für Kulturschaffende 21.5026.01

Es ging durch die Presse, die Kulturschaffenden auch anderer Kantone rufen danach: Eine unkomplizierte, temporäre Existenzsicherung für die kommenden Monate. Um finanziell und damit auch existenziell über die Runden zu kommen, damit sie weiterhin ihrer künstlerischen Tätigkeit nachkommen können. Die finanzielle Situation der Kulturschaffenden ist seit dem ersten Lockdown schwierig und wurde im Laufe der Monate immer prekärer.

Der Kanton Zürich setzt diese Forderung um. Aus der Medienmitteilung des Kantons ZH vom 15. Januar 2021: «Das neue Modell sieht vor, dass Kulturschaffende befristet bis Ende April ein Ersatzeinkommen von monatlich 3'840 Franken erhalten – das entspricht 80 Prozent eines angenommenen monatlichen Schadens von 4'800 Franken*. Von diesen 3'840 Franken abgezogen werden alle Zahlungen, die die Kulturschaffenden aus anderen Quellen bekommen, beispielsweise aus der Erwerbsersatzentschädigung. (...) Zudem schafft das Modell Gerechtigkeit: Es sorgt dafür, dass geringverdienende Kulturschaffende überleben können. Die wenigen Grossverdiener unter den Kulturschaffenden gehen leer aus, es sei denn, sie haben abgesagte Veranstaltungen. Diese werden weiterhin entschädigt. Im Übrigen sind in dieser Gruppe die Erwerbsersatzgelder höher als 4'800 Franken. (...) Das Vorgehen entspricht den Vorgaben des Bundes. Er hält die Kantone dazu an, möglichst einfache Lösungen mit wenig administrativem Aufwand zu finden.»

*Der Betrag von einem Monatslohn von 4'800 Fr. orientiert sich an der Richtgage des Theaterverbandes (t.).

Die Kultur-Vielfalt stellt einen hohen Wert für unsere Gesellschaft dar und ist wichtig für unser Zusammenleben. Kultur ist auch Unterhaltung, aber vor allen Dingen bietet sie die Möglichkeit der Vertiefung, Auseinandersetzung und Verarbeitung gesellschaftlicher Themen.

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Kann sich die Regierung vorstellen, dass wir hier im Kanton Basel-Stadt das Zürcher Modell so rasch wie

möglich umsetzen?

2. Wenn ja, ab wann und zu welchen Bedingungen?
3. Wenn nein, warum nicht und wie wird die finanzielle Unterstützung in den kommenden Monaten für die Kulturschaffenden aussehen?

Sasha Mazzotti

3. Interpellation Nr. 3 betreffend Widerruf, Nichtverlängerung und Rückstufung von ausländerrechtlichen Bewilligungen in Folge der COVID-19-Pandemie

21.5030.01

Mit dem 2019 revidierten Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) können Niederlassungs- wie auch Aufenthaltsbewilligung in Folge von Sozialhilfebezug entzogen werden resp. kann eine Rückstufung erfolgen. In Folge der Coronaviruspandemie steigt einerseits das Risiko eines Sozialhilfebezugs und anderseits ist es aufgrund des Umfelds zunehmend schwierig, bei bestehendem Sozialhilfebezug von diesem unabhängig zu werden. Dabei ist es im Einzelfall oft nicht möglich, den Sozialhilfebezug direkt auf die Pandemie zurückzuführen, auch wenn diese ursächlich dafür verantwortlich ist. Ebenso wird es nur in wenige Fällen möglich sein, einen längeren Verbleib in der Sozialhilfe auf die Pandemie zurückzuführen.

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hat ihre diesbezüglichen Bedenken dem Bundesrat am 22. April 2020 mitgeteilt und meint, dass aufgrund “einer pandemiebedingten Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfeabhängigkeit keine Nachteile entstehen” sollen. Der Vollzug der diesbezüglichen Bestimmungen des Ausländer- und Integrationsgesetz liegt jedoch in der Zuständigkeit der Kantone, so dass diese eine Praxis zur Berücksichtigung der unverschuldeten Not finden müssen.

Es ist betroffenen Personen nicht möglich abzuschätzen, ob und wann bei einem Sozialhilfebezug ein Widerruf oder eine Rückstufung erfolgt. Es gibt kaum Möglichkeiten sich mit einer gewissen Rechtssicherheit diesbezüglich zu informieren - also ob man auch tatsächlich von einer Rückstufung oder einem Widerruf betroffen wäre. Dies führt dazu, dass Personen auf den Bezug von Sozialhilfe verzichten und dies sogar dann, wenn ein Bezug keinerlei ausländerrechtlichen Folgen hätte. Damit droht die Nichtbezugsquote von Sozialhilfe gerade bei Ausländerinnen und Ausländer anzusteigen und Betroffene werden in prekäre Lebenslagen gedrängt.

Die Interpellantin bittet die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die COVID-19-Pandemie und die damit einhergehenden ökonomischen Verwerfungen keine ausländerrechtlichen Folgen für armutsbetroffene Ausländerinnen und Ausländer haben?
2. Wie können armutsbetroffene Ausländerinnen und Ausländer mit grosser Rechtssicherheit für sich feststellen, ob und wann sie bei einem Sozialhilfebezug überhaupt von einem Widerruf, Nichtverlängerung oder Rückstufung betroffen wären?
3. Die Vorwerfbarkeit des Sozialhilfebezugs ist ein zentrales Kriterium beim Entscheid über eine Rückstufung oder den Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen. Welche Verhaltensweisen von Sozialhilfebeziehende führen ganz allgemein zu einer solchen Vorwerfbarkeit? Wie kann eine solche überhaupt unter den ökonomischen Bedingungen der Pandemie festgestellt werden?
4. Welche konkreten Weisungen, Richtlinien oder anderweitigen Bestimmungen im Umgang mit Sozialhilfebezug und den ausländerrechtlichen Folgen in Zusammenhang mit der COVID-19- Pandemie bestehen und wie lange werden diese gelten?
5. Hat der Kanton Basel-Stadt zu den allfälligen Weisungen des SEM eigene Weisungen im Zusammenhang mit COVID-19 erlassen? Wenn ja, wie lange werden diese gelten?

Nicole Amacher

4. Interpellation Nr. 4 betreffend dem Abbau von Sitzbänken vor dem Bahnhof SBB

21.5031.01

Bahnhöfe sind seit jeher ein beliebter Treffpunkt für Wartende, Reisende wie auch für Personen ohne festen Wohnsitz und Tagesstruktur. Diese Realität gehört sozusagen zur Identität von jedem grösseren europäischen Bahnhof dazu. Aus diesen Gründen existieren teilweise sogar innerhalb von Bahnhöfen wie auch im nahen Umfeld soziale Unterstützungseinrichtungen. So auch in unserer Stadt am Bahnhof SBB. Der öffentliche Raum vor dem Bahnhof ist ein wichtiger niederschwelliger Treffpunkt um Menschen zu begegnen und dies ohne Konsumationszwang.

Gemäss der Berichterstattung von Bajour hat nun die Polizei die Sitzbänke vor dem Haupteingang des Bahnhofs SBB abgebaut, um den Treffpunkt mit hohem Zulauf aufzuheben bzw. diesen sehr unattraktiv zu gestalten. Begründet wird dies mit den aktuellen Pandemiemassnahmen. Der Abbau der Sitzbänke soll dazu führen, dass die Menschen sich nicht in Gruppen treffen.

Die Vereinsamung von Menschen ohne festen Wohnsitz und Tagesstruktur ist gerade in der Covid-Pandemie ein grosses Problem mit negativen psychischen Folgen für die Betroffenen. Öffentliche Räume, wie solche vor dem

Bahnhof, sind wesentlich, um Kontakte halten zu können, sich weniger einsam zu fühlen und auch für die Angebote der Gassenarbeit erreichbar zu sein. Durch Verdrängung ohne Ersatzmassnahmen, droht ein weiteres Abrutschen in die Einsamkeit und damit eine zusätzliche Gefährdung der Gesundheit der Betroffenen.

Ich bitte den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Bis wann ist diese pandemiebedingte Massnahme festgelegt worden? Zu welchem Zeitpunkt werden die Sitzbänke vor dem Bahnhof SBB wieder aufgebaut?
2. Sind von dieser Massnahme auch Sitzbänke an den beiden Rheinufern oder in der Innenstadt betroffen?
3. Hat die Regierung Kenntnis, an welchen Orten sich die Menschen, die sich bis anhin vor dem Bahnhof SBB getroffen haben, nun aufhalten?
4. Welche Ersatzmassnahmen und Alternativen rund um den Bahnhof SBB sind geplant, damit für die Betroffenen die notwendigen sozialen Kontakte unter Einhaltung der Schutzmassnahmen stattfinden können?
5. Sind unterstützende Massnahmen von Seiten der SOS Bahnhofhilfe Basel und den sozialen Einrichtungen (bspw. Gassenarbeit Schwarzer Peter, Soup&Chill) angefragt worden?
6. Welche anderen, repressionsfreien Ideen bestehen bei der Regierung bzw. Verwaltung, um die Betroffenen in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen?
7. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Einhaltung von Covid-Massnahmen im öffentlichen Raum bei Personen ohne festen Wohnsitz und Tagesstruktur nur mittels restriktiven Massnahmen möglich ist?

Oliver Bolliger

5. Interpellation Nr. 5 betreffend Fokus der kantonalen Gleichstellungs-Arbeit 21.5032.01

Die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern und die Gleichstellungskommission des Kantons Basel-Stadt setzen sich für die tatsächliche Gleichstellung aller Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Basel-Stadt ein. Sie leisten damit seit Jahren einen wichtigen Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Der Auftrag der Abteilung und der Kommission ist in der kantonalen «Verordnung betreffend die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern und die Gleichstellungskommission Basel-Stadt» (SG 153.400) verankert. Die Abteilung des Präsidialdepartements arbeitet im Rahmen der regierungsrätlichen Weisungsbefugnis fachlich selbständig. Für die Abteilung arbeiten inklusive Leiterin acht Mitarbeiterinnen.

Der gesellschaftliche Diskurs rund um Gleichstellung hat sich in den letzten Jahren verändert. Es drängt sich die Frage auf, ob der Fokus und die Tätigkeitsfelder der Abteilung und der Kommission überprüft und justiert werden sollen.

Darum bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie gestaltet sich die in der Verordnung (SG 153.400, §3.4) aufgeführte Zusammenarbeit der Abteilung, namentlich mit dem Männerbüro Region Basel und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, beispielsweise im Bereich LGBTIQ? Gibt es regelmässige Treffen zwecks Austauschs und gemeinsamen Projekten? Werden gemeinsame Projekte durchgeführt?
2. Unterscheiden sich die Anforderungen an die Abteilungen für Gleichstellung in den Kantonen Basel-Stadt und Baselland? Wenn ja, in welcher Form und warum? Besteht eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Fachstellen und welche Synergien werden in Bezug auf das Angebot genutzt?
3. Werden die Themen «männliche Opfer häuslicher Gewalt», «diverse Männlichkeitsbilder» und «Gleichstellung von Personen mit alternativer sexueller Orientierung» von der Abteilung bearbeitet? Wenn ja, in welchem Umfang und wie? Wenn nein, warum nicht?
4. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Abteilung für Gleichstellung im Rahmen ihres aktuellen Auftrags auf die Anliegen
   a) von homosexuellen Frauen und homosexuellen Männern eingehen kann? Wenn ja: tut sie das und auf welche Art und Weise? Wenn nein, warum nicht?
   b) von Transmenschen oder Menschen mit einer Geschlechtsidentität jenseits der binären Geschlechterlogik (Frau / Mann) eingehen kann? Wenn ja: tut sie das und auf welche Art und Weise? Wenn nein, warum nicht?
5. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass im Hinblick auf die zunehmend diversen Anforderungen an die Gleichstellungsarbeit ein Team mit mehr Vielfalt bezüglich Geschlechter und Erfahrungshintergrund sinnvoll wäre? Wenn nein, warum nicht?

Johannes Sieber

6. Interpellation Nr. 6 betreffend Zurückstellung der Immobilienprojekte der SBB und Auswirkungen auf Basel-Stadt 21.5033.01

Gemäss Pressemitteilung der SBB vom 26.01.2021 müssen aufgrund der Corona-Krise Investitionen der SBB im

Immobilienbereich reduziert werden. Einzelne Immobilienprojekte werden solange sistiert, bis deren Finanzierung gewährleistet ist. In der Presseerklärung wurden Projekte vor allem in der Westschweiz, Bern, Zürich und Winterthur erwähnt. In den nächsten Monaten werden jedoch auch rund 30 weitere Projekte in der ganzen Schweiz schrittweise sistiert. Immerhin wird die SBB laufende Projektphasen ordentlich abschliessen.

Im Rahmen der Arealentwicklungen in unserem Kanton ist auch die SBB involviert. Es sind dies: Überbauung Güterbahnhof Wolf, Volta Nord/Lysbüchel, Walkeweg (Baufeld E) und das Nauentor. Letzteres Projekt wurde in der Bau- und Raumplanungskommission soeben gutgeheissen. Das Projekt Nauentor realisiert die SBB zusammen mit der Post. Bei der Überbauung Volta Nord, welches das Volk kürzlich gutgeheissen hat, ist im vorderen Teil im Kantonseigentum die Realisierung im Gange.

Es stellt sich nun die Frage, ob die SBB auch die vorerwähnten vier Projekte oder weitere Projekte auf Kantonsgebiet «einstellt». Für die Wohnraumoffensive In unserem Kanton ist dies jedenfalls ein ganz schlechtes Zeichen und es bleibt zu hoffen, dass erstens die Projekte im Kanton Basel- Stadt durch die SBB nicht sistiert werden und zweitens die Arealentwicklungen nicht generell durch diesen Entscheid der SBB leiden.

Daher möchte ich dem Regierungsrat folgende Fragen stellen:

1. Steht der Regierungsrat bzgl. dieser Sistierung der Arealentwicklungen mit der SBB in Kontakt und auf welcher Ebene?
2. Sind die Arealentwicklungen Wolf, Volta Nord, Walkeweg und Nauentor durch den Entscheid der SBB betroffen resp, werden diese Projekte von der Sistierung umfasst?
3. Ist der Regierungsrat nötigenfalls bereit, diese Projekte selbst oder allenfalls in Zusammenarbeit primär mit gemeinnützigen Wohnbauträgern zu übernehmen (z.B. durch Erwerb Im Eigentum oder Baurecht)?

René Brigger

7. Interpellation Nr. 7 betreffend Hotel-Zimmer wegen und Sozialhilfe für osteuropäische Bettlerbanden?

21.5053.01

Dem Bulletin des Regierungsrates vom 19.1.2021 ist zu entnehmen, dass der Regierungsrat aus seinen Kompetenzkonto Ausgaben in Höhe von maximal 250'780 Franken für die Unterbringung von Obdachlosen aus dem EU-/EFTA-Raum in der Männer-Notschlafstelle während der kalten Winterperiode bewilligt hat. Damit sollen Personen, die aktuell in der Männernotschlafstelle übernachten, die Möglichkeit erhalten, wegen der Platzknappheit neu eine Unterkunft in Hotelzimmern zu beziehen.

Zweifelsfrei steht dieser Betrag und diese Massnahme in direktem Zusammenhang mit dem seit dem 1.7.2020 aufgehobenen generellen Bettelverbot in unserem Kanton. Aufgrund der Vielzahl an osteuropäischen Bettlern in Basel-Stadt, gerade rund um die Weihnachtszeit hat sich die Zahl der für die Bevölkerung störenden und aufdringlichen Bettlern nochmals deutlich erhöht, scheinen nun auch unsere Auffangstellen für Obdachlose infolge der kalten Jahreszeit überfüllt zu sein – dies, weil als Bettler getarnte EU/EFTA-Bürger in unserem Kanton Obdachlose und Randständige um ihren warmen Schlafplatz berauben.

Diese Massnahme des Regierungsrates ist aus vielerlei Hinsicht fragwürdig. Es ist zweifelsohne richtig, dass bei den kalten Jahrestemperaturen möglichst wenig Menschen draussen nächtigen sollten. Bei den osteuropäischen Bettlern handelt es sich aber um organisiert einreisende EU-Bürger/innen, die in ihren Heimatländern über Unterkünfte verfügen (gemäss Bajour.ch-Recherche fliegen sie vereinzelt gar mit Easyjet teilweise in den Heimaturlaub) und daher jederzeit die Möglichkeit einer Heimkehr haben. Es sind keine Obdachlosen im eigentlichen Sinn, weshalb ein zusätzliches Angebot für diesen Personenkreis nicht geschaffen werden muss. Der Entscheid des Regierungsrates könnte zudem Sogwirkung haben und dazu führen, dass in den kommenden Wochen noch mehr osteuropäische Bettler nach Basel einreisen, wenn ihnen hier durch den Kanton Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden.

Weiter wurde zwischenzeitlich bekannt (Baz vom 29.1.2021), dass die Beträge (Ausserkantonale bezahlen normalerweise 40.- für eine Übernachtung in der Notschlafstelle) von der Sozialhilfe Basel-Stadt übernommen werden, sofern die Bettler diese nicht bezahlen können. Eine «aufwendige Prüfung» der Angaben erfolge gemäss Leiter der Sozialhilfe nicht, man vertraue auf «die Aussagen der Personen».

Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erachtet es der Regierungsrat für statthaft, einen derart hohen und umstrittenen Betrag (für eine Einzelmassnahme) aus dem Kompetenzkonto des Regierungsrates – am Grossen Rat vorbei – zu sprechen?
2. Trifft die Vermutung des Interpellanten zu, dass dieser plötzliche Mehrbedarf an Unterkünften in direktem Zusammenhang mit den seit der Aufhebung des Bettelverbots in Basel-Stadt sesshaften osteuropäischen Bettlerbanden steht?
3. Welche Betroffenen dürfen in den Hotelzimmern nächtigen und welche Betroffenen verbleiben in der Notunterkunft? Wer entscheidet darüber?
4. Welche Hotels wurden für diese Aktion angemietet und wie viele Zimmer wurden angemietet?
5. Wie lange wurden diese Hotels angemietet?
6. Für wie lange ist der gesprochene Geldbetrag ausreichend und gedenkt der Regierungsrat bei einer erneuten Mittelsprechung den Grossen Rat miteinzubeziehen?
7. Haben die angemieteten Hotelzimmer jeweils ein eigenes Bad (bitte Angabe der Standards der Zimmer inkl.

qm2-Grösse)?

8. Wieso sind die Kosten derart hoch?
9. Auf Basis welcher gesetzlichen Grundlage werden die Übernachtungsbeiträge für den genannten Personenkreis, welcher nachweislich über keinen geregelten Aufenthaltsstatus verfügt, durch die Sozialhilfe Basel-Stadt übernommen?
10. Gelten solch grosszügige Kostenübernahmen durch unsere Sozialhilfe auch für inländische Ausserkantonale?
11. Wie wird sichergestellt, dass das Angebot nicht missbraucht wird – bspw. durch «Touristen», welche so günstig zu einer Unterkunft kommen wollen?

Joël Thüring

8. Interpellation Nr. 8 betreffend sozialökonomische Faktoren als Treiber für Covid-19

21.5054.01

Im Kanton Basel-Stadt hat eine Studie des Universitätsspitals Basel und der ETH Zürich anhand von Daten vom Frühjahr analysiert, wie sich das Coronavirus im Kanton Basel-Stadt ausgebreitet hat und wie sich die von der Krankheit betroffenen verteilen[1]. Dabei zeigte sich: Neben der Gruppe von älteren Menschen, welche stark betroffen waren, gab es eine zweite Gruppe, welche sich durch zusätzliche Merkmale auszeichnete: Jüngere Menschen mit hoher Mobilität, tiefen Einkommen und engem Wohnraum waren überdurchschnittlich vom Virus betroffen. Eine Häufung der Infektionen gab es in dichter besiedelten Stadtvierteln. Auch im Kanton Genf kam eine Studie zu diesem Schluss: In wohlhabenden Gegenden war das Virus zwei Monate nach einer Cluster-Entdeckung nur noch in 30 Prozent der Fälle aktiv, während es in den sozial benachteiligten Quartieren noch in 85 Prozent der Fälle aktiv war. Im Kanton Genf hat der Regierungsrat aufgrund dieser Erkenntnisse reagiert und vermittelt beispielsweise Personen, welche in einer grossen Familie auf kleinem Raum leben, bei einem positiven Testresultat die Unterbringung in einem Hotelzimmer.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat in dieser Krise immer wieder bewiesen, dass er schnell soziale Abfederungsmassnahmen zur Verfügung stellt (EO für Selbstständige, Mietlösung, Härtefälle etc). Ebenso bot er pragmatisch Hand für Unterstützungsleistungen zugunsten von Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus oder in Obdachlosigkeit. Dies gilt es sehr positiv festzuhalten. Zudem hat er in der Beantwortung der Interpellation von Thomas Gander festgehalten, dass er prüft, die Mietzinsbeiträge an Einzelpersonen auszudehnen und dass er darauf achtet, dass unterstützten ausländischen Personen keine Nachteile erwachsen, sofern sie Sozialhilfe beziehen.

Dennoch stellen sich vor dem Hintergrund der anhaltenden Dauer der Pandemie und der oben beschriebenen Erkenntnisse vor allem in Bezug auf die verfügbaren Daten folgende Fragen:

1. Inwiefern berücksichtigt der Regierungsrat in seiner Strategie bezüglich der Massnahmen gegen Covid-19 die sozioökonomischen Faktoren von verschiedenen Bevölkerungsgruppen?
2. Sieht der Regierungsrat die Möglichkeiten, wie die Bekämpfung der Corona-Pandemie durch die bessere Erfassung von anonymisierten sozioökonomischen Daten der betroffenen Personen auch sozial gerechter ausgestaltet werden kann?
3. Welche sozioökonomischen Daten erfasst der Kanton bereits im Rahmen der Pandemiebekämpfung?
4. Wie geht der Kanton mit positiven Corona-Fällen von Personen um, welche aufgrund ihrer Einkommens- und Wohnsituation soziale Isolation und Quarantäne nur unter erschwerten Bedingungen durchführen können?
5. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, analog zu Genf, ebenfalls Massnahmen zu ergreifen, um die jeweiligen Situationen zu erleichtern, beispielsweise mit dem zur Verfügung stellen von leerstehenden Hotelzimmern während Quarantäne/Isolation für betroffene Familien oder Personengruppen?
6. Sieht der Regierungsrat andere niederschwellige Möglichkeiten, um die Situation während der Pandemie sozial gerechter zu gestalten?

[1] https://www.medrxiv.org/content/10.1101/2020.12.15.20248130v2

Beda Baumgartner

9. Interpellation Nr. 9 betreffend rechtlich mangelhafte, weil eine Grossratsmotion verletzende «Absichtserklärung»

21.5055.01

Der Grosse Rat hat am 10.6.2020 die Motion Vitelli «Kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram» mit der Verpflichtung überwiesen, dass die Basler Regierung nur dann in die Realisierung der Hochleistungsstrasse Zuba einwilligen darf, wenn dies mit dem Tramprojekt koordiniert ist.

Von Regierungsseite blieb die Begründung der Motion unbestritten, wonach nur das Tram als Hochleistungsgefäss die zu erwartenden 10‘000 Arbeitsplätze in Allschwil erschliessen kann.

Zudem hat die Regierung betont, dass das Tram parallel koordiniert und geplant würde, und dass es unmittelbar im Anschluss an die Realisierung der Hochleistungsstrasse umgehend realisiert würde. Zur Begründung gab sie an, erst die Entlastung diverser Strassen vom MIV ermögliche die sofortige Realisierung eines Trams via Luzernerring und

Hegenheimerstrasse.

Im Widerspruch hierzu zieht die vom abgetretenen Baudirektor unterzeichnete «Absichtserklärung» mit dem Kanton Basel-Landschaft das Tramprojekt grundsätzlich in Zweifel. An diversen Stellen der «Absichtserklärung» wird die Möglichkeit erwogen, dass die Machbarkeit des Trams nicht gegeben sei. Relativierende Formulierungen («gegebenenfalls») ziehen sich durch das gesamte Papier. Schliesslich droht die «Absichtserklärung» offen damit, das Hochleistungs-Verkehrsmittel Tram durch eine kapazitätsarme Busverbindung ins Kleinbasel zu ersetzen.

Diese Formulierungen bedeuten eine klare Verletzung der regierungsrätlichen Zusicherungen zur Motion Vitelli. Es sei daran erinnert, dass der Motionär nur aufgrund jener Zusicherungen bereit war, eine Schwächung der Motion («teilweise Erfüllung») zu akzeptieren. Von einer weitergehenden Herabstufung von Tram auf Bus war damals und ist auch heute nicht die Rede.

Ich frage daher die Regierung:

@ Rechtliche Mangelhaftigkeit:

1. Anerkennt die Regierung den Vorrang einer Grossrats-Motion gegenüber einer «Absichtserklärung»?
2. Ist sie gewillt, die Forderungen der Motion integral gemäss Debatte vom 10.6.2020 zu erfüllen?
3. Teilt sie die Auffassung, die «Absichtserklärung» mit Baselland sei rechtlich mangelhaft und nicht bindend, soweit sie die Machbarkeit von Tram 64 relativiert und stattdessen Bus 64 einkalkuliert?

@ Verantwortlichkeit:

4. Liess sich der Baudirektor von den notorischen tramfeindlichen Kräften in BL unter Druck setzen?
5. Überschreiten er und ggf. die verantwortlichen Amtsleiter mit dieser relativierenden «Absichtserklärung» ihre Kompetenzen?

@ Korrektur:

6. Woran könnte nach Auffassung der Regierung die Machbarkeit von Tram 64 scheitern?
7. Ist die Regierung bereit, eine sicher machbare Variante zu erarbeiten, indem bestehende Schienen genutzt werden (Tram 1 und Tram 3) und indem im Grenzgebiet eine wohn- und familiengerechte Linienführung gewählt wird (via Waldighoferstrasse oder Rue des Romains/Lachenweg oder unterirdisch parallel zum Hochleistungsstrassentunnel)?

@ Beschleunigte Planung:

8. Ist die Regierung bereit, die mangelhafte «Absichtserklärung» neu zu verhandeln, sodass die Machbarkeit des Trams zeitnah erreicht wird?
9. Ist sie gewillt, den Planungsprozess für das Tram mit allen Kräften zu fördern und zu beschleunigen?

Beat Leuthardt

10. Interpellation Nr. 10 betreffend Corona-Impfungen im Kanton Basel-Stadt

21.5056.01

Seit einigen Wochen können sich die Einwohnenden des Kantons Basel-Stadt im Impfzentrum im Congress Center Basel impfen lassen. Vorderhand sind die Impfungen nur für über 75-Jährige und Risikopatienten möglich.

Der Andrang auf die Impftermine ist riesig, was in den vergangenen Wochen bereits zu mehreren Medienberichten geführt hat. Schwierig ist dabei v.a. insbesondere die Terminbuchung. Die Termine sind jeweils nur kurzfristig bekannt und der Buchungsvorgang auf der dafür vorgesehenen Internetplattform, gerade für ältere Menschen, ausgesprochen schwierig. Die Hotline ist jeweils ebenfalls überlastet. Hinzu kommt, dass die Daten nicht nur kurzfristig aufgeschaltet werden, sondern auch der Zeitpunkt der Aufschaltung – zumeist um 9 Uhr morgens – ungünstig ist. Angehörige von impfinteressierten Personen können nicht immer um 9 Uhr online sein und dann gleich einen Termin versuchen zu buchen. Dieser Prozess ist frustrierend und führt zu grossem Unmut.

Weiter wurde nun bekannt, dass im Pflegeheim Wendelin in Riehen von zehn verstorbenen Personen deren sieben corona-positiv waren und sechs dieser zehn Verstorbenen gegen Corona geimpft waren.

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat nicht auch der Ansicht, dass eine Warteliste und ein vereinfachter Anmeldeprozess für den o.g. Personenkreis (über 75 Jahre alt und/oder Risikogruppe) geeigneter wäre, um das Buchungschaos zu minimieren?
2. Falls nein, welche Alternativen zieht der Regierungsrat – neben dem Schreiben an alle über 75-Jährigen des Kantons – in Betracht?
3. Wäre es für den Regierungsrat denkbar, dass mindestens auch die Aufschaltung von Daten frühzeitiger bekanntgegeben werden könnte und das Aufschalten der Daten dann jeweils zu einem anderen Zeitpunkt wie 9 Uhr (bspw. an einer Randzeit und somit ideal für Werktätige, die ihre Angehörigen beim Buchungsprozess unterstützen) vorgesehen wird?
4. Wäre es, angesichts der tragischen Todesfälle im Pflegeheim Wendelin, nicht sinnvoll, dass Anwohnende von Alters- und Pflegeheimen resp. Impfinteressierte vor den jeweiligen Impfungen auf das Corona-Virus getestet werden?

5. Gibt es wissenschaftliche Evidenzen, dass bei einer sich im Körper befindenden Corona-Erkrankung (unabhängig des Verlaufs) auf eine Impfung vorderhand verzichtet werden sollte, weil ansonsten das Todesrisiko ansteigt?

Daniela Stumpf

11. Interpellation Nr. 11 betreffend den kommenden Gerichtswahlen vom 8. März 2021 21.5057.01

Im Dezember wurden die amtlichen Wahlvorschläge zu den Gerichtswahlen publiziert. Vorgesehen ist eine Wahl am 9. Mai 2021. Dazu die folgenden Fragen:

1. Im Hinblick auf die Corona Massnahmen ist es zurzeit schwierig, Personen für die Unterschrift anzusprechen. Werden in Berücksichtigung dieser Umstände die üblichen Sammelfristen verlängert? Wenn sie nicht verlängert wurden, weshalb nicht?
2. Die im Grossen Rat vertretenen Parteien benötigen nur zwei Unterschriften und haben damit Vorteile gegenüber den übrigen Parteien, welche 30 Unterschriften sammeln müssen. Will man durch eine solche restriktive Fristregelung die etablierten Parteien bevorzugen?
3. Der amtliche Wahlvorschlag sah dazu vor, dass der Partei-Präsident und der Geschäftsführer der Partei unterzeichnen müssen. Nun haben alle Parteien keinen Geschäftsführer. Wird der Wahlvorschlag geändert oder was will man mit dieser Regelung erreichen, wenn sie keine Partei erfüllen kann?
4. Für die beiden Personen, welche diesen Wahlvorschlag unterzeichnen, verlangt die Wahlkanzlei keinen Nachweis der Unterschriftsberechtigung. Wie wird überprüft, ob diese beiden Personen unterschriftsberechtigt sind?
5. Marc Oser hatte bei seinem Wahlvorschlag keine Partei Mitgliedschaft angegeben. Trotzdem wird er nun auf der offiziellen Homepage der Gerichte als Mitglied einer Partei wiedergegeben, wie auch alle anderen Richter. Ist nun für die Wahl relevant, ob ein Richter einer Partei angehört oder nicht? Wie soll das Wahlvolk eine Person wählen können, wenn diese wichtige Parteibezeichnung nicht angegeben werden muss? Weshalb wird bei einem Richter, der sich als parteilos wählen liess, eine Parteibezeichnung anschliessend angegeben?
6. Bei der letzten Ergänzungswahl durch den Grossen Rat hat der Gerichtsrat Claudius Gelzer zur Wahl vorgeschlagen. Claudius Gelzer hat dabei als Mitglied des Gerichtsrates seinen Wahlvorschlag selbst erwirkt, zusammen mit den anderen Richtern des Gerichtsrats. Weshalb konnte Richter Gelzer seinen eigenen Wahtvorschlag unterzeichnen, während dem dies allen anderen Richterkandidaten Kraft Gesetz verboten ist? Und da das Wahlgesetz für alle Wahlen gilt, und damit auch für Richter Gelzer, weshalb durfte er seinen eigenen Wahlvorschlag mitunterzeichnen? Dürfen nun entgegen dem Gesetz alle Kandidaten ihren eigenen Wahlvorschlag unterzeichnen, wie Richter Gelzer?
7. Wahl Beschwerden im Kanton Basel-Stadt werden in letzter Instanz vom Appellationsgericht beurteilt. Wenn nun, wie geschehen, die Wahlen von Richtern des Appellationsgerichts mit Wahlbeschwerde angefochten werden, ist dann der Gerichtskörper des Appellationsgerichts überhaupt in der Lage, über diese Wahlen unbefangen zu urteilen? Sollte dazu nicht ein unabhängiges Justizorgan geschaffen werden?

Eric Weber

12. Interpellation Nr. 12 betreffend Einstufung der Angebote der OKJA als soziale Einrichtungen 21.5059.01

Es ist unbestritten, dass viele Kinder und Jugendliche besonders unter der aktuellen Krisensituation leiden. Die Einschränkungen aufgrund behördlicher Auflagen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie wirken auch bei ihnen wie eine Lupe und verstärken bestehende Probleme oder lassen neue auftreten.

Die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) wie zum Beispiel die Jugendtreffpunkte könnten hier einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung leisten. Sie können einen niederschwelligen Ort bieten, an dem sich Kinder und Jugendliche untereinander und mit ihren Vertrauenspersonen, den Fachpersonen der OKJA, austauschen und ihre Sorgen besprechen können. Leider gelten die Jugendtreffpunkte im Kanton Basel-Stadt als Freizeit-Angebote und können deshalb während des Lockdowns ihre eigenen Räumlichkeiten – trotz bestehenden sorgfältig ausgearbeiteten Schutzkonzepten – nicht für Gespräche oder Beratungen nutzen.

Ein konkretes Beispiel: Beim Chillout, dem Jugendzentrum Kleinhüningen, welches in der kurzen Zeit seit seiner Eröffnung schon einen wichtigen Platz im sozialen Leben der Jugendlichen im Quartier einnimmt, dürfen sich aktuell auf dem kleinen Vorplatz des Hauses 4 Jugendliche mit einer Fachperson aufhalten. Dieses nicht sehr einladende Setting bedeutet gerade in dieser kalten Jahreszeit eine hohe Schwelle für Jugendliche. Zudem sind nicht einmal vertrauliche Beratungsgespäche möglich, da die Räumlichkeiten des Treffpunkts nicht für den Rückzug benutzt werden dürfen. Gerade in Kleinhüningen leben zahlreiche Jugendliche in beengten Wohnverhältnissen und in Familien, die mit den sozialen Folgen der Pandemie zu kämpfen haben. Sie tragen derzeit eine besonders grosse Last und sollten deshalb die Möglichkeit bekommen, sich in einem geschützten Rahmen zu treffen und Unterstützung zu erhalten.

Die Kantone haben in der Einstufung der offenen Kinder- und Jugendarbeit durchaus Spielraum, wie das Beispiel Basel-Landschaft (s. BZ vom 23.1.2021 „Die Jugendlichen wollen sich treffen“) zeigt. Der Kanton Basel-Landschaft stuft die Jugendtreffpunkte als soziale Einrichtungen ein und ermöglicht ihnen damit einen gewissen Betrieb im Innenbereich.

Gemäss aktuell geltender Covid-19-Verordnung vom 18.1. 2021 gelten für Betriebe, die als soziale Einrichtungen eingestuft sind, weniger Einschränkungen. So gilt bei den Öffnungszeiten keine Beschränkung und für die Anzahl Personen ist für alle Altersstufen und alle Formen der Angebote die zur Verfügung stehende Fläche massgebend. (Quelle: Rahmenschutzkonzept für Angebote der Kinder- und Jugendförderung und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit des Dachverbands Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz DOJ https://doj.ch/wp-content/uploads/dokumente/Rahmenschutzkonzept_KJF_OKJA_DOJ.pdf).
Eine Einstufung als soziale Einrichtung würde es den Jugendtreffpunkten also ermöglichen, besonders belastete Jugendliche weiterhin zu begleiten und zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum werden die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – insbesondere die Jugendzentren und -treffpunkte in Basel-Stadt – nicht als soziale Einrichtungen eingestuft? Es ist doch unbestritten, dass die Jugendtreffpunkte viel mehr als Freizeitangebote wie zum Beispiel Schwimmbäder oder Fitnesszentren sind.
2. Ist dem Regierungsrat bewusst, dass die aktuell geltenden massiven Einschränkungen bei den Angeboten der Offenen Kinder und Jugendarbeit für die betroffenen Kinder und Jugendlichen negative Auswirkungen auf ihre persönliche Situation haben können?
3. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um diese negativen Auswirkungen aufzufangen? Wird eine Erweiterung des Angebots der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nach der Corona-Krise in Erwägung gezogen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, rasch zu handeln und die Jugendtreffpunkte als soziale Einrichtungen einzustufen oder ihnen zumindest im Rahmen des durch das BAG ermöglichten Spielraums einen gewissen Betrieb (gemäss Schutzkonzept) in den Innenräumen zu ermöglichen?

Heidi Mück

13. Interpellation Nr. 13 betreffend die Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen

21.5060.01

Die Schnupperlehre, findet nicht statt. Die Schulreise? Abgesagt. Ferien ohne Eltern? Verschoben. Ausgang mit Freund*innen? Gestrichen. Skilager? Abgesagt. Fussballclub und Jugendtreffs? Geschlossen. Dampfablassen beim Turnen? Fehlanzeige.

Einsamkeit, weniger Bewegung, Stress. Das Coronavirus bedroht seit bald einem Jahr auch die psychische Gesundheit der Schweizerinnen und Schweizer. Besonders betroffen sind dabei auch die Kinder und Jugendlichen.

Eine am 17.12.2020 publizierte Umfrage der Universität Basel bei mehr als 11 000 Schweizerinnen und Schweizern kam im Dezember zu einem alarmierenden Resultat: Bei den 14- bis 24-Jährigen gab fast ein Drittel der Befragten an, schwere depressive Symptome aufzuweisen. (httDS://www,unibas.ch/de/Aktuell/News/Uni-Research/Corona-Stress-Studv-Resultate-der-zweiten-Befraqung.html). Schweizweit berichten zudem mehrere Kinderpsychiatrische Stationen über eine Häufung von Notfällen, überlastete Stationen und lange Wartefristen für ambulante Angebote.

Gleichzeitig ist leider nun zu vernehmen, dass die kantonalen Therapieangebote für Kinder und Jugendliche ausgelastet seien und Eltern teilweise verzweifelt nach Therapieplatzen für ihre Kinder suchen würden.

Es stellen sich deshalb folgende dringenden Fragen:

1. Ist im Kanton Basel-Stadt gegenwärtig die medizinische Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen noch gewährleistet?
2. Wie lange muss ein Kind oder eine Jugendliche, ein Jugendlicher (bzw. deren Eltern) im Schnitt warten, bis sie einen Termin in einer Sprechstunde in einem der städtischen Therapieangebote erhalten (ausgenommen Notfälle)?
3. Welche Massnahmen plant die Regierung, um die Grundversorgung psychisch erkrankter junger Menschen während der andauernden Pandemie zu gewährleisten?
4. Besteht die Möglichkeit, kurzfristig die bestehenden Angebote des Kantons und den Zugang zu Hilfsangeboten auszubauen, eventuell auch durch die Schaffung einer digitalen Angebotsplattform und unter Beizug von privaten Organisationen?
5. Kann sich die Regierung im Lichte der fortdauernden Pandemie vorstellen, an den Schulen niederschwellige präventive Hilfsangebote für Jugendliche mit psychischen Problemen anzubieten?

Apropos Dankeschön:

6. Gibt es Ansätze, den jungen Menschen im Kanton für ihre Solidarität in dieser Krise zu danken?

Christian von Wartburg

14. Interpellation Nr. 14 betreffend Priorisierung der Verstärkten Massnahmen

21.5061.01

In einem Newsletter der Schulleitung eines Sekundarstandortes war kürzlich folgende Information der Volksschulleitung zum Thema Verstärkte Massnahmen zu lesen:

ANTRÄGE PRIORISIERT
Dieses Jahr hat es bei den SAV einen grossen Anstieg der Anträge gegeben. Zudem haben sich in letzter Zeit die Eilanträge, welche ausserterminlich gestellt wurden, gehäuft. Die Volksschulleitung hat daher zwei Beschlüsse getroffen:

1. Künftig gibt es zwei SAV Termine, einen im Herbst und neu auch einen im Frühling. Wer hier einen Antrag stellt, erhält den Entscheid auf Anfang 2. Semester des folgenden Schuljahres. Eilanträge gibt es nicht mehr.

2. Wegen der grossen Anzahl Anträge mussten die Schulleitungen ihre Anträge priorisieren. Nur die drei dringlichsten Anträge jeder Schule werden garantiert auf Sommer entschieden.

Die weiteren Anträge werden falls das ED noch Kapazität hat, ebenfalls auf Sommer oder dann auf nächsten Januar behandelt.

Verstärkte Massnahmen (VM) werden dann beantragt, wenn Kinder und Jugendliche einen so hohen Förderbedarf haben, dass sie nicht mehr mit den Förderressourcen der Förderstufen 1 und 2 der Regelschule gefördert werden können und vor Ort alle Ressourcen ausgeschöpft sind.

Es wird immer versucht, zuerst mit den in den Schulen vorhandenen Mitteln die Kinder zu fördern. Erst wenn die Lehrpersonen, Heilpädagog*innen, Logopäd*innen, Fachpersonen für Psychomotorik oder Sozialpädagog*innen im Austausch mit der Schulleitung und den Eltern zum Schluss kommen, dass ein Kind noch mehr Unterstützung benötigt, stellt die Schule einen Antrag auf VM.

Anträge auf verstärkte Massnahmen lösen ein standardisiertes Abklärungsverfahren (SAV) aus. Schulpsycholog*innen führen diese Abklärungen durch und erstellen einen Bericht zuhanden des Erziehungsdepartements. Die Fachstelle 'Zusätzliche Unterstützung' fällt den Entscheid, welches Kind, welche/r Jugendliche verstärkte Massnahmen bekommen wird. Der Leiter Volksschulen entscheidet über Art und Umfang der verstärkten Massnahme.

Kinder und Jugendliche, für welche die VM bewilligt werden, bekommen eine intensivere Förderung in Spezialangeboten (SpA), in Schulheimen oder ein individuelles Setting nahe der Regelschule.

Die Fachleute an den Schulen haben im letzten Jahr offenbar entschieden, dass es nötig sei, für eine bestimmte Anzahl Kinder und Jugendliche Anträge auf VM zu stellen. Die Fachpersonen stellen diese Anträge nicht leichtfertig. Diesem Schritt gehen intensive Bemühungen und Gespräche mit allen an der Förderung Beteiligten voraus.

Es zeigt sich, dass die Anzahl Kinder und Jugendliche gestiegen ist, die einen hohen Förderbedarf haben und daher zusätzliche Hilfe durch verstärkte Massnahmen benötigen.

Es scheint, als ob zum Beispiel der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit einer Autismus Spektrum Störung (ASS) stark gestiegen sei. Die Frage nach dem warum wird sehr unterschiedlich beurteilt und es scheinen mehrere Gründe möglich.

Das ED und der SPD scheinen der Herausforderung höherer Abklärungszahlen jedoch nicht gewachsen zu sein und nun wird mit einschränkenden Massnahmen der Zugang für Kinder, deren Bedarf an Unterstützung durch Fachpersonen erkannt und angemeldet wurde, verhindert.

In der Vergangenheit wurde vom ED immer wieder betont, dass es keine 'Giesskannenlösungen' geben soll, was mit der Priorisierung von drei Schülerinnen oder Schüler pro Standort eindeutig nicht mehr eingehalten wird. Zudem werden dadurch grössere Schulstandorte benachteiligt.

In der Konsequenz heisst dies, dass Kinder nicht die Förderung bekommen, die sie brauchen, dass Klassen nicht die Entlastung bekommen, die notwendig wäre, damit Lernen möglich ist. Wie erklärt man dies den Eltern dieser Kinder?

Herr Cramer hat in der Diskussion um die Motion Bernasconi zur Wiedereinführung der Kleinklassen angekündigt, dass im Bereich der Sonderpädagogik investiert werde und in Zukunft tendenziell wieder mehr Schüler/Schülerinnen separativ beschult würden. War das nur ein Lippenbekenntnis?

Angesichts der neuen Regelung für Verstärkte Massnahmen bitte ich die Regierung, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Warum ist das ED und der SPD nicht in der Lage, die eingereichten Anträge auf verstärkte Massnahmen zu bearbeiten?
2. Was haben ED und SPD unternommen, um die gestellten Anträge fristgerecht zu bearbeiten?
3. Kann das ED aufzeigen, wie sich die Zahlen im letzten Jahr entwickelt haben und wie viele zusätzlichen Ressourcen benötigt würden, um die in diesem Jahr eingereichten Anträge zu bearbeiten und die daraus resultierenden Fördermassnahmen bereitzustellen?
4. Wie haben sich die Zahlen der Anträge auf VM und speziell die Zahl der Eilanträge in den letzten 5 Jahren entwickelt?
5. Wie verhält sich der Anstieg in Relation zu den allgemein steigenden Schüler*innenzahlen in Basel-Stadt?
6. Wie interpretiert das ED den offensichtlich markanten Anstieg der Anträge auf verstärkte Massnahmen?
7. Wie und bis wann gedenkt die Regierung diesen unhaltbaren Zustand der künstlichen Beschränkung beizubehalten, bzw. zu beenden?

8. Welche gesetzliche Grundlage gibt es, um Kindern und Eltern den Zugang zu dringend benötigter Förderung zu verweigern?
9. Weshalb werden Eilanträge für VM nicht mehr zugelassen, obwohl hinter einem Eilantrag eine Notsituation und Überforderung steht, die einer dringenden Lösung bedarf?
10. Eilanträge machen deutlich, dass die Situation für die Beteiligten (das betroffene Kind, Eltern, die Mitschüler*innen, Lehrer*innen) eine Überforderung darstellt. Das Verweigern von Eilanträgen durch das ED nimmt die Beteiligten in ihrer schwierigen Lage nicht ernst. Welche Ressourcen brauchen die zuständigen Stellen, damit sie so schnell wie möglich wieder in der Lage sind, Eilanträge zu behandeln?
11. Wie werden Schulen vom ED unterstützt, die mehr als 3 Kinder oder Jugendliche mit hohem Förderbedarf haben, welche nicht fristgerecht abgeklärt werden können und somit die nötigen verstärkten Massnahmen nicht zugesprochen bekommen?
12. Was geschieht mit Kindern aus der Primarschule, für die Antrag auf Verstärkte Massnahmen im Hinblick auf den Schulwechsel an die Sekundarschule gestellt wurde, wenn diese Anträge nicht behandelt werden?

Beatrice Messerli

15. Interpellation Nr. 15 betreffend Nichtbeantwortung von Fragen von 400 Quartierbewohnern aus einer „Informationsveranstaltung“ zum geplanten Parking unter der Tschudimatte 21.5062.01

Das Stadtteilsekretariat Basel-West (STSBW), das Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt (BVD) und das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) führten am Mittwoch 13. Januar eine Online-Infoveranstaltung zur Planauflage für das sogenannte „Tschudiparking“ durch. Rund 400 Personen nahmen daran teil. Präsentiert wurden der aktuelle Stand der Planung, der Ablauf der gestarteten Planauflage und die damit verbundene Einsprachemöglichkeiten für die betroffene Quartierbevölkerung. Nur Befürworter und ein Moderator waren mit Bild sichtbar, keine Kritiker des Projekts. Fragen und kritische Kommentare konnten nur per Chatfunktion eingebracht werden. Der Moderator vom STSBW stellte fest, dass rund 400 Fragen eingereicht worden seien und bekräftigte, dass das STSBW „sich grosse Mühe gebe, diese Fragen auch schriftlich aufzuarbeiten“.

Wenige Tage nach der Veranstaltung wurden auf der Website des STSBW zwei PDFs aufgeschaltet, die Antworten auf die Fragen enthalten. Seitens des STSBW wurden 17 Fragen beantwortet. Seitens des BVD und des UKBB wurden gerade mal sechs (!) Antworten auf konkrete Fragen publiziert. Anschliessend folgt ein Abschnitt der angibt, dass alle Fragen, die nicht mündlich beantwortet worden seien, aufgelistet würden. Verschiedene Teilnehmer*innen, fanden jedoch die von ihnen gestellten Fragen in dieser Liste nicht.

Eine riesige Liste von Fragen wird jedoch mit wenigen Abschnitten gewissermassen abgeschmettert, mit folgender Begründung:

Aus verfahrensrechtlichen Gründen darf parallel zur öffentlichen Planauflage auf inhaltliche Fragen, Bemerkungen und Anregungen keine Beantwortung vorweggenommen werden, sondern es dürfen nur Verständnisfragen beantwortet werden, was am Info-Anlass ausführlich geschah. Sämtliche Fragen, Beanstandungen und Anregungen zum Inhalt der Planungsmassnahmen sind deshalb im Rahmen des laufenden Auflage- und Einspracheverfahrens (nochmals) schriftlich und begründet bis am 12. Februar 2021 an Städtebau & Architektur, Dufourstrasse 40/50, Postfach, 4001 Basel, einzureichen.“

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Haben das BVD und das UKBB im Antwort-Dokument trotz der Angabe, dass „alle“ Fragen aufgeführt würden, ihnen politisch nicht genehme Fragen bewusst weggelassen?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat den Umstand, dass eine ihm unterstellte Behörde nicht sämtliche Fragen aus der Bevölkerung berücksichtigt?
3. Am Anlass wurden nicht nur Verständnisfragen, sondern auch inhaltliche Fragen, Bemerkungen und Anregungen beantwortet. Sieht der Regierungsrat hier eine Inkongruenz zwischen dem Verhalten am Anlass und der schriftlichen Antwort?
4. Auf welche Gesetzesartikel werden die „verfahrensrechtlichen Gründe“ abgestützt, mit denen eine inhaltliche Beantwortung von Fragen abgewiesen werden?
5. Das BVD hat „Kundenfreundlichkeit“ als einen seiner Schwerpunkte definiert. Inwiefern ist die bürokratische Hürde, dass bereits einmal gestellte Fragen erneut eingereicht werden sollen, mit dieser Absichtserklärung vereinbar?
6. Wird der Regierungsrat die am Infoanlass gestellten Fragen beantworten, wenn diese gesammelt eingereicht werden?

Harald Friedl

16. Interpellation Nr. 16 betreffend der Umsetzung des Harmos-Konkordates in Bezug auf die Bildungsziele 21.5063.01

Mit der Annahme des Harmos-Konkordates hat sich der Kanton Basel-Stadt zu nationalen Bildungszielen bekannt (siehe Art. 7 des Konkordates). Mit deren Hilfe soll sichergestellt werden, dass in der obligatorischen Schule alle Schülerinnen und Schüler grundlegende Kenntnisse und Kompetenzen sowie kulturelle Identität erwerben und entwickeln, welche es ihnen erlauben, lebenslang zu lernen und ihren Platz in Gesellschaft und Berufsleben zu finden (Art. 3). Mit dem Kanton hat Basel-Stadt auch einem Bildungsmonitoring zugestimmt.

Auf Grundlage des Harmos-Konkordates wurden Grundkenntnisse (GK) definiert. Diese sollen von möglichst allen Schülerinnen und Schülern nach Ende der obligatorischen Schule erreicht werden. In der medialen Aufbereitung der ÜGK 2016 wurde das schlechte Abschneiden des Kantons Basel-Stadt insbesondere im Fach Mathematik meist mit dem hohen Anteil an Migrationsbevölkerung und deren schlechten Sprachkenntnissen erklärt. Dieser Erklärungsansatz wird aber durch den Bericht der EDK ein Stück weit widerlegt.

Im Kanton Basel-Stadt haben nur 43.5% der getesteten Kinder die Grundkenntnisse (GK) im Fach Mathematik erfüllt. Damit erzielte er mit Abstand das schlechteste Resultat aller Kantone. Interessant ist hier auch der Vergleich mit dem urban geprägten Genf das mit 61% fast den Schweizer Durchschnitt erreicht. Im Rahmen der GK-Ermittlung wurde im Jahr 2017 auch eine Erhebung der sprachlichen Grundkompetenzen in der 8. Klasse unternommen. Vergleicht man die Ergebnisse mit der Erhebung der Grundkompetenzen in Mathematik, so fällt auf, dass auch bei den Sprachfächern der Kanton Basel-Stadt unterdurchschnittlich abschneidet. Der Trend ist aber bei weitem nicht so ausgeprägt wie bei der Mathematik. Immerhin 80% der Schüler im Kanton erreichen die Mindestanforderungen bei den sprachlichen Grundkompetenzen. Währendem dies in der Mathematik nur 43% gelingt. Dies ist ein klarer Hinweis, dass schlechtes Abschneiden in Mathematik nicht auf Kinder mit Sprachproblemen abgeschoben werden kann. Sonst müssten sich die Probleme auch im Sprachteil manifestieren.

Zur besseren Vergleichbarkeit wurde das Schulsystem der Schweiz in 3 Schultypen unterteilt. Während im Kanton Basel-Stadt der progymnasiale Schultyp (P-Zug) mit 81% im interkantonalen Vergleich zwar das Schlusslicht seiner Klasse ist, aber noch Anschluss halten kann, fallen die beiden anderen Schultypen regelrecht ab. Im Schultyp erweiterte Ansprüche (E-Zug) erreichen nur 34% der Schüler die GK. Dieser Wert wird in diversen anderen Kantonen vom einfachsten Schultyp Grundansprüche übertroffen! Im einfachsten Schultyp Grundansprüche (A-Zug) erreichen im Kanton Basel-Stadt gerade mal 4% die Grundkenntnisse. Beachtlich ist auch, dass Basel-Stadt zu den wenigen Kantonen mit einem erheblichen Gendergap gehört. So erreichten 48% der Knaben jedoch nur 38% der Mädchen die Grundkenntnisse. Dabei zeigen die Mädchen in Basel-Stadt mit Abstand die schwächsten Leistungen im schweizweiten Vergleich. Ausserdem scheint die soziale Herkunft nur im Kanton Bern stärker den Schulerfolg zu beeinflussen als im Kanton Basel-Stadt.

Die Schülerinnen und Schüler in unserem Nachbarkanton Baselland haben in diesen beiden ÜGK-Tests sowohl in Lesen, Orthographie als auch in Mathematik deutlich bessere Ergebnisse als diejenigen im Kanton Basel-Stadt. Da diese im CH-Vergleich im hinteren Mittelfeld lagen, hat es Baselland seit Bekanntwerden der Testergebnisse am 24.5.2019 dennoch für notwendig gefunden, ein Programm "Zukunft Volksschule", um die Kompetenzen der Baslerbieter Schülerinnen und Schüler in Deutsch und Mathematik zu fördern.

In einer Medienorientierung der Basellandschaftlichen Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion am 2.12. wurde angekündigt, in den Jahren 2022 bis 2028 insgesamt rund 62 Mio. Franken zu investieren (d.h. knapp 9 Mio. per annum). Dabei sollen u.a. neu sogenannte SOS-Lektionen zur Verfügung gestellt. Diese können von den Schulleitungen bei Bedarf befristet zur Bewältigung schwieriger Lernsituationen eingesetzt werden und unterstützen die Schülerinnen und Schüler bei der Erreichung der Anforderungen für den Übertritt an die Sekundarschule bzw. für den Abschluss der obligatorischen Schulzeit. Auch sollen die Stundenzahl in Deutsch, Mathematik sowie "Medien und Informatik" erhöht werden. Und schliesslich soll gezielt mehr in Aus- und Weiterbildungen für Primar- und Sekundarlehrpersonen investiert werden: In diesem Zusammenhang hat der Interpellant folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Hat man in Kanton Basel-Stadt seit dem Bekanntwerden des schlechten Abschneidens der Basler Schülerinnen und Schüler im Mai umfangreich untersucht und analysiert, auf welche Ursachen das Abschneiden der Basler Schülerinnen und Schüler zurückzuführen ist?
2. Liegen diesbezüglich schriftliche Analysen vor? Wenn ja: wäre es möglich, diese zu publizieren?
3. Worauf lässt sich der in Basel besonders grosse Gender gap in Mathematik zurückführen? Ist das Erziehungsdepartement im Besitz zusätzlicher Daten, um diesbezüglich eine genauere Analyse zu machen?
4. Wieso beeinflusst die soziale Herkunft im Kanton Basel-Stadt den Schulerfolg offenbar viel stärker als in fast allen anderen Kantonen? Ist das Erziehungsdepartement im Besitz zusätzlicher Daten, um diesbezüglich eine genauere Analyse zu machen?
5. Wurden schon seit der ÜGK 2016 oder seit Bekanntwerden des Abschneidens der Basler Schülerinnen und Schüler Massnahmen getroffen und implementiert?
6. Ist der Kanton Basel-Stadt ähnlich wie unser Nachbarkanton Baselland auch daran, ein Massnahmenpaket auszuarbeiten, das helfen soll, die Schulqualität zu erhöhen und insbesondere die Kompetenzen der Basler Schülerinnen und Schüler in Deutsch und v.a. Mathematik zu erhöhen?
7. Offenbar soll 2020 wieder eine ÜGK stattfinden. Wurde die Methodik im Vergleich zur ÜGK 2016 angepasst und erwartet das ED aufgrund dessen ein besseres Abschneiden der Basler Schülerinnen und Schüler?

Tim Cuénod

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Notfalldienst im Gesundheitsgesetz (GesG)

21.5025.01

Im Gesundheitsgesetz (GesG) unter V.5. Notfalldienst, § 25, Absätze 1 bis 4, ist der Notfalldienst im Kanton Basel-Stadt gesetzlich geregelt:

> Gesundheitsgesetz (GesG)
>
> V.5. Notfalldienst
>
> § 25 [1] In eigener fachlicher Verantwortung sowie in ambulanten Einrichtungen oder Apotheken unter fachlicher Aufsicht tätige Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Tierärztinnen und Tierärzte sind verpflichtet, Notfalldienst zu leisten. Ausgenommen sind in Spitälern tätige universitäre Medizinalpersonen.
>
> [2] Die Notfalldienste sind durch die Berufsverbände zu organisieren. Ist der Notfalldienst ungenügend, verfügt das zuständige Departement die erforderlichen Massnahmen.
>
> [3] Die Berufsverbände können mit Verfügung vom Notfalldienst entbinden. Bei einer Entbindung verpflichten sie sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder zu zweckgebundenen Ersatzabgaben.
>
> [4] Die jährliche Abgabe beträgt zwischen CHF 1'000 und CHF 6'000. Sie ist abhängig von der Anzahl nicht geleisteter Einsätze. Sie kann in folgenden Fällen um die Hälfte reduziert werden:
>
> a) Krankheits- oder unfallbedingte Verhinderung, welche die Notfalldienstleistung übermässig erschwert oder verunmöglicht;
> b) während der Dauer einer Schwangerschaft und vier Monaten nach der Niederkunft;
> c) Erreichen einer durch die Berufsverbände zu bestimmenden Altersgrenze;
> d) bei Alleinerziehung von Kindern, bis zur Vollendung des 7. Altersjahres des jüngsten Kindes.

Es ist aus heutiger Sicht nicht nachvollziehbar, wieso bei den in Absatz 4 aufgelisteten Verhinderungen und Lebensumständen eine jährliche Abgabe nicht erlassen wird oder zumindest der Spielraum dazu geschaffen.

Zur besseren politischen Beurteilung der Situation bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der Notfalldienst im Kanton Basel-Stadt heute organisiert?
2. Wie wird die Aufsicht über die zuständigen Berufsverbände wahrgenommen?
3. Welche Personen müssen heute Notfalldienst leisten und welche sind befreit davon?
4. Wie viele Personen leisten den Notfalldienst und wie viele sind entbunden?
5. Wie sind Teilzeit-Arbeitspensen heute berücksichtigt?
6. Kann eine Statistik vorgelegt werden, wie oft aufgrund der in Absatz 4 aufgelisteten Verhinderungen und Lebensumständen eine Reduktion stattgefunden hat? Wurden Gesuche abgelehnt? Wenn ja, wieso?
7. Wieso wurde im Gesetz nicht vorgesehen, dass bei den in Absatz 4 aufgelisteten Verhinderungen und Lebensumständen eine jährliche Abgabe ganz erlassen wird oder zumindest der Spielraum dazu geschaffen?

Sebastian Kölliker

2. Schriftliche Anfrage betreffend Entwicklung der Fahrzeug-Neuwagenflotte in BS, insbesondere Kauf weniger umweltschädlicher Automodelle

21.5029.01

Der volkswirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Schaden des motorisierten Individualverkehrs MIV ist einerseits von den Eigenschaften des Fahrzeugs abhängig (Schaden/Fzg-km) und anderseits vom Ausmass des Fahrzeugeinsatzes (∑ Fzg-km). Um die volkswirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Kosten des MIVs zu reduzieren, muss bei beidem angesetzt werden: Einerseits weniger Fzg-km, zum Beispiel durch Vermeidung und Verlagerung von Fahrten oder durch pooling, und anderseits weniger schädliche Fahrzeuge in der Fahrzeugflotte. Bei letzterem ist entscheidend, dass weniger Fahrzeuge gekauft werden (z. Bsp. wegen sharing oder Wechsel vom Auto auf Velo, öV) und dass jeweils die am wenigsten schädlichsten Fahrzeuge angeschafft werden. In diesem Vorstoss geht es um diesen letzten Punkt.

Der Staat ist seit Langem von Gesetztes wegen dazu verpflichtet, die Kosten für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft durch den MIV substanziell zu reduzieren. Er kann dies mittels Information, Anreizen und Ge-/Verboten tun. Anreize sind in der Regel finanzieller Natur und wurden in letzter Zeit als zweckmässig angeschaut, da sie die richtige Richtung vorgeben und gleichzeitig die Wahlfreiheit lassen. Allerdings haben sie das Problem, dass sie erst ab einer gewissen Höhe lenken; diese wiederum der Akzeptanz entgegenstehen kann. Typisches Beispiel ist die Motorfahrzeugsteuer – eine gut gestaltete Motorfahrzeugsteuer hilft, dass weniger Autos oder zumindest weniger umweltschädliche Modelle gekauft werden.

Seit 1981 publizieren die Verkehrsclubs der Schweiz, Deutschlands und Österreichs die sogenannten

Autoumweltlisten (link) – in der Schweiz in Kooperation z. Bsp. mit dem Bundesamt für Energie. Sie geben Auskunft über die Umweltschädlichkeit der auf den Markt kommenden Auto-Modelle. Die aktuellen und historischen Daten können beim VCS als Excel bezogen werden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen, jeweils für den Zeitraum jährlich von 2000 bis heute:

1. Welche Massnahmen hat der Kanton BS a) geprüft und b) umgesetzt oder verworfen und warum, um in der Neuwagenflotte der motorisierten Privat- und Firmenfahrzeugen den durchschnittlichen Schaden pro Fzg-km zu reduzieren? Es wird um eine grobe Übersicht gebeten, die auf die Bereiche i) Information/Sensibilisierung, ii) Anreize und iii) Ge-/Verbote eingeht.
2. In der Autoumweltliste werden jeweils die TopTen ausgewiesen – die zehn am wenigsten umweltschädlichsten Modelle; seit ein paar Jahren getrennt nach Verbrenner und E-Autos. Wie viele Fahrzeuge dieser Modelle wurden jährlich in BS in Verkehr gebracht? Und wie war der Quotient je Jahr # Fzg TopTen-Modelle/# Fzg alle?
3. Seit 2009 wird zudem die Lieferwagenumweltliste publiziert. Die am wenigsten umweltschädlichsten Modelle erhalten fünf Sterne. Wie sehen hier die jährlichen absoluten Zahlen und der Quotient je Jahr aus?
4. Massgeblich für den Schaden des MIVs sind Schlüsselkenngrössen wie Leergewicht, Leistung, CO2-Ausstoss, Leit-Luftschadstoffausstoss, Lärm und Flächenverbrauch (jeweils Durchschnittswert aller gekaufter Privat- und Firmenfahrzeuge je Jahr).
   a) Gibt es für solche Kenngrössen bezüglich Neuwagenflotte kantonale Zielgrössen (angestrebte Minima) resp. vom Bund übernommene? Und wie lauten diese je Jahr?
   b) Wie entwickelten sich diese Kenngrössen generell und, wo vorhanden, bezüglich der jeweiligen (damals) aktuellen Zielwerte?
5. Angesichts des tiefen Besetzungsgrads in Pkws ist gelegentlich die Behauptung zu hören, der Ersatz von Automobilen durch Motorräder sei ein Gewinn in Sachen Schadensminimierung des MIVs.
   a) Welcher Trend in der Veränderungsrate des Fahrzeugbestandes in BS ist bezüglich Automobilen und Motorrädern zu erkennen (steigen oder sinken beide sowie Ausmass; lässt sich eine theoretische Verlagerung ablesen)?
   b) Unter welchen Bedingungen ist ein Ersatz Automobil durch Motorrad tatsächlich ein Gewinn bzw. wie sehen die jeweiligen Kenngrössen wie zum Beispiel Luftschadstoffaustoss/Fzg-km aus?
   c) Gibt es Grundlagen und Zahlen zum Anteil weniger umweltschädliche Motorradmodelle in BS (analog TopTen oder vergleichbare Ansätze)?

Raphael Fuhrer

3. Schriftliche Anfrage betreffend Massnahmen im Umgang mit Entwicklungsverzögerung

21.5034.01

Mit der Zustimmung des Grossen Rates zum regierungsrätlichen Ratschlag vom 21. November 2018 betr. neue Massnahmen im Umgang mit Entwicklungsverzögerung hat der Grosse Rat die gesetzlichen Grundlagen geschaffen und Ressourcen zur Verfügung gestellt, damit Schulleitungen an den Schulen unter Einbezug der Schulkonferenzen Massnahmen zur Unterstützung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen ergreifen können. Zum Teil wurden auch Stunden für die Logopädie oder für Psychomotorik aufgestockt was aber nicht unbedingt zwingend zu einer Entwicklungsverzögerung gehören muss.

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gemäss Auskunft auf die Interpellation S. Bothe-Wenk gibt es an den Basler Schulen keine Einführungsklassen. Welche konkreten anderen Massnahmen im Bereich der Schuleingangsstufe - abgesehen von Aufstockung der Logopädie und Psychomotorik sowie teilweiser Doppelbesetzung - wurden an den einzelnen Schulstandorten mit den, durch den Ratschlag vom 21. Nov. 2018 zugesprochenen Mitteln des Grossen Rates in Basel getroffen, resp. sind in Planung?
2. Möglich sind auch standortübergreifende Modelle wie z.B. in Riehen und Bettingen. Gibt es solche auch in der Stadt Basel? Wenn nein, weshalb kam es bisher nicht dazu? In welcher Form werden solch standortübergreifende Modelle durch das Erziehungsdepartement unterstützt? Falls dies nicht der Fall sein sollte, warum wurde auf eine solche Unterstützung verzichtet?
3. Die SL können auch Pool-Lösungen umsetzen, das heisst, das Geld fliesst in einen Pool und wird zu einem späteren Zeitpunkt situativ eingesetzt, was auch bedeutet: statistisch ist das Geld geflossen, aber noch nicht in Massnahmen umgesetzt. Bei Pool-Lösungen müssen die SL der VSL Auskunft über die Verwendung geben und dürfen die Mittel nur zum vorgesehenen Zweck einsetzen.

   Wie viele Prozent der gesprochenen Mittel vom Ratschlag des 21. Nov. 2018 sind in Poollösungen eingestellt?

   An wie vielen Standorten wurden alle Mittel vom Ratschlag des 21. Nov. 2018 in die Schuleingangsstufe verteilt?

Wird die VSL jährlich durch die SL über den Zweck der Mittel in den Poollösungen informiert oder einmalig, wenn neue Mittel fliessen?

Wie wird sichergestellt, dass von den getroffenen Massnahmen insbesondere Kinder mit Entwicklungsverzögerungen profitieren?

4. Wie wird sichergestellt, dass die Ressourcen nur in der Schuleingangsstufe eingesetzt werden?
5. Wie viel Prozent der zusätzlich möglichen Lektionen werden von Lehrpersonen und Fachpersonen erteilt, die über eine spezielle Qualifikation verfügen (z.B. Heilpädagog*innen, Logopäd*innen)?
6. Findet ein (standortübergreifender) Erfahrungsaustausch zwischen den Schulleitungen und den eingesetzten Lehr/Fachpersonen zum Thema statt?
7. Wie lauten die ersten Erfahrungen mit den einzelnen Modellen?
8. Sind auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen an einzelnen Standorten für das kommende Schuljahr schon Optimierungen der Modelle geplant?
9. Werden die verschiedenen Modelle auf ihre Wirksamkeit geprüft, resp. evaluiert? In der Antwort auf die Interpellation S. Bothe Wenk hiess es, wenn die Praxis dies erfordere. Wie lässt sich dies beurteilen? Alternativ: Wer wird beurteilen, ob die Praxis dies erfordere?

Kerstin Wenk

4. Schriftliche Anfrage betreffend Zunahme von Anträgen auf Verstärkte Massnahmen an der Volksschule

21.5064.01

Immer mehr Schülerinnen und Schüler sind auf Verstärkte Massnahmen angewiesen, weil sie einen besonderen Bildungsbedarf ausweisen. Der Zahlenspiegel Bildung 19/20 gibt Auskunft. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Spezialangeboten an der Primarschule ist von 103 im Schuljahr 13/14 auf 150 Schüler*innen und an der Sekundarschule von 22 im Schuljahr 15/16 auf 65 Schüler*innen angestiegen. Dies entspricht in der angegebenen Zeitspanne an der Primarschule einer Zunahme von knapp 50 Prozent, an der Sekundarschule einer Zunahme von knapp 200 Prozent.

Der Bericht der Finanzkommission zum Budget 2021 vom 19. November 2020 hält fest, dass allein im Bereich der Verstärkten Massnahmen zusätzlich 34 Stellen vorgesehen sind. Die Schaffung der neuen Stellen basiert darauf, dass der Anteil jener Schülerinnen und Schüler, welche mit verstärkten Massnahmen integrativ beschult werden müssen, um rund 25 Prozent zugenommen hat.

Nach Aussagen der Verantwortlichen kann dieser Anstieg nicht durch eine Pathologisierung der Kinder erklärt werden, sondern ist auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und den faktischen Anstieg der Schülerzahlen zurückzuführen. Ausserdem haben die Anträge auf Verstärkte Massnahmen im laufenden Schuljahr um 35 Prozent zugenommen. Mehr Kinder benötigen verstärkte Massnahmen ohne aber, dass die Massstäbe geändert worden wären. Der Aufwärtstrend bei den Spezialangeboten wird weiter anhalten, weil dadurch auch die integrative Schule entlastet werden kann.

Diese Entwicklung lässt aufhorchen. Neben den Finanzfragen geht es hier in erster Linie um Bildungsfragen und letztlich um die kommende Generation unserer Kinder, die offenbar abnehmend in der Lage sind, schulischen Anforderungen gewachsen zu sein. Die Erklärung - die Zunahme der Verstärkten Massnahmen ist auf die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und dem faktischen Anstieg der Schülerzahlen zurück zu führen - gilt es weiter zu hinterfragen.

Ein Fokus kann beispielsweise verstärkt auch auf den Vorschulbereich gerichtet werden. In der Frühen Kindheit werden wichtige Basiskompetenzen angelegt, die für ein erfolgreiches Lernen Voraussetzung sind. Die Tendenz zeigt, dass bereits sehr junge Kinder Verstärkte Massnahmen brauchen. Manche Kinder bereits beim Eintritt in den Kindergarten.

Im Hinblick darauf, dass der Plafond der finanziellen und pädagogischen Möglichkeit einmal erreicht sein wird, stellen sich mir in diesem Zusammenhang folgende Fragen, um deren Beantwortung ich die Regierung bitte:

1. Im Bereich der verstärkten Massnahmen sind zusätzlich 34 Stellen budgetiert. Wo werden diese Stellen geschaffen und mit welchem Profil.
2. Verstärkte Massnahmen werden zur Förderung von Schüler*innen gesprochen. Gibt es andere Gründe, warum Verstärkte Massnahmen gesprochen werden? Wenn ja welche?
3. Werden Verstärkte Massnahmen auch zur Entlastung von Lehrpersonen gesprochen?
4. Wie viele Anträge auf Verstärkte Massnahmen werden jährlich abgelehnt? Was sind die Kriterien für eine Ablehnung? Was passiert mit Schüler*innen, die keine Verstärkten Massnahmen erhalten?
5. Ist bei der Ablehnung von Anträgen in den letzten Jahren eine Zunahme zu beobachten? Wenn ja, in welchem Umfang?
6. Haben Schulstandorte ein bestimmtes Kontingent für die Antragsstellung für Verstärkte Massnahmen zur Verfügung? Wenn ja, wie gross ist das Kontingent pro Standort? Welche Faktoren werden berücksichtigt, um die Grösse des Kontingents am Standort zu bestimmen?
7. Die Zahl der Kinder mit Verstärkten Massnahmen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Ausser den

steigenden Schülerzahlen und dem gesellschaftlichen Wandel, bestehen gemäss dem Regierungsrat weitere Gründe für den kontinuierlichen Anstieg der Verstärkten Massnahmen?

8. Welche Massnahmen sind im schulischen Kontext vorgesehen, um der Zunahme für Verstärkte Massnahmen generell zu begegnen und braucht es noch mehr Mittel?
9. Sind auch Massnahmen im Bereich der Frühförderung geplant? Wenn ja, welche und mit welchem Zeithorizont?

Sandra Bothe

5. Schriftliche Anfrage betreffend den neusten Entwicklungen im Rheinhafen 21.5101.01

Gemäss Medienberichten (BZ vom 28.01.2021) hat der Regierungsrat als Gegenleistung für ihre Unterzeichnung des Rahmenvertrages "über die ortsbild- und denkmalverträgliche bauliche Weiterentwicklung am Ostquai des Rheinhafens Kleinhüningen zwischen dem Kanton Basel-Stadt, den Schweizerischen Rheinhäfen, der Rhenus Port Logistics AG sowie der Freiwilligen Basler Denkmalpflege und dem Basler Heimatschutz vom 2./3. Dezember 2020" (Geschäft P 210050) der Rhenus Port Logistics AG die Erlaubnis erteilt, deren Silo am Westquai über das Jahr 2029 hinaus betreiben zu dürfen.

Dazu stellen sich folgende Fragen, um deren Beantwortung ich die Regierung ersuche:

A) Vereinbarung mit Rhenus

1. Welche Liegenschaften oder Gebäude sind Bestandteil des genannten Rahmenvertrages, insbesondere ist das genannte Silo der Rhenus Port Logistics AG am Westquai Bestandteil dieses Rahmenvertrages?
2. Besteht eine separate Vereinbarung mit Rhenus betreffend das genannte Silo oder wurde diesbezüglich bereits ein neuer Baurechtsvertrag mit Rhenus in Aussicht gestellt oder gar unterzeichnet?
3. Wird Rhenus, wie im Zeitungsartikel dargestellt, der Weiterbetrieb des genannten Silos über das Jahr 2029 hinaus zugesichert und falls ja, bis wann?
4. Falls dem so ist: Teilt die Regierung die Auffassung des Anfragenden, dass ein Silo nur mit Schienenanschluss betrieben werden kann und es aus verschiedenen Gründen unzumutbar ist, ein Silo nur per Wasser und Strasse zu erschliessen?
5. Welche Auswirkungen auf die Zukunft der Hafenbahn geht somit vom möglichen Weiterbetrieb eines Silos am Westquai aus?
6. Geht die Regierung davon aus, dass aus Gründen der Gleichbehandlung auch andere Baurechtnehmer am Westquai einen Weiterbetrieb ihrer Infrastruktur über das Jahr 2029 hinaus einfordern werden?

B) Zeitlicher Ablauf der Kommunikation

Nur sofern die Kernaussage im obenstehenden Presseartikel stimmt und der Weiterbetrieb des Silos am Westquai tatsächlich über das Jahr 2029 hinaus bewilligt wurde, stellen sich folgende Fragen zur Informationspolitik der Regierung:

7. Gemäss dem obengenannten Presseartikel war der Rahmenvertrag unter den Parteien bereits im Oktober 2020 inhaltlich fertig ausgehandelt. Kann die Regierung diese Aussage bestätigen?
8. Wann wurde der bereinigte Rahmenvertrag den Parteien zur Unterschrift zugestellt?
9. Wie begründet die Regierung die zeitliche Abfolge von Einigung zwischen den Parteien, Unterzeichnung des Rahmenvertrages (drei Tage nach der Abstimmung über den Bau des Hafenbeckens 3) und Beschluss des Regierungsrates?
10. Kann die Regierung einen Zusammenhang zwischen diesem Zeitplan und dem parallel dazu laufenden Abstimmungskampf über das Hafenbecken 3 klar verneinen?
11. Teilt die Regierung die Ansicht des Anfragenden, dass bei der Stimmbürgerschaft die Kenntnis über den langfristigen Weiterbetrieb von Hafeninfrastruktur (Silo) am Westquai auch nach Inbetriebnahme des Hafenbeckens 3 einen gewissen Einfluss auf die Meinungsbildung im Abstimmungskampf hätte haben können?

C) SBB Cargo und GBN

Am 26.01.2021 gaben die SBB bekannt, dass sie infolge der Ertragsausfälle wegen Covid-19 ihr Immobilien- und Investitionsprogramm bis 2025 um insgesamt 700 Mio. CHF reduzieren müssen.

Dazu folgende Fragen:

12. Welche Auswirkungen hat dieser Entscheid der SBB auf das Gateway Basel Nord (GBN) und somit auf den Bau des Hafenbeckens 3?
13. Sind dadurch für das Projekt GBN neue Verzögerungen zu erwarten?
14. Besteht die Gefahr, dass sich die SBB Cargo aus dem Projekt als Investor zurückzieht und allenfalls nur noch das Land im Baurecht zur Verfügung stellen wird?

Lorenz Amiet

6. Schriftliche Anfrage betreffend Problematik des Bettelns mit Hunden

21.5108.01

Seit das Bettelverbot in Basel-Stadt per 1. Juli 2020 aufgehoben ist, sind vermehrt Bettler mit Hunden auf Kantonsgebiet zu sehen.

Gemäss Hundegesetz (HuG, SG 365.100) sind Hundehalter verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung für ihre Hunde abzuschliessen (HuG §2 Abs. 4), Hunde müssen mit Mikrochip versehen sein (HuG §3 Abs. 1), die Registrierung muss spätestens nach 10 Tagen erfolgen (Hundeverordnung, HuV, SG 365.110, §8). Die Hundesteuer wird spätestens nach einem Aufenthalt von 6 Wochen des betreffenden Hundes im Kanton Basel-Stadt fällig (HuG §5), die auf dem Kantonsgebiet gehaltene Hunde müssen innerhalb von 10 Tagen, seitdem sie im Kanton anwesend sind, bei der Hundekontrolle des Veterinäramtes zur Besteuerung angemeldet werden (HuV §10 Abs.1). Selbstverständlich muss die Hundehaltung der Tierschutzgesetzgebung und der Tierseuchengesetzgebung entsprechen (HuG § 2 Abs.2).

Eine Petition, welche am 6. Februar 2021 für Basel lanciert worden ist, fordert ein Verbot des Bettelns mit Hunden. Ein solches Verbot gibt es z.B. bereits in deutschen und österreichischen Städten und Regionen. Unter Anderem wird ein solches Verbot damit begründet, dass die von Bettlern mitgeführten Hunde oftmals aus tierquälerischen Vermehrungsstationen von dubiosen Züchtern stammen und aus möglichen Tollwutgebieten in Südosteuropa unkontrolliert in die Schweiz eingeführt worden sind. Die Petition macht überdies darauf aufmerksam, dass Hunde zum Zwecke der Bettelei oftmals ruhiggestellt sind (mittels Alkohols und/oder Medikamente), die Petitionäre berufen sich auf entsprechende Erkenntnisse des Münchner Tierschutzes.

Ich bitte die Regierung deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Werden Hunde von Bettlern kontrolliert?

   a) Wenn nein, warum nicht?

   b) Wenn ja, welche Amtsstelle führt die Kontrollen durch?
2. Welche Daten werden anlässlich solcher Kontrollen erfasst?
3. Wird anlässlich der Kontrollen der Gesundheitszustand der Hunde geprüft, insbesondere ob diese unter Einfluss von Medikamenten oder Alkohol ruhiggestellt worden sind?
4. Besteht eine Statistik zu solchen Kontrollen und diesbezüglich erfolgter Massnahmen?
5. Wie wird gewährleistet, dass die zum Zwecke der Bettelei verwendeten Hunde ordnungsgemäss in die Schweiz eingeführt worden sind, falls diese aus dem Ausland stammen?
6. Sind die zur Bettelei verwendeten Hunde ordnungsgemäss in Basel registriert und gechipt?
7. Sind die von Bettler mitgeführten Hunde ordentlich Haftpflicht versichert?
8. Wird die Hundesteuer von Bettler erhoben und durch diese entrichtet?
9. Ist der gezielte Einsatz von Hunden zwecks Erhöhung der Einnahmechancen bewilligungspflichtig gemäss Art. 13 Tierschutzgesetz?

   a) Wenn nein, welche Kriterien müssen erfüllt werden, damit diese Bewilligungspflicht zur Anwendung kommt?

Sandra Bothe